Donnerstag, 15. Dezember 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 292 - 50.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Sterbendes Volk? Die Veränderung der Altersstruktur zu Lasten der jungen Menschen, die niedrigste Geburtenrate weltweit und die Verschiebung der Anteile von Deutschen und Ausländern machen den Experten angesichts der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland Sorgen. (S. 1)

Zurückweisung kritisiert: Die Berliner Parteien haben einhellig Kritik daran geübt, daß Mitglieder der Jungen Union und einem Abgeordneten der Alternativen Liste die Fahrt in den Ostteil Berlins durch „DDR"-Behörden untersagt worden ist. (S. 8)

MBFR gehen weiter: Die Sowjetunion will die Wiener Truppenabbaugespräche (MBFR) nach der Weihnachtspause ohne Vorbedingung fortsetzen.

Terror schlimmer als Krieg: Nicht durch einen atomaren Schlagabtausch zwischen USA und Sowjets, sondern durch internationale Terroristen, die unter Moskaus Schutz arbeiteten, werde die Welt bedroht, sagt US-Marinekommandeur Admiral Watkins.

Rebmann warnt: Der Generalbundesanwalt befürchtet weitere Anschläge aus dem Umfeld von RAF und Revolutionären Zellen, die aus dem Gefühl von Frustration und Isolation verübt würden. (S. 1)

Reagan-Kandidatur: Der Präsident werde seine Entscheidung über die erneute Kandidatur in einer Fernsehansprache am 29. Januar bekanntgeben, teilten Regierungskreise mit.

Indiziengebäude: Die von der Bonner Staatsanwaltschaft gegen Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff erhobene Anklage stützt sich offenbar ausschließlich auf Indizien und Schlußfolgerungen. Unmittelbare Beweise für angebliche Zahlungen des Flick-Konzerns an den Minister gibt es anscheinend nicht. Lambsdorff hat trotz zahlloser Vorverurteilungen in der Öffentlichkeit stets erklärt, er sei unschuldig.

Pershing 2 einsatzbereit? Die ersten neun Pershing-2-Raketen in Mutlangen sollen heute einsatzbereit sein, heißt es in Meldungen aus Württemberg. Das Verteidigungsministerium in Bonn dementierte und bestätigte nicht.

Mißstimmung: Mit seiner Forderung, daß in Europa „keine neuen Kernwaffen" stationiert werden dürften – also auch keine der Sowjets –, hat der italienische KP-Chef Berlinguer in der „DDR" seine Gastgeber verärgert.

Sowjetische Hochrüstung: Die Sowjets haben jetzt insgesamt 369 der SS-20-Mittelstreckenraketen mit jeweils drei Atomsprengladungen aufgestellt, teilt US-Verteidigungsminister Weinberger mit.

Heute: Bundesverfassungsgericht verkündet Urteil über das Volkszählungsgesetz. – Zentralbankrat legt Geldmengenziel für 1984 fest. – S-Bahn-Verhandlungen in Berlin gehen in Entscheidungsphase. – Europaparlament stimmt über EG-Haushalt ab. – Präsident Mitterrand zu Staatsbesuch in Jugoslawien.

ZITAT DES TAGES



„Eine Regierung braucht unbedingt Entschiedenheit. Das ist für die Bevölkerung ein Zeichen von Führung"

Die Leiterin des Institutes für Demoskopie Allensbach, Elisabeth Noelle-Neumann in einem Interview der WELT (S. 4)
FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Weltbank: Nach der Begrenzung der US-Beiträge zur Internationalen Entwicklungsorgansation (IDA) auf 750 Millionen Dollar bittet Weltbankpräsident Clausen direkt bei Präsident Reagan um Hilfe.

US-Einzelhandel: Bestes Weihnachtsgeschäft seit 1978 verzeichnet. Umsätze stiegen im November um bereinigt 1,9 Prozent, gegenüber November 1982 um 10,8 Prozent.

Eierordnung: Landwirtschaftsminister Kiechle will die für den Verbraucher unverständliche Kennzeichnung des europäischen Hühnereis verändern. (S. 11)

Kurschancen: Die Commerzbank erwartet für 1984 interessante Kurschancen am deutschen Aktienmarkt. (S. 11)

MBB in Kanada: Zusammen mit Fleet Industries will MBB in Ontario einen zweimotorigen Lastenhubschrauber bauen. Kanada ist der zweitgrößte Hubschraubermarkt der Welt.

Börse: Bei schleppendem Geschäft konnten sich die Aktienkurse insgesamt nur knapp behaupten. Der Rentenmarkt war schwächer. WELT-Aktienindex 148,8 (148,4). Dollarmittelkurs 2,7685 (2,7534) Mark. Goldpreis pro Feinunze 389,00 (389,20) Dollar.

KULTUR

Beethoven: Der italienische Pianist Neri hat in einer Privatbibliothek in Arezzo eine bisher unbekannte Sonate für Flöte und Klavier aus der frühen Schaffensperiode Beethovens entdeckt.

Scharff-Preis: Der Bildhauer Ulrich Rückriem – er schuf auch das Denkmal für die Deportierten der Nazizeit nahe dem Dammtorbahnhof in Hamburg – erhält den diesjährigen Edwin-Scharff-Preis.

SPORT

Ski Alpin: Die Mailänderin Maria-Rosa Quario gewann den 2. Weltcup-Slalom der Damen im italienischen Sestriere vor der Österreicherin Roswitha Steiner und der Schweizerin Monika Hess. Im Gesamtklassement führt Erika Hess vor Irene Epple. (S. 9)

Fußball: Das Ständige Schiedsgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) hat vorerst die Namensänderung des Bundesligaklubs Eintracht Braunschweig gestoppt. Unklar ist, ob Präsident Günter Mast weitere juristische Schritte unternimmt.

AUS ALLER WELT

Scheibe blieb matt: Die Mattscheiben französischer Fernsehgeräte blieben gestern dunkel. Techniker und Angestellte der staatlichen Anstalten streikten für 24 Stunden.

Beweis für Bibel: Mit der Entdeckung eines Altars aus frühbiblischer Zeit wurde erstmals ein Beweis für Darstellungen im Alten Testament gefunden. Bisher stützten sich Wissenschaftler auf Überlieferungen und Ortsnamen. Der bei Nablus gefundene Altar entspricht der Beschreibung in Josua, Kapitel sechs. (S. 20)

Wetter: Im Westen meist heiter, im Osten teils neblig-trüb.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Im Jahr 2030 bei uns nur noch 38 Millionen Deutsche?

Die Bundesrepublik hat seit 1974 die niedrigste Geburtenrate der Welt

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die deutsche Bevölkerung in der Bundesrepublik hat sich in den letzten elf Jahren schon um fast 1,5 Millionen auf 56,87 Millionen verringert, aber sie wird noch erheblich mehr abnehmen. Die Gesamtzahl der Einwohner in der Bundesrepublik Deutschland ging seit 1972 hingegen nur um knapp 70 000 auf 61,43 Millionen zurück, weil sich in diesem Zeitraum der Ausländeranteil um eine Million auf 4,53 Millionen erhöhte. Das geht aus dem „Bevölkerungsbericht" einer interministeriellen Arbeitsgruppe hervor, der gestern vom Bundeskabinett beraten und vom Parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium, Horst Waffenschmidt, der Presse vorgestellt wurde.

Auf der Basis dieser Entwicklung wird es bei uns nach einer Modellrechnung im Jahr 2000 nur noch 52,14 Millionen Deutsche geben, im Jahr 2030 werden es gerade noch 38,28 Millionen sein. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, daß die Zahl der Ausländer bis zur Jahrtausendwende auf rund sieben Millionen anwächst. Das wird nach Ansicht der Experten zu erheblichen Herausforderungen für „das politische System als Ganzes" führen.

In dem Bericht wird erneut klargemacht, daß die Bundesrepublik seit 1974 das niedrigste Geburtenniveau der Welt hat. Es liegt gegenwärtig um mehr als ein Drittel unter dem langfristig für eine stabilisierende Entwicklung erforderlichen Stand. Seit 1972 übersteigen bei der deutschen Bevölkerung die Sterbefälle die Zahl der Geburten. So wurde zum Beispiel 1971 noch ein Überschuß von 47 856 Lebendgeborenen verzeichnet. Ein Jahr später dagegen überstieg die Zahl der Sterbefälle die der Geburten von 94 684. Während in der ersten Hälfte der 60er Jahre über eine Million Lebendgeburten jährlich registriert worden waren, reduzierte sich diese Zahl zwischen 1974 und 1982 fast auf die Hälfte. Der Anstieg des Ausländeranteils beruht auf einem relativ hohen Geburtenniveau und einem Zuwanderungsüberschuß.

Nach der Modellrechnung werden im Jahr 2000 rund 1,5 Millionen Ausländer aus Nicht-EG-Staaten mindestens 20 Jahre und weitere 2,1 Millionen mehr als zehn Jahre in der Bundesrepublik gelebt haben. Bis dahin werden etwa 400 000 eingebürgert sein.

Größere Bedeutung als der Vergleich der absoluten Einwohnerzahlen hat für die politischen Entscheidungen die Veränderung der Altersstruktur. So wird der Anteil der unter 18jährigen von jetzt 22,4 Prozent auf 18,9 Prozent im Jahr 2000 und 15,3 Prozent im Jahr 2030 sinken. Dagegen wird der der über 65jährigen von gegenwärtig 15,1 Prozent auf 23,8 Prozent in rund 50 Jahren angewachsen sein.

Für den Bereich der Alterssicherung bedeutet dies, daß bis Mitte der 90er Jahre das Verhältnis zwischen Rentnern und Erwerbsfähigen annähernd konstant verläuft, von 2000 an zunächst allmählich und dann immer stärker ansteigen wird. Bei unveränderter Geburtenhäufigkeit müßten dann 2035 die Beitragssätze zur Rentenversicherung von jetzt 18,5 auf 35 Prozent angehoben werden. Andernfalls müßte das Bruttorentenniveau um rund die Hälfte gesenkt werden. Die Arbeitsgruppe kommt zu dem Schluß, daß für den Zeitraum nach der Jahrtausendwende insbesondere die Probleme der Alterssicherung und eine Zunahme des Pflegebedarfs für hochbetagte Bürger kennzeichnend sein werden. Bis 1990 erscheint ihr die Arbeitsmarktentwicklung und vor allem die Beschäftigungsmöglichkeiten von Jugendlichen „problematisch".

Nur Indizien-Vorwurf gegen Lambsdorff

In der Regierung heißt es: Der Minister soll vorerst auf jeden Fall im Amt bleiben

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Staatsanwaltschaft Bonn ist es in ihrer Anklageschrift gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) offenbar nicht gelungen, einen unmittelbaren Nachweis für Geldzahlungen des Flick-Konzerns an den Minister zu führen. Nach Informationen der WELT jedenfalls soll sich die Staatsanwaltschaft in der Beweisführung ausschließlich auf Indizien und Schlußfolgerungen stützen. Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff seinerseits hat, auch vor dem Bundeskabinett, versichert, er habe als Minister kein Geld von Flick erhalten.

Nach dem entschiedenen und mit viel öffentlichem Aufwand verbundenen Auftritt der Bonner Staatsanwaltschaft vor der Bundespressekonferenz, bei dem sie gegen Graf Lambsdorff den Vorwurf der Bestechlichkeit erhoben hatte, war von gewisser Seite gemutmaßt worden, die Behörde habe zur Rechtfertigung dieses schweren Vorwurfs Belastungsmaterial in der Hinterhand. Es gab sogar Spekulationen, der Staatsanwaltschaft seien bei den vielfältigen Durchsuchungsaktionen Bankbelege oder andere belastende Dokumente in die Hände gefallen. Davon aber kam offenbar aufgrund der Anklageschrift keine Rede sein. Sie ist, wie es ein Sachkenner nach Prüfung des Textes formuliert hat, ein „einziges Gebäude von Indizien".

Mit viel Akribie haben diesen Informationen zufolge die Staatsanwälte in ihrem 104 Seiten starken Schriftstück den „Entscheidungsprozeß" im Bundeswirtschaftsministerium über die Frage der „volkswirtschaftlichen Förderungswürdigkeit" im Zusammenhang mit der Wiederanlage eines Teils des Geldes dargelegt, das Flick aus dem Verkauf eines Pakets von Daimler-Benz-Aktien erhalten hat. Aus diesen Abläufen im Bundeswirtschaftsministerium zunächst unter dem Minister Hans Friderichs und dann in den letzten Monaten unter Graf Lambsdorff, bei denen es unter einzelnen Referaten auch kontroverse Meinungen gegeben hat, zog die Staatsanwaltschaft den Schluß, daß eine Beeinflußung „von außen" stattgefunden habe. Die Staatsanwaltschaft untermauert danach ihren Verdacht mit der Schilderung von Zeitabläufen und angeblichen Terminen von Graf Lambsdorff sowie, und dies ist ihre Hauptstütze, mit Notizen, die im Flick-Konzern beschlagnahmt worden sind.

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff will seine Erklärung zu der Anklageschrift, für deren Abgabe er zwei Monate Zeit hat, auf die Entkräftung dieser Indizien konzentrieren. Die Steuerbefreiung für Flick war auch von dem damaligen Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD) unterstützt worden, wie sich aus Unterlagen ergibt.

In Regierungskreisen hieß es gestern, aufgrund der in ihrer Substanz als „dünn" beurteilten Anklageschrift sei es bei einer schlüssigen Argumentation von Graf Lambsdorff wahrscheinlich, daß das Hauptverfahren gegen ihn nicht eröffnet werde. Dies wäre unter juristischen Gesichtspunkten für den Minister „ein Freispruch erster Klasse", aber zugleich eine „schallende Ohrfeige" für die Staatsanwaltschaft.

Ministerialdirektor Eduard Acker-

● Fortsetzung Seite 10

Rebmann: Jetzt mehr innere Sicherheit

Der Generalbundesanwalt warnt aber vor der Gefährlichkeit von Terroristen

XING-HU KUO, Karlsruhe

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat vor einem allzu großen Optimismus im Bereich des Terrorismus gewarnt. Zwar sei dieser zu Ende gehende Herbst für den deutschen Terrorismus zu einer Zeit der „Isolation und der Frustration" geworden, da es ihm nicht gelungen sei, die Friedensbewegung zu unterwandern und für seine Zwecke umzufunktionieren. Jedoch könne aus diesem Gefühl der Enttäuschung heraus die Zeit der autonomen Gruppen, der revolutionären Zellen und auch der Roten Armee Fraktion (RAF) kommen. Und dies würde dann eine Zeit „gravierender strafbarer Aktionen" bedeuten, erklärte Rebmann in Karlsruhe.

Auch in diesem Jahr gab es, obwohl die Aktionen der Friedensbewegung im großen und ganzen „friedlich und maßvoll" verlaufen seien, zahlreiche Anschläge in der Bundesrepublik, die einen Bezug zur Nachrüstung aufwiesen. Nach Angaben des Generalbundesanwaltes gab es bis zum 1. Dezember dieses Jahres 388 Brand- und Sprengstoffanschläge, von denen 46 „im weitesten Sinne" im Zusammenhang mit der NATO-Nachrüstung stünden. In zehn Fällen hätten sich die „revolutionären Zellen" zu solchen Anschlägen bekannt.

Insgesamt jedoch, so Rebmann weiter, sei die Gesamtsituation der inneren Sicherheit der Bundesrepublik trotz der genannten Gewalttaten gegenüber den letzten fünf bis sechs Jahren „erheblich verbessert worden". Seit dem Mordanschlag gegen den US-General Frederick Kroesen in Heidelberg im Herbst 1981 wurde kein tödliches Delikt durch den linken Terrorismus mehr verzeichnet. Und im Bereich des Rechtsterrorismus erwartet der Generalbundesanwalt nach dem vor wenigen Tagen erfolgten Verbot der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" durch die Bundesregierung eine „Dämpfung" der Gewaltaktionen, zumal führende Mitglieder rechtsradikaler Organisationen inzwischen verurteilt bzw. inhaftiert worden sein.

Innerhalb der Roten Armee Fraktion (RAF) stellt Rebmann eine entscheidende personelle, logistische und finanzielle Schwächung fest. Wichtigste Ursachen für diese Entwicklung: die Enttarnung von Erddepots im Herbst 1982, die Festnahmen von Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz, Christian Klar und Gisela Dutzi sowie ein „abgestimmtes System von Maßnahmen" der Sicherheitsbehörden.

Derzeit versuche deshalb die RAF, sich zu „konsolidieren", sagte Rebmann. Im nächsten Jahr sei deshalb mit neuen „Initiativen und Aktionen" zu rechnen. Dabei verwies der Generalbundesanwalt auf den bevorstehenden Prozeß gegen Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt, der

■ Fortsetzung Seite 10

Budapest agiert flexibler als Prag

Kohl und Genscher begrüßen Gromykos „gute Absichten" für Stockholmer Abrüstungstreffen

BERNT CONRAD, Bonn

Während CSSR-Außenminister Bohuslav Chnoupek einen für diesen Monat geplanten Besuch in Bonn unter ausdrücklichem Hinweis auf die allgemeine Ost-West-Entwicklung abgesagt hat, gehen die Vorbereitungen für den Besuch seines ungarischen Amtskollegen Petar Varkonyi am 20. und 21. Dezember in der Bundeshauptstadt weiter. Bonner Diplomaten sehen darin einen interessanten Aspekt der gegenwärtig etwas diffusen Meinungsbildung im Warschauer Pakt, die unter der Oberfläche antiwestlicher Polemik nach der Einschätzung von Experten durchaus kooperative Unterströmungen erkennen läßt.

Chnoupek formulierte seine Absage an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in freundlichem Ton, ließ aber keinen Zweifel daran, daß die negative Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses derzeit eine Visite in Bonn nicht zweckmässig erscheinen lasse. Varkonyi hingegen hatte schon Ende September in New York am Rande der UNO-Vollversammlung gegenüber Genscher dafür plädiert, die „gefährliche Sprachlosigkeit" zwischen Sowjets und Amerikanern überwinden zu helfen. Daran soll jetzt in Bonn angeknüpft werden. Für den Ungarn sind neben Gesprächen mit dem Bundesaußenminister auch Treffen mit Bundespräsident Karl Carstens, Bundeskanzler Helmut Kohl sowie den Abgeordneten Hans-Jochen Vogel (SPD), Wolfgang Mischnick (FDP) und Werner Marx (CDU) arrangiert.

Der Bundesregierung kommt es vor allem darauf an, günstige Voraussetzungen für die am 17. Januar 1984 in Stockholm beginnende Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAB) zu schaffen. Bundeskanzler Helmut Kohl und Genscher begrüßten es gestern, daß der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko bei einem Essen für den finnischen Außenminister Paavo Väyrynen angekündigt habe, Moskau wolle mit „guten Absichten" an die KVAB herangehen. Der Sowjetpolitiker, der sich von Stockholm einen Beitrag für eine Atmosphäre des Vertrauens erhofft, vermied allerdings einen Hinweis darauf, ob er selbst – ebenso wie sämtliche NATO-Außenminister – in die schwedische Hauptstadt reisen werde.

Im Bonner Auswärtigen Amt geht man davon aus, daß sich Gromyko und seine anderen Ostblock-Kollegen die Option einer persönlichen Teilnahme bis zuletzt offenhalten wollen.

DER KOMMENTAR

Selbsterfahrung

PETER GILLIES

Eine aussterbende Spezies, diese Deutschen. Derzeit leben in der Bundesrepublik Deutschland noch rund 57 Millionen von ihnen, an der Jahrtausendwende dürften es noch 52, im Jahre 2030 gar nur noch 38 Millionen sein. Entsprechend mehr Ausländer füllen die Lebenspyramide auf – grafisch mehr Birne als Baum.

Nun ist es Modellrechnungen auf besondere Weise eigen, daß sie selten stimmen (man denke nur an die langfristigen Energieprognosen). Darin schlummern nach Ansicht der Experten politische Herausforderungen. Eine davon ist, zur Kenntnis zu nehmen, daß Ausländer eine Bereicherung einer Nation sind, ihre demokratische Offenheit und ihr hohes Assimilationsvermögen ausweisen. Türkische Namen werden in einigen Jahren so selbstverständlich sein, wie es polnische in Fußballklubs des Reviers waren und sind.

Eine weit größere Herausforderung ist das Nachdenken darüber, daß immer weniger Aktive immer mehr Rentner alimentieren müssen, daß sich Universitäten, Wohnungen und Kasernen leeren, daß die Produktiven schwinden, die Ansprüche an das von ihnen Erarbeitete dagegen steigen. Sich darauf vorzubereiten, muß schon heute beginnen.

Warum verweigern die Deutschen eine normale Reproduktionsrate, wie die Statistiker das Kinderkriegen nennen? Modefrage oder Grundströmung? Naiv ist jedenfalls die Vorstellung bestimmter Familienpolitiker, die Gebärfreudigkeit sei vor allem vermittels eines mehrmonatigen Mutterschaftsgeldes herzustellen (wie wohl ganz allgemein Kinderreichtum keine wirtschaftliche Armut bedeuten darf).

Für Kinder entscheidet sich, wer an die Zukunft glaubt. Daß aber selbst bei apokalyptischen Raketen-Demos Babys im Kinderwagen mitgeführt werden, läßt hoffen. Man braucht da nicht zu verzagen. Es gab immer schon eine zyklische Geburtenentwicklung, immer wieder wird Hedonismus überwunden und die Erkenntnis entdeckt: Leben weiterzugeben ist Glück.

Selbstverwirklichung findet man nur begrenzt in Seminaren, Gruppen oder im „Club zum letzten Urschrei". Die über Jahrtausende bewährte Selbsterfahrungsgruppe ist – pardon – die Familie.

USA ziehen Bilanz der Grenada-Aktion

rtr/AP, St. George's

Bei der US-Intervention auf der Karibik-Insel Grenada sind im Oktober insgesamt 116 Menschen ums Leben gekommen. Wie der Kommandeur der US-Streitkräfte auf Grenada, Generalmajor Jack Ferris, jetzt in einer Bilanz der Aktion, mitteilte, wurden 71 Grenader getötet und 364 verwundet, die amerikanischen Truppen hatten 18 Gefallene und 115 Verwundete zu verzeichnen.

Außerdem seien 27 Kubaner ums Leben gekommen, 59 hätten Verwundungen erlitten, sagte Ferris weiter. 599 Kubaner seien gefangengenommen und zusammen mit 36 Diplomaten und deren Familienangehörigen nach Kuba zurückgeschickt worden.

Der General erklärte, am 25. Oktober seien an der Invasion zunächst 4647 amerikanische Soldaten beteiligt gewesen. Die Mannschaftsstärke stieg bis zum 31. Oktober auf 7355.

Nach dem Abzug eines großen Teils der US-Streitkräfte würden ab heute noch rund 300 amerikanische Soldaten auf der Insel verbleiben, erläuterte Generalmajor Ferris. Dabei handele es sich um eine 150 Mann starke Einheit der Militärpolizei sowie um logistisches Personal. Die Amerikaner sollten gemeinsam mit Soldaten anderer Karibik-Länder die Sicherheit Grenadas gewährleisten.

In Washington bestätigte der Sprecher des Außenministeriums, Alan Romberg: „Die Militärpolizei wird einen Bestandteil der karibischen Friedenstruppe bilden und ihren Dienst leisten, wie es das Mandat zur Erhaltung des Friedens erfordert."

„Koreanische Boeing hat nicht spioniert"

AP/rtr, Montreal

Die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) hat in ihrem Untersuchungsbericht über den Abschuß der südkoreanischen Verkehrsmaschine am 1. September durch sowjetische Kampfflugzeuge die Anschuldigung Moskaus zurückgewiesen, das Flugzeug habe sich auf einem Spionageflug befunden. Jedoch wirft der von einer unabhängigen Kommission ausgearbeitete Bericht der gesamten Flugzeugbesatzung einen „beträchtlichen Mangel an Wachsamkeit und Aufmerksamkeit" vor. Bei dem von der Sowjetunion offiziell bestätigten Abschuß waren 269 Menschen ums Leben gekommen.

Dem ICAO-Bericht zufolge hat die Besatzung nicht bemerkt, daß die Maschine nach dem Eindringen in den sowjetischen Luftraum von sowjetischen Abfangjägern verfolgt wurde und von diesen möglicherweise zur Landung gezwungen werden sollte. Der Sowjetunion wird in dem Bericht vorgeworfen, die Boeing 747 ohne eingehende Bemühungen zur Identifizierung der Verkehrsmaschine abgefangen und dann abgeschossen zu haben. Der 33köpfige ICAO-Rat will im Januar über den Untersuchungsbericht beraten.

Der Leiter der US-Luftfahrtbehörde, Lynn Helms, erklärte, Fehler des Piloten könnten auf keinen Fall den Abschuß eines unbewaffneten Verkehrsflugzeuges rechtfertigen. Die Sowjetunion solle die Verantwortung für den Abschuß übernehmen und den Familien der Opfer Schadenersatz leisten.

Kreml beschwichtigt finnische Befürchtungen

Helsinki will die Radarüberwachung des Landes ausbauen

REINER GATERMANN, Helsinki

Als erheblich übertrieben haben sich offenbar Befürchtungen in Finnland erwiesen, die Sowjetunion würde den Besuch von Außenminister Paavo Väyrynen im Kreml dazu benutzen, um von den Finnen auf Grund einer veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa sogenannte Konsultationen im Rahmen des finnisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandspaktes zu fordern. Der finnische Minister verwies ausdrücklich darauf, daß der Vertrag in Moskau nicht angesprochen wurde.

In den vergangenen Wochen zeigte man sich in Finnland sehr beängstigt über die Entwicklung in Europa nach dem Zusammenbruch der Genfer Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA. Man befürchtete eine längerfristige Abkühlung der Ost-West-Beziehungen mit möglichen bilateralen Auswirkungen. Deswegen beeilten sich die Finnen zu verkünden, daß sie ihre Radarüberwachung schnellstens ausbauen werden, um in ihr Land eindringende Niedrigflugkörper rechtzeitig ausmachen zu können. Paavo Väyrynen hatte jedoch gleichzeitig betont, daß man die neuen in Westeuropa stationierten Raketen nicht als direkte Bedrohung Finnlands sehe.

Nun, nach dem ersten sechsstündigen Gespräch zwischen Gromyko und Väyrynen, steht fest, daß der Kreml offenbar weiterhin mit seinem Verhältnis zu Finnland zufrieden ist und keinerlei Anmerkungen hat zu Finnlands Möglichkeit, sich gegen alle fremden Angriffe oder Territoriumsverletzungen zu verteidigen. Schon in den vergangenen Wochen hatte die Sowjetunion bei jeder sich bietenden Gelegenheit die guten Beziehungen zu Finnland hervorgehoben und im Grunde versucht, die nervöse und zeitweilig etwas hysterische Debatte in Finnland zu dämpfen. Zu diesen Versuchen muß auch die Verleihung des Leninordens an Präsident Mauno Koivisto zu dessen 60. Geburtstag gerechnet werden. Koivisto bekam diese höchste sowjetische Auszeichnung für einen Ausländer bereits nach eineinhalbjähriger Amtszeit, während sein Vorgänger Kekkonen sieben Jahre darauf warten mußte.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Meinung auf Befehl

Von Enno v. Loewenstern

Hamburger Psychologen haben festgestellt, daß jeder siebente Schüler im Unterricht „starke Angst" erlebt, und daß auch jeder siebente keine vertrauensvolle Beziehung zum Lehrer hat. Beides ist höchst verständlich, wenn man sieht, was es für Lehrer gibt. Nehmen wir ein Beispiel für unzählige.

Der Abiturklasse eines Hamburger Gymnasiums wurde folgende Aufgabe gestellt: „These: Der Anspruch der USA auf Weltherrschaft läßt sich auch in den politischen Grundsätzen des Potsdamer Abkommens zu Deutschland erkennen, denn die USA konnten nur einem gesellschaftlich-staatlichen System zustimmen, das ihnen optimalen politischen und ökonomischen Einfluß gewährleistete. 1. Erarbeiten Sie die Passagen im Text, die diese Intention erkennen lassen. Nehmen Sie Stellung zu der These, und begründen Sie Ihre Meinung mit der Deutung dieser Textstellen."

Die Aufgabe ist noch hirnrissiger, als sie klingt. Den Schülern wurde nämlich eine Kurzfassung der „Politischen Grundsätze" mitgegeben, aus denen nur hervorgeht, daß Nationalsozialismus und Bewaffnung abgeschafft und dafür die „Umgestaltung des politischen Lebens auf demokratischer Grundlage" herbeigeführt werden sollte. Vermutlich ist es letzteres, was die fortschrittlichen Hamburger Lehrer ärgert. Aber selbst einem noch so unterwürfigen und zu antiamerikanischer Hetze bereiten Schüler muß es schwerfallen, den Sinn der Demokratie allein darin zu sehen, daß sie den Amerikanern optimalen Einfluß gewährleistet.

Dennoch muß er die passenden Textstellen finden und danach „seine" Meinung mit der Deutung dieser Textstellen begründen. Solchen Schulunterricht hat es in Hamburg seit vierzig Jahren nicht mehr gegeben, und wohl auch damals nicht in so krasser Form. Dabei ließe sich die Gegenthese leichter erarbeiten und begründen: nämlich, daß die Demokratie, wenn sie uns Lehrer dieser Art und Schulsenatoren à la Joist Grolle beschert, wohl eher der UdSSR einen optimalen Einfluß gewährleistet. Notabene, oder vielmehr nota mala: Soweit die Schüler „diese Intention" nicht erkennen wollten, gab es schlechte Noten und entsprechende Studienplatzrisiken. So züchtet man Duckmäuser. Und Neurotiker.

Verzicht-Politiker

Von Jürgen Liminski

Der künftige Wahlsieger Jamaikas, der konservative Premier Edward Seaga, macht sich Sorgen. Am heutigen Donnerstagabend wird seine Partei von den 60 Sitzen im Parlament 60 gewonnen haben. Schon sprechen die Sozialisten von einem Ein-Parteien-Staat, von der Seaga-Diktatur, die die Demokratie zunichte mache.

Jamaikas Sozialisten verzerren das Bild – in eigener Sache. Denn sie sind es, die nicht zur Wahl antreten und deshalb das nach Westminster-Muster entstandene Zwei-Parteien-System aus den demokratischen Angeln heben. Und das macht Seaga Sorge. Sozialistenchef Michael Manley verweigert sich, weil er verlieren würde. Er setzt auf die Opposition der Straße. Sie soll das System vollends zerstören.

Manley ist Stellvertreter Willy Brandts in der Sozialistischen Internationale. Sein Einfluß ist nicht unerheblich. Er gilt als charismatischer Führer. Ist sein neues Verständnis von Demokratie – ich mache nur mit, wenn ich gewinne – Ausfluß der kommunistischen Umtriebe innerhalb der Sozialistischen Internationale?

Man kann sich schon jetzt ausmalen, wie Seaga in weiten Teilen der westlichen Presse, der östlichen sowieso, verteufelt werden wird. Auch das macht Seaga Sorge, denn der prowestliche Premier braucht die finanzielle Unterstützung der freien Welt, um Jamaika wirtschaftlich wieder flottzumachen.

Seaga ist Demokrat. Er weiß, daß eine funktionierende Opposition notwendig ist. Ihm mißfällt die Lage. Er wird versuchen, Ersatz für die Oppositionsverweigerer zu finden, sei es durch mehr öffentliche Hearings im Parlament, sei es durch einen stärkeren Senat, in den er auch einige Sozialisten berufen möchte, die ihren politischen Dienst nicht verweigern.

Dennoch darf mit einer Kampagne gegen den Reagan-Freund gerechnet werden. Es ist zu hoffen, daß sich westliche Politiker weder von dieser Kampagne noch von den bulgarischen Zahlen der Wahl beeindrucken lassen.

Die Hubschrauber-Affäre

Von Manfred Neuber

Das Ausscheren Frankreichs aus der westlichen Kontaktgruppe für Namibia läßt sich nicht mit einem Schulterzucken abtun, da kurz darauf behauptet wurde, daß Paris gerade Kampfhubschrauber an Angola liefere. Wurde die politische Moral einem Waffengeschäft geopfert?

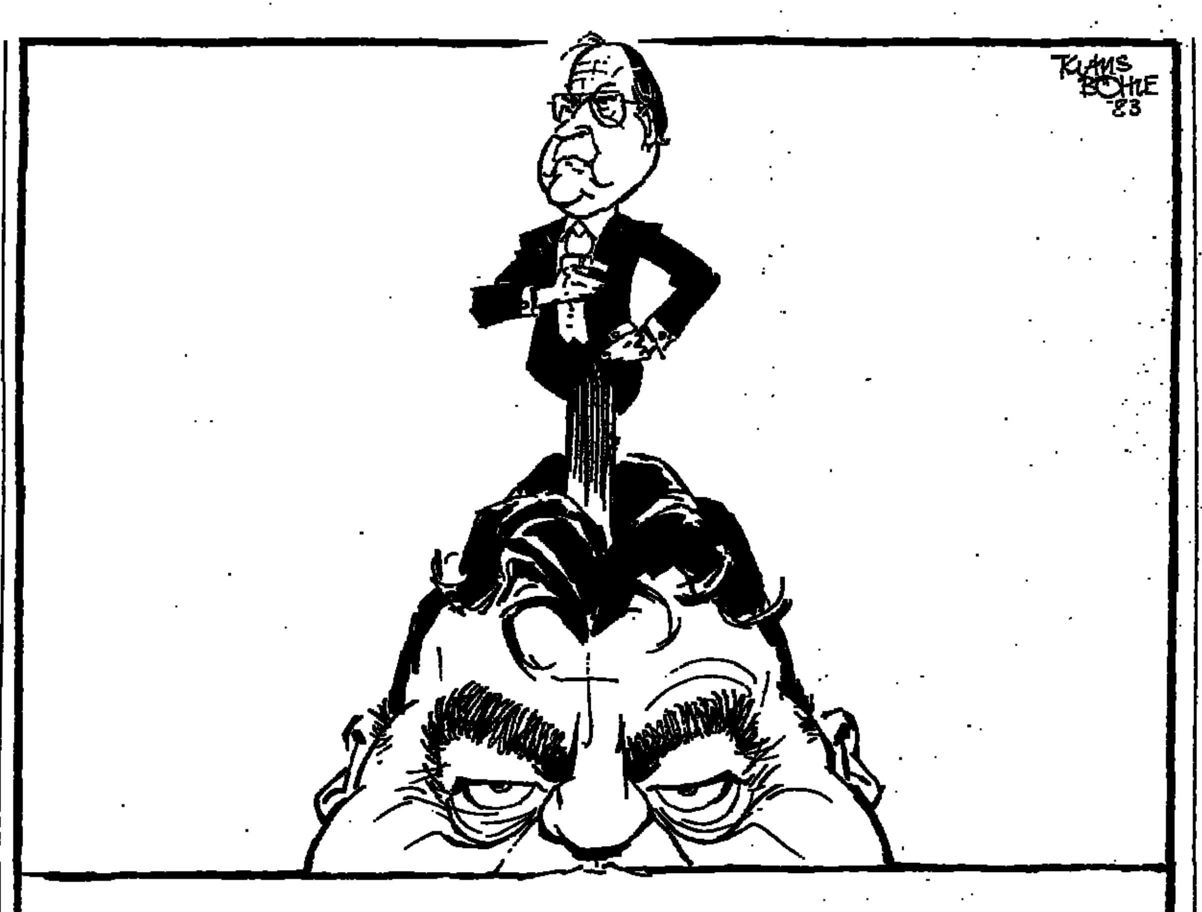
Wenn der Quai d'Orsay mit der Aufkündigung seiner Mitarbeit bei der Schaffung eines unabhängigen Namibia ein Zeichen setzen wollte, um die Gespräche unter der Ägide der Vereinten Nationen aus der Sackgasse herauszuführen, so ist Paris durch die gezielte Indiskretion von angolanischer Seite bloßgestellt worden.

So frustrierend das Ringen um eine demokratische Lösung für das frühere Deutsch-Südwest auch ist, die Pariser Resignation kann doch besonders schädlich sein. Denn Südafrikas Außenminister Botha kündigte nach einer Europa-Reise für diese Woche „konkrete Vorschläge" mit „neuen Möglichkeiten" an. Sie dürften auf Absprachen mit den USA bestehen. Wollte sich Paris im voraus davon distanzieren?

Der Schritt Frankreichs wird denn auch von Moskau als Fehlschlag für den Westen gefeiert, Namibia eine „neokolonialistische" Lösung aufzuzwingen. Und Swapo-Chef Nujoma, der in Kürze wieder in Bonn antichambrieren darf, wirft der Kontaktgruppe vor, sich für die Interessen Südafrikas und der USA mißbrauchen zu lassen.

Pretoria und Washington halten am Junktim „Abzug der Kubaner aus Angola, dann Unabhängigkeit für Namibia" unbeirrt fest – mit besseren Nerven als die französische Diplomatie. Als Fingerzeig für eine neue Initiative Südafrikas könnte die Äußerung Bothas angesehen werden, daß wirklich freie Wahlen in Namibia erst denkbar seien, wenn der Bürgerkrieg in Angola aufhöre. Da könnte die jüngste Erfolgsmeldung der prowestlichen Befreiungsbewegung Unita, 130 Soldaten des marxistischen Regimes in Luanda getötet zu haben, wie bestellt gekommen sein.

Der indiskrete Angolaner drohte auch damit, daß kubanische Soldaten in die Kämpfe gegen die Unita und die Südafrikaner in Namibia eingreifen würden. Im übrigen sei Moskau gern bereit, den Einsatz in Angola zu erhöhen – notfalls mit Kampfverbänden. Soll so Amerika zum Zurückweichen, zum Verzicht auf das Angola-Junktim, genötigt werden?



Wo ich stehe, ist oben!

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Haifische am Golf

Von Herbert Kremp

Die regellose Gewaltanwendung, die wir als Terrorismus bezeichnen, gehört zum Bild der Gegenwart. Mit System betrieben, ist sie eine Form des Krieges, also eine Form der Konfliktlösung? Die massiven Erfahrungen im Nahen Osten, in Südamerika, im Fernen Osten und in Europa zeigen immer wieder, daß die angegriffenen Staaten und Systeme auf die Herausforderung noch keine Antwort gefunden haben. Vor allem in der Prävention wurden keine überzeugenden Erfolge erzielt. Das wichtige Moment der Überraschung liegt in der Regel auf der Seite des Terroristen, nur selten auf der Seite der Abwehr.

Die Angriffe der islamischen Selbstmord-Kommandos auf die Amerikaner und Franzosen und deren Anlehnungsstaaten im Nahen Osten sind eine ungewöhnlich wirkungsvolle Propaganda der Tat. Die über Bild und Wort verbreiteten Berichte von Zerstörungen und Menschenopfern erwecken den Eindruck, als handle es sich bei den Mächten um hilflose Dinosaurier, die sich nach dem gezielten Angriff im Blute wälzen, sich aber im Grunde nicht wehren können. Ziel dieser „Propaganda" ist es, die Hilflosigkeit und Unterlegenheit des Gegners darzustellen, Unsicherheit in dessen Lager zu tragen und ihn schließlich zum Abzug zu zwingen. Wenn dies gelingt, ist im terroristischen Krieg ein Sieg errungen worden.

Die Schwierigkeit der – präventiven – Abwehr beruht hauptsächlich auf zwei Gründen: Die iranische Revolution vereint antiwestliche, kulturrevolutionäre und religiöse Beweggründe zu einem hochexplosiven Gemisch. Das Leben wird nicht nur eingesetzt, sondern gegen sicher zu erwartenden paradiesischen Lohn buchstäblich in die Schanze geschlagen. Dies vermittelt der Gewaltanwendung den Antrieb unbedingter Entschlossenheit. Die Baader-Meinhof-Bande, der IRA-Terrorist, der baskische Attentäter, die Roten Brigaden und die nordkoreanischen Bombenleger von Rangun wollten den ausgemachten Feind treffen, betrachteten aber den Verlust des eigenen Lebens nicht als Teil des angestrebten Ziels. Auch der PLO-Kämpfer handelte nicht aus Todessehnsucht. Dies bleibt dem schiitischen „Soldaten" vorbehalten.

Der zweite Grund für die Schwierigkeit der Abwehr liegt bei den Angegriffenen. Die westliche Zivilisation versucht aus sittlichen und rationalen Gründen, den Krieg zu hegen, ihn Regeln zu unterwerfen, ihn jedenfalls nicht total werden zu lassen. Die von Attentaten heimgesuchten Mächte sind nicht bereit – und innenpolitisch nicht in der Lage –, selbst Methoden des terroristischen Krieges anzuwenden. Sie verzichten somit auf Waffengleichheit, sie scheuen das „Parallelogramm der sittlichen Kräfte", wie es beispielsweise im Zweiten Weltkrieg während des Rußlandfeldzuges entstand, als die Parteien sich wie Raubtiere ineinander verbissen. Amerikaner und Franzosen beschränkten sich darauf, regionale Befehlsstände der Attentäter zu bombardieren. Deren Elan ist mit selektiven Schlägen jedoch nicht zu brechen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß schiitische Gruppen vom regionalen zum internationalen Terrorismus übergehen und die westlichen Teufel in deren Häusern aufsuchen. Die Palästinensische Befreiungsfront, die IRA und die armenischen Attentäter haben Proben dieser schwarzen Kunst abgelegt.



Der Beiruter Anschlag: Amerikaner suchen nach toten Kameraden FOTO: DPA

Verschärfte Kontrollen auf den Flughäfen, die Zerstörung der terroristischen Logistik in der Bundesrepublik und in Italien sowie medienwirksame Erfolge hochtrainierter Spezial-Kommandos wie der GSG 9 verringern die Chancen ausländischer Aktivisten. Doch bietet der liberal verfaßte Staat, der seine politische Lebensform für ein hohes Gut hält, operativen Freiraum für gezielte Angriffe. Der Terrorist benutzt die Kommunikations- und Verkehrstechnik zu den üblichen Tarifen. Die Technologie verschafft ihm Mittel und Mobilität.

Operationen im Westen können Objekte und Personen treffen, aber nicht den Staat selbst. Auch aus diesem Grunde droht die größere Gefahr den Golf-Ländern. Diese liegen in der Reichweite Teherans, beherbergen leicht aktivierbare schiitische Minderheiten und geben infolge ihrer traditionellen Staatsform und ihrer offenen Sympathie für die irakische Kriegspartei ein geradezu klassisches „Feindbild" ab. Die westlichen Länder sind am Golf leichter zu treffen als in der eigenen Hemisphäre. Ihre Einsatzmittel sind begrenzt und auf den Typ des konventionellen Krieges zugeschnitten. Für den terroristischen Krieg sind sie nicht gerüstet. Das bedeutet aber: Sie können den Golf-Staaten nicht helfen, wenn es Khomeini gelingen sollte, sein Potential an Subversion und Destabilisierung voll einzusetzen.

Düstere Ausblicke: Der Westen verfügt im orientalischen Interessengebiet über Waffen, die im terroristischen Krieg nicht entscheiden. Die Mittel der Diplomatie greifen nicht: Es ist einfacher, mit einem Haifischschwarm einen Grundlagenvertrag abzuschließen, als mit schiitischen Kämpfern „Dialog" zu führen. Es ist sinnlos, die Saudis mit modernen Waffen auszurüsten, denn diese sind gegen Terroristen kaum einsetzbar. Es wird nur einen Weg geben, die Region zu stabilisieren, und der kostet viel Zeit: Die westlichen Länder müssen die Kunst der Anti-Terror-Kommandos exportieren, als Defensiv-Waffe gegenüber einer besonders verächtlichen Kriegsform.

IM GESPRÄCH Simone Rozès

Frau Chef-Vorsitzende

Von Heinz Weissenberger

Vom 1. Januar 1984 an wird zum ersten Mal eine Frau das höchste Richteramt in Frankreich bekleiden. Der Hohe Rat der Magistratur wählte unter dem Vorsitz von Staatspräsident François Mitterrand die 63jährige Simone Rozès zur obersten Präsidentin des Kassationsgerichts.

Diese Ernennung ist nicht die erste „Premiere" in der 36jährigen Laufbahn von Simone Rozès, die 1920 als Tochter eines kaufmännischen Direktors in Paris zur Welt kam. In ihrem neuen Amt löst sie Robert Schmelck ab, einen Richter „alter Schule", der mit 68 Jahren in den Ruhestand tritt.

Simone Rozès gilt als Juristin hohen Ranges und als eine Frau, die bei allem Charme und aller Liebenswürdigkeit eine außergewöhnlich strenge Auffassung von Rechtsprechung hat. Ihr ehemaliger Vorgesetzter, Giscard d'Estaings Justizminister Alain Peyrefitte, erfuhr dies am eigenen Leibe, als sie seine Klage gegen die Zeitung „Le Monde" auf Abdruck einer Gegendarstellung 1980 mit einer geschliffenen Begründung zurückwies.

Als Simone Rozès allerdings dann auch noch Peyrefittes großes Gesetzwerk „Für die Sicherheit und Freiheit" öffentlich kritisierte, komplimentierte der Minister sie im März 1981 die „Treppe hinauf" ins goldene Exil als Generalstaatsanwalt beim Europäischen Gerichtshof in Brüssel.

Simone Rozès, geborene Ludwig, heiratete mit 22 Jahren Gabriel Rozès, der eine brillante, aber diskrete Karriere als hoher Staatsbeamter machte. Die beiden haben zwei erwachsene Kinder. Nach dem Studium von Recht und politischen Wissenschaften trat Simone Rozès 1947 in ein Pariser Rechtsanwaltsbüro ein.

Ein Jahr später schon wurde sie vom Justizministerium „entdeckt", und seither ist sie im staatlichen Justizdienst, die meiste Zeit davon im Ministerium. Siebzehn Minister sah sie kommen und gehen. Der Pariser „Figaro" kommentierte: „Justizminister Badinter wird mit ihr rechnen müssen. Ein Minister kann gegangen werden, der Präsident des Kassationsgerichts ist unabsetzbar."



Mit Abstand folgen: Kassationsgerichts-Präsidentin Rozès FOTO: UPI

Auf mehreren der Posten, die sie bekleidete, war sie die erste Frau. Nationale „Berühmtheit" erlangte sie jedoch vor allem als Vorsitzende der 17. Pariser Strafkammer von 1969 bis 1973, die vor allem mit Pressedelikten zu tun hat. Selbst ihre „Gegner" bescheinigen ihr absolute Unparteilichkeit. Serge de Beketch, Chefredakteur der ultrarechten Zeitschrift „Minute", der meistangeklagten Zeitung Frankreichs: „Gleich ob sie uns streng verurteilte oder freisprach, ihre Urteile waren stets unangreifbar."

Von „links" und „rechts" hält Simone Rozès sowieso nichts. Vor jungen Richtern sagte sie 1976: „Die Justiz muß der Evolution der Gesellschaft so eng wie möglich folgen, doch sie muß gleichzeitig Abstand wahren, denn man kann nicht sauberen Gewissens Recht sprechen, wenn man den Parteien zu nahe steht."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WZ Westdeutsche Zeitung

Zu den Tarifverhandlungen heißt es in dem Düsseldorfer Blatt:

Von der Einführung der 35-Stunden-Woche versprechen sich die Gewerkschaften eineinhalb Millionen neue Arbeitsplätze. Dagegen halten die Arbeitgeber eine solche Verkürzung bei vollem Lohnausgleich für das sicherste Mittel, um die Zahl der Konkurse in neue Rekordhöhen zu treiben. Die Ansätze zu einer Konjunkturbelebung leiden unter wechselseitigen Verdächtigungen. Gewerkschaftsvertreter glauben, die Arbeitgeber wollten die vielbeschworene Wende zu einer Zurechtweisung der Gewerkschaften benutzen. Nicht wenige Arbeitgeber befürchten, radikale Gewerkschaftselemente wollten unbedingt ihren Arbeitskampf haben. Ein Kompromiß ist vorerst ebensowenig in Sicht wie ein Vermittler, der ihn noch in letzter Minute herbeiführen könnte.

WESTFALEN-BLATT

Zur Lehrerarbeitslosigkeit bemerkt die Bielefelder Zeitung:

Für eine Verkürzung der Arbeitszeit haben sich zwar schon viele gewerkschaftliche „Interessenvertreter" ausgesprochen, doch eine entsprechende Gehaltskürzung war für die gleichen „Besitzstandswahrer" indiskutabel, schien unvorstellbar, und wurde gleichsam als Angriff auf die tragenden Säulen unseres ganzen Bildungssystems empfunden... Was geschieht mit den neugeschaffenen Stellen, wenn die Schülerzahl – wie abzusehen – weiter sinken wird? Außerdem: Werden nicht jetzt wieder junge Menschen zu einem volkswirtschaftlich unsinnigen Lehrerstudium geradezu ermuntert? Wie und in welchem Umfang lassen sich Gehaltskürzungen bei Lehrern wirklich durchsetzen? Bloße Ankündigungen reichen auf dem desolaten Gebiet der Bildungspolitik schon lange nicht mehr aus.

Le Quotidien de Paris

Hier heißt es zur Flick-Spendenaffäre:

Graf Lambsdorff steht diese Prüfung mit einer offenkundigen Gelassenheit durch, die nicht von allen in der Regierungskoalition geteilt wird... Nach der in den vergangenen Wochen mit den Enthüllungen des „Spiegel" und der Anklageerhebung gegen den Minister geschaffenen Aufregung sind die Spannungen in Bonn etwas abgeflaut und die Geister haben sich in gleichem Maß beruhigt. Diese Beruhigung kann nicht allein dem Hauptbetroffenen nur zugute kommen. Sie hilft auch Bundeskanzler Helmut Kohl, der sich nur widerwillig von seinem Minister trennen würde, weil er allen Grund hat, mit dessen Arbeit zufrieden zu sein und auch, weil das heikle Problem der Nachfolge ihn ebenso in Schwierigkeiten brächte wie ein Rücktritt.

THE NEW YORK TIMES

Die Zeitung schreibt zu den jüngsten Sprengstoffanschlägen von Kuwait:

Die Lastwagen-Bomber von Kuwait wie auch jene von Beirut sind selbstmörderische Fanatiker, schwer abzuwehren mit normalen Verteidigungsmitteln oder mit konventioneller militärischer Macht zu bestrafen. Präsident Reagan und Außenminister George Shultz warnen zu Recht, daß sie zurückschlagen werden. Zugleich sind sie klug genug, nicht auf bloßen Verdacht hin zu handeln. Früher oder später werden sie Beweise dafür finden, ob diese Terroristen unabhängige Wahnsinnige sind oder Agenten eines Landes wie Iran.

Eine Maschine verkleinert Nierensteine und Kosten

Bessere Medizin muß nicht immer teurer sein / Von Peter Jentsch

Mit immer mehr Geld, so sagen Kritiker des Medizinbetriebs, werde immer weniger Gesundheit finanziert. Die Ärzte verweisen hingegen auf die Erfolge ihres Gewerbes, auf die Fortschritte in der Transplantationschirurgie etwa, in der Vorbeugung, auf den Rückgang der Sterblichkeit. Und sie argumentieren, diese Fortschritte kosteten ihren Preis.

Dagegen stehen die Krankenkassen mit ihrem Versuch, das Gesundheitswesen nach finanzpolitischen, quasi fiskalischen Maßstäben zu beurteilen und zu steuern. Diesem Verhalten wäre sicher zuzustimmen, wenn es allein darum ginge, Überkapazitäten des Medizinbetriebs gegenzuwirken, zum Beispiel der Ärzteschwemme. Doch darum geht es nicht allein. Vielmehr stellt sich die Frage: Wie weit hat die kurative Medizin die Gesundheit der Bevölkerung verbessert – und war das die Kosten wert? Und: Ist die Gesundheitsverbesserung überhaupt in Geld zu bewerten?

Um dies geht es heute bei der in Bonn tagenden konzertierten Aktion im Gesundheitswesen. Nach dem Willen der Mediziner und auch nach dem Votum von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sollen nämlich künftig neben den ökonomischen Daten (z. B. Entwicklung der Grundlohnsumme) auch medizinische Orientierungsdaten den Empfehlungen des Konzerts für die Kostensteigerung des Medizinbetriebs zugrunde gelegt werden.

Auf den ersten Blick könnte diese Forderung zu einer weiteren Verteuerung des Medizinbetriebs führen und damit zu einer Steigerung der Beitragssätze für die Versicherten. Doch dieser Blick täuscht, wenn man die Ausgabenentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) betrachtet. Zwar sind die Leistungsausgaben der GKV von 19,75 Milliarden Mark im Jahre 1970 auf 74,72 Milliarden Mark 1980 gestiegen. Und sie werden in diesem Jahr erstmals die von Heiner Geißler bereits 1974 prognostizierte 100-Milliarden-Mark-Grenze überschreiten. Doch ist es falsch zu unterstellen, daß dieses Geld allein Ärzten in die Tasche fließt.

Die Kostensteigerung in Höhe von knapp 55 Milliarden Mark von 1970 bis 1980 läßt sich nämlich aufteilen in einen medizinisch zu erklärenden Ausgabenteil (plus 16,81 Milliarden Mark), in einen inflationsbedingten Ausgabenteil (plus 30,85 Milliarden), in gesetzlich erzwungene Ausgaben (plus 3,64 Milliarden) und in demographisch induzierte Ausgaben (plus 3,66 Milliarden Mark); mit letzterem sind Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur gemeint.

Bleibt festzuhalten: Der medizinisch zu erklärende Ausgabenzuwachs für das genannte Jahrzehnt beziffert sich auf 16,81 Milliarden Mark. Was wurde mit dieser Summe erreicht?

Die Immunologie wurde verbessert. Techniken wurden entwickelt, mit denen heute eine Vielzahl von Körperteilen übertragen oder ersetzt werden können: Augenhornhäute und Knochen, Nervenstränge, Gefäße und Hautpartien, künstliche Hüftgelenke und Herzklappen. Allein die intermittierende Dauerdialyse verlängerte die Lebenserwartung der Nierenpatienten von etwa fünf Monaten auf 15 Jahre. Die Behandlungskosten stiegen von 46,1 Millionen 1970 auf 954 Millionen Mark 1980. Wären statt dessen jährlich 1500 Nierentransplantationen vorgenommen worden, hätte das noch 260 Millionen Mark mehr gekostet.

Die Fortschritte ergeben sich freilich auch durch die Technik. So dürfte die Zertrümmerung pathologischer Fremdkörper durch Stoßwellen (Beispiel Nierensteinzertrümmerer) zunehmende Bedeutung gewinnen. Ein Gerät kostet 3,5 Millionen Mark plus 250 000 Mark Personalkosten pro Jahr. Dem stehen indes Einsparungen durch überflüssig gewordene Operationen und Klinikaufenthalte gegenüber.

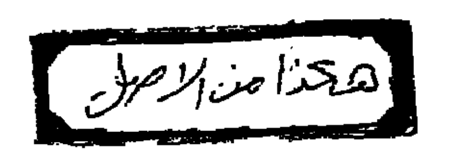
Das alles zeigt, daß die medizinische Versorgung nicht nur monetär bewertet werden kann, oder anders ausgedrückt: daß bessere ärztliche Leistungen auch billiger sein können.

Die Krankenkassen sehen diese Notwendigkeit noch nicht; sie werden beim heutigen Konzert in Weiß die medizinischen Orientierungsdaten ablehnen.

Werden also weiterhin jährlich zwölftausend Herzpatienten auf den lebensrettenden Eingriff warten müssen, weil angeblich die Mittel fehlen?

Solange am Rande dieses Medizinbetriebs kriminelle Elemente Rezept- und Krankenscheinschwindel auf Kosten der Solidargemeinschaft betreiben, solange der Arztberuf für die Numerus-clausus-Elite der Nation noch genügend Einnahmen verspricht und ein deutscher Arzt – wie kürzlich geschehen – trotz sozialistischer Neigungen aus Schweden zurückkehrt, weil man im kapitalistischen Deutschland viel mehr verdient: So lange haben die Kassen beklagenswert gute Argumente an der Hand.

Dabei spricht nichts dagegen, daß Ärzte mehr verdienen, solange die Patienten immer besser versorgt werden. Wie das zu steuern ist, sollten die Beteiligten ermitteln, bevor andere es für sie tun. Wie gesagt, Schwedens Beispiel warnt.



WIE WAR DAS?

Als die Unis das Ruhrgebiet eroberten

Von WILM HERLYN

„Keine Kasernen und keine Hochschulen" – dieser Satz, Kaiser Wilhelm I. zugeschrieben, hat das Ruhrgebiet bis in die 60er Jahre geprägt. Im Revier sollte gearbeitet werden, „malocht", wie die Leute dort sagen, nicht aber marschiert oder studiert. Noch 1960 existierten an den Pädagogischen Akademien des Ruhrgebiets ganze 2000 Studienplätze. Jetzt zählt die Hochschullandschaft dort zu den dichtesten in Europa: Zehn Universitäten – die Gesamthochschulen mit eingerechnet – und mehr als 80 000 Studenten.

Herausragend dabei Dortmund. Mehr als 70 Jahre hatte die ehemalige freie Reichs- und Hansestadt um dieses Attribut gekämpft. Aber erst am 16. Dezember 1968, vor 15 Jahren, wurde der Traum von der „eigenen" Universität Wirklichkeit. Es mögen sicher auch Prestigegründe eine Rolle gespielt haben bei den Überlegungen der Stadt. Im Vordergrund jedoch stand Wichtigeres: Und so nahm die junge Dortmunder Universität in kurzer Zeit die Chance wahr, bei der Konzeption von Studiengängen sowohl Reformen zu realisieren als auch durch die erzielten Berufsabschlüsse innovatorische Anstöße für das überwiegend im Montanbereich engagierte Ruhrgebiet zu geben.

Und was könnte für dieses Gebiet wichtiger sein als das Aufbrechen der alten Strukturen, einseitig geprägt von Kohle und Stahl. Dafür stehen Neuentwicklungen, wie die Studiengänge Statistik, Chemietechnik und Raumplanung oder neue interdisziplinäre Ausbildungsmodelle in bisher getrennten Studiengängen des Bauwesens und der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Auch in den traditionellen naturwissenschaftlichen Fächern wie Physik und Chemie werden Schwerpunkte gesetzt, die zur Lockerung der althergebrachten Grenzen zwischen den Fachgebieten und nicht zuletzt zu einer Straffung des Studiums führen. Schließlich arbeitet die Universität an neuen Fächern im Energieingenieurswesen, Betriebsinformatik und Organisationspsychologie.

Die Uni Dortmund ist wohl die einzige Hochschule, deren Studentenzahl sich von einem Tag auf den anderen nahezu verdoppelte. Der Tag, an dem die Zahl der Studierenden von 6758 auf 13 196 stieg, war der 1. April 1980: Stichtag für die umstrittene Zusammenführung der Pädagogischen Hochschulen des Landes mit den Universitäten. Seit diesem Sprung wächst diese Zahl kontinuierlich. Insgesamt studieren jetzt 17 900 Kommilitonen, betreut von 970 Wissenschaftlern in Forschung und Lehre.

Allerdings sehen die Stadtväter von Dortmund, die wissen, daß etwa 40 000 Arbeitsplätze von der Universität abhängen, auch mit Sorge, daß das Flair der alten Universitäten ungebrochen ist. Die Betonklötze in Dortmund sind unter den Studenten genauso verschrieen wie die der nur 15 Kilometer entfernten Ruhruniversität Bochum. Denn die nahezu 400 000 Studenten, die Nordrhein-Westfalen insgesamt hat, zieht es in der Mehrzahl nach Bonn und Münster oder nach Aachen. Dort erwarten sie eher „studentisches Leben" mit Diskussion, Kultur- und Sportangeboten.

Auf einer „Beliebtheitsskala" setzten Abiturienten kürzlich bei einer Umfrage Bonn mit 2,2 Punkten auf Platz 1, gefolgt von Köln und Aachen (je 2,3). Und auch Münster rangiert mit 2,6 Punkten noch vor München (2,7). Bochum dagegen kam auf die Note 3,88 und landete damit auf dem letzten Platz der 20 abgefragten Städte.



Ob Bananen oder Zuckerrohr: Die Landwirtschaft soll wieder wirtschaftlicher Schwerpunkt werden. FOTO: DW.

Nur eins will Martinique nicht – selbständig werden

Um Grenada ist es ruhiger geworden; aber die Furcht vor kubanischem Einfluß ist in der Karibik nicht verschwunden. Ein Fazit: Die Inseln Martinique und Guadeloupe wollen Teile Frankreichs bleiben.

Von U. SIEMON-NETTO

Am Straßenrand von der Pagérie, wo Napoleons Gemahlin Josephine geboren wurde, stand eine exquisite Erscheinung. Sie war eines jener aufregenden Geschöpfe, denen die Frauen von Martinique den Ruf verdanken, zu den begehrenswertesten der Welt zu gehören.

Sie wollte nach Fort-de-France mitgenommen werden, und kaum saß sie in meinem Wagen, teilte sie mir die größte Sorge mit, die sie und ihresgleichen im Augenblick bewegt: daß Frankreich ihre Insel in die Unabhängigkeit entlassen könnte. „Hört nicht auf eine Minderheit von Hysterikern", sagte sie, „wir wollen nicht das Elend, das wir in Nachbarländern beobachten. Wir wollen bleiben, was wir sind, nämlich gleichberechtigte Bürger Frankreichs."

Die Furcht vor einer ungewissen Zukunft hat in den französischen Antillen nach den Ereignissen auf Grenada stark an Aktualität gewonnen. Nach der US-Intervention auf Grenada haben die Kubaner dort keine Chance mehr. Das gleiche gilt auch für die anderen englischsprachigen Inseln in der Karibik, wo der Schock über die enormen Waffenfunde auf Grenada und über die Willkürherrschaft seines marxistischen Regimes noch lange anhalten wird.

Deshalb befürchtet man in Fort-de-France und in Point-à-Pitre, den Hauptstädten von Martinique und Guadeloupe, daß sich Havana auf der Suche nach neuen Ablegern wieder verstärkt diesen beiden französischen Überseedepartements zuwenden wird. Und damit wären Territorien bedroht, die ebenso zur Europäischen Gemeinschaft gehören wie Bayern, das Elsaß oder die britische Grafschaft Kent.

Die Sorge ist keineswegs aus der Luft gegriffen. Seit Jahren wühlt Kuba mit wechselnder Intensität auf diesen beiden Inseln und in Französisch-Guyana im Nordosten Südamerikas, wo das europäische Raumfahrtzentrum ist. Sowohl auf Martinique als auch auf Guadeloupe halten sich hartnäckig Gerüchte, daß Kuba örtlichen Widerstandsgruppen Waffen liefere. Die französischen Behörden haben dafür aber keine Beweise. Wohl aber liegen handfeste Beweise für eine erhebliche politische Subversion vor.

Sowohl die KP der beiden Inseln als auch der extrem linke Flügel der großen „Progressiven Partei von Martinique" (PPM) unterhalten enge Kontakte zu Kuba. Vor drei Jahren machte der damalige Staatssekretär für Frankreichs Überseeterritorien, Paul Dijoud, Havana für einen Generalstreik verantwortlich, der das Leben auf Martinique völlig lahmlegte. Im gleichen Jahr hatte Osvaldo Cardenas Martinique besucht. Cardenas ist im Zentralkomitee der kubanischen KP für die Unterwanderung des karibisch-mittelamerikanischen Raumes zuständig.

Cardenas war zum Schluß Kubas Botschafter in Surinam, wurde aber während der Grenada-Krise des Landes verwiesen, „weil Bouterse plötzlich Angst bekam und die benachbarten Brasilianer auch ein wenig nachgeholfen hatten", wie ein amerikanischer Diplomat es formulierte.

So dürfte er jetzt Muße haben, sich wieder der beiden französischen Departements in den Antillen anzunehmen, Gebieten, deren 650 000 Einwohner trotz großer Arbeitslosigkeit den höchsten Lebensstandard in der Karibik genießen, weil dort dieselben Sozialgesetze und Mindestlöhne gelten wie im 7000 Kilometer entfernten Paris. Die Insel ist ein überaus verwöhnter Sozialfall der Grande Nation. Sie lebt ausschließlich von der Solidarität der französischen Steuerzahler. „Unser eigenes Steueraufkommen würde gerade eben die Grundschullehrer entlöhnen", sagte Senator Edmond Valcin, ein Gaullist.

Der Rum ist einer der besten der Welt

Martinique führt im Jahr Waren im Wert von 4 Milliarden Franc ein. Nur ein Achtel davon wird durch Exporte und den Tourismus gedeckt. Das Departement importiert sechsmal soviel Lebensmittel wie es selbst erzeugt.

Gleichzeitig geht die Zuckerrohrproduktion, die wirtschaftlich wichtigste Aktivität, unaufhaltsam zurück. Denn heute kann ein einsamer Bauer in Frankreich mit seinem Traktor 120 Tonnen Zuckerrüben am Tage ernten, während ein Mann auf Martinique höchstens 5 Tonnen einfährt. Gewiß, auch das lohnt sich noch, solange der Zucker vor Ort zu Rum destilliert wird, und in der Tat ist der Rum von Martinique einer der besten der Welt.

Eine vom Generalrat des Departements eingesetzte Enquete-Kommission hat dafür plädiert, die Landwirtschaft mit Hilfe moderner Technologien und Anbaumethoden wieder „zur Basisaktivität auf Martinique zu machen" und die jungen Menschen entsprechend auszubilden und zu motivieren. Die Kommission sprach sich auch dafür aus, die Lebensmittelindustrie, die Hochseefischerei, das Handwerk und den Tourismus rasch zu entwickeln, Wirtschaftszweige, die dank der EG-Zugehörigkeit der Insel einen potentiellen Markt von 300 Millionen Menschen haben.

Betrachtet man die Dinge oberflächlich, gibt es keinen Grund zur Sorge. 90 Prozent der Bevölkerung, so schätzt man, sind für den Verbleib ihrer Insel im französischen Staatsverband. Das gleiche gilt für Guadeloupe.

Im Generalrat von Martinique haben die für den Status quo eintretenden Gaullisten und Giscardisten eine solide Mehrheit. Und der Chef der Progressiven Partei, der Dichter und Philosoph Aimé Cesaire, redet neuerdings auch nicht mehr von Unabhängigkeit oder Autonomie. „Durch die Machtübernahme der Linken in Paris hat sich die Situation geändert", heißt es in seiner Umgebung.

Tatsächlich haben die Menschen von Martinique keinen Grund zur Klage. Nicht nur bringt das Mutterland ihnen große finanzielle Opfer; es müht sich auch sehr, die Gefühle der dunkelhäutigen Franzosen nicht zu verletzen. Fast alle wichtigen Persönlichkeiten auf Martinique sind Farbige: der Polizeipräsident, der Oberpostdirektor, der Fernsehintendant, der Chef der Schulbehörde, der Erzbischof, die drei Deputierten und zwei Senatoren und der Generalratspräsident, der neuerdings die Exekutivgewalt hat, wie in allen französischen Departements.

Dennoch malen sich Lokalpolitiker aus Martinique ein Szenarium aus, wie der Bevölkerung die Unabhängigkeit aufgezwungen werden könnte: Eine Handvoll von Extremisten, deren Namen bereits bekannt sind, mobilisiert die arbeitslose Jugend, die ohnehin schon von linken Lehrern aus dem Mutterland stark aufgewiegelt wird. Irgendwann werden, wie 1980 bei dem von Kuba angezettelten Generalstreik, die Zufahrtswege zur Hauptstadt Fort-de-France mit einigen wenigen Lastwagen blokkiert. Die Regierung fliegt Schocktruppen der Gendarmerie ein, wie 1980. Blonde schlagen Schwarze blutig, live am abendlichen Bildschirm.

Unter dem Einfluß des kubafreundlichen Mitterrand-Beraters Régis Débray wird ein Referendum beschlossen. Würden nur die Martiniquaise befragt, gäbe es keinen Grund zur Sorge. Aber der Verfassungssatz von „einem und unteilbaren Frankreich" läßt das nicht zu; wenn schon, dann müßten alle Franzosen abstimmen. Sie sehen, was auf dem Bildschirm geschieht, sie hören, was Martinique den Steuerzahler kostet und entlassen ihre schwarzen Landsleute in die Unabhängigkeit. „Und dann", sagte mir ein Generalratsabgeordneter, „haben wir eine Katastrophe."

Arafat wird zum Zankapfel zwischen USA und Israel

Der Abzug von PLO-Chef Arafat über das Mittelmeer bleibt ungewiß. Die Schüsse israelischer Schiffe auf Tripoli sind mehr als ein Akt des Krieges. Sie zeigen – auf diesem Gebiet – einen deutlichen Dissens zu den USA.

Von THOMAS KIELINGER

Die Meinungsverschiedenheit zwischen den Vereinigten Staaten und Israel über die Frage sicheren Geleits für PLO-Chef Yassir Arafat droht zu einer ernsten Herausforderung der neuen amerikanisch-israelischen strategischen Zusammenarbeit zu werden. Das Weiße Haus hat jetzt zum ersten Mal zugegeben, daß Washington und Jerusalem in dieser Frage „nicht gleich sehen".

Gleichzeitig haben die USA über diplomatische Kanäle die israelische Regierung wissen lassen, wo die Reagan-Administration in dieser Frage steht, und daß ihr dringend an einem friedlichen Abzug Arafats und seiner PLO-Anhänger aus Tripoli gelegen ist. Doch hat Washington von den Israelis bisher keine Zusicherungen, daß freies Geleit für Arafat von den Israelis toleriert würde. Statt dessen haben mehrere hohe israelische Regierungsbeamte angedeutet, daß eher das Gegenteil eintreten könne (vgl. WELT vom 14. 12.).

„Der Abzug von Arafats Mannen verspricht, größeres Leid der Menschen von Tripoli vermeiden zu helfen", sagte der Pressesprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, als Teil eines offiziell verlesenen Statements. „Wir unterstreichen mit unserer Haltung auch unsere seit langem bekannte Politik, den Rückzug aller ausländischen Truppen aus Libanon erwirken zu wollen." Die Vorbereitung der PLO-Evakuierung sollte „ohne weitere Störungen" vorangehen, fügte der Sprecher hinzu.

Zum zweiten Mal seit dem Sommer 1982 sehen sich die Amerikaner in der mißlichen Lage, den Mann und seine Kämpfer schützen zu müssen, der seit Jahren als Inbegriff des internationalen Terrors gilt: Yassir Arafat. Ende August 1982 überwachten sie schon einmal den sicheren Abzug der palästinensischen Guerrillas, damals aus dem Hafen von Beirut. „Es war eine der unerquicklichsten Aktionen, die wir je abzuwickeln hatten", bekannte ein höherer Beamter des Pentagon am Dienstag in vertraulicher Runde.

Damals, Ende August 1982, zogen die USA und Israel in der Frage des PLO-Auszugs aus Beirut jedoch am gleichen Strang. Zu keiner Zeit stand zur Debatte, daß Israel etwa den zugesicherten Abzug für Arafat würde sabotieren wollen. Das ist heute, im Dezember 1983, anders. Nach dem jüngsten Sprengstoffanschlag auf einen Zivilbus in Jerusalem (vier Menschen kamen ums Leben), bekannte sich unter anderem eine Arafat nahestehende PLO-Gruppe zu dem Attentat. Die erneute terroristische Aktivität der Fatah hat in Israel bittere Erinnerungen an die Jahre des Terrors wachgerufen, die man mit Arafat als Gegner erlebt hat.

Es scheint sich die Überzeugung herauszukristallisieren, daß man diesmal Israels alte Nemesis, Yassir Arafat, nicht mehr mit freiem Geleit zu neuen terroristischen Taten ausziehen lassen möchte. Was genau die Israelis vorhaben – Verhinderung von Arafats Abzug oder versuchte Gefangennahme – ist jedoch in Washington unklar. Die Nervosität jedenfalls steigt mit jedem Tag.

Schon jetzt ist der ordnungsgemäße Ablauf der Evakuierung aus Tripoli in Verzug geraten, weil die fünf bereitstehenden griechischen Schiffe für ungehinderte Passage Garantien suchen, die ihnen keiner geben kann. Ein Beamter des State Department winkte ab: „Wie soll man Zusicherungen abgeben können namens des Verhaltens Dritter in diesem Spiel", sagte er resigniert. Bisher haben nur die Franzosen Geleitschutz versprochen. Das aber scheint den griechischen Schiffseigentümern nicht zu genügen. Israelische Patrouillen-Schiffe bombardierten am Dienstagnachmittag Munitionslager der PLO entlang der Küstenstraße südlich von Tripoli.

Für die Reagan-Regierung ist die Sicherheit Arafats ein Teil ihres weitergehenden diplomatischen Plans, die Friedensgespräche um die Zukunft der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten wieder in Gang zu bringen. Arafat wird dabei die Rolle zugedacht, in einem zweiten Anlauf Jordaniens König Hussein das Placet zu erteilen, namens der Palästinenser und ihrer Vertretung, der PLO, mit Israel und Ägypten zu verhandeln.

Diese Erwartung hat sich jedoch schon einmal, Anfang 1983, zerschlagen, und es gibt bisher keine Anzeichen, daß die Aussichten auf einen Durchbruch bei den seit Jahren ruhenden Friedensgesprächen jetzt besser stünden. Dennoch möchten die USA die Lage nicht dadurch erschwert sehen, daß Arafat in den Händen der Israelis endet – als Gefangener oder Toter.

Was die Bombenanschläge in Kuwait angeht, so erkennt Washington eindeutig die Handschrift Irans und Syriens, als Anstifter und Sponsoren dieser und voraufgegangener ähnlicher Attentate in Libanon. Doch kommen für die Amerikaner Vergeltungsschläge nur in Frage, wenn man genauer als bisher die Kommandozentralen der Terroristen ausmachen kann. Allmählich wacht die US-Regierung und die amerikanische Öffentlichkeit zu dieser neuen Form der Kriegführung, dem terroristischen Krieg, auf, – ein „schmerzhafter Prozeß für uns, die dieses nicht gewohnt sind", sagte der zitierte Pentagon-Beamte.

Um sich wenigstens in Washington selber besser schützen zu können, werden die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt. Jetzt erhält, nach dem Weißen Haus, auch das State Department an seinen Haupteingängen Betonbarrieren, die den Durchbruch eines Kamikaze-Attentäters verhindern sollen. An allen Ministerien stehen die Sicherungsbeamten in erhöhter Alarmbereitschaft.

Hochkonjunktur für Geselligkeit

Familie, Treue und Partnerschaft sind bei der Jugend auch heute noch erstrebenswerte Ziele. Das zumindest ist das Ergebnis einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie in Allensbach.

Von WERNER KAHL

Auf die Ideale von Liebe, Ehe und glücklicher Familie will entgegen düsteren Sozialprognosen auch die Jugend der industriellen Massengesellschaft nicht verzichten. Das belegt das soeben erschienene Jahrbuch der Allensbacher Demoskopen. Der empirisch-soziologischen Untersuchung ist geradezu das Gegenteil des oft dargestellten entromantisierten Zukunftsbildes einer „einsamen Masse" mit gelösten familiären und sogar freundschaftlichen Bindungen zu entnehmen. „Alles, was mit Verein und Geselligkeit zu tun hat", so die Herausgeber Elisabeth Noelle-Neumann und Edgar Piel, „hat heute Konjunktur."

Der Trend in der technokratischen Gesellschaft zeigt folgenden Kurs: mehr Nachbarschaft, mehr Miteinander und mehr Füreinander. Die Zahl der Befragten mit regelmäßigen nachbarschaftlichen Gesprächskontakten ist zwischen 1953 und 1979 von 51 Prozent auf 74 Prozent gestiegen, 1981 sogar auf 78 Prozent. „Wir laden die Nachbarn zu uns ein", sagten 1953 etwa 14 Prozent, 1979 waren es 35 Prozent, und 1981 antworteten so 37 Prozent.

Die Orientierung auf den sozialen Nahbereich hat nach Ansicht der Demoskopen den Höhepunkt noch nicht erreicht: „Die Entwicklung geht weiter."

Auch die deutsche Familie rückt wieder mehr zusammen. Auf die Frage, mit wem einer, der nicht mehr weiter wisse, seine Sorgen besprechen könne, verweisen heute weitaus mehr Menschen auf ihre engsten Familienangehörigen als früher. Der Tod der Familie, in den sechziger Jahren als unabänderlich verkündet, ist zur Legende geworden. 20 Jahre später zeigt Allensbach die Diskrepanz zwischen Mutmaßungen von Zukunftsforschern und dem tatsächlichen Verhalten im Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland.

Eine menschliche Grundstimmung hat alle Strukturkrisen der Nachkriegsgesellschaft überdauert: der Glaube an die Liebe. Auf die Frage, ob sie an die große Liebe glauben, antworteten 1980 von den Männern 52 Prozent, bei den Frauen 63 Prozent mit Ja. Am stärksten ist dieses Gefühl unter den 30- bis 44jährigen (59 Prozent) vorherrschend. Wer mit der ersten Jugendliebe Pech hatte, kann sich dennoch getröstet fühlen: 53 Prozent der befragten Männer glauben, daß einem die große Liebe nicht nur einmal im Leben begegnet, bei den Frauen 40 Prozent.

Viele Erkenntnisse lassen sich aus den Antworten auf die Frage nach den bei einer Frau (Mann) besonders geschätzten Eigenschaften gewinnen. Dazu die Frage: „Würden Sie die sexuelle Anziehungskraft zu den fünf wichtigsten Eigenschaften zählen?" Die Männer antworteten: sexuelle Anziehungskraft (67 Prozent), Natürlichkeit (58), Treue (54), Wärme/Herzlichkeit (51), Sauberkeit (47) und Sparsamkeit (46). Hübsches Aussehen nimmt in der Gesamtbilanz der Befragung erst Platz 7 ein. Unter den 14- bis 24jährigen stehen sexuelle Anziehungskraft und Aussehen mit 97 bis 63 Prozent vor Treue (59 Prozent) an der Spitze. Die an Männern vor allem geschätzten Eigenschaften sind nach Aussagen der Frauen insgesamt Treue (62 Prozent), Wärme und Herzlichkeit (58), Ehrlichkeit (49). Der Mann als Sex-Partner wurde auf Platz 6 gesetzt. Unter den 14- bis 24jährigen Frauen wird männliche Treue am höchsten geschätzt: 66 Prozent schätzen diese Eigenschaft am meisten. Dagegen spielt Ritterlichkeit nur für 7 Prozent dieser Generation eine Rolle.

Deutsche Ehen sind anscheinend auch besser als ihr Ruf im Blätterwald. Denn nur ein Prozent der Männer antworteten 1978, ihre Ehe sei ziemlich unglücklich. Manchmal dächten sie, es wäre besser, sich scheiden zu lassen (1957 ebenfalls 1 Prozent). Bei den Frauen im Fragejahr 1978 waren es zwei Prozent (1957: 1). Dagegen antworteten 56 Prozent der Männer (1957: 43): Wenn es in der Ehe auch manchmal Schwierigkeiten gebe, so verstünden sich die Partner doch im großen und ganzen sehr gut. Zum Vergleich die Antwort der Frauen: 50 Prozent (1957: 43).

Phantasievoll und fröhlich seien sie, sagten die befragten Anhänger der jungen Generation, bereit, sich einzusetzen, auch bereit, sich für eine Sache anzustrengen, und natürlich dächten sie viel an die Zukunft. Leider hätten sie zuwenig Zeit, das zu tun, was sie gern möchten. In diesen Aussagen unterscheide sich das „Selbstbild" der jungen Generation, so die Allensbacher Wissenschaftler, „weit von dem Bild, das die Älteren von ihnen zeichnen".

*

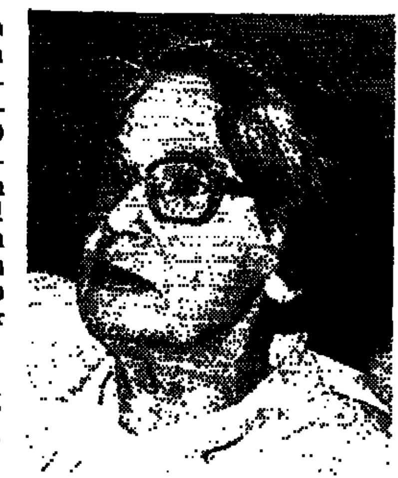
Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983. Hrsg. Elisabeth Noelle-Neumann und Edgar Piel, K. G. Saur Verlag, München.

„Nach der Depression kam Zuversicht zurück“

WELT-Interview mit Elisabeth Noelle-Neumann

DW. Bonn

In der Zeit vor, während und nach der Debatte des Deutschen Bundestages über die Stationierung moderner Mittelstreckenwaffen der NATO (21./22. November) ermittelte Allensbach mit einer Meinungsumfrage den Anstieg der CDU/CSU auf fast 51 Prozent, während SPD und Grüne an Boden verloren. Die FDP hielt sich in etwa. Darüber sprach Herbert Kremp mit der Allensbach-Chefin, Professor Elisabeth Noelle-Neumann.



Elisabeth Noelle-Neumann FOTO: PETER POPP, DPA

WELT: Wie erklären Sie sich den Anstieg der Union genau in der Zeit, als das Thema der Raketenstationierung im Vordergrund stand?

Noelle-Neumann: Meine Auffassung ist, daß sich hier das Muster wiederholt, das wir Anfang des Jahres während des Bundestagswahlkampfes erlebt haben. Damals war ja das Merkwürdige, daß sich die überragende Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung über die Problematik der Ostpolitik und Verteidigungspolitik schob. Die Bevölkerung war sehr besorgt; etwa drei Jahre hindurch hatte sie das Gefühl, in eine wirtschaftlich hoffnungslose Lage zu geraten. Man reagierte auf die Welle der Arbeitslosigkeit mit weitgehend unbegründeter Angst, andererseits sah man die Staatsverschuldung. Viele konnten keinen Ausweg mehr erkennen. Und dann kam plötzlich – auch für uns sehr überraschend – Anfang Januar eine tragende Hoffnung auf: Es ist wirtschaftlich zu zu schaffen! Diese Stimmungslage dauerte bis zur Bundestagswahl an und überlagerte das andere Thema völlig. Danach – etwa im Mai – verbreitete sich das Gefühl, es sei doch nicht zu schaffen: Wir haben uns getäuscht! Im Herbst gab es wieder eine Phase tiefer Depression. Im September/Oktober sahen wir, daß die Bevölkerung die Hoffnung mehr und mehr verlor. Jedoch im November kehrte mit einem Male die Zuversicht zurück: Wir können es doch schaffen!

Vielleicht hatte mancher gedacht, der Herbsttermin sei für die Raketen-Diskussion besonders kritisch, weil sich um diese Jahreszeit oft depressive Stimmungen einstellen, die sich mit der Angst vermischen könnten. Aber es kam anders. Es war von niemand vorauszusehen, daß man im November – parallel zur aktuellen Phase der Raketen-Diskussion im Deutschen Bundestag – zum ersten Mal Wirtschaftsdaten so fester Art erhalten werde. Die Wirtschaft entwickelte sich hoffnungsvoll aufwärts. Hier hat sich der Optimismus noch einmal durchgesetzt.

WELT: Ist das Interessante daran nicht die Tatsache, daß sich offensichtlich eine Priorität durchgesetzt hat, die im Gegensatz zu zahlreichen Medien und manchen Demoskopen steht, welche dem Raketenthema die absolute Priorität eingeräumt hatten?

Noelle-Neumann: Der Vorrang der wirtschaftlichen Themen ist sicher zu erkennen. Das Raketenthema ist zudem falsch dargestellt worden, auch unter Nutzung demoskopischer Daten. Natürlich ist es nicht angenehm, gefährliche Raketen in der Nähe zu haben. Die andere Seite ist jedoch – das ist von der Demoskopie auch gesehen worden –, daß die Bevölkerung sich unbedingt schutzbedürftig fühlt. In den letzten Monaten ergab sich bei unseren Umfragen eine klare Mehrheit für die NATO – um die 50 Prozent. Nur etwa 22 Prozent der Befragten meinten, die NATO solle sich schwächen, oder sagten, die Bundesrepublik solle aus der NATO austreten.

WELT: Das Gefühl, vom Osten mit modernsten Waffen bedroht zu sein, war also stärker als die Angst vor der westlichen Nachrüstung?

Noelle-Neumann: In der Bevölkerung ist das Gefühl, die Amerikaner hätten nicht genug getan, um bei den Verhandlungen wirklich eine Einigung zu erreichen, weit verbreitet. Aber umgekehrt gibt es das Gefühl, der Schutz des Bündnisses sei so wichtig, daß man daran festhalten müsse.

WELT: Führen Sie dieses Ergebnis Ihrer Umfrage auch auf die Entschiedenheit der Bundesregierung in der Nachrüstungsfrage zurück?

Noelle-Neumann: Eine Regierung braucht unbedingt Entschiedenheit. Das ist für die Bevölkerung ein Zeichen von Führung. Aber genauso wichtig ist: Führung darf nicht in Streit oder in Zerrissenheit ausarten. In dem Jahrbuch, das wir am Dienstag vorgestellt haben (Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie von 1978 bis 1983), kann man es nachlesen: 1981/82 hatte die Bevölkerung das immer stärker werdende Gefühl: Wir haben keine Führung, die Regierung ist zu schwach.

WELT: Welchen Einfluß hat die „Friedensbewegung“ mit ihren großen Demonstrationen auf die Meinung der Bevölkerung gehabt?

Noelle-Neumann: Die Bevölkerung hat nicht erwartet, daß die Friedensbewegung die Stationierung der Raketen verhindern könnte. Andererseits: Es gibt in der Bevölkerung einen Konsensus, diese Friedensbewegung stelle sozusagen unser besseres Ich dar. Das ist zwar schlimm, weil die Wirklichkeit eine solche Betrachtung nicht erlaubt. Aber in jedem Fall zeigt die Friedensbewegung, wir wir eigentlich gerne sein möchten.

WELT: Also ideal, aber nicht real.

Noelle-Neumann: Ja, so ungefähr.

Seite 3: Hochkonjunktur

Wie die Beamten in Zukunft ihr Ruhegeld mitfinanzieren könnten

Gelingt es der Bundesregierung, an den Privilegien der Staatsdiener zu rütteln?

GISELA REINERS, Bonn

Der Vorsitzende der Sachverständigenkommission „Alterssicherungssysteme“, Professor Helmut Meinhold, gab sich zuversichtlich. Er sei „optimistisch“, sagte er gestern in Bonn, daß es der CDU/CSU-FDP-Regierung gelingen könne, die Beamtenversorgung mit den anderen Systemen der Alterssicherung zu harmonisieren. Im Gespräch ist dies allerdings schon seit vielen Jahren, ohne daß es einer Regierung bisher geglückt wäre, an den Beamtenprivilegien, vor allem bei der Altersversorgung, wirksam zu rütteln. Auch von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) weiß man, daß er nichts davon hält, den Beamten Beiträge für ihre spätere Pension abzuknöpfen, und Zimmermann ist für die Beamtenversorgung zuständig.

Die 20köpfige Meinhold-Kommission hatte nach mehr als zweijähriger Arbeit vorgeschlagen, die Staatsdiener Beiträge für ihr späteres Ruhegeld zahlen zu lassen. Dies solle schrittweise geschehen; entsprechende Gehaltsanteile sollten in den Bezügen offen ausgewiesen werden. Damit sollen sich alle Gruppen in ihren speziellen Alterssicherungssystemen an den aus dem ungünstigen Bevölkerungsaufbau herrührenden Belastungen beteiligen.

Einheitlicher Steigerungssatz

Dies soll in der Weise geschehen, daß von den Bezügen, ebenso wie der Arbeitnehmeranteil in der Rentenversicherung, ein Beitrag erhoben wird. Langfristig soll der Beitrag der Beamten dem der Arbeitnehmer entsprechen (z. Zt. 9,25 Prozent). Bei diesem Verfahren soll auch die Beitragsbemessungsgrenze gelten, die im nächsten Jahr für die Sozialversicherten 5200 Mark im Monat beträgt. Hier wird jedoch die Schwierigkeit gesehen, daß die Versorgungsbezüge nicht entsprechend nach oben begrenzt werden dürfen.

Praktisch soll das so aussehen: Schrittweise und ohne vorherige Aufstockung der Bezüge wird ein Eigenbeitrag der Beamten zur Alterssicherung einbehalten. Das kann z. B. dadurch geschehen, daß von der jährlichen Aufstockung ein gewisser Prozentsatz nicht ausgezahlt wird. Steigt der Beitragssatz in der Rentenversicherung, steigt auch derjenige für die Beamten entsprechend.

Für die Beamtenversorgung, so wird weiter vorgeschlagen, soll ein einheitlicher Steigerungssatz für jedes Dienstjahr eingeführt werden. Der Satz müsse so bemessen sein, daß nach 40- bis 45jähriger ruhegehaltsfähiger Dienstzeit das Sicherungsziel erreicht sei. Hiergegen hat es schon innerhalb der Kommission Widerspruch gegeben. Weiter wird vorgeschlagen, daß die Bewertung von beitragslosen Zeiten in allen Systemen in gleicher Weise vorgenommen werden soll. Dies müsse in der Rentenversicherung, bei der Beamtenversorgung ebenso wie bei der Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst der Fall sein. Die zum Teil erheblichen Unterschiede hier seien insgesamt reformbedürftig.

Die Hinzuverdienstgrenzen sollen nach Ansicht der Kommission in beiden Systemen vereinheitlicht und dynamisiert werden. Bei Ruhestand zur normalen Altersgrenze soll für alle kein Hinzuverdienst angerechnet werden, wohl aber für Beamte bei vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit.

Eine bessere Abstimmung der Altersversorgung bei Rentnern und Pensionären dürfe die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst nicht unberücksichtigt lassen, meint die Kommission. Diese hat, obwohl mit der betrieblichen Altersversorgung vergleichbar, andere Wirkungen als diese. Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst haben nicht selten im Ruhestand 110 bis 140 Prozent ihrer Aktiven-Bezüge. Hier sieht man die wesentlichen Probleme jedoch als schon von den Tarifpartnern gelöst an. Die vereinbarte Regelung begrenzt jedoch erst auf lange Sicht die Alterseinkommen der öffentlichen Bediensteten auf 90 Prozent des früheren Nettoeinkommens. In diesem Zusammenhang wird von der Kommission jedoch darauf verwiesen, daß sie es als „Sicherungsziel der altersgemäßen Lebensstandardsicherung“ betrachtet, wenn das Nettoeinkommen im Alter 70 bis 90 Prozent des Nettoarbeitseinkommens beträgt.

Frage der Definition

In diesem Punkt ist Meinhold ebenfalls zuversichtlich, daß sich dieses Niveau auch in Zukunft halten läßt, wenn die Beiträge noch ein wenig steigen und das Rentenalter von jetzt 59 auf 60 Jahre zunehme. Was in diese Prozentsätze einberechnet werde, sei eine Frage der Definition, wieweit z. B. Betriebsrenten und private Lebensversicherungen dabei berücksichtigt würden. Zur Zeit habe der „Eckrentner“ nach 40 anrechnungsfähigen Arbeitsjahren ein Netto-Rentenniveau von etwa 65 Prozent seines Aktiven-Einkommens. Dies sollte auf jeden Fall nicht wesentlich unterschritten werden. Daß sich Zeiten von langer Krankheit und Arbeitslosigkeit rentenmindernd auswirkten, halte er für nicht anders machbar.

Der Beamtenbund hat die Vorschläge der Kommission als „verfassungsrechtlich unzulässig und beamtenpolitisch verfehlt“ bezeichnet. Von Bonn erwarte man eine „klare Absage“ an die Kommissionsempfehlungen. Die SPD-Sozialpolitikerin Anke Fuchs forderte „Gesetzesinitiativen“ der Regierung zur Harmonisierung. Arbeitsminister Blüm und die Unionsfraktion sicherten „Prüfung“ der Empfehlungen zu. Eine Beitragspflicht von Beamten bedeute laut FDP einen Schritt zum Einheitsdienstrecht und damit gegen das Berufsbeamtentum.

Bangemann soll wieder Europa-Liste anführen

Innerhalb der FDP wird noch um Platz sechs gerangelt

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Freien Demokraten wollen bei den zweiten Direktwahlen zum Europaparlament am 17. Juni mit denselben Spitzenkandidaten wie 1979 antreten. Die Liste, über die die Bundesvertreterversammlung am 21. Januar in Leverkusen abschließend entscheidet, soll wieder vom Vorsitzenden der Liberalen Fraktion im Straßburger Parlament, dem baden-württembergischen Martin Bangemann, angeführt werden. Ihm sollen die bisherigen Europa-Abgeordneten Mechthild von Alemann aus Nordrhein-Westfalen, der niedersächsische FDP-Chef Heinrich Jürgens und Ulrich Irmer aus Bayern folgen. Darauf haben sich das FDP-Präsidium und die Landesvorsitzenden auf einer gemeinsamen Sitzung verständigt.

Allerdings waren gegen Jürgens zunächst Bedenken geäußert worden, weil er auch dem Landtag in Niedersachsen angehört. Deshalb war für dessen Listenplatz eine Gegenkandidatur des ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, Kurt Jung aus Rheinland-Pfalz, in Aussicht gestellt worden. Dessen Bewerbung um den als sicher geltenden Platz drei wird aber inzwischen in der Parteispitze für wenig wahrscheinlich gehalten. Denn Jürgens hatte nach der Sitzung vor seinem Landesvorstand für Anfang nächsten Jahres den Verzicht auf sein Mandat in Hannover angekündigt.

Dagegen wird es um Platz sechs in den nächsten Wochen noch Diskussionen hinter den Kulissen geben. Ihn wollen sowohl die Rheinland-Pfälzer mit Jung als auch die vier norddeutschen Landesverbände mit dem ehemaligen Spitzenkandidaten bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen Rainer Funke belegen. Die FDP-Gliederungen aus dem Norden begründen diesen Anspruch unter anderem damit, daß die Hamburger Liberalen weder auf Regional- noch auf Bundes- oder Europaebene in einem Parlament vertreten sind. Die Spitzen der vier norddeutschen Verbände beauftragten bereits den Bremer Horst-Jürgen Lahmann, der selbst eine Kandidatur ablehnt, in Verhandlungen mit Rheinland-Pfalz eine Einigung herbeizuführen. Ziel soll es sein, vor der Bundesvertreterversammlung „klare Verhältnisse“ zu schaffen und ein Bild der Zerstrittenheit zu vermeiden.

Dennoch ist eine Kampfabstimmung in Leverkusen um Platz sechs nicht ausgeschlossen. Die FDP-Nachwuchsorganisation, die Jungen Liberalen, haben bereits ihr Interesse für ihn signalisiert. Sie wollen ihn mit ihrem ehemaligen Schatzmeister Jürgen Hacker besetzen.

Nach Ansicht der Bonner FDP-Führung sollen auf den ersten Listenplätzen alle Landesverbände und die Julis vertreten sein. Als sicher gilt, daß Hessen entsprechend seiner Mitgliederzahl Platz fünf erhält. Auf ihm soll der Präsident der Brandversicherungskammer Darmstadt, Hermann Kleinstück, kandidieren.

Genauso wie auf personellem Sektor gibt es auch bei der Wahlkampforganisation und -durchführung noch offene Fragen, obwohl die Liberalen ursprünglich mit ihrer Stimmenwerbung schon im nächsten Monat beginnen wollen. So muß der Terminfahrplan für den Europawahlkampf noch mit der baden-württembergischen FDP abgestimmt werden. Dort wird am 25. März ein neuer Landtag gewählt. Außerdem muß noch ein „Eurogipfel“ der Liberalen vereinbart werden, zu dem nach dem Willen der FDP alle liberalen Parteiführer und Minister sowie das ELD-Exekutivkomitee in die Bundesrepublik kommen sollen. Darüber hinaus geht es um Schwerpunktveranstaltungen unter Beteiligung von prominenten Liberalen aus den anderen Mitgliedsstaaten. Fest steht, daß die FDP nach dem Vorbild des Bundestagswahlkampfs wieder mit einem Sonderzug auf Reisen gehen will.

„Familie finanziell benachteiligt“

In Tutzing sprachen sich mehrere Verbände für einen Gang nach Karlsruhe aus

PETER SCHMALZ, München

Im Bundesrat will Bayern morgen den Haushaltsbegleitgesetzen '84 zwar zustimmen, wird aber zur geplanten Kürzung des Mutterschaftsgeldes eine Erklärung abgeben, in der die neue Regelung als „zu einschneidend“ und als weiteres „Negativsignal“ für die deutsche Geburtenentwicklung abgelehnt wird. Entgegen der Bundesregelung sollen bayerische Beamtinnen auch künftig das bisherige Mutterschaftsgeld von 750 Mark im Monat erhalten.

Wie das Land Bayern damit ein Zeichen für die notwendige Priorität der Familie setzen will, planen deutsche Familienverbände einen Paukenschlag zugunsten von Eltern und Kindern durch eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Während einer familienpolitischen Tagung der Akademie für politische Bildung in Tutzing erklärte Klaus Conrad von der Deutschen Liga für das Kind gestern, seine Gesellschaft werde bereits auf ihrer nächsten Präsidiumssitzung am 14. Januar die Erfolgsaussichten einer Klage prüfen lassen.

Tagungsteilnehmer verschiedener Verbände sprachen sich für einen Gang nach Karlsruhe aus, nachdem – wie ein Redner meinte – der Verfassungsauftrag zum besonderen Schutz der Familie seit mindestens 30 Jahren kontinuierlich verletzt werde. Auf politische Entscheidungen will man nicht länger warten; zudem habe auch die neue Regierung bei der Frage, ob Abtreibungen weiterhin durch Krankenkassen finanziert werden sollen, ihren Willen bekundet, anstelle eigener Initiativen auf den Spruch des Verfassungsgerichts zu warten. Mit Beifall wurde die Bemerkung quittiert, die Situation der Familie habe sich entgegen den Versprechungen auch unter der jetzigen Koalition verschlechtert.

Angelpunkt aller Klagen ist die finanzielle Benachteiligung der Familie. Johannes Resch, Vizepräsident des Deutschen Familienverbandes, sprach von einer Umverteilung, „die der Enteignung der Familie entspricht“: Nach Berechnungen des Münchner Ifo-Instituts verfügt der Bezieher eines durchschnittlichen Einkommens, der eine Familie mit zwei Kindern ernährt, pro Kopf nur über ein Drittel des Netto-Einkommens, das ein kinderloses Ehepaar mit gleichem Brutto-Einkommen je Verdiener ausgeben kann.

Die Ursache des Mißstands gehe auf Bismarcks Sozialgesetzgebung zurück, meinte Alfred Rollinger, Vizepräsident des Sozialgerichts Trier: Waren früher Kinder ersehnt wie das tägliche Brot, weil sie im Alter das tägliche Brot brachten, so habe die Rentenversicherung aus den Kinderlosen Privilegierte gemacht, deren Renten aus den künftigen Beiträgen der Kinder anderer finanziert werden müßten.

Gegenwärtig haben 28 Prozent der Paare keine, je 30 Prozent ein oder zwei und 12 Prozent zwei oder mehr Kinder. Der kleine „Baby-Boom“ des vergangenen Jahres ist bereits wieder vorüber: In den ersten acht Monaten dieses Jahres sanken die Geburten um sechs Prozent gegenüber den Vorjahresmonaten.

Brandt ehrt Ollenhauer: Verkörperte Brückenschlag

Kranzniederlegung zum 20. Todestag

PETER PHILIPPS, Bonn

Die sozialdemokratische Führung hat gestern des 20. Todestages des früheren SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer gedacht. Sein Nachfolger Willy Brandt und Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel legten am Grab in Bonn Kränze nieder. Dabei forderte Brandt seine Partei auf, als „Nachfolgende an den sozialdemokratischen Grundwerten und Grundüberzeugungen nicht zu rütteln“.

Ollenhauer war im Alter von 62 Jahren während einer Bundeskonferenz in Bad Godesberg gestorben. Brandt erinnerte gestern daran, daß der langjährige sozialdemokratische Oppositionsführer im Bundestag zu jenen Männern gehört habe, die den Brückenschlag von der alten Arbeiterbewegung „in das Deutschland der Bundesrepublik“ verkörperten. Für Ollenhauer habe nicht der kurzatmige Erfolg gezählt, sondern die beharrliche Arbeit an der Veränderung der Verhältnisse.

Der Maurersohn, über den Brandts Ehefrau Brigitte gerade eine Dissertation schreibt, hatte sich sein Wissen als Autodidakt erworben. Bereits in jungen Jahren war er Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend geworden und 1933, als Referent für Jugendfragen im Vorstand der SPD, über Prag und Paris nach London emigriert. 1945 war er in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt und hatte neben Kurt Schumacher als dessen Stellvertreter zu denen gehört, die an führender Stelle die SPD wieder aufbauten.

Ollenhauer gehörte zu den Kräften in der Partei, die früh den Wechsel von der Klassen- zur Volkspartei einleiteten, der sich im Godesberger Programm von 1959 manifestierte. Zweimal trat er in Bundestagswahlen gegen Konrad Adenauer an. Beide Male unterlag er. 1960 überließ er die Kanzlerkandidatur Willy Brandt, der ihm später auch im Parteivorsitz folgte.

Im Kanzleramt sind die Neider stumm geworden

Schreckenberger setzte sein Organisationskonzept durch

Von MANFRED SCHELL

Gut gemeint hat Helmut Kohl in zurückliegenden Monaten seinem alten Freund und politischen Mitstreiter Waldemar Schreckenberger den Rat gegeben, hämische Kritik in dem einen oder anderen Hamburger Magazin einfach zu ignorieren. Das schlichte Rezept, das Kohl dem Chef des Kanzleramtes und Staatssekretär dafür empfahl, lautet: Schreckenberger solle solche Artikel „einfach nicht lesen". Kohl sagt allen, die es wissen wollen, daß er nach diesem Muster verfährt, und er könne damit gut leben. Auch in anderer Hinsicht ist der Kanzler konsequent, was man, auf diesen Fall bezogen, von Franz Josef Strauß nicht behaupten kann: Kohl gibt seit 1975 „Spiegel" und „Stern" keine Interviews. Warum, so zitierte ein Kanzlerberater seinen Chef, solle er, Kohl, Leuten entgegenkommen, die ihn ohnehin nur madig machen wollen?

Der Kanzler ist auch in solchen Angelegenheiten ein robuster Typ, obwohl er natürlich gespürt hat, daß die Schüsse auf Schreckenberger auch ihn treffen sollten. Jedenfalls ist Schreckenberger in solchen Dingen empfindsamer als Kohl. Sein Wirken als Chef des Bundeskanzleramtes ist auf „Effiziens nach innen" angelegt, und er hat keine Fußtruppen, die sich für ihn schlagen. Zeitweise drängte sich der Verdacht auf, daß die Blätter, die Kohl zu ignorieren riet, aus dem Amt heraus „munitioniert" worden sind – nicht nur von verbliebenen Genossen.

Diese Phase ist jetzt überwunden. Im Bundeskanzleramt ist Ruhe eingekehrt. Hals über Kopf hatte sich Schreckenberger nach der Wende ins organisatorisch-bürokratische Getümmel stürzen müssen. Die selbstverordnete Sparsamkeit ließ es nicht zu, die Schaltstellen sofort mit Vertrauensleuten der eigenen politischen Couleur zu besetzen. Als Horst Ehmke 1969 ins Kanzleramt eingezogen war, hatte er den Personalbestand beträchtlich, man spricht von 150, mit Sozialdemokraten aufgestockt und sich damit ein „zweites" linientreues Amt geschaffen. Diese Möglichkeit hatte Schreckenberger nicht. Nach wenigen Wochen im Amt wurde die Arbeit der Regierung schon wieder vom Wahlkampf bestimmt. Ordnung ist erst so richtig nach dem 6. März eingekehrt.

Das Kanzleramt funktioniert. Neidkomplexe haben sich abgeschliffen, die hierarchischen Strukturen sind inzwischen allgemein bekannt und akzeptiert. Der Schreibtisch Schreckenbergers ist das Nadelöhr, das den Kanzler, der einen individualistischen Arbeitsstil hat, vor Überfrachtung mit Papieren schützt. Kaum ein Tag, an dem der Staatssekretär, der ab 8 Uhr im Amt ist, vor 23 Uhr sein Büro verläßt. Freunde Schreckenbergers machen sich Sorgen, ob er dieses Pensum durchhalten kann. Hinzu kommt seine Neigung, bis in Details zu forschen, alles genauestens wissen zu wollen. Dies ist gewiß kein Fehler, aber es kostet viel Zeit und Kraft.

Schreckenberger hat ein neues, „aufgabenorientiertes" Organisationskonzept durchgesetzt. Gleichzeitig hat er in mühsamen Gesprächen mit Ministern die Umsetzung von höheren Beamten erreicht. „Aufgabenorientiert" zu arbeiten heißt aus der Sicht des Chefs des Kanzleramtes, die politischen Zielsetzungen der Regierungserklärung von Helmut Kohl zu realisieren. Im Zusammenwirken mit den Ressorts hat Schreckenberger eine Art „Arbeitsbuch" erstellt, in dem die einzelnen Projekte, der Stand der Beratungen und die zeitliche Verabschiedung festgehalten sind. Leerer Aktionismus soll möglichst vermieden werden.

An den „Bedürfnissen" der neuen Regierung orientiert

Das Organisationskonzept ist an den „Bedürfnissen" der neuen Bundesregierung orientiert. Die Abteilung I mit der Zuständigkeit für Rechtsfragen, Personal und Organisation wird von Ministerialdirektor Fischer, dem früheren stellvertretenden Leiter der saarländischen Staatskanzlei, geleitet. Die Abteilung II, verantwortlich für auswärtige Angelegenheiten, für die Sicherheits- und Deutschlandpolitik, leitet Ministerialdirektor Horst Teltschik. Die größten Veränderungen hat es in der Abteilung III (Inneres und Planung) unter Ministerialdirektor Professor König gegeben. Hier wurde unter anderem eine neue Unterabteilung „moderne Technologie und Medien" sowie eine eigene sozialpolitische Gruppe geschaffen, die sich gesellschaftspolitischen Fragestellungen widmen soll. Durch die Abteilung III wird, sofern dies Schreckenberger aufgrund seiner guten Beziehungen zu den Staatskanzleien der Länder nicht selber macht, auch die Abstimmung mit den einzelnen Landesregierungen sichergestellt werden. Um Reibungsverluste möglichst gering zu halten, hat der Staatssekretär Anweisung gegeben, jeden Entwurf, der den Bundesrat berührt, schon in sehr frühem Stadium mit den Ländern zu besprechen, um deren „sachliche Kompetenz und politischen Willen" zu berücksichtigen.

Die für Wirtschaft und Finanzen verantwortliche Abteilung IV wird von Ministerialdirektor Grimm, der aus dem Bundeswirtschaftsministerium kommt, geleitet. Ministerialdirektor Eduard Ackermann ist Chef der Abteilung V, die für „gesellschaftliche und politische Analysen sowie Kommunikation" zuständig ist. Ackermann ist aber nicht nur Abteilungsleiter, sondern einer der engsten Mitarbeiter Kohls. Selbst Franz Josef Strauß, der in solchen Dingen knauserig ist, hat Ackermann einen klugen politischen Kopf genannt. Viele Journalisten hätten sich Ackermann als Chef des Bundespresse- und Informationsamtes gewünscht, aber Kohl möchte ihn nicht aus seinem unmittelbaren Beraterkreis vermissen. Ministerialdirigent Jung, ein bescheidener, sehr sachkundiger Mann, leitet jetzt die Abteilung VI, der die Koordination der Nachrichtendienste und die Dienstaufsicht über den Bundesnachrichtendienst (BND) obliegt. Jung war langjähriger Mitarbeiter des früheren Bundesaußenministers Gerhard Schröder. Leiter des Büros von Staatssekretär Schreckenberger ist Michael Lippert, ein angesehener Verwaltungsjurist.

Im Bundeskabinett herrscht gutes Klima

Die Plätze der Spitzenbeamten sind neu besetzt worden, aber natürlich gibt es im Kanzleramt noch viele Sozialdemokraten. Die meisten von ihnen fühlen sich jedoch als Berufsbeamte. „Das Haus ist in etwa loyal", heißt es in der Amtsleitung. Natürlich gibt es in einer so großen Behörde auch kleinere Pannen. Vorlagen aus der einen oder anderen Abteilung kommen zu spät auf den Tisch. Termine auf der Hardthöhe mußten sehr kurzfristig besetzt werden. Außerdem gibt es einen bislang „geheimen Kommasetzer" im Amt, der sich in Entwürfen und Aktennotizen austobt. Schreckenbergers Aufgabe ist es, den Informationsfluß „unten nach oben" sicherzustellen und gleichzeitig die politischen Vorgaben des Kanzlers in den Apparat einzuspeisen.

Dies ist bei dem besonderen Arbeitsstil von Helmut Kohl, der wenig von Vermerken hält, nicht leicht. Er greift spontan zum Telefon und ruft Minister und Beamte an. Er pflegt das „Instrument" der Vier-Augen-Gespräche. Im Plenarsaal winkt er Abgeordnete beiseite, in den Taschen hat er viele Zettel. Kohls Art ist es, vieles direkt, ohne Umwege, zu erledigen. Die politische Arbeit bewältigt er zum großen Teil mit einem dichten Netz persönlicher Beziehungen. Die Nähe zur Basis ist eine seiner Stärken. Das Kanzleramt mußte sich erst an den informellen Arbeitsstil von Helmut Kohl gewöhnen.

Die fast menschenverachtende, streng funktionale Architektur des Kanzleramtes läßt Stimmungen, ein menschliches Klima, fast nicht zu. Helmut Kohl aber hat hier mit seiner Art, wie er Mitarbeiter und Minister behandelt, doch etwas verbessert. Der Umgangston in der Morgenlage ist direkt, mit manchen Frotzeleien verbunden. Aber auch manch hartes Wort fällt. Die Gelassenheit, die Kohl gemeinhin eigen ist, sollte nicht täuschen. Auch bei ihm gibt es Zornesausbrüche.

Im Bundeskabinett herrscht allerdings ein ausgesprochen gutes Klima, sagen auch die FDP-Minister. Kohl hat es sich abgewöhnt, Monologe zu halten. Sein Führungsstil ist anderer Art. Er läßt die Minister reden und er gibt ihnen, innerhalb und außerhalb des Kabinetts, viel Raum zur Selbstdarstellung. Kohl läßt die Diskussionen laufen, bis sie ein Stadium erreicht haben, das für seine Entscheidungen günstig ist. In dieser Hinsicht erinnert er an Willy Brandt. In Kabinettssitzungen um jeden Preis, wie sie Helmut Schmidt abgehalten hat, kann Kohl keinen Sinn erkennen. Nur „nach Bedarf" gibt es bei ihm die Kabinettsberatungen und dann drückt er auch noch aufs Tempo. Die Frage nach Informationsdefiziten, die sich einstellen könnten, weist Kohl zurück. „Wer im Kabinett zuhört, ist bestens informiert." Häufig trage er im Kabinett, im Präsidium und im Bundesvorstand der CDU und auch noch in der CDU/CSU-Fraktion vor. „Wer es da nicht gefressen hat, dem kann ich nicht helfen."

Harmonie, auch der Zwang zum Erfolg, haben bislang eine reibungslose Arbeit des Kabinetts bewirkt. Helmut Kohl hat die Rolle des Bundeskanzlers ohne Wenn und Aber angenommen und ausgefüllt. Seine Autorität ist unangetastet, gleichwohl er „starke" Minister hat: Gerhard Stoltenberg zuällererst, Friedrich Zimmermann, Norbert Blüm und natürlich Genscher. Kontrahenten, die in der Sache auseinander sind, zwingt Kohl, sich zusammenzusetzen, einen Kompromiß zu finden. Konsens ist sein Kurs. Und damit ist Kohl bisher sehr gut gefahren.

Kritik an „Parteipolitik" der Tagesschau

dpa, Hamburg

Kritik an den Verantwortlichen für die Tagesschau hat einer der Sprecher dieser ARD-Nachrichtensendung, der 61jährige Wilhelm Stöck, geübt.

In einem gestern in Hamburg veröffentlichten Interview der Illustrierten „Neue Revue" sagte er, die Tagesschau habe sich von einer „allgemein anerkannten Nachrichtensendung, die gut, knapp und vor allem wertungs- und kommentarfrei unterrichtete", zu einer „sensationsanfälligen und parteipolitisch beeinflußbaren Doppelsendung" aus Nachrichten und begleitend kommentierendem Magazin entwickelt.

Während die ersten Tagesschau-Chefredakteure „zaghafte Versuche von Parteien, Einfluß auf die Auswahl der Nachrichten zu nehmen, mit Erfolg abwehrten", habe dieser Widerstand später „unter erhöhtem Druck" immer mehr abgenommen, meinte Stöck. Schließlich sei sie Dieter Gütt „in ein nach meiner Auffassung schon personalbezogen stark parteipolitisches Fahrwasser" geraten.

S-Bahn-Verhandlungen vor Abschluß

Die von der „DDR" geforderte Übernahme von 672 „Reichsbahnern" bereitet Probleme

F. DIEDERICHS, Berlin

Nach den gestern im Rathaus Schöneberg fortgesetzten intensiven Gesprächen zwischen dem Berliner Senat und der „DDR"-Reichsbahn wird in Berlin ein Vertragsabschluß über die Einbeziehung der unter „Reichsbahn"-Regie stehenden S-Bahn in das Westberliner Nahverkehrsnetz noch vor dem Weihnachtsfest erwartet. Zwar bewahrt der Senat vereinbarungsgemäß über den Verhandlungsstand weiter strengste Vertraulichkeit. Optimistische Äußerungen politischer Beobachter, die stets von „atemberaubend schnellen Verhandlungen" sprechen, lassen jedoch einen Vertragsabschluß noch in diesem Jahr realistisch erscheinen.

Nach Informationen der WELT weisen vor allem vier Entwicklungen darauf hin, daß der Berliner Senat und die „Reichsbahn"-Verantwortlichen unmittelbar vor der Vertragsunterzeichnung stehen:

- Die „DDR" ließ bei den Gesprächen zuletzt immer deutlicher durchblicken, daß sie keinerlei Interesse habe, das S-Bahn-Defizit im neuen „Planjahr" 1984 wieder auftauchen zu lassen. Nach jüngsten Zahlen soll das jährliche Defizit, bei einem blamablen Fahrgastaufkommen von 8000 bis 12 000 Personen pro Tag, rund 80 Millionen Mark betragen haben.
- Vertreter der rund 2000 nichtkommunistisch organisierten Reichsbahner in West-Berlin vermeldeten konkrete Äußerungen von Funktionären der „DDR"-Gewerkschaft FDGB, daß sämtliche „Reichsbahn"-Bedienstete mit Wohnsitz in West-Berlin zum Jahresende aus Ostberliner Diensten entlassen werden sollen. „Reichsbahn"-Angestellte des Stellwerks Halensee müssen beispielsweise bis zum 16. Dezember ihre Spinde räumen und die Dienstausweise abgeben.
- Der Vertragstext soll derzeit trotz anfänglicher Diskussionen über Status-relevante Formulierungen schon derart klar erarbeitet sein, daß bereits die drei westlichen Alliierten – auf einem Treffen am Rande der NATO-Außenministertagung in Brüssel in der vergangenen Woche – ihr Plazet für die beabsichtigten Vereinbarungen gaben.
- Mehr als 100 Betriebsangehörige der „Reichsbahn" stellten sich bereits bei den Berliner Verkehrs-Betrieben (BVG) vor. Dies geschah auf Einladung der BVG, die das neue Personal – die „DDR" forderte zuletzt die Übernahme von 672 „Reichsbahnern" – möglichst schnell und noch vor Jahresende verwaltungstechnisch integrieren möchte.

Gerade der letzte Punkt bereitet jedoch nicht nur den Verkehrsbetrieben, sondern auch den Politikern im Rathaus Schöneberg noch Kopfzerbrechen. Denn wie aus „Reichsbahn"-Kreisen verlautete, habe die „DDR" die aus dem Kreis von mehr als 2000 „Reichsbahnern" bestimmten 672 Bediensteten so ausgewählt, daß man diese jetzt in drei Gruppen unterteilen könne: arbeitsunwilliges Personal, den oppositionellen Kreisen in der „DDR" zugerechnetes Personal und schließlich hochrangige SED-Funktionäre. Die letzteren sollen offenbar, so fürchtet man in Berlin, die Organisation ihres neuen Arbeitgebers „durchdringen und aufrollen".

Schutzpflicht für Deutsche in Polen

rmc. Bonn

Mindestens 120 000 Deutsche im Oder-Neiße-Gebiet und angrenzenden Regionen der Volksrepublik Polen wollen auszusiedeln. Diese Zahl teilte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Mertes, auf entsprechende Fragen mit. Nach seinen Angaben leben im Oder-Neiße-Gebiet zwischen der derzeitigen westlichen Staatsgrenze der Volksrepublik Polen und der östlichen Staatsgrenze des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 ohne Nord-Ostpreußen, unter zehn Millionen Polen eine Million Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes. Für diese Gruppe hat Bonn laut Mertes „eine Schutzpflicht". Das schließt die Verwirklichung der Volksgruppenrechte ein, vor allem Achtung und Gebrauch ihrer Muttersprache.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Distanz zu Genschers Eliteplänen

AP, Bonn

Der Vorstoß von FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher zur Gründung von privaten „Elite-Universitäten" ist von der SPD als „Kampfansage an die demokratische Kultur der Bundesrepublik" gewertet worden. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Eckart Kuhlwein, erklärte gestern in Bonn, wer am Beispiel der USA und Japan „das Hohelied einer hochtechnologischen Gesellschaft anstimmt", wolle nicht nur private Elite-Schulen und -Universitäten sowie den Abbau der Lernmittelfreiheit, sondern er wolle eine andere Gesellschaft. In dieser neuen politischen und sozialen Ordnung sollen nach den Worten Kuhlweins kleine Eliten über den Rest der Abhängigen verfügen, „denen erst ihre Bildungs- und Ausbildungsansprüche geschmälert, dann ihre sozialen Rechte genommen und schließlich wohl auch ihre politischen Rechte eingeengt werden sollen".

Distanziert äußerte sich auch Bildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) zur Gründung von privaten Elite-Universitäten. Sie sei in dieser Frage „sehr zurückhaltend", weil solche Hochschulen nicht der deutschen Universitäts-Tradition entsprächen. Allerdings stehe sie „seit jeher" privaten Universitäten positiv gegenüber. Sie könnten den „Hecht im Karpfenteig" spielen.

Genscher hatte auf der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände betont, die Förderung privater Universitäten und privater Schulen sei ein „Gebot der Stunde". Die strenge Durchsetzung des staatlichen Bildungsmonopols habe sich angesichts des technologischen Rückstands der Bundesrepublik Deutschland nicht bewährt.

V-Mann muß nicht auftreten

dpa, Krefeld

Der 25 Jahre alte V-Mann des Berliner Verfassungsschutzes, der in der Prozeßserie um die Krefelder Krawalle während des Besuches des US-Vizepräsidenten George Bush heute als Zeuge gehört werden sollte, wird nicht vor Gericht erscheinen. Wie ein Sprecher des Landgerichts Krefeld gestern mitteilte, hat der Verteidiger eines unter der Anklage des schweren Landfriedensbruchs stehenden 24jährigen Studenten aus Erftstadt überraschend den Antrag auf Vernehmung des V-Mannes zurückgezogen. Daraufhin hat die 2. Große Strafkammer die Ladung des Zeugen, dem bereits durch den Berliner Innensenator eine Aussagegenehmigung erteilt worden war, rückgängig gemacht.

„Grenzführungen sind notwendig"

B. HUMMEL, Eschwege

Der Bundesgrenzschutz (BGS) soll auch künftig Besuchergruppen entlang der innerdeutschen Grenze betreuen und sie über das Sperrsystem der „DDR" umfassend informieren. Mit dieser Feststellung hat der Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium, Ottfried Hennig, die Kritik des Bundesrechnungshofes am Einsatz von BGS-Beamten bei Grenzführungen strikt zurückgewiesen.

Hennig sagte, es sei „eine schlimme Sache", daß diese politische Aufgabe überhaupt unter dem Gesichtspunkt der Personalkosten geprüft worden sei. Er zähle die Grenzführungen zu den vorrangigen Aufgaben des Bundesgrenzschutzes, der jährlich Millionen von Grenzbesuchern ein deutliches Bild von den Auswirkungen der deutschen Teilung vermittle. Wörtlich: „Wir können auf die Mithilfe der BGS-Beamten nicht verzichten."

Die Forderung des Rechnungshofes nach finanzieller Abgeltung bei Führungen durch den Grenzschutz sei absurd. Zwar befinde sich der Bericht des Rechnungshofes noch in der Prüfung, doch sei mit dem Bundesinnenministerium bereits Übereinstimmung darüber hergestellt, daß sich an der bisherigen Praxis nichts ändern werde.

Für mehr Engagement in Singapur

pa, Singapur

Eine Abordnung der Asean-Gruppe im Deutschen Bundestag hat sich gestern in Singapur für eine verstärkte Aktivität der deutschen Wirtschaft in der südostasiatischen Inselgruppe ausgesprochen.

Der Leiter der Delegation, der CDU-Abgeordnete Herbert Hupka, erklärte vor der Presse, Singapur biete auch von der Investitionsseite her die allerbesten Voraussetzungen für die Errichtung neuer Unternehmen. Die deutsche Wirtschaft und Industrie sollten die sich bietenden Chancen weniger zaghaft nutzen. Die Parlamentarier waren während ihres viertägigen Aufenthalts in Singapur auch mit Außenminister Suppiah Dhanabalan zusammengekommen, der der Bundesregierung bei dieser Gelegenheit für die Unterstützung der Kambodscha-Politik der südostasiatischen Staatengemeinschaft dankte und die fortwährende humanitäre Hilfe der Bundesrepublik Deutschland für die kambodschanischen Flüchtlinge lobte.

Unter der Führung des Alawiten Assad wurde Syrien zum perfekten Polizeistaat

Der syrische Diktator und die alawitische Minderheit / Die Hoffnungen der Amerikaner hat er immer enttäuscht

Von HARALD VOCKE

Mittags liegt über Damaskus eine Glocke von glasklarem Licht. Die Abou Roumaneh, die Hauptstraße der modernen Neustadt, ist eine breite Avenue mit einem Grünstreifen, der die Fahrbahnen trennt. Aber in den behäbigen Bürgerpalästen an dieser Prunkstraße sind die Empfangsräume der Männer und die Damensalons gerade an hellen Tagen keineswegs von Licht überflutet. Fensterläden und schwere Vorhänge halten den Sonnenschein fern. Als ich ehemals das Mansardengeschoß einer dieser alten Villen bewohnte, vergingen Monate, bis ich bemerkte, daß es hinter den Holztüren in den halbdunklen Räumen neben der Familie des Hausherrn noch andere Kinder gab, scheue Mädchen zwischen sieben und zwölf Jahren, Kinder als Dienstmädchen, die für die Herrschaft die Fußböden wischen, Geschirr abwaschen und alle unangenehmen Arbeiten im Haushalt verrichten mußten. Die Eltern, Kleinbauern aus dem nordwestsyrischen Alawiten-Gebirge, hatten ihre Kinder für einen im voraus genau festgelegten Zeitraum an die Damaszener „verkauft".

Niemand fand in der „guten alten Zeit" in Damaskus etwas dabei. „So verhungern die Kinder wenigstens nicht", hieß es. Mit einem Anteil von zehn bis zwölf Prozent der gesamten Bevölkerung waren die Alawiten bis in die siebziger Jahre in Syrien nicht nur die größte, sondern zugleich die bei weitem ärmste und rückständigste Minderheit. Über Geld, Bildung und politische Macht verfügten vor allem die sunnitischen Muslims. „Die Rache der Alawiten wird fürchterlich sein, falls sie eines Tages Damaskus beherrschen", sagte man schon in den sechziger Jahren. Denn die Kinder-Dienstmägde aus dem Alawiten-Gebirge hatten in den Häusern der reichen Sunniten manche Demütigung hinnehmen müssen.

Seit dem Rücktritt des sunnitischen Staatspräsidenten Nureddin al Atassi im Herbst 1970 liegt in Syrien alle politische Macht in den Händen eines Alawiten, des Luftwaffengenerals Hafez al Assad. Als ich ihm schließlich gegenübersaß, nach langen Wartezeiten und Verhandlungen mit seinen Vertrauten, war dies der stärkste Eindruck: Das ist ein Politiker von einer wahrhaft staunenswerten Intelligenz, dabei aber ungewöhnlich verschlossen. In dem Bemühen, ihn zum Reden über die Themen zu bringen, die ihn selbst interessierten, kam ich nur mühsam voran. Es gefiel ihm, daß das Gespräch auf arabisch geführt werden konnte. Ein Dolmetscher saß dennoch dabei, für den Fall, daß bei Fachausdrücken Schwierigkeiten auftreten sollten. Als ich mich schon verabschieden wollte, verlängerte Assad von sich aus das Gespräch. Mit kurzen suggestiven Sätzen entwickelte er den Standpunkt seiner Regierung zum Streit um die Golan-Höhen. Doch über sich selbst, über Liebhabereien oder Lieblingsautos, über das eigene Denken und Fühlen war ihm kein Wort zu entlocken.

Die Hoffnungen, die ehemals Henry Kissinger und später mehrere weitere amerikanische Außenminister auf ihn gesetzt hatten, hat Assad immer wieder bitter enttäuscht. Er ist brutal in seiner Machtpolitik. Sein Bruder Rifaat, der als Geheimdienstmann und als eine Art Chef der Leibgarde über großen Einfluß verfügt, steht in dem Ruf, mit skrupellosen Verbrechermethoden dem Staatschef zu dienen. Aber ist die Grausamkeit Assads vielleicht nur eine Art Notwehr? Steht er nicht in dem unruhigen und von Spannungen zerrissenen Syrien unter dem Zwang, sich mit rücksichtsloser Härte die Macht zu erhalten? Seitdem Syrien 1946 von der französischen Kolonialmacht die volle Unabhängigkeit erlangt hatte, war während eines Vierteljahrhunderts ein Militärputsch dem anderen gefolgt. Assad hingegen behauptet sich nun schon seit dreizehn Jahren an der Spitze des syrischen Staats.

Dennoch hält die Argumentation, daß er nur unter Zwang gewalttätig handele, einer kritischen Prüfung nicht stand. Niemand hat Syrien gezwungen, militärisch im libanesischen Krieg zu intervenieren. Nur Machthunger war es, der den syrischen Staatschef und seine engsten Vertrauten bewog, sich mit skrupellosen Geheimdienstmethoden das ostlibanesische Bekaa-Gebiet zu unterwerfen. Jetzt fällt es dem Regime Assad schwer, sich aus den Verstrickungen des libanesischen Kriegs wieder zu lösen.

Vertraute im Geheimdienst

Assad ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte Syriens und Generalsekretär der Baath-Partei. Doch sowohl in der Armee wie in der Partei stützt er seine Macht hauptsächlich auf einen engen Kreis von Vertrauten, die wie er zur Minderheit der Alawiten gehören. Darüber spricht man in Damaskus nicht gern. Denn unter Assad ist Syrien zum perfekten Polizeistaat geworden, in dem sich mehrere miteinander rivalisierende Geheimdienste gegenseitig belauern. Auch in den Geheimdiensten sitzen Alawiten. Es sind Stammesgenossen und engste Vertraute des Staatsoberhaupts.

Wer sind die Alawiten? Der Name wurde erst von der französischen Kolonialmacht geprägt, die nach dem Ersten Weltkrieg das heutige Syrien in vier „Staaten" aufgeteilt hatte: Staat von Damaskus, Staat von Aleppo, Alawiten-Staat und Regierung des Drusengebirges. Der „Alawiten-Staat" erhielt später nach seiner größten Stadt, dem westsyrischen Hafen Latakiya, den Namen „Regierung von Latakiya". Erst 1936 wurde er wieder mit den übrigen Regionen von Syrien verschmolzen. Alawiten, „Anhänger von Ali", nannte die französische Kolonialmacht die zuvor als „Nuseiris" bekannte Sekte, die diesen Namen auf einen mittelalterlichen Theologen, Ibn Nuseir, zurückführt.

Das Streben der Alawiten oder Nuseiris, die in dem westsyrischen Alawiten-Gebirge mit kargen Äckern



Klug, skrupellos, erfolgreich: Syriens Präsident Hafez el Assad.
FOTO: GAMMA/STUDIO X

von der Landwirtschaft lebten, nach politischer Autonomie, wurde von der Kolonialmacht gefördert. In den Augen der sunnitischen Muslims hingegen, die in Syrien bis in die sechziger Jahre stets den beherrschenden Einfluß ausübten, waren die Alawiten nur irrgläubige Sektenanhänger.

Wie die Religion der Drusen ist auch der Alawiten-Glaube eine Geheimreligion, die sich aus dem schiitischen Islam entwickelt hat. Als Gottheit verehren die Alawiten eine Dreifaltigkeit: Ali, den Schwiegersohn Mohammeds, sowie Mohammed, der hier nur als „Emanation", als „Ausfluß" der Gottheit Alis gilt, und Salman al Farisi, einen persischen Gefährten Mohammeds. Die aus anführerischen Geistern seelenlos geschaffenen Frauen haben nach alawitischer Lehre nur der Menschwerdung von männlichen Seelen zu dienen. In sieben Inkarnationen steigen die Gläubigen zu den Sternen empor. Die Seelen der Sünder und Ungläubigen hingegen müssen die Körper von Tieren durchwandern und enden im Reich der Dämonen.

Hafez al Assad stammt aus dem Herzen des Alawiten-Berglands. Er muß schon als Schüler der syrischen Kriegsakademie, als Flieger von Überschalljägern und Luftwaffenchef eine ungewöhnliche Begabung bewiesen haben. In den späten sechziger Jahren hat er seinem fähigsten Gegenspieler, dem Generalstabschef Salah al Dschedid – ebenfalls einem Alawiten – in zähen Machtkämpfen den Einfluß über die Streitkräfte entrissen. Dieses mit erschreckender Grausamkeit, aber fast lautlos ausgetragene Ringen hat den Politiker Assad geprägt.

Die panarabischen Ziele

Man kann diesen eigentümlichen Staatsmann nur verstehen, wenn man sich stets bewußt bleibt, daß er zu einer seit Jahrhunderten verfolgten Minderheit zählt. Wie bei den Drusen gilt auch bei den Alawiten die Verstellung als Tugend, wenn sie der eigenen Glaubensgemeinschaft förderlich ist. Assad hat sich in seinen Reden oft auf „das Arabertum" und die panarabischen Ziele der Baath-Sozialisten berufen. Aber er hat sich stets auf die Alawiten als Hausmacht gestützt. Die ehemals in bitterster Armut lebenden Bauern des Alawiten-Gebirges erhielten von ihm, was sie sich erträumten: modernste sowjetische Schnellfeuerwaffen und die Güter der technischen Zivilisation.

Die alawitischen Panzertruppen durften in den Libanonbergen christliche Dörfer bis auf den letzten Nagel ausplündern. Sie luden auf ihre Panzer Küchenherde, Eisschränke und Fernsehgeräte. Den entsetzlichen Grundsatz des Zeitalters von Wallenstein, daß der Krieg den Krieg ernähren müsse, hat Assad in den libanesischen Wirren zugunsten seiner Alawiten befolgt.

Sogar in der Jerusalem-Post konnte man neulich einen Bericht über Präsident Assad lesen, aus dem Bewunderung sprach. Klug, skrupellos und erfolgreich ist dieser begabte Bauernsohn aus dem Alawiten-Gebirge als Politiker immer gewesen. Doch ein Hauptziel, das er sich gesetzt hatte, hat er verfehlt. Zu Beginn seiner Laufbahn als Staatsoberhaupt war er bemüht, sein Land aus dem sowjetischen Einfluß zu lösen. In den ersten fünf Jahren seiner Amtszeit ist er diesem Ziel näher gekommen. Doch in den Wirren des libanesischen Kriegs glitt er wieder in eine um so tiefere Abhängigkeit von Moskau hinein.

Seite 2: Arafat wird zum Zankapfel
Seite 10: Israel und PLO-Rebellen

Jamaika auf dem Weg zum Ein-Parteien-Staat

Die Sozialisten verweigern ihre Teilnahme an der Wahl

WERNER THOMAS, Kingston

Lange sah es danach aus, als werde sich Premier Edward Seaga nicht so schnell neuen Wahlen stellen. Wirtschaftliche Probleme zehrten an seiner Popularität. Oppositionsführer Michael Manley gewann die Meinungsumfragen seit Ende 1982. Seaga hätte erst in zwei Jahren das Volk zu den Urnen rufen müssen, Jamaikas Demokratie funktioniert nach dem britischen System.

Morgen wird in Jamaika gewählt. Wenn keine Wunder geschehen, verschafft sich die regierende konservative „Jamaika Labour Party" dann die totale Kontrolle im Parlament. Manleys „People's National Partei" (PNP) boykottiert nämlich den Urnengang. Die größte englischsprachige Insel der Karibik (2,2 Millionen Menschen, 10 962 Quadratkilometer) befindet sich auf dem Weg zum Einparteien-Staat.

Die Jamaikaner sprechen von den „Grenada Elections". Die Grenada-Ereignisse haben Edward Seaga bewogen, diese Wahlen zu wagen. Der eher spröde Premier, einer der resolutesten Befürworter der Invasion amerikanischer Truppen am 18. Oktober, erfreut sich heute einer beispiellosen Popularität.

Jamaika rückte nach rechts. Die Angst vor Kuba und den eigenen Marxisten wuchs. „Die Leute sehen Parallelen zwischen (dem ermordeten Grenada-Premier) Maurice Bishop und Manley", erläutert der Politologe Carl Stone die Stimmung. „Sie befürchten, daß Manley das gleiche passieren kann: ein populärer Führer wird umzingelt, kontrolliert und schließlich von der radikalen Linken eliminiert."

Manley ist ein Mann mit mehr Charme und Charisma als Seaga. Im Gegensatz zu Seaga steht er jedoch an der Spitze einer in ideologische Richtungskämpfe verstrickten Partei. In seinem Büro hängt ein Bild Fidel Castros, den er weiterhin zu seinem Freundeskreis zählt.

„Heiliges Versprechen"

Als Seaga am 25. November überraschend die Wahlen ankündigte, beschloß die PNP-Führung zunächst, daran teilzunehmen. Manley, einer der Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale, weilte damals in Brüssel auf einer SI-Tagung. Nach seiner Rückkehr revidierte die „People's National Party" ihre Entscheidung und beschloß den Boykott, obwohl sie Seaga zum Rücktritt und somit zu Neuwahlen aufgefordert hatte.

Manley versteift sich auf ein „heiliges Versprechen" Seagas. Der Premier hatte die Zusammenstellung eines aktualisierten Wahlregisters versprochen, in dem auch jene Jugendliche erfaßt sind, die seit dem letzten Votum Ende 1980 das 18. Lebensjahr vollendet haben. Da dieses Register noch nicht existiert, redet Manley von „Wahlbetrug".

Seaga beschuldigt dagegen seinen Rivalen, aus Angst vor einer ähnlichen Schlappe wie vor drei Jahren nicht antreten zu wollen. Der Premier pocht auf die Verfassung: Er allein kann das Wahldatum bestimmen. Die meisten politischen Beobachter in Kingston stimmen darin überein, daß Manley keine Chance gehabt hätte.

„Politische Krise"

Es sind Wahlen, wie sie Jamaika in den 21 Jahren seiner Unabhängigkeit noch nie erlebt hat. Gewählt wird nur in sechs der 60 Wahlkreise, wo unabhängige Kandidaten gegen Labour-Leute antreten. Die anderen Vertreter der Regierungspartei gelten bereits als gewählt. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden in Zukunft alle Parlamentsabgeordneten der JPL angehören. Bisher gehörten wenigstens neun Sitze der PNP, und Manley war der Oppositionsführer.

Die Aussichten auf einen Einparteien-Staat lösen allseits Besorgnis aus. Sir Florizel Glasspole, der Generalgouverneur, warnte vor einer „politischen Krise". Carl Stone meint: Der Selbstausschluß der PNP vom parlamentarischen Prozeß „gefährdet die politische Stabilität". Der Kirchenrat appellierte an Seaga, so schnell wie möglich das neue Wahlregister fertigzustellen, damit das Volk wieder zu den Urnen gerufen werden kann. Manley gelobt, unter diesen Umständen „schon morgen" anzutreten. Selbst innerhalb der Labour-Partei verbreitet sich ein Gefühl der Nervosität: Die Opposition könnte sich in Zukunft auf der Straße abspielen, und zwar gewalttätig.

Edward Seaga (53), der nach dem 15. Dezember der mächtigste Mann der Geschichte Jamaikas sein wird, will diese Position der Stärke nützen, um die wirtschaftlichen Probleme noch energischer als bisher anzupacken. Die Arbeitslosenrate, nach offiziellen Angaben 26 Prozent, nach inoffiziellen Schätzungen wesentlich höher, schmerzt am meisten. Sein Ziel, Jamaika mit US-Hilfe und den Mitteln der freien Marktwirtschaft in ein blühendes Land zu verwandeln, ist noch lange nicht erreicht. Er will aber auch versuchen, eine Opposition im parlamentarischen Gefüge Jamaikas am Leben zu erhalten, damit die Demokratie auf der Insel nicht wegen der Verweigerung der Sozialisten Manleys allzu großen Schaden erleidet. (SAD)

Seite 2: Verzicht-Politiker

Washington bereitet diplomatische Anerkennung des Vatikans vor

Der Kontakt zwischen Papst und dem Weißen Haus ist eng / Proteste und Bedenken

TH. KIELINGER, Washington

Unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit haben die Vereinigten Staaten Vorbereitungen getroffen, zum erstenmal in ihrer Geschichte diplomatische Beziehungen zum Vatikan aufzunehmen. Seit Jahren schon ist spürbar, wie in den USA der Respekt vor dem Heiligen Stuhl als einer die politische Wirklichkeit mitprägenden Kraft zunimmt. Diese Entwicklung geht Hand in Hand mit der Ära Papst Johannes Paul II.

Gleichzeitig aber stemmen sich weiterhin die nichtkatholischen Kirchen Nordamerikas gegen eine diplomatische Anerkennung des Vatikans. Sie pochen auf das Verfassungsgebot der strengen Trennung von Kirche und Staat und sind entschlossen, die Aufnahme der Beziehungen zu verhindern, so wie sie das mit allen ähnlichen Versuchen seit der Truman-Administration getan haben.

Bislang unterhalten die USA im Vatikan nur einen „persönlichen Vertreter" des jeweiligen Präsidenten. Gegenwärtig ist dies William A. Wilson, ein Freund Reagans aus kalifornischen Tagen. Er ist halb Chef einer Mission, halb ständiger Emissär, und wenn er auch des offiziellen Status eines Botschafters ermangelt, so fehlt es ihm doch nicht an Zugang zum Pontifex; Papst Johannes Paul II. jedenfalls ist voll in die diplomatischen Annäherungspläne eingeweiht.

Diskreter Wink

Seit seinem Besuch in Washington im Oktober 1979 unterhält der Papst engen Kontakt zum Weißen Haus. Mehrfach entsandte der Präsident seinerseits Männer in Sondermissionen zum Heiligen Vater; so etwa im Frühjahr 1983 Vernon A. Walters, der zu sondieren hatte, wie weit die katholischen Bischöfe der USA in ihrem Hirtenbrief zur nuklearen Abschreckung unter vatikanischer Anleitung gestanden hatten. Wie sich herausstellte, hatte der Papst selber an der ersten Fassung dieses Hirtenbriefes Bedenken angemeldet und war über alle weiteren Stadien der textlichen Entwicklung informiert.

Ronald Reagan kennt Johannes Paul II. seit dessen Rom-Besuch im Juni 1982. Beide korrespondieren regelmäßig miteinander. Auf beide wurden im Frühjahr 1981 Attentate verübt.

Einen diskreten Wink in Richtung Weißes Haus, daß die Fühlungnahme zur diplomatischen Anerkennung des Vatikan vorangehen könne, ließ der US-Kongreß in diesem Herbst fallen. Man trennte sich, zum Zusatzantrag zum Haushalt, von einem Gesetz aus dem Jahre 1867, das jegliche Ausgabe von Bundesmitteln für die Errichtung einer US-Botschaft beim Vatikan einfach untersagte.

„Der Vatikan ist ein souveräner Staat", sagte Senator Lugar, Republikaner aus Indiana, zur Begründung des von ihm eingebrachten Antrags. Das Papsttum werde heute von einer „mächtigen Stimme zur Verteidigung der Demokratie in der Welt" angeführt.

Auch wenn der Senat, der in Fragen der diplomatischen Beziehungen das Sagen hat, solchermaßen den Weg zur formellen Anerkennung des Vatikan durch die Regierung der USA freimachte – die Proteste regten sich im Lande sofort. Das Problem ist besonders akut für den „Nationalen Kirchenrat", einen Zusammenschluß aus 31 nichtkatholischen Religionsgemeinschaften. Unter dieser Gruppe fühlt man sich diskriminiert, wenn einer Kirche – der katholischen – durch diplomatische Anerkennung besonderer Status zugewiesen wird.

Einen schweren Verstoß gegen die Trennung von Staat und Kirche, seit der Unabhängigkeit in den USA hochgehalten, will Reverend Jerry Falwell in dem geplanten Schritt sehen. Falwell, Anführer einer großen fundamentalistischen Gemeinde und geistiges Oberhaupt der „Moralischen Mehrheit" in den USA, hat selber mehrere Verstöße gegen den laizistischen Auftrag der amerikanischen Verfassung auf dem Kerbholz, wie seine Kritiker behaupten. So unterstützt er vehement ein wichtiges Anliegen der Reaganschen Gesellschaftspolitik: die Wiedereinführung des Gebets in den öffentlichen Schulen. Auch dieser Vorstoß wird von der „Amerikanischen Bürgerrechtsunion" bekämpft – nicht anders als die Annäherung zwischen dem Weißen Haus und dem Vatikan.

Falwell, ein einflußreicher Freund des konservativen Programms der Reagan-Administration, würde mit seinem Präsidenten über die Frage der Beziehungen zum Vatikan brechen. „Weder jemand wie Jesse Jackson (der baptistische Präsidentschaftskandidat, von Haus aus Geistlicher, Anm. d. Red.) noch Jerry Falwell brauchen einen US-Botschafter in Ihrem Haus", konterte er die Nachrichten über die mögliche diplomatische Anerkennung des Heiligen Stuhls durch Washington.

Quelle der Information

Das Weiße Haus winkte denn auch sofort ab. Der Schritt selber stehe noch gar nicht bevor, war vom Pressesprecher zu hören. In der Tat müssen die Verfassungsrechtler erst ihre Köpfe zusammenstecken, ob denn der erste Verfassungszusatz der USA, der ausdrücklich Gesetze „zur Errichtung von Religion" verbietet, mit einer offiziellen Beziehung zum Vatikan in Einklang zu bringen wäre. Senator Lugar hob zwar mit Recht die weltliche Eigenschaft des Kirchenstaates hervor – „ein souveräner Staat" –, aber unverkennbar ist das Staatsoberhaupt des Vatikan auch geistlicher Führer einer weltweiten Religionsgemeinschaft.

Bemerkenswert ist freilich, daß die Frage der Beziehungen zum Heiligen Stuhl überhaupt so unbefangen in den USA gestellt werden kann. Darin zeigt sich, wie entkrampft seit Jahren die Beziehungen zum Katholizismus geworden sind, ja, wie stark der Katholizismus als politische Kraft in Amerika aufgeholt hat. Wenige Monate vor dem Wahlkampf signalisiert das Weiße Haus mithin, wie sehr ihm an der katholischen Wählerschaft gelegen sei. Gleichzeitig beschwichtigt man die Protestler, daß die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan noch gar nicht bevorstünde. Sollte Reagan wiedergewählt werden, wird es damit aber nicht mehr lange dauern. Das Weiße Haus schätzt viel zu sehr die vatikanischen Beziehungen zu Osteuropa und vor allem zu Lateinamerika, als daß man sich zu dieser Quelle der Information, in der Hand eines weithin respektierten Papstes wie Johannes Paul II., nicht regulären Zugang verschaffen möchte.

Gutachten über Nachfolge von Weizsäckers

F. D. Berlin

Der Landesausschuß der Berliner CDU ist als einziges Gremium für die Entscheidung der Nachfolge Richard von Weizsäckers zuständig. Zu diesem Schluß kamen gestern zwei Gutachten, die vom CDU-Landesvorsitzenden und Bürgermeisterkandidaten Eberhard Diepgen in Auftrag gegeben worden waren, nachdem vor allem Anhänger von Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien einen CDU-Sonderparteitag zur Kandidatenfrage gefordert hatten.

Die Ergebnisse der Gutachten wurden gestern dem CDU-Landesvorstand und den Kreisvorsitzenden übermittelt. Die 101 Delegierten des Landesausschusses werden morgen abend über die Frage „Diepgen oder Laurien" abstimmen.

Während sich die beiden Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters gestern abend in der „Berliner Abendschau" des Senders Freies Berlin zu aktuellen politischen Fragen äußerten, sprach sich jetzt auch die Landesfrauenvereinigung der Bremer CDU für Frau Laurien aus.

Erste Pershing 2 einsatzbereit?

AP, Stuttgart

Die ersten neun Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland, die in Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd stationiert sind, sollen schon ab heute einsatzbereit sein. Die Vorbereitungen laufen nach Angaben amerikanischer Kreise „planmäßig". Nach diesem Plan, der auch von Regierungskreisen in Washington bestätigt wurde, sind die neuen Mittelstreckenraketen, deren Anlieferung im US-Depot von Mutlangen in der Nacht zum 26. November per Lastwagen begonnen hatte, am 15. Dezember startklar. Gestern wurde angedeutet, die tagelangen Blockaden des Depots hätten die Soldaten an ihrer Arbeit wenig gehindert. Das Bundesverteidigungsministerium in Bonn wollte gestern das Datum des 15. Dezember „weder bestätigen noch dementieren". Ein Sprecher erinnerte lediglich an die offizielle Mitteilung des Hauses, wonach die ersten Raketen „Ende des Monats" einsatzbereit seien.

Wie die Moskauer Presse den Nachbarn Polen sieht

„Krankheitssymptome" und Lob für Waffenbrüderschaft

F. H. NEUMANN, Moskau

Polen ist das Sorgenkind des Kreml geblieben. In letzter Zeit befaßt sich die Moskauer Presse häufig mit der Lage in dem Land, „das uns am nächsten liegt". Diesen doppelsinnigen Satz formulierte ein Korrespondent der Zeitung „Sowjetskaja Kultura", die ausführlich über den Nachbarn berichtete.

Darin ist zu lesen, Polen befinde sich, nachdem es eine ernste Krise überstanden habe, auf dem Wege der Besserung. Aber die „Gesundung" verlaufe nicht dynamisch und geradlinig. Viele Krankheitsherde blieben zurück. „Längst hat sich nicht alles in den Bereichen von Ideologie, Kultur und Kunst normalisiert. Hier steht die Partei noch vor der Aufgabe, sich um den Köpfen und Herzen von Tausenden durchzukämpfen. Vor allem muß sie sich mit den bewährten Methoden der Überzeugungsarbeit durchsetzen."

Eine sozialistische Gesellschaft ist gesund, wenn sie die Grundzüge des sowjetischen Systems aufweist. In dieser Hinsicht ist Polen schon seit Jahrzehnten „krank". Die sowjetische Zeitschrift „Neue Zeit" sprach fast seufzend von der „Vielschichtigkeit der polnischen Gesellschaft mit all ihren Widersprüchen". Andere Beobachter stellten aufgrund der Wirtschaft und der starken Position der katholischen Kirche sogar der sozialistischen Charakter Polens in Frage. Als sich die Warschauer Parteiführung in den siebziger Jahren auch noch die „ideologische Waffe" aus der Hand reißen ließ, mußte die soziale Krankheit ausbrechen.

Dies scheint in Moskau noch höher bewertet zu werden als der polnische Fehler, unabhängige Gewerkschaften zuzulassen. Dazu wäre es gar nicht gekommen, hätte die Partei das geistige Leben am festen Zügel gehalten, urteilen Beobachter. „Der Einfluß der Partei auf die künstlerische Intelligenz ließ erheblich nach", kritisierte „Sowjetskaja Kultura" nachträglich. Beispielsweise sei die Zahl der Parteimitglieder unter den Schriftstellern auf 20 Prozent gesunken. „Falsch verstandene Toleranz" habe zur Respektierung der Andersdenkenden und ihrer Handlungen geführt. Am Ende stünde „geistiger und politischer Pluralismus".

Bei Äußerungen Moskaus über die polnischen Ereignisse wird selten nach den inneren Ursachen geforscht, meist begnügen sie sich damit, dem ausländischen Klassenfeind die Schuld zu geben. Der von der „Sowjetskaja Kultura" verbreitete Befund liest sich daher eher wie eine Warnung vor eigenen Reformen. Die Zeitung (Organ des Zentralkomitees der KPdSU) vermerkt auch, daß es in Polen die „neuen Grundsätze des ökonomischen Anreizes und betrieblicher Selbstverwaltung" seien, die die Kultur- und Propaganda-Arbeit an der Basis geschwächt hätten: Kulturhäuser, Klubs, Bibliotheken und Laiengruppen würden einfach geschlossen, weil sie für die Betriebe „unrentabel" seien. Dagegen befinde sich die katholische Kirche überall auf dem Vormarsch und streiche eine „ideologische Dividende" ein. Auf entsprechende Zuständigkeiten politischer Funktionäre gestützt, empfehlen die sowjetischen Berichterstatter neben organisatorischen Maßnahmen einen entschlossenen neuen Anlauf zu dem, was sie „ideologisch-politische Erziehung" nennen.

Wenig Zuversichtliches ergab sich auch aus einem anderen Bereich, den polnischen Industriebetrieben. Die Arbeiter zeigten sich überwiegend „abwartend", befand die sowjetische Gewerkschaftszeitung „Trud". Die Folgen der „Periode von Anfeindung und Anarchie" seien noch nicht überwunden, der Klassenfeind gebe weiterhin um. Zwar hätten die neuen Gewerkschaften schon fast ein Drittel aller Werktätigen erfaßt, aber sie beschränkten sich vielfach auf die Verteilung von Urlaubsplätzen, Wohnungen und anderen materiellen Wohltaten. „Trud" fand, sie sollten sich eher der Aufgabe widmen, die polnischen Arbeiter von ihren „unrealistischen Forderungen" abzubringen und ihnen die nüchterne Einschätzung der Möglichkeiten anzuerziehen.

Die sowjetische Militärzeitung „Krasnaja Swesda" hingegen weiß nur Erfreuliches über Polen zu berichten. Mit den Partnern des Warschauer Regimes innig verbunden, stellte der „Rote Stern" die 400 Jahren bestehende „Waffenbrüderschaft" mit der polnischen Armee groß heraus.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gegen ahnungslose Experten

„Leserbrief: Zypern – aus anderer Sicht"; WELT vom 7. Dezember

Die WELT hat seit Jahren eine – auch von einem Griechen und Sozialisten dazu, wie ich einer bin, zu bescheinigende – recht objektive Haltung in der Zypern– Frage eingenommen. Um so befremdender mutet es einen an, daß ausgerchnet jetzt, nach der willkürlichen und das internationale Recht mit Füßen tretenden Ausrufung eines türkischen Pseudo-Staates im mit Waffengewalt besetzt gehaltenen Norden der Insel, die Publizierung eines dreispaltigen Briefes befürwortet wurde, in dem die Entstellung der Situation auf Zypern kaum zu übertreffen wäre.

Ich weiß, es handelt sich um einen Leserbrief und nicht um die Meinung der Zeitung. Trotzdem erlaube ich mir, den Zeitpunkt der Publizierung dieses Briefes für unangebracht zu halten und bitte sie, mir die Gelegenheit zu geben, einiges ins rechte Licht zu rücken.

Gemeint ist der am 7. 12. 83 gedruckte Brief des Herrn R. Wedekind, eines Kollegen im Europäischen Parlament, der nicht einmal vor der schlichten Fälschung allgemein bekannter Zahlen halt macht. Herr Wedekind spricht von einer 25prozentigen' türkisch-zypriotischen Minderheit und beziffert das von der türkischen Armee besetzte Gebiet Zyperns auf ‚ca. 30 Prozent'. Wahr ist dagegen, daß die türkisch-zypriotische Bevölkerung kaum mehr als 18 Prozent der Gesamtbevölkerung des Inselstaates ausmacht und daß die in zwei Schüben erfolgte türkische Invasion im Sommer 1974 die Besetzung von fast 40 Prozent des Inselterritoriums zur Folge hatte.

Meinungen sind ja per Definitionem subjektiv. Sie können auch bisweilen einseitig sein. Persönlich stört mich weder die Subjektivität noch die Einseitigkeit der Meinungen. Die Subjektivität nicht, weil ich der festen Überzeugung bin, daß die Fälschung der Geschichte immer im Namen der Objektivität vollzogen wird. Die Einseitigkeit ebenfalls nicht, weil sie oft der Wahrheitsfindung förderlich sein kann. An der Darstellung des Herrn Wedekind stört mich nicht das subjektive Element, auch nicht ihre Einseitigkeit also. Sondern die Tatsache, daß er sich, um seine Argumentation zu untermauern, auf erwiesenermaßen falsche Zahlen und auf bis zur Unkenntlichkeit entstellte Fakten stützt. Er schreckt nicht einmal davor zurück, die türkischen Besatzungstruppen wegzuzaubern, indem er sie sogenannte nennt.

Was hat es aber mit dem ‚griechischen Putsch' gegen Makarios im Sommer 1974 auf sich, den die Türkei zum Vorwand nahm, um gleich militärisch zu intervenieren? Putsch war es zweifellos, nicht aber griechisch, wenn man die Begriffe nicht nur formal, sondern auch inhaltlich benutzt. Wie die ganze Welt weiß, handelte es sich um einen von dem damaligen Obristen-Regime initiierten und unterstützten Putsch gegen den Willen der Griechen. Und wir Griechen, alle, unabhängig von unserer parteipolitischen Zugehörigkeit, weigerten uns damals und weigern uns heute, mit dem diktatorischen Obristen-Regime identifiziert zu werden, genau so wie legitimerweise jeder Deutsche sich weigert, sich mit dem Hitler-Regime zu identifizieren.

Was die Garantiemacht Türkei angeht: sie intervenierte nicht, Wie seinerzeit feierlich deklariert wurde, ‚um die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen', sondern, wie die letzten Entwicklungen mehr als deutlich zeigen, um gewaltsam ein lang gestecktes Ziel zu realisieren: die Zerstückelung nämlich der Insel.

Im übrigen möchte ich daran erinnern, daß die Einschätzungen und die unmißverständliche Parteinahme des CDU-Europa-Abgeordneten Wedekind im krassen Widerspruch zu den offiziellen Erklärungen der Bundesregierung stehen. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Alois Mertes, erklärte in Bonn sofort nach dem Bekanntwerden des Willküraktes von Herrn Denktasch: „Die Ausrufung einer türkischen Republik Nordzypern muß rückgängig gemacht werden". Er fügte hinzu: „Die Bundesregierung hofft, daß sich auch die Regierung in Ankara dafür einsetzen wird" und betonte, daß „die Schaffung einer neuen vollendeten Tatsache auf Zypern nicht das letzte Wort sein darf".

Ähnlich reagierten alle Staaten und Regierungen – bis auf die Türkei. Die UNO, die EG– Länder und allen voran das Europäische Parlament haben die einseitige Ausrufung des Pseudo-Staates auf Zypern schärfstens verurteilt.

Herr Wedekind ist ein Kenner der deutschen und der internationalen Szene und nicht minder ein Kenner der Situation auf Zypern. Man fragt sich demnach, warum er sich in seinem Leserbrief an die WELT so ahnungslos gibt.

Mit freundlichen Grüßen
Konstantinos Nikolaou,
Vize-Präsident des Europäischen Parlaments,
Bonn

Partnerschaft?

„Schon der alte Bulganin drohte mit seinen Raketen"; WELT vom 1. Dezember

Axel Springer geht in dem Artikel auf die „Sicherheitspartnerschaft" der SPD ein.

Dem kann ich mir voll zustimmen; denn was ist das für eine „Partnerschaft", in der der Vorsitzende dieser Partei und Friedensnobelpreisträger nicht einmal in der Lage ist, den Friedensnobelpreisträger Sacharow zu besuchen?

Mit freundlichen Grüßen
K. Rothe
Rheinbach

Wort des Tages

» Wer immer versucht, eine Religion gegen eine andere auszuspielen, arbeitet daran, jede Religion zu zerstören. «

Franklin D. Roosevelt, amerik. Politiker (1882–1945)

„Friedensfeind"?

Nach den Beschlüssen des jüngst in Mannheim stattgefundenen Kongresses der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sollten allein im November dieses Jahres

- am 21. 11. 1983, am Tag der Bundestagsdebatte zur Nachrüstung, „in möglichst vielen Betrieben und öffentlichen Einrichtungen Protestaktionen, Mahnminuten und Arbeitsniederlegungen stattfinden";
- sollte am selben Tag die entsprechende Bundestagsdebatte „in allen Schulklassen (soweit es das Alter der Schüler erlaubt) und anderen Bildungseinrichtungen im Radio und Fernsehen intensiv (!) verfolgt und Gegenstand von Unterricht und Diskussion werden";
- soll fortan „auch das Mittel des politischen Streiks (!) breit diskutiert und als Handlungsmöglichkeit offengehalten werden".

Eine Anfrage: Wenn ich mich als Lehrer auch in Zukunft nicht an die Aufforderungen der GEW halte, werde ich dann als „Friedensfeind" abgestempelt, oder muß ich gar mit „Mahnwachen" rechnen? Langsam, aber sicher wird einem als Lehrer die GEW immer unheimlicher. Nur den Lehrern? Dabei will der Landesvorsitzende der GEW-Baden-Württemberg nach den Landtagswahlen im Frühjahr kommenden Jahres Kultusminister in Stuttgart werden ...

Über C. G. Jung

„Infarkt für den Frieden": GEISTIGE WELT vom 3. Dezember

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

in einer Besprechung des „C. G. Jung-Lesebuches" mit Franz Alt als Herausgeber kommt Hofstätter auf Aufsätze von C. G. Jung aus den Jahren 1936 und 1945 zu sprechen. Es ist die Rede von einer „Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus", die auf „eine nicht eben glückliche Art" erfolgt sei. Das ist eine milde Bezeichnungsweise.

Im Jahre 1933 wurde Ernst Kretschmer genötigt, das Präsidentenamt der „Allgemeinen Gesellschaft für Psychotherapie" niederzulegen. An seine Stelle trat für sieben Jahre C. G. Jung Von 1936 ab redigierte der Gelehrte zusammen mit dem „Reichsführer der Psychotherapeuten", M. G. Göring, einem Vetter des späteren Reichsmarschalls Hermann Göring, das „Zentralblatt für Psychotherapie". Darin zeigte sich der große Mann durchaus auf der Höhe der Zeit. So vertrat er eine Unterscheidung zwischen germanischer und jüdischer Psychologie und machte aus seiner Begeisterung für das seinerzeitige „deutsche Phänomen" keinen Hehl.

Das las sich dann allerdings nach der Niederlage des Deutschen Reiches im Jahre 1945 etwas anders. In einem Aufsatz aus dem Jahre 1945 „Nach der Katastrophe", der bald mehrsprachig über die ganze Welt verbreitet wurde, wird den Deutschen „psychische Minderwertigkeit" bescheinigt. Jung wurde damit zum Vater der Kollektivschuldthese.

Die Nachwirkung solcher Aussagen mit höchstem Autoritätsanspruch, dem wissenschaftlichen, ist bis in die jüngste Zeit spürbar. Noch vor einem Jahr war in den britischen Sonntagsblättern von den Deutschen als einem seelisch defekten Volk die Rede. Bei solch intakten Kronzeugen darf man also (in Bezug auf das eigene Volk) von rassischer Minderwertigkeit sprechen. Diese Möglichkeit hat den Deutschen der hart als Opportunist zu bezeichnende C. G. Jung verschafft.

Mit freundlichem Gruß,
H. Wahls,
Köln 30

*

Es stört Hofstätter offenbar, daß Jung „50 Prozent der Bevölkerung" auf Grund ihrer intellektuellen oder moralischen Sturktur für unfähig zu einem dem Weltfrieden dienlichen Einstellungswandel hält. Und er erschrickt, „weil die breite Masse, wie Jung sie sich vorstellt, gewiß nicht bloß zu friedlichen Einstellungen geleitet werden könnte".

Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Rezensent seine eigenen politischen Lebenserfahrungen der letzten 60 Jahre vergessen hat und zum egalitären Idealisten und Puristen geworden ist.

H. D. Ortlieb,
Hamburg

Personalien

ERNENNUNG

Die Regierung der afrikanischen Republik Senegal hat Dr. **Norbert Lang** das Agrément als Botschafter erteilt. Der Jurist, Jahrgang 1921, seit 1953 im Auswärtigen Amt, war von 1973 bis 1976 Gesandter und Ständiger Vertreter des Botschafters in Helsinki und ist von 1976 bis 1980 in gleicher Funktion in Ottawa tätig gewesen. Seit September 1980 arbeitete Dr. Lang als Gesandter bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen Internationalen Organisationen in Genf.

GEBURTSTAG

Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Politiker und Kommunalbeamte gratulierten Bonns Standortältestem Oberstleutnant **Dieter Goebel** zum 50. Geburtstag. Auf der „Schäl Sick" von Bonn, im Rathaus von Beuel, feierte der Standortälteste gestern mit vielen Freunden das runde Ereignis. Dieter Goebel ist zuständig für die militärische Ordnung und Disziplin im Standortbereich, regelt einerseits die Zusammenarbeit mit den Behörden der Bundeswehrverwaltung, vertritt zum anderen die Belange der Bundeswehr gegenüber den örtlichen zivilen Stellen und ist auch für die Durchführung von Hilfeleistungen bei Naturkatastrophen der rechte Helfer. Unter den Gratulanten waren der Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums **Joachim Hiehle**, Brigadegeneral **Walter Hebben**, Amtschef des Streitkräfteamtes in Bonn, Brigadegeneral **Claus Bergener**, Amtschef des Fernmeldeamtes der Bundeswehr in Rheinbach, und Brigadegeneral **Wolfgang Bellicke**, General der Führungstruppe im Heeresamt Köln. Es gratulierten Bonns Polizeipräsident Dr. **Hans-Wilhelm Fritsch**, Bonns Erster Bürgermeister **Hans Steger**, der zuständige Landrat und CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. **Franz Möller** und auch der Chef der GSG 9, **Uwe Dee**.

VERANSTALTUNGEN

„Weißbuch Arbeitszeitverkürzung" heißt ein Sammelband, der gestern vor erstaunlich großem Kreis im Bonner Haus des Handwerks vorgestellt wurde. Herausgeber ist die agile Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM). Die Autoren: **Ernst Breit**, DGB-Vorsitzender, die Professoren **Eduard Gaugler, Werner Kaltefleiter, Dieter Pohmer, Joachim Starbatty** und **Roland Vaubel**, sowie **Wolfgang Frickhöfer** (ASM) und **Peter Gillies**, WELT. Kernthese des Buchs (Ernst Breit ausgenommen): Arbeitszeitverkürzung schaffe keine Arbeitsplätze, sondern mehr Arbeitslose.

*

Wilfried Hasselmann, Bundesratsminister für das Land Niedersachsen in Bonn, zog seine Uniform aus. Oberst der Reserve Hasselmann erhielt von Generalmajor **Henning von Ondarza**, Kommandeur der Ersten Panzerdivision, die höchste Auszeichnung der Bundeswehr, das Ehrenkreuz in Gold. Ondarza erinnerte in Hannover daran, daß sich der Politiker und Offizier Hasselmann in besonderem Maße für die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft eingesetzt hat. Zu den besonderen Interessen Hasselmanns gehörten Fragen der politischen Bildung in der Bundeswehr.



Freunde: Ulrich K. Wegener, Kommandeur des Grenzschutzkommandos West, links, und Standortältester Dieter Goebel, rechts. Neben Dieter Goebel Ehefrau Irmgard und Tochter Uta. FOTO: KEIL

Einreiseverbot stößt auf einhellige Kritik

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Zurückweisung von Mitgliedern der Berliner Jungen Union und einem Parlamentarier der Alternativen Liste (AL), denen in den vergangenen Tagen die Einreise nach Ost-Berlin verweigert worden war, ist bei den Berliner Parteien auf einhellige Kritik gestoßen. Der Berliner CDU-Fraktionschef und Bürgermeisterkandidat Eberhard Diepgen forderte den Senat und auch die Bundesregierung auf, sich um die sofortige Aufhebung der vertragswidrigen Maßnahmen zu bemühen. SPD-Sprecher Wilhelm Wiegraffe appellierte an Ost-Berlin, Besucher ohne Ansehen von Parteizugehörigkeit und Funktion einreisen zu lassen.

Acht Mitglieder der Jungen Union war am vergangenen Sonntag ohne Begründung der Besuch des Ostberliner Weihnachtsmarktes verwehrt worden, nachdem schon zwei Tage zuvor der Vorsitzende der Jungen Union, Dieter Dombrowski, kein Visum erhalten hatte. Einige der jungen Leute waren an der Übergangsstelle bis zu drei Stunden festgehalten und scharfen Leibesvisitationen unterzogen worden.

Auch einem AL-Abgeordneten sowie einem AL-Fraktionsmitarbeiter waren am Montag die Einreise verweigert worden. Beide wollten an einem Besuch des zwölfköpfigen Kulturausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses in Ost-Berlin teilnehmen. Den CDU- und SPD-Mitgliedern des Ausschusses war die Einreise genehmigt worden. Ost-Berlin hat seit November dieses Jahres rund 100 West-Berlinern, zumeist Mitgliedern der Friedensbewegung und AL-Mitgliedern, den Besuch verweigert und will damit nach Ansicht der Betroffenen in erster Linie den „Kontakt zur demokratischen Opposition im eigenen Land" unterbinden, so ein AL-Sprecher.

Franzosen gegen KPF in der Regierung

AFP, Paris

Die Mehrheit der Franzosen ist einer Umfrage nach dagegen, daß die Kommunistische Partei Frankreichs in der Regierung bleibt. Wie der konservative „Le Quotidien de Paris" gestern berichtete, sind 56 Prozent der Befragten für das Ausscheiden und nur 23 Prozent für das Verbleiben der KPF. 57 gegen 18 Prozent halten die KPF nicht für einen loyalen Partner der Regierungsmehrheit.

Ungarns Westgrenze soll offener werden

cgs. Wien

Eine weitgehende Liberalisierung des Reiseverkehrs mit den Ländern des Westens hat die ungarische Regierung für 1984 angekündigt. Nach Angaben von Jozef Cegledi, Generalsekretär des ungarischen Fremdenverkehrsrats, wird der Visumszwang für westliche Touristen ab Anfang nächsten Jahres teilweise aufgehoben. Jeder Ausländer, der durch Vermittlung eines österreichischen Reisebüros nach Ungarn einreise, könne sich in Zukunft 48 Stunden lang ohne Visum im Lande aufhalten. Mit Frankreich sei ein Abkommen getroffen worden, wonach französische Gruppenreisende in Ungarn nur noch ihre Personalausweise benötigen. Cegledi erklärte, Ungarn würde es begrüßen, wenn andere westliche Länder dem französischen Beispiel folgten.

Gleichzeitig kündigte Budapest an, die Grenzformalitäten bei der Einreise zu vereinfachen. Allerdings muß sich die ungarische Regierung in gewissem Grade an die Grenzpraktiken der übrigen Ostblockländer halten.

DIW plädiert für eine aktive Rolle des Staates

Zur gezielten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

PETER WEERTZ, Berlin

Vor einer restriktiven Finanzpolitik, die zu mehr Arbeitslosigkeit führt, warnt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Der gegenwärtige mittelfristige Kurs zur Konsolidierung der Haushaltsdefizite in Bund, Ländern und Gemeinden belastet nach Ansicht des Berliner Instituts den wirtschaftlichen Aufschwung erheblich. „Als Folge dieser bis 1987 geplanten rigiden Sparpolitik fehlen jährlich 15 Milliarden Mark für öffentliche Investitionen. Außerdem kostet dieser Kurs ein Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr."

Zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hält daher das Konjunkturforschungs-Institut einen Kurswechsel in der Finanzpolitik für notwendig. Denn obschon sich das konjunkturelle Klima in den vergangenen Monaten gebessert habe, sei ein Wachstumsschub, der die Beschäftigungsmisere beseitige, nicht zu erwarten.

In dieser Situation dürfe sich der Staat aus seiner aktiven Rolle in der Dämpfung der Arbeitslosenzahlen nicht zurückziehen, fordern die Berliner Konjunkturforscher. Außer der notwendigen Konsolidierung der Haushaltsdefizite in den Gebietskörperschaften sind nach ihrer Auffassung mehr beschäftigungswirksame öffentliche Investitionen erforderlich. Den Abbau der Haushaltsdefizite von derzeit 77 auf bis 1987 rund 33 Milliarden Mark bezeichnen sie als einseitig sowie schädlich für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung.

Zugleich kritisiert das Institut: Die Bundesregierung lege ihr Schwergewicht in der Finanzpolitik auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, favorisiere also angebotsorientierte Maßnahmen, die Stützung der Nachfrage trete hingegen stärker noch als früher in den Hintergrund. Die Verbesserung der Erträge der Unternehmen sei zwar notwendig, aber noch keine hinreichende Bedingung für einen Aufschwung der von einer nachhaltigen Belebung der Investitionstätigkeit getragen werde. Eine entscheidende Rolle spiele für den wirtschaftlichen Aufschwung die Auslastung der Produktionskapazitäten. „Nur nachfrageorientierte Erweiterungsinvestitionen schaffen und sichern auf Dauer neue Arbeitsplätze", betont das Institut in seinem jüngsten Wochenbericht.

Kritik äußerte das Institut an der Bewertung der Bundesregierung, die davon ausgehe, daß der Rückzug des Staates in der Finanzpolitik die wirtschaftliche Belebung nicht hemme und damit auch die Konsolidierung der Staatsfinanzen möglich sei. Die Bundesregierung übersehe dabei die grundlegenden Zusammenhänge des wirtschaftlichen Kreislaufs. Außerdem erhöhe die einseitige Fixierung auf den Abbau der Haushaltsdefizite die Risikofaktoren in der konjunkturellen Entwicklung. Ohne eine Finanzpolitik, die schon jetzt beschäftigungswirksam eingesetzt werde, sieht das Institut Gefahren für einen stabilen Aufwärtskurs.

Lech Walesa nach Schikanen der Regierung krankgeschrieben

Polnische Regierung hindert Popieluszko an Predigt zum Jahrestag des Kriegsrechts

DW. Warschau

Der polnische Friedensnobelpreisträger und Arbeiterführer Lech Walesa hat sich durch die Schikanen der Polizei, denen er am Dienstag auf dem Weg von Tschenstochau nach Danzig ausgesetzt war, eine von Fieber begleitete Erkältung zugezogen. Wie aus der Umgebung des polnischen Arbeiterführers bekannt wurde, muß sich Walesa ärztlich behandeln lassen und ist arbeitsunfähig.

Er konnte wegen seines schlechten *Gesundheitszustandes daher auch* nicht der gerichtlichen Vorladung der Staatsanwaltschaft in Danzig Folge leisten. Walesa war für gestern nachmittag als Zeuge in einer nicht näher erläuterten Angelegenheit geladen worden. Möglicherweise muß Walesa wegen seiner Erkrankung von seinem ursprünglichen Plan, morgen aus Anlaß des Jahrestages der blutigen Niederschlagung der Unruhen in Danzig von 1970, eine Rede am Denkmal für die Opfer zu halten, Abstand nehmen.

Wie der Beichtvater und geistliche Berater, Henryk Jankowski, mitteilte, sind Lech Walesa, seine Frau Danuta und deren Sohn Bogdan sowie Jankowski bei der Heimfahrt im Auto von Tschenstochau in Südpolen nach Danzig auf der 500 Kilometer langen Strecke 13mal an polizeilichen Straßensperren gestoppt und in Lodz vorübergehend festgenommen worden. Die Fahrt dauerte 14 Stunden. Bei jeder Kontrolle wurde das Fahrzeug intensiv durchsucht und die Erwachsenen mußten sich mehrfach einer Leibesvisitation unterziehen.

Die „schlimmste" Kontrolle spielte sich in Lodz ab, wie Jankowski berichtete. Während der dreistündigen Aktion hätten die vier Fahrzeuginsassen bei großer Kälte und eisigem Wind auf einem Feld warten müssen. Danach wurden Walesa und der Priester getrennt in Polizeifahrzeugen auf eine Milizwache der Stadt gebracht und dort erneut einer Leibesvisitation *unterzogen. „Was man mit uns* gemacht hat, ist unvorstellbar", sagte Jankowski. „Wir sollten erniedrigt und unsere Menschenwürde gebrochen werden." Man habe ihnen „zeigen wollen, wer in diesem Land die Macht hat". Jankowski sagte, die Polizisten in Lodz hätten erklärt, daß sie nach einem Tonband suchten. Die Angaben des katholischen Geistlichen wurden von dem Fahrer des Wagens bestätigt.

In Tschenstochau hatte Walesa mit seiner Frau und seinem Sohn in dem polnischen Nationalheiligtum, dem Kloster Jasna Gora, an einer Frühmesse teilgenommen, um für die Verleihung des Friedensnobelpreises Dank zu sagen und die goldene Nobel-Medaille der Schwarzen Madonna geweiht. Die Mönche des Klosters Jasna Gora kündigten an, Medaille und Urkunde des Friedenspreises würden öffentlich ausgestellt werden.

Der Warschauer Geistliche Jerzy Popieluszko, der von den polnischen Behörden festgenommen und in der Warschauer Staatsanwaltschaft verhört wurde, ist am Dienstagabend wieder freigelassen worden. Mit der vorübergehenden Festnahme hatten die Behörden offenbar die Absicht des Pfarrers vereiteln wollen, in der Warschauer Stanislaw-Kostka-Kirche aus Anlaß des zweiten Jahrestags der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 eine Messe zu lesen und zu predigen.

Regierungssprecher Jerzy Urban hatte am Dienstag die Festnahme bestätigt und erklärt, Popieluszko könne nicht vor der Abendmesse freigelassen werden, denn es könne nicht zugelassen werden, daß jemand in Ausführung seines Berufs das Rechtssystem verletze.

Popieluszko ist einer von vier polnischen Priestern, gegen die die polnischen Behörden wegen angeblich politischen Vergehens Ermittlungen eingeleitet haben. Dazu gehört auch Walesas Beichtvater Jankowski. Der Festnahme Popieluszkos war eine Hausdurchsuchung vorausgegangen, bei der laut Regierungssprecher Urban „Dinge" gefunden worden seien, „wie sie ein Priester nicht besitzen sollte und die ihn schwer belasten".

Ein ehemaliges Mitglied der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität" hat am 18. November einen Selbstverbrennungsversuch unternommen und ist am 25. November seinen Verletzungen erlegen. Dies wurde erst gestern in Warschau bekannt.

Streit zwischen Kissinger und Demokraten

AFP, Washington

Meinungsverschiedenheiten zwischen Republikanern und Demokraten innerhalb der in diesem Sommer von Präsident Ronald Reagan gebildeten Kissinger-Kommission drohen das Ziel, beide Parteien auf eine gemeinsame Mittelamerikapolitik einzuschwören, zum Scheitern zu bringen. Das verlautete jetzt in Washington.

Der vom ehemaligen Außenminister Henry Kissinger geleitete Ausschuß soll der Regierung im Januar einen Bericht über mittel- und langfristige Optionen für eine Mittelamerika-Politik vorlegen, die einen Konsens beider Parteien darstellt. Die zwölfköpfige Kommission hatte zu diesem Zweck bereits die Region bereist und zahlreiche Persönlichkeiten gehört. Sie befindet sich zur Zeit auf einer Reise durch Mexiko und Venezuela, die der sogenannten Contadora-Gruppe angehören.

Wie Vertreter des State Departments, die mit der Kissinger-Kommission zusammenarbeiten, erklärten, kam es bereits zu Zusammenstößen zwischen Kissinger und demokratischen Kommissionsmitgliedern. Die Demokraten seien für eine Verknüpfung der amerikanischen Hilfe für El Salvador mit der Bedingung, daß den sogenannten Todesschwadronen in diesem Land das Handwerk gelegt und die Menschenrechte konsequenter respektiert werden. Kissinger und andere Mitglieder der Gruppe hingegen verträten die Ansicht, daß in El Salvador vitale Interessen der USA auf dem Spiel stünden und Präsident Reagan deshalb nicht durch strenge Auflagen die Hände gebunden werden dürften.

Der endgültige Bericht der Kommission wird ihrem Sprecher Herbert Hetu zufolge nach dem derzeitigen Besuch in Mexiko und Venezuela verfaßt. Sicher sei bisher die Empfehlung einer „bedeutenden", über fünf bis zehn Jahre gestaffelten Wirtschaftshilfe für die Region, die sich auf „mehrere Milliarden Dollar" belaufen soll. Doch dürfte selbst eine solche Empfehlung nach Ansicht der Beamten des Außenministeriums auf Widerstand stoßen. Diesmal bei Teilen der Regierung, die ein solches Wirtschaftsprogramm für „Vergeudung" halten, „solange noch geschossen wird und die Struktur der Regierungen, die dieses Geld erhalten, nicht verändert ist".

Ab Herbst 1984 wird BAföG um 4 Prozent erhöht

Kabinett: Gesetze zur Entlastung der Strafgerichte

GISELA REINERS, Bonn

Die Bedarfssätze und Freibeträge für Schüler- und Studenten-BAföG werden im Herbst 1984 um vier Prozent erhöht. Im Herbst 1985 soll es eine Zwischenanpassung geben. Das war notwendig geworden aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten sowie der Verschiebung der Anpassung um ein Jahr durch das Haushaltsstrukturgesetz von 1981. Laut Kabinettsbeschluß von gestern wird nach Ankündigung durch Bildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) der Freibetrag für ein Elternpaar im Herbst '84 von 1450 auf 1510 Mark angehoben, im Herbst '85 auf 1540 Mark. Dadurch werde zusammen mit der Anpassung vom Herbst 1983 um 3,5 Prozent „im wesentlichen" ein Ausgleich des Preisanstiegs erreicht.

Für außerhalb des Elternhauses untergebrachte Gymnasiasten und Berufsfachschüler wird der Bedarfssatz von 490 auf 510 Mark, für einen auswärts lebenden Studenten von 660 auf 690 Mark erhöht. Einschließlich seiner Krankenversicherung und je nach der Miethöhe werde ein Student also mit bis zu 788 Mark gefördert. Der Betrag sei, so Frau Wilms, zwar knapp bemessen, decke jedoch auch künftig die Kosten.

Die Katastrophe, die Schwarzmaler für den Lehrstellenmarkt vorhergesagt hätten, sei nicht eingetroffen, sagte Frau Wilms weiter. Das Kabinett habe „mit großer Befriedigung" zur Kenntnis genommen, daß 1983 zum Stichtag 30. September 677 000 Lehrverträge neu abgeschlossen worden seien. Rund 20 000 Ausbildungsplätze seien zu dem Zeitpunkt noch unbesetzt gewesen, etwa 50 000 Bewerber unvermittelt. Am 30. November hätten circa 38 400 junge Leute noch nichts unterschrieben gehabt, doch gehe man davon aus, daß sich die Zahl bis Anfang 1984 aufgrund eines Sonderprogramms des Bundes und Überbrückungsmaßnahmen der Länder (insgesamt rund 18 000 Plätze) noch halbieren werde. Sie liege dann im Rahmen der früheren Jahre.

Für 1984 sei eine noch größere Anstrengung der Wirtschaft vonnöten, weil die Zahl der frei werdenden Stellen voraussichtlich unter der Nachfrage liegen werde. Für 1984 rechne man mit 710 000 bis 730 000 Bewerbern.

*

STEFAN HEYDECK, Bonn

Weiter beschloß das Kabinett eine Gesetzesnovelle zur Entlastung der Strafgerichte. Sie wurde erforderlich, weil von 1971 bis 1981 die Zahl der Abgeurteilten um 23,8 Prozent auf über 950 000 gestiegen war. Bei den Amtsgerichten erhöhte sich der Anteil der in ordentlichen Verfahren erledigten Strafsachen um 45,6 Prozent auf 757 000. Bei den Landgerichten gab es allein in Wirtschaftsstrafsachen innerhalb von zehn Jahren eine Zunahme von 58,9 Prozent auf 26 700 Hauptverhandlungstage.

Um den Gerichten ein ökonomischeres und zügigeres Arbeiten zu ermöglichen, soll künftig z. B. die Nacheinander-Verteidigung mehrerer derselben Tat Beschuldigter in verschiedenen Verfahren durch einen Anwalt erlaubt sei. Erweitert werden soll die Befugnis des Verteidigers, bei Abwesenheit des Angeklagten in der Hauptverhandlung für diesen Erklärungen abzugeben. Die Ablehnung eines Richters wegen Befangenheit muß demnächst unverzüglich beantragt, besonders umfangreiche Verfahren können länger als bisher unterbrochen werden.

Rogers und Weinberger fordern mehr Rüstungsanstrengungen der Europäer

US-Verteidigungsminister: Washington schließt auf Europa begrenzten Atomkrieg aus

ap/dpa, Washington

Der Oberbefehlshaber der NATO, General Bernard Rogers, hat die europäischen NATO-Staaten aufgefordert, mit einer deutlichen Erhöhung der Ausgaben für konventionelle Waffen die Gefahr eines Atomkrieges zu mindern. Ohne konventionelle Aufrüstung sei die NATO zur Abwehr einer sowjetischen Aggression auf den schnellen Rückgriff auf Atomwaffen angewiesen. Damit sei jedoch die Möglichkeit der Eskalation zu einem weltweiten Atomkrieg verbunden, sagte der General am Dienstag in Washington.

Für eine „glaubwürdige und robuste Abschreckung" mit atomaren und konventionellen Waffen müsse das Verhältnis von Militär- und Sozialausgaben in den NATO-Staaten von bisher eins zu sieben auf eins zu drei verändert werden. Zwar plane die Sowjetunion offenbar keinen Angriff auf Westeuropa, doch bestünde die Gefahr einer politischen und wirtschaftlichen Einschüchterung. Moskaus Ziel sei, Europa zu beherrschen, ohne einen Schuß abfeuern zu müssen. Während die sowjetische Überlegenheit auf dem Gebiet der konventionellen Waffen von Jahr zu Jahr größer werde, versuche der Kreml, die Westeuropäer zu bewegen, ihre eigenen Streitkräfte nicht zu verbessern.

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat gestern allen Mutmaßungen, die USA schlössen einen auf Europa begrenzten Atomkrieg nicht aus, eine klare Absage erteilt. Gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte Weinberger, „jeder nukleare Schlagabtausch würde in seiner Schrecklichkeit jenseits unseres Vorstellungsvermögens liegen." Die Sowjetunion dürfe nicht in die Versuchung geführt werden, einen Angriff auf Europa in dem Glauben zu riskieren, ein Konflikt könne begrenzt bleiben. Deshalb sei es so wichtig, Moskau klarzumachen, daß die „amerikanische strategische Abschreckungsmacht sowohl die Verbündeten als auch die USA schützt".

Die Verteidigungsanstrengungen der Europäer wie der USA bezeichnete der Minister als nicht ganz zufriedenstellend, solange die Sowjetunion weiter aufrüste. Um die weitere Wirksamkeit der westlichen Abschreckungskraft sicherzustellen, müßten „wichtige konventionelle und nukleare Verbesserungen bei den Streitkräften" vorgenommen werden. Die USA drängten ihre Verbündeten weiterhin, mehr zur Verteidigung beizutragen als bisher. Um die Qualität der für die Verteidigung Westeuropas entscheidenden Bundeswehr zu erhalten, müßten in den kommenden Jahren fortgesetzte Anstrengungen unternommen werden, meinte Weinberger.

Den Protest gegen die NATO-Nachrüstung betrachtet der US-Außenminister nicht als Antiamerikanismus. Für das amerikanische Volk sei der größte Teil der Nachrüstungsdebatte in der Bundesrepublik eine engagierte öffentliche Diskussion, „die für eine Demokratie grundwichtig ist".

Nach Angaben Weinbergers hat die Sowjetunion derzeit insgesamt 369 Abschußrampen für SS-20-Mittelstreckenraketen. 117 davon seien auf Ziele im Fernen Osten gerichtet. Außerdem gebe es drei neue Baustellen für jeweils neun der mit drei Sprengköpfen bestückbaren Atomraketen.

Schweiz tritt dem „Zehnerklub" bei

AP, Bern

Nach dem schweizerischen Nationalrat hat sich gestern auch der Ständerat für die Beteiligung der Schweiz an den allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) der zehn führenden westlichen Industriestaaten ausgesprochen. Mit dem Beitritt der Schweiz zum bisherigen sogenannten „Zehnerklub" ist eine Aufstockung des schweizerischen Anteils an den AKV von rund 0,8 auf 2,3 Milliarden Franken vorgesehen. Während der Debatte im Ständerat erklärten mehrere Redner, der Beitritt zu den AKV sei kein Präjudiz zum Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF), der vom Bundesrat lediglich im Grundsatz unterstützt werde. Einwänden gegen die Auflagenpolitik des IWF bei der Kreditvergabe an Entwicklungsländer wurde mit dem Hinweis begegnet, bei den AKV handele es sich eindeutig um ein währungs- und finanzpolitisches Instrument, bei dem die Entwicklungspolitik nicht im Vordergrund stehe.

Alfonsin stellt neun Militärs und sieben Guerrilleros vor Gericht

Argentiniens Präsident will Amnestiegesetz widerrufen und Anti-Terror-Gesetz erlassen

dpa/UPI, Buenos Aires

Argentiniens neuer Präsident Raul Alfonsin will die militärischen Machthaber, die das Land sieben Jahre regierten, die rechtsgerichteten Todeskommandos, die in den siebziger Jahren die politische Linke terrorisierten, sowie die Führer der Montonero-Guerrillabewegung vor Gericht stellen, die sich gegenwärtig im Exil befinden. Aufgrund der ihm nach der Verfassung zustehenden Vollmachten will Alfonsin gegen sieben Guerrillaführer und neun Militärs vorgehen. Am dritten Tag nach seinem Amtsantritt kündigte er in einer Fernsehansprache umfassende Gesetze zur Beendigung der Unterdrückung in Argentinien an.

Unter anderem soll das Amnestiegesetz widerrufen werden, das die Junta im September erlassen hatte, um eine Strafverfolgung von Militärs und Polizeibeamten auszuschließen. Alfonsin nannte das Gesetz „moralisch unannehmbar, politisch unverantwortlich und juristisch verwerflich". Der 56 Jahre alte Präsident stellte auch ein Gesetz in Aussicht, das ein Wiederaufleben des Terrorismus in Zukunft verhindern soll.

Die aus den Chefs der drei Teilstreitkräfte bestehende Junta, die 1976 die damalige Präsidentin Isabel Perón stürzte, soll nach Worten Alfonsins vor das Oberste Gericht der Streitkräfte gestellt werden. Die sechs Offiziere, die später der Junta angehörten, sollen sich wegen „Mordes, illegaler Gefangennahme von Menschen und Anwendung von Folter an Inhaftierten" verantworten. Während der Junta-Herrschaft starben oder verschwanden bei Terrorkampagnen gegen die politische Linke Tausende von Menschen.

Seinem Wahlkampfversprechen gemäß kündigte Alfonsin an, daß die an den Terrorkampagnen beteiligten Offiziere und anderen Personen nach drei Kategorien abgeurteilt werden sollen: solche, die befahlen oder beaufsichtigten; solche, die ihre Befehle aus „Grausamkeit, Perversität oder Gier" überschritten, und solche, die nur Befehle ausführten. „Das ganze Gewicht des Gesetzes soll die in den beiden ersten Kategorien treffen – jene, die die Todesmaschine in Gang setzten, und jene, die sie benutzten, um zu foltern oder persönliche Wünsche zu befriedigen", sagte er.

Die neun Juntaführer, auf die die geplanten Gesetze zutreffen würden, sind Armeegeneral Jorge Videla, Admiral Emilio Massera und Luftwaffengeneral Orlando Agosti, die die erste Junta bildeten, General Roberto Viola, Admiral Armando Lambruschini und General Omar Graffigna von der zweiten Junta sowie General Leopoldo Galtieri, Admiral Jorge Anaya und General Basilio Lami Dozo, die nach dem Falkland-Krieg abtreten mußten. Alfonsin hat an die Öffentlichkeit appelliert, Beweise gegen die Beschuldigten vorzulegen.

Schießbefehl in Kuwait

AP, Kuwait

Zwei Tage nach den Anschlägen auf die amerikanische und französische Botschaft, den Flughafen und drei weitere Ziele ging in Kuwait auch gestern die Suche nach den Tätern und ihren Hintermännern weiter. Die Angehörigen der Sicherheitskräfte erhielten Befehl, auf jeden zu schießen, der sich den Kontrollen im Bereich der Botschaften oder der anderen Tatorte zu entziehen versucht oder Widerstand leistet. Im Zusammenhang mit der Suche nach den Tätern veranstalteten die Behörden eine Fahndung nach illegal im Lande lebenden ausländischen Arbeitern. Bei den sechs Anschlägen waren am Montag insgesamt sieben Menschen ums Leben gekommen und 84 verletzt worden.

Die CDU spricht von zwei Parteien innerhalb der Hamburger SPD

Vorwurf der „unsoliden Haushaltspolitik" / Opposition will Verfassungsgericht anrufen

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

„Die SPD ist politisch handlungsunfähig, der Senat regierungsunfähig. Der linke Fraktionsflügel der SPD wird zur sozialistischen Sperrminorität gegen eine Politik der Vernunft." Mit dieser Attacke eröffnete CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau gestern die Generaldebatte über den Hamburger Haushalt 1984. Ein Jahr, nachdem die SPD bei den vorzeitigen Dezemberwahlen von 1982 die absolute Mehrheit zurückerobert hatte, mußte der Senat in Etatberatungen hineingehen, ohne zu wissen, ob er in der eigenen Fraktion bei der Schlußabstimmung am Freitag dafür eine Mehrheit erhalten wird. Die Spar-Empfehlungen einer Fraktionsgruppe unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Henning Voscherau war mit ihrem Vorschlag, auch kräftig in den Personalhaushalt einzuschneiden, auf so heftigen Widerstand der Linken gestoßen, daß eine Mehrheit für den Senatsentwurf – erst nach pausenlosen Einigungsbemühungen, die bis wenige Minuten vor Beginn der gestrigen Parlamentsdebatte andauerten – erreicht wurde. Ein Motiv für diese Verweigerungshaltung liegt nach Auffassung von langjährigen Mitgliedern der Fraktionsspitze in den Profilierungs-Bestrebungen des stellvertretenden Fraktionschefs, Bodo Schümann, des Sozialsenators Jan Ehlers und des Landesvorsitzenden Ortwin Runde gegenüber ihren Parteigängern vom linken Flügel.

Oppositionsführer Hartmut Perschau sprach denn auch von „zwei Parteien innerhalb der SPD", als er den Bürgermeister angriff, Klaus von Dohnanyi habe sich bei den Spardiskussionen im Regierungslager „in seinem Amtszimmer verschanzt" und die erforderlichen Vorschläge der Fraktion überlassen. Den neuen Etatentwurf nannte Perschau den „vorläufigen Gipfelpunkt einer unsoliden Haushalts- und Finanzpolitik". Die Verschuldung sei in der kurzen, zweijährigen Amtszeit Klaus von Dohnanyis von 11,5 auf nunmehr 18,9 Milliarden Mark gestiegen. Die CDU werde keiner Verfassungsänderung zustimmen, die es dem sozialistischen Flügel erlaube, „ein Faß ohne Boden aufzumachen".

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion hält einen Stellenabbau für unerläßlich. Obwohl die Hamburger Bevölkerung seit 1970 um fast zehn Prozent abgenommen habe, hätten die Personalkosten sich um gut 17 Prozent erhöht – sie lägen heute bei mehr als 50 Prozent der Steuereinnahmen.

Der Oppositionsführer legte eine bedrückende Wirtschaftsbilanz vor: Jeder zweite Arbeitsplatz in der feinmechanisch/optischen Industrie, jeder dritte Arbeitsplatz im Maschinenbau und jeder vierte Arbeitsplatz in der Elektrotechnik ist in Hamburg verschwunden. „Die Weichen müssen anders gestellt werden", sagte Perschau. Dafür nannte er als Eckpunkte: Abbau ideologischer Hindernisse in der Verkehrs- und Energiepolitik wie der Bau von Umgehungsstraßen und Nutzung der Kernenergie; Förderung neuer Medien und moderner Technologien; Verhinderung der Abwanderung von Betrieben und Bürgern; Bemühungen um eine bessere Sozialstruktur.

Perschau fragte Bürgermeister von Dohnanyi, warum er erst jetzt – bei einer Rede vor dem renommierten „Übersee-Club" vor zwei Wochen – eine Kurskorrektur in der Wohnungsbaupolitik und den Verkauf städtischer Grundstücke stütze und damit eine Abkehr von der Vergabe im Erbbaurecht eingetreten sei.

Die CDU will, wenn der Haushalt am Freitag verabschiedet wird, das Hamburgische Verfassungsgericht anrufen. Denn die Umstellung des neuen Etats auf die Netto-Kreditaufnahme ist ihrer Auffassung nach verfassungswidrig.

Unter dem EG-Streit leidet auch die Forschung

rtr/AFP, Brüssel

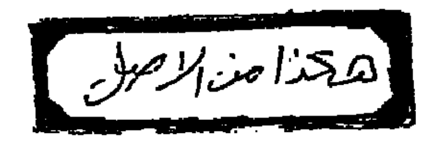
Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien haben eine Woche nach dem gescheiterten Athener Gipfel bei EG-Ministerberatungen in Brüssel aus finanziellen Gründen ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm blockiert, das den zehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft dabei helfen soll, den Vorsprung Japans in der Computer- und Informations-Spitzentechnologie aufzuholen. Das unter der Bezeichnung „ESPRIT" (Europäisches Strategisches Programm für Forschung und Entwicklung in der Informationstechnologie) laufende Vorhaben sollte nach der ursprünglichen EG-Planung im kommenden Monat in Angriff genommen werden.

Es wird nunmehr nach Angaben von Diplomaten verschoben werden müssen. Vertreter der Bundesrepublik und Großbritanniens hätten ihren Widerstand bei einer Ratstagung der für Forschung und Entwicklung zuständigen Minister der zehn EG-Staaten damit begründet, daß das ungelöste Disput über den Gemeinschaftsetat es nicht gestatte, die für das Programm erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen, hieß es in Brüssel.

Die zuständigen Minister der Bundesrepublik und Großbritanniens hätten erklärt, daß sie wegen der ungelösten EG-Etatfragen der Bereitstellung von Barmitteln für das Projekt zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht zustimmen könnten. Das Programm gilt in der EG als Schlüsselvorhaben für den industriellen Fortschritt in der Gemeinschaft. „Alle Staaten haben übereinstimmend erklärt, daß sie dem Projekt hohe Prioritäten einräumen", sagte EG-Industrie-Kommissar Etienne Davignon zu der Nachrichtenagentur Reuter. „Über die Finanzen gibt es jedoch noch keine Übereinkunft."

Während sich die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit acht anderen EG-Staaten gestern im Grundsatz bereiterklärt hat, zunächst 630 Millionen Dollar als Anfangsfinanzierung für einen Zeitraum von fünf Jahren zur Verfügung zu stellen, habe Großbritannien es rundweg abgelehnt, irgendwelche Barbeträge für den Fonds des Forschungsprogramms auch nur zu erörtern, teilten offizielle Stellen mit.

Das Europäische Parlament und der Ministerrat der Gemeinschaft haben sich in mehrstündigen Verhandlungen auch nicht auf den Haushalt 1984 einigen können und sich in den frühen Morgenstunden des Mittwoch ergebnislos vertagt. Dennoch soll es bei der ursprünglichen Zeitplanung bleiben, daß heute im Parlament über den EG-Haushalt abgestimmt wird. Aber keiner der Abgeordneten wollte gestern eine Prognose über das Ergebnis wagen.



Spaß mit Ch. Laughton

Ein Lord verspielt sein bestes Stück

Das Schmankerl, das auf Grund einer törichten Sendezeit (um 1.25 Uhr) dem Gros der Zuschauer entgehen wird, entstand im Hollywood des Jahres 1935. Ein spleeniger englischer Lord verliert beim Pokern sein bestes Stück. Es ist weder seine Frau noch sein Schloß, sondern sein treuer Butler Ruggles. Der Gewinner, ein amerikanischer Ranger mit rauher Schale und weichem Herz, geht frohgemut mit seiner Trophäe in den Westen, genauer in den Wilden Westen, zu einem Ort mit Namen Red Gap. Butler Ruggles erträgt diesen Standortwechsel mit Fassung. Mit derselben Würde und demselben Gleichmut, mit denen er weiland des Lords Pfründe verwaltete, meistert er

Ein Butler in Amerika – ARD u. ZDF, 1.25 Uhr

nun auch unter den wilden Amerikanern das Leben. Bald schon färbt sein Lebensstil auf seine amerikanische Umwelt ab, und Ruggles erobert den Wilden Westen für Britannia.

Diese köstliche Komödie heißt im Original „Ruggles of Red Gap", in der deutschen Fassung „Ein Butler in Amerika". Der Titel erinnert nicht von ungefähr an René Clairs liebenswerten Film „Ein Gespenst geht nach Amerika" (1936) mit Robert Donat als dem schottischen Geist, den es in die neue Welt verschlägt. Beide Filme stellen die typisch britische Lebensweise dem amerikanischen „Way of Life" gegenüber. Dieser Kontrast hat im übrigen immer wieder Regisseure interessiert. So drehte George Marshall



Niemals komischer als in der Rolle des Butlers Ruggles: Charles Laughton FOTO: URSULA RÖHNERT

1950 ein Remake von „Ruggles" mit dem Titel „Fancy Pants". Bob Hope mimt darin einen Schauspieler, der im Wilden Westen in die Rolle eines Butlers schlüpft.

Für Hollywoods Filmemacher bedeutet der Butler noch heute den Inbegriff britischer Lebensart, vor allem liebenswerte Exzentrik. Vor zwei Jahren erst mimte Sir John Gielgud in „Arthur – kein Kind von Traurigkeit" einen würdevollen, cleveren „Hausgeist", der seinem leicht verrückten Herrn die Leviten liest und ihn zum britischen „Way of Life" zu bekehren versucht.

Und es gibt kaum einen großen englischen Schauspieler, der sich nicht schon einmal in der Rolle des Butlers versucht hat, den David Niven einmal als „eine der Hauptsäulen des britischen Imperiums" bezeichnet hat. Für Charles Laughton, der den Butler Ruggles in Leo McCareys Satire spielt, bedeutete dieser Part nach vielen dramatischen und ernsten Rollen endlich einmal die Chance, sein komisches Talent unter Beweis zu stellen.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Europa in den Medien

Mehr als nur Gipfeltreffen

„Fernsehdirektübertragungen aus dem Europaparlament in Straßburg wären eine Katastrophe." So Gordon Brook-Shepard, Direktor des „Sunday Telegraph", auf der 2. Internationalen Medientagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Berlin. Zwei Tage lang diskutieren Teilnehmer aus neun europäischen Ländern über die Möglichkeiten, die Arbeit der europäischen Gremien Hörern und Zuschauern verständlich zu machen. „Das Bild Europas in den Medien ist durch die pausenlose Berichterstattung über Agrar- und Finanzprobleme verkommen", meinten die einen. Werner Marx, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, zeigte sich dagegen mit der „wachen Aufmerksamkeit der Fernsehanstalten in der Wahrnehmung außenpolitischer Vorgänge" einigermaßen zufrieden.

Prof. Oberreuter von der Universität Passau bezeichnete die veröffentlichte Meinung als vierte Gewalt im Staate, deren „Dienst" darin bestehe, demokratische Verfahren transparent zu machen. Das Interesse an der Politik wachse mit der Zahl der Fernsehgeräte. Gefährlich jedoch sei es, die Zuschauer nur an-zupolitisieren. Politische Berichterstattung dürfe nicht zum Showgeschäft entarten. Im Vergleich zur Tagespresse neige das Fernsehen zur oberflächlichen Behandlung politischer Vorgänge. Gerade im Hinblick auf Europa gelte es – wie in Berlin übereinstimmend betont wurde – nicht nur von Gipfeltreffen zu berichten, sondern Europa auch an der Basis zu suchen.

Wie aus den einzelnen Referaten hervorging, sind Qualität und Quantität der Fernsehberichte aus Brüssel, Straßburg und Luxemburg in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Das hängt nicht zuletzt auch mit dem privaten, öffentlich-rechtlichen oder staatlichen Status der einzelnen Rundfunk- und Fernsehanstalten zusammen. Frankreich jedenfalls, so Pompidous ehemaliger Informationsminister Philippe Malaud, orientiere seine Zuschauer nicht in ausreichendem Maße.

Europa wird sich auf den Bildschirmen nur dann treffender und ausführlicher darstellen lassen, wenn auch die europäischen Gremien selbst nach neuen Wegen suchen, um sich der Öffentlichkeit effektiver und attraktiver zu präsentieren. Mit mehr Broschüren ist es dabei nicht getan. Besser zu koordinieren wären Sitzungen und Tagungen an den unterschiedlichen Orten. Das Parlament muß aufhören, für Journalisten „eine unberechenbare Institution" zu sein.

NORBERT MATERN

KRITIK

Belgrad 400 Jahre vor Tito?

Gewaltige historische Ausflüge unternahm ZDF-Korrespondent Helmut Lange in seinem 45-Minuten-Porträt „Belgrad im Jahre drei nach Tito": Rückblenden auf den Zweiten Weltkrieg, auf den Prinzen Eugen, ja selbst auf Sultan Suleiman und seine Eroberung der bis dahin ungarisch verwalteten Stadt im Jahre 1521, so daß man mitunter den Eindruck gewann, „Belgrad 400 Jahre vor Tito" sei das Thema des Films gewesen. Eine ganz klare Konzeption war nicht zu erkennen, wenn auch der Autor vor der Sendung ausdrücklich betont hatte, er „habe kein feuilletonistisches Porträt gezeichnet, sondern das Bild Belgrads vor dem Hintergrund des politischen Wandels".

Gar zu gerne und viel zu lange hielt sich Lange bei jugoslawischen Berufskollegen und ihren heutigen Problemen auf. Er warf zwar auch einen Blick in eine Sitzung des jugoslawischen Parlaments, doch von Politikern äußerte sich nur der Belgrader Bürgermeister – und zudem lediglich zu recht unpolitischen Fragen. Schade, daß auch das bis heute ungebrochene religiöse Leben von Orthodoxen, Katholiken und Moslems und die folkloristische Vielfalt des Balkanstaates so gut wie gar nicht zur Geltung kamen. Dabei vermochte die Sendung durchaus hübsche Genre-Bilder zu präsentieren – aus Fabriken, von Wochenmärkten, auf denen Kleinbauern ihre Produkte anbieten, oder aus einem Studententheater, wo – zum Leidwesen der russischen Botschaft – die politische Vergangenheit in den ersten Jahren nach Kriegsende rekapituliert wird.

GISELHER SCHMIDT

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

.00 Tagesschau, Tagesthemen
.25 Ein Butler in Amerika
.50 Umschau
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

.10 Tagesschau
.15 Frauengeschichten
Veronika Fischer – eine deutsch-deutsche Sängerin
Klingt eine Stimme in Ost-Berlin anders als in West-Berlin? Fast scheint es so: Veronika Fischer, die in der „DDR" Topstar und Plattenmillionärin war, ist bei uns in der Bundesrepublik nur wenig bekannt. Als sie, mit offizieller Genehmigung der „DDR"-Behörden, vor drei Jahren von Ost-Berlin nach West-Berlin zog, tat sie das in erster Linie, um ihrem ungarischen Mann zu folgen, aber auch, um sich künstlerisch weiterentwickeln zu können.
.00 Matt und Jenny
Matt verliebt sich
.25 Drei Wochen Nordost
Abenteuer mit drei Pferden (3)
Fünfteilige Fernsehserie von Detlef Gumm und Hans-Georg Ullrich
.30 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
.00 Tagesschau
Anschließend:
Der 7. Sinn
.18 Patient geheilt – die Kasse zahlt nicht
Filmbericht von Dieter Menniger und Gottfried Güllcher
Immer mehr Patienten klagen: „Für die aufwendigste Apparatmedizin und chemische Pharmazeutika sind den Krankenkassen keine Kosten zu hoch. Sobald wir uns aber für natürliche Heilmethoden entscheiden und Hilfe von Naturheilärzten oder Ganzheitsmedizinern in Anspruch nehmen, gibt es Erstattungsprobleme."
.00 Musikladen
.45 Nelter geht's nicht
Mit Jürgen von der Lippe
.30 Tagesthemen
.00 Italien. Opernabend
.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Vorurteile
3. Ich bin ja sowieso doof ...
Von Hella André
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mandara
10. Das weiße Raschen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Peter Cornelius
17.50 Flohmarkt
Das Ende von Sitting Bull
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mann, halt die Luft an!
Hochzeit, hohe Zeit, höchste Zeit
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke in Verbindung mit der Aktion Sorgenkind
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 heute-journal
21.20 Redaktionsbesuch
Hans-Dietrich Genscher bei der „Weltwoche", Zürich
Gesprächsleitung: Reinhard Appel
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Geistertanz
Zeiten sozialen Niedergangs produzieren immer Risse auch in psychischen Strukturen und Zusammenhängen. In solchen Krisen gedeihen Mythen besonders gut auf der verzweifelten Suche nach Sinn im Chaos. Der britische Filmemacher Ken McMullen vergleicht in seinem Erstlingsfilm die Situation in seiner einst so mächtigen Heimat mit der Situation in den ehemaligen Kolonien Großbritanniens, als diese plötzlich mit der Übermacht der Kultur ihrer Kolonisatoren konfrontiert waren. (Original mit Untertiteln)
0.10 heute

III.

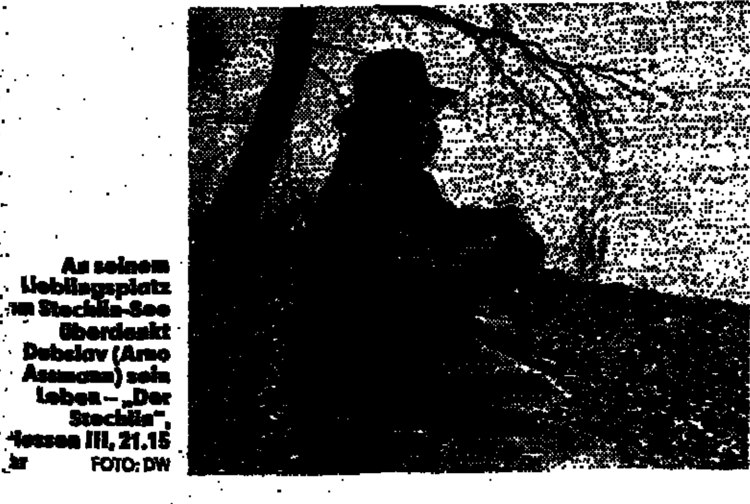
WEST
18.00 Telekolleg
Physik (39)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Liebelei
Dt. Spielfilm, 1933
21.40 Erinnerungen an Max Ophüls
Von Martina Müller
21.45 Günter Gaus im Gespräch
mit einem Arbeiter aus dem Ruhrgebiet
22.15 Nachtschalter
Auf der Suche nach Borgeld
23.30 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Aerobic
Fitneß mit Vernunft (11)
18.45 Norwich now
19.15 Was tun?!
Wut statt Trauer
Frauenaktionen Herbst 1983
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Bücherjournal
21.00 Im Kittchen ist kein Zimmer frei
Franz.-ital. Spielfilm, 1969
mit Jean Gabin u. a.
22.30 Modern Jazz Quartet (2)
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Für Kinder
19.00 Vier fröhliche Frechdachse
19.15 Von Menschen und Maschinen (4)
20.00 Tagesschau
20.15 Mit Lust zu lesen
21.00 Drei aktuell
21.15 Fernsehfilme nach Th. Fontane (7): Der Stechlin (II)
23.00 Kulturkalender
23.30 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Physik (39)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Das Lächeln der Vernunft (6)
Des Doktors Dilemma
Nur für Baden-Württemberg
21.40 Ravensburger Moritheater
21.55 Zu Gast
Nur für Rheinland-Pfalz
21.40 Multiple Sklerose
Nur für das Saarland
21.40 Wie ein Vogel fliegen

BAYERN
18.15 Avanti! Avanti! (15)
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 [illegible]
20.15 [illegible]
21.15 [illegible] (4)
21.55 Europa nebenan
22.40 Die Welt im Jahr 2000
23.25 Rundschau



An seinem Lieblingsplatz am Stechlin-See überdenkt Dubslav (Arno Assmann) sein Leben – „Der Stechlin", Hessen III, 21.15 FOTO: DW

EISKUNSTLAUF / Deutsche Meisterschaften in Unna – Medaillenkandidaten in der Krise

Claudia Leistner tanzte, Norbert Schramm tingelte – die Funktionäre reagierten böse

MARCUS BERG, Bonn

In Oberstdorf wird Geld verlangt von den Touristen, die sehen wollen, wie Norbert Schramm trainiert. Aber Eugen Romminger, der Schatzmeister der Deutschen Eislauf-Union (DEU), sagt über den Europameister: „Der kassiert doch neben der Sporthilfe gute 20 000 Mark im Jahr für Schaulauf- und sonstige Auftritte."

Claudia Leistner, zweite der Weltmeisterschaft, hat zwei Jahre lang hören müssen, springen könne sie ja, aber den künstlerischen, tänzerischen Ausdruck müsse sie noch lernen. Die 18 Jahre alte Mannheimerin, am Ende der letzten Saison Star der internationalen Schaulauf-Tournee, ging in Diskotheken und tanzte. Romminger sprach davon, sie würde ihre Chance, in Sarajevo olympisches Gold zu gewinnen, förmlich mit Füßen treten: „Jetzt muß sie auf einmal jeden Samstag in die Disko. Ich frage mich, ob man für einen so großen sportlichen Erfolg, der ja wirklich greifbar ist, so etwas nicht verschieben kann."

Der Bundesausschuß für Leistungssport (BaL) fragte mit einem Brief bei der Familie Leistner an, wie es denn um den Trainingsfleiß der Tochter bestellt sei.

Eugen Romminger gab sein Mandat als Preisrichter für die Olympischen Winterspiele zurück: „Ich muß hinter meinen Läufern stehen können, derzeit kann ich das nicht."

Seit gestern abend laufen in Unna die deutschen Eiskunstlauf-Meisterschaften. Norbert Schramm und Claudia Leistner sind plötzlich zu Unsicherheitsfaktoren in der Medaillenrechnung geworden: Sie tanzt, er tingelt – die Vorwürfe trafen beide mitten im Sommer.

Was vom Sommertheater um die beiden besten Eiskunstläufer aus der Bundesrepublik übriggeblieben ist, kann noch nicht so recht beurteilt werden. Norbert Schramm lief im November in Zagreb eine schwache Kür und lag weit hinter Weltmeister Scott Hamilton zurück auf dem zweiten Platz. Danach sah er sich die neue Olympiahalle in Sarajevo an. Daheim wurde die Kritik von Bundestrainer Erich Zeller in dicke Schlagzeilen gepreßt: „Fünf Tage Training verschenkt, Gold verschenkt." Schramm reagierte kühl: „Was wollen die alle? Ich gehe meinen Weg allein und fühle mich sehr wohl dabei."

Der Europameister, das ist kein Geheimnis mehr, wird ohnehin nur noch fünf Monate bei der Truppe der sportlichen Eiskünstler sein. Dann wird er Profi. Nach der letzten Saison hätte er für einen Revue-Vertrag eine Million Mark kassieren können, er machte weiter.

Was ihm jetzt Sarajevo bei diesen Plänen einbringt, ist unsicher. Nur eines steht fest: Schramm, der extravagante Künstler, steht wieder da, wo er die größten Stärken entwickelt: In der Ecke eines Außenseiters, der auch in den letzten Jahren mißtrauisch beäugt, am Ende auch von den Funktionären gefeiert wurde. Er arbeitet wie ein Profi und hat für alle Einwände profihafte Antworten.

Schramm dazu, daß er – mit zehn Zentimeter langem Punk-Zöpfchen am kurzgeschnittenen Haar – von einer Show zur anderen tingelte: „Kurz nach der Wettkampfsaison, als ich gesundheitlich ziemlich angeknackst war und und dann der Schaulauf-Streß noch dazu kam, da gab es Momente, in denen ich gezweifelt habe, ob ich mit meiner Kunst weiterkomme. Aber das ist längst vorbei. Bewußt habe ich bis zum Juli eine Pause gemacht und mich mit allen möglichen anderen Sachen beschäftigt. Der Erfolg ist, daß ich jetzt wieder sprühe vor Ideen."

Schramm dazu, daß er sich, für wen auch immer, im Leistungszentrum Oberstdorf zum Foto stellt: „Für mich ist das auch ideales Training. Im Wettkampf stürmt so viel auf mich ein, da darf ich mich auch nicht ablenken lassen – und genau das trainiere ich hier, indem ich mich nebenher auch mit etwas anderem beschäftige."

Sag einer etwas dagegen, der Mann versteht seinen Sport, der ihm schon Show und Beruf geworden ist. Und wenn Herr Romminger einmal beim Training war – vielleicht hat auch er gesehen, was öfter zu beobachten ist: Mitunter rutscht Schramm ein kleines Silberplättchen aus dem Hosenbein aufs Eis. Auf dieses Amulett ist eine 6,0 eingraviert – Traumnote als Arbeitsziel.

Claudia Leistner hat anders reagiert. In den letzten acht Wochen hat sie Hunderte von Trainingssprüngen absolviert. Die Wucht der Landungen erfordert besonders hartes Schuhwerk, doch das führte zu einer Knochenhautreizung. Ihre Mutter: „Ich sag' immer, mach doch langsamer. Aber sie hört ja nicht." Claudia Leistner selbst: „Ich kann ja alles, wenn es nur nicht so weh täte."

Müssen Wege zum Ruhm immer Leidenswege sein? Schramm lenkte sich ab, um Ideen zu bekommen! Claudia Leistner rockte samstags durch die Disko. Die Herren Funktionäre werden schon ein Teil der Medaillen für sich reklamieren, die beide – vielleicht – in Sarajevo gewinnen werden ...

SPORT-NACHRICHTEN

Düsseldorf: Sponsoren helfen

Düsseldorf (dpa) – Dank der Hilfe von Sponsoren braucht der vom Konkurs bedrohte Eishockey-Bundesligaklub Düsseldorfer EG die Grundgehälter der Spieler nicht wie geplant um 50 Prozent, sondern nur um 25 Prozent zu kürzen. Trotzdem wollen die Brüder Uli und Hans-Peter Egen den Klub verlassen, Peter Ascherl verlangt sein volles Gehalt.

Forderte Tiriac Geld?

New York (sid) – Nicht Guillermo Vilas (Argentinien) sondern sein Manager Ion Tiriac (Rumänien) soll vor einem Jahr für das Tennisturnier in Rotterdam unerlaubte Garantiesummen für Vilas gefordert und erhalten haben. Dafür war Vilas vom Profiverband für ein Jahr gesperrt und mit einer Geldstrafe von 20 000 Dollar belegt worden.

England: Profi verurteilt

London (dpa) – Zu einer Geldstrafe von 1000 Mark wurde der englische Fußball-Profi Chris Hutchings verurteilt, der zum Zeitpunkt seines Vergehens für den Zweitligaklub Chelsea London spielte. Nach dem Spiel gegen Brighton hatte Hutchings durch obszöne Gesten die Zuschauer provoziert und einen Polizisten beschimpft. Hutchings spielt jetzt in Brighton.

Basketball-Niederlage

Zagreb (dpa) – Der deutsche Basketball-Pokalsieger BSC Saturn Köln verlor sein zweites Europacup-Spiel bei Cibona Zagreb mit 72:81. Verärgert waren die Kölner über die Leistungen des türkischen Schiedsrichters Duran, der die Jugoslawen bei einigen Foulentscheidungen angeblich bevorteilte. Bester Kölner Werfer war Nationalspieler Klaus Zander mit 21 Punkten.

Erster Dopingfall

Kattowitz (dpa) – Bei der Handball-B-Weltmeisterschaft in Polen gab es den ersten Dopingfall. Der Test bei der Dänin Tina Madsen war nach dem Spiel Rumänien – Dänemarkt (18:17) positiv verlaufen. Die Dänin wurde für alle weiteren Spiele gesperrt, und die Partie mit 10:0 für Rumänien gewertet.

Eklat beim Sechstagerennen

Herning (dpa) – Das Sechstagerennen der Radprofis in Herning (Dänemark) endete mit einem Eklat. Die Fahrer weigerten sich, kurz vor Mitternacht zum entscheidenden Rennen anzutreten, weil von der Hallendecke tropfendes Wasser das Holzoval in eine Rutschbahn verwandelt hatte. Die empörten Zuschauer bewarfen Offizielle und Fahrer mit vollen Bierbechern, Flaschen und Kissen.

Bochumer Eigentor

Karl-Marx-Stadt (dpa) – Ein Eigentor des Nachwuchsspielers Bordan in der 89. Minute bedeutete für den Fußball-Bundesligaklub VfL Bochum die 1:2-Niederlage in einem Freundschaftsspiel beim FC Karl-Marx-Stadt. Das Tor für die Bochumer hatte Pater nach 20 Minuten erzielt.

ZAHLEN

HANDBALL

B-Weltmeisterschaft der Damen in Kattowitz: Gruppe A: Dänemark – Spanien 20:15, Bulgarien – Schweden 19:17, „DDDR" – Rumänien 20:19. Tabellenspitze: 1. „DDR" 10:0 Punkte, 2. Rumänien 8:2, 3. Bulgarien 6:4.

Gruppe B: Deutschland – Polen 17:11, Österreich – Holland 20:18, CSSR – Norwegen 24:19. – Tabellenspitze: 1. Polen 8:2, 2. CSSR 7:3, 3. Deutschland 6:4. – Deutschland spielt heute gegen Rumänien um den dritten Platz.

FUSSBALL

Britische Meisterschaft in Belfast: Nordirland – Schottland 2:0 (1:0). **Freundschaftsspiele:** Wiesloch – Stuttgart 0:7 (0:3), Regensburg – München 0:4 (0:2), Karl-Marx-Stadt – Bochum 2:1 (0:1).

TENNIS

17. Deutsche Hallen-Meisterschaften in Mainz-Finthen, 1. Runde, Herren: Settelmayer (Essen) – Meinecke (Hamburg) 7:5, 6:3, Schwaier (München) – Theissen (Karlsruhe) 6:3, 6:0, Jessel (Leverkusen) – Pinner (Neuss) 6:4, 7:5, Jöhle (Karlsruhe) – Westphal (Neuss) 7:5, 6:3. – **Damen:** Keppeler (Augsburg) – Wiese (Hannover) 6:4, 6:2, Lütten (Hamburg) – Reinhardt (Heidelberg) 6:2, 6:0, Sorge (Stuttgart) – Dinu (Essen) 6:3, 6:4, Pfaff (Königstein) – van Oyen (München) 7:5, 6:0.

Popp (Neuss) – Fischer (München) 6:4, 6:2, Schulz (Berlin) – Marten (Berlin) 6:4, 3:6, 6:1, Zipf (Amberg) – Becka (München) 6:3, 6:0, Elter (Essen) – Vestweber (Weiden) 6:2, 6:0.

An Damen, 2. Runde: Lütten (Hamburg) – Kleinknecht (Neuss) 6:4, 6:0, Cueto (Stuttgart) – Wegemann (Hagen) 6:3, 6:0.

RADSPORT

Sechstagerennen in Herning (Dänemark), Endstand: 1. Frank/Oersted (Dänemark) 370 Punkte, 2. Pijnen/Marcussen (Niederlande/Dänemark) 301, eine Runde zurück: 3. Kristen/Rinklin (Deutschland) 276, 4. Doyle/Wiggins (Großbritannien/Australien) 210, 5. Thurau/Fritz (Deutschland) 144.

STAND ● PUNKT *Ein Profi . . .*

Der Sport, das ist eine Binsenweisheit, lebt von Überraschungen, von der immer neuen Geschichte des Davids, der Goliath besiegt.

Doch mitunter, beim skeptischen Blick hinter eine solche Überraschung, hinterläßt die erste Freude über Davids Erfolg mißmutige Fragen. So auch hier, nach dem Sieg von Dieter Jöhle, Platz 44 der deutschen Tennis-Rangliste, über Michael Westphal, der Nummer eins in deutschen Landen, bei den Hallen-Meisterschaften in Mainz.

Die Veranstalter haben für die Herrenkonkurrenz 51 600 Mark an Preisgeldern zusammengekratzt. Nationale Turniere für die international mäßigen Herren, die so hoch dotiert sind, sollten verpflichten. Wenn Westphal nun schon der Beste sein soll, dann könnte er es ja auch einmal seinen Landsleuten vorführen – die zahlen nämlich Eintrittsgeld.

Und nun: War ihm das Preisgeld zu gering, ist ihm die Veranstaltung zu langweilig, hat er es nicht nötig, auch daran zu denken, daß sich demnächst so schnell niemand finden wird, der hierzulande Geld für nationale Turniere gibt? Westphal, ein Talent zweifellos, benutzte nach der Niederlage den einfachsten Weg der Erklärung: „Ich kann mich nicht einmal ärgern, denn ich habe keineswegs schlecht gespielt. Der Haken war nur, daß Dieter einfach besser war." Selbstverständlich: Der Starke lobt den Schwachen und lenkt ab von der eigenen Lustlosigkeit. Wenn das nämlich stimmt, was Westphal sagt, dann steht er zu Unrecht auf dem ersten Platz der Rangliste, wird zu Unrecht ein Talent genannt, haben die Veranstalter geirrt, als sie ihn unbedingt als Zugpferd haben wollten (wegen der Zuschauer), muß die deutsche Tennisszene neu geordnet und Dieter Jöhle statt Westphal auf Turnierreisen rund um die Welt geschickt werden.

Wenn Westphal dieser Meinung ist, soll er es sagen – oder er muß auch dort gewinnen, wo vielleicht gar nicht so viel zu verdienen ist, wo er mal keine Lust hat. Der Mann nämlich ist Profi ...

que

SCHACH / Halbfinale des Kandidatenturniers

Viktor Kortschnoi mit den Nerven schon am Ende?

LUDEK PACHMAN, Bonn

Die neunte Partie des Halbfinales im Schach-Kandidatenturnier zwischen Garri Kasparow und Viktor Kortschnoi brachte offenbar bereits die Entscheidung darüber, wer ins Halbfinale einzieht. Kortschnoi, der mit den schwarzen Steinen verlor und jetzt 3,5:5,5 zurückliegt, wird in den restlichen drei Partien mit Sicherheit nicht mehr ausgleichen können.

Am schlimmsten für Kortschnoi ist nicht die Tatsache, daß er jetzt schon drei Spiele verloren hat, sondern die Art und Weise, wie es geschah. Nach zwei verlorenen Endspielen versagten offensichtlich Kortschnois Nerven total. Das neunte Spiel baute er so unnatürlich auf, daß er bereits nach der Eröffnung strategisch völlig überspielt wurde.

Die kommentierte Notation (Katalanisches System, Weiß Kasparow):

1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.g3 d5, 4.Lg2 dxc4, 5.Sf3 Sd7.

Der erste strittige Zug. Mit 5. ... c5 hatte Kortschnoi zwar die siebente Partie verloren, aber das war kaum die Folge der Eröffnung. Außer c5 sind auch a6, Le7 oder Lb4+ vollwertige Möglichkeiten.

6.0-0 Tb8?!

Ein weiterer unnatürlicher Zug. Immer noch ist 6. ... c5 die beste Erwiderung. Dagegen kann 6. ... Sb6 den Bauern c4 auf Dauer nicht verteidigen.

7.a4 b6, 8.Sfd2! ...

Nach 8.Sbd2 wäre Lb7, 9.Sxc4 Le7, nebst 0-0 und c5 oder auch 8. ... c3, 9.bxc3 Lb7 nebst c5 für Schwarz zufriedenstellend.

8. ... e5, 9.Sxc4 exd4, 10.Dxd4 Lc5, 11.Dd3 0-0, 12.Sc3 Lb7.

Die schwarzen Figuren sind nun recht unwirksam postiert. Nach La6 wäre 13.a5 stark.

13.Lxb7 Txb7, 14.Df3 Da8, 15.Lf4 a6, 16.e4 Ta7,

So unnatürliche Manöver können kaum zum Erfolg führen! Jetzt findet Kasparow bereits eine wichtige taktische Finesse:

17.Sd5! b5!?

Nur scheinbar würde 17. ... Sxd5, 18.exd5 Sf6, 19.Tfd1 Td8, einen Bauern gewinnen. Es folgt danach nämlich 20.Lg5! Txd5, 21.Lxf6 Txd1+, 22.Dxd1 gxf6, 23.Dg4+ nebst 24.Td1 mit entscheidendem Angriff. Aber auch die Partiefortsetzung führt zu ganz schlimmen Folgen:

18.Sa5 bxa4, 19.Tfc1! Ld4, 20.Txa4 Lxb2, 21.Se7+ Kh8, 22.Tc2 De8.

Das kostet zwar die Qualität, aber der Läufer hatte keinen Rückzug: Le5 wäre mit 23.Sac6 widerlegt worden.

23.Txb2 Dxe7, 24.Sc6 De5, 25.Sxa7 Dxa7, 26.e5 Sg8, 27.Le3 Da8.

Dieser Damentausch bedeutet praktisch die Aufgabe der Partie. Aber auch c5, 28.Tba2 Ta8?, 29.Txa6 Dxa6, 30.Dxa8 oder 28. ... Sb8, 29.Dd5 wäre völlig hoffnungslos.

28.Dxa8 Txa8, 29.f4 Se7, 30.Td2 – aufgegeben.

Die Wahl einer supersoliden Eröffnung, die Kasparow bisher überhaupt nicht anwandte, hat sich für ihn in diesem Wettkampf völlig gelohnt.

SKI ALPIN

Irene Epple fiel zurück

dpa, Sestriere

Die Taktik bestimmte gestern den Ausgang des zweiten Weltcup-Slaloms der Damen im italienischen Sestriere. Weil der dreimaligen Weltmeisterin Erika Hess die Führung im Gesamtweltcup (111 Punkte) vor Irene Epple (Seeg) wichtiger war, machte die Schweizerin freiwillig den Weg frei für die 22jährige Italienerin Maria-Rosa Quario.

Die Mailänderin siegte in 1:37,66 Minuten mit 33/100 Sekunden vor der Österreicherin Roswitha Steiner und der Schweizerin Monika Hess mit 62/100 Rückstand. Erika Hess gewann als Fünfte die Kombination mit der zweiten Abfahrt von Val d'Isere, in der sie Rang 11 belegt hatte.

Von den deutschen Läuferinnen schaffte keine einen Weltcup-Rang. Beste war überraschend Sonja Stotz aus Wildbad auf Rang 16. Die einzige DSV-Weltklasse-Slalomläuferin Maria Epple, die nach längerer Krankheitspause ihr erstes Weltcuprennen bestritt, schied im zweiten Durchgang aus, als sie den Rhythmus verlor.

Der Einstieg von Maria Epple in die Olympia-Saison verlief sehr unglücklich. Die 24jährige, die nach einer auskurierten Nierenbeckenentzündung mit erheblichem Trainingsrückstand ihr erstes Rennen bestritt, meinte: „Es wird wohl noch eine Zeit dauern, bis ich den Anschluß gefunden habe."

Positiv war lediglich die Punkte-Ernte in der Kombination, in der Michaela Gerg (Lenggries) den fünften, Irene Epple (Seeg) den sechsten Platz belegte. Im Slalom hatte die DSV-Riege die erwarteten Ränge: 22. Michaela Gerg, 23. Traudl Hächer, 28. Heidi Wiesler, 29. Irene Epple.

FUSSBALL

Was macht Mast nun?

sid, Frankfurt

Unabhängig von der Entscheidung der außerordentlichen Mitglieder-Versammlung (gestern abend) von Eintracht Braunschweig kann die geplante Namensänderung des Fußball-Bundesligaklubs in „BTSV Jägermeister" vorerst nicht wirksam werden. Karl-Ernst Engelbrecht erklärte für das Ständige Schiedsgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB): „Eine Eintragung ins Vereinsregister ist dadurch gestoppt, daß die Einstweilige Anordnung auch dem zuständigen Braunschweiger Amtsgericht vorliegt." Mit dieser Anordnung hatte der DFB in letzter Minute den werbewirksamen Plan von Braunschweigs Präsident Günter Mast durchkreuzt.

Ob Mast jetzt – wie angekündigt – alle juristischen Schritte ausnutzen und notfalls bis vors Bundesverfassungsgericht geht, wird der Likörfabrikant aus Wolfenbüttel mit seinem Anwalt Klaus Leiste genau überlegen müssen. Seine erste Reaktion: „Ich werde nichts tun, was dem Verein schaden könnte."

Bestätigt das Ständige Schiedsgericht Ende Januar 1984 nämlich die Wirksamkeit des Verbots der „Änderung, Ergänzung oder Neugebung von Vereinsnamen und Vereinszeichen zum Zweck der Werbung", droht dem Klub bei einem Verstoß nach Saisonschluß möglicherweise ein Lizenzentzug. Warum die Sitzung des Schiedsgerichts schon bald stattfindet, erklärt DFB-Justitiar Götz Eilers: „Wir wollen mit einer schnellen Entscheidung Herrn Mast entgegenlaufen, der auf diese Weise jahrelang umsonst Reklame für seine Firma machen möchte."

Rebmann: Jetzt mehr innere Sicherheit

■ Fortsetzung von Seite 1

Anfang Februar nächsten Jahres beginnt. Die angespannte finanzielle Situation der RAF werde auch durch die verstärkte Benutzung von Banknoten aus der Entführung des Wiener Industriellen Palmers deutlich, obwohl dies für die Betroffenen nicht ungefährlich sei. Denn die Banknoten aus dem Lösegeld sind registriert.

Zur Konsolidierung der RAF gehöre ferner auch das Bemühen, den Zusammenhalt unter den Gefangenen untereinander und mit den Gesinnungsfreunden in Freiheit zu festigen. Neuerdings werde die Forderung nach einer Zusammenlegung der Häftlinge offen mit dem Hinweis begründet, auch „im Knast den antiimperialistischen Kampf" weiterführen zu können. Rebmann unterstrich, daß die Haltung des Staates in dieser Frage „klar und entschieden" gegen ein solches Ansinnen lauten müsse.

Unter Hinweis auf den mutmaßlichen Terroristen Günther Rausch, der sich am 17. Oktober dieses Jahres freiwillig den Behörden gestellt hatte, appellierte Rebmann an zehn namentlich genannte andere Personen im Terrorismusbereich, diesem Beispiel zu folgen: „Je früher sich Mitglieder terroristischer Vereinigungen lossagen, um so günstiger ist ihre Perspektive." Rebmann teilte mit, die Bundesanwaltschaft erwäge derzeit, zu beantragen, Rausch gegen bestimmte *Auflagen von der weiteren* Untersuchungshaft zu verschonen.

Streit verzögerte den KP-Kongreß

dpa, **Madrid**

Wegen Uneinigkeit über den Kongreß-Vorsitz ist gestern in Madrid der 11. Kongreß der Kommunistischen Partei Spaniens mit mehr als dreistündiger Verspätung eröffnet worden. Die über 800 Delegierten beraten fünf Tage lang über Identität, Strategie und Taktik der Partei. In offener Konfrontation stehen sich Ex-Parteichef Santiago Carrillo und sein 38jähriger Nachfolger Gerardo Iglesias gegenüber. Ein Auseinanderbrechen der Partei wird nicht ausgeschlossen, da heftige Auseinandersetzungen im Zentralkomitee auf ein Patt in der Stärke der Gruppen um die beiden „Eurokommunisten" Iglesias und Carrillo schließen lassen.

US-Schlachtschiff beschießt von Syrien besetzte Region Libanons

In Tripoli wartet Arafat auf griechische Schiffe / UNO-Plenum für Nahost-Konferenz

DW. **Beirut/New York**

Das *US-Schlachtschiff* „New Jersey" hat gestern ein Gebiet 30 Kilometer östlich von Beirut unter Feuer genommen, meldete der amtliche Sender „Radio Libanon". Diese Gebirgsregion wird von Syrien kontrolliert.

Die nordlibanesische Hafenstadt Tripoli, wo PLO-Chef Arafat mit 4000 Gefolgsleuten eingeschlossen ist, wurde gestern erneut von israelischen Kriegsschiffen beschossen. Im Raum von Tripoli lieferten sich auch die Gegner und Anhänger Arafats ein Artillerieduell. Arafat selbst erklärte gestern in Tripoli, alles sei zur Evakuierung seiner Einheiten bereit, sie warteten nur noch auf die Ankunft der griechischen Schiffe, die sie unter UNO-Flagge nach Algerien und Nordjemen transportieren sollen.

Gegenüber der Hamburger Illustrierten „Stern" behauptete der PLO-Chef: „Es gibt keinen palästinensischen Bruderkrieg." Vielmehr handle es sich um ein „syrisch-ysches Komplott gegen die von mir geführte PLO" unter Mitwirkung der USA und Israels. Sein PLO-Gegenspieler Abu Mussa sei „eine syrische Marionette" und verfüge über „vielleicht 50 Anhänger". Tripoli sei von zwei syrischen Divisionen und einer libyschen Brigade umzingelt. Arafat fügte hinzu: „Israel will vollenden, was in Beirut 1982 nicht gelungen ist – die PLO auszulöschen."

In einem Interview für die Pariser Zeitung „Le Monde" versicherte Israels Vizepremier David Levy, Israel habe „nicht die geringste Absicht", die Schiffe zu beschießen, die Arafat und seine Truppen evakuieren sollen. doch sei es unvorstellbar, daß Israel seine Zustimmung zum Abzug jener gebe, „die auf blinden Terrorismus bauen und stolz darauf sind". Daraus dürfe man jedoch nicht schließen, daß Israel angreifen werde. Es sei auch keine Blockade des Hafens Tripoli organisiert worden. Energieminister Modai äußerte gestern über Radio Jerusalem, Israel habe „kein Interesse daran, daß Arafat in die Freiheit gelangt". Israel habe „niemals garantiert", daß der PLO-Chef unbehelligt aus Libanon abziehen kann. In Washington sagte der Sprecher des Weißen Hauses, Speakes, die USA wünschten einen „unbehinderten" Abzug Arafats und seiner Anhänger.

In New York hat die UNO-Vollversammlung die Forderung der Genfer Palästina-Konferenz nach einer Nahost-Friedenskonferenz übernommen und bekräftigt. Das Plenum verabschiedete mit 124 gegen vier Stimmen bei 15 Enthaltungen eine entsprechende Resolution, die von Ländern der Dritten Welt eingebracht worden war. Darin werden alle Konfliktparteien einschließlich der PLO sowie die USA und die Sowjetunion eingeladen, an einer Nahost-Konferenz „auf gleicher Basis und mit gleichen Rechten" teilzunehmen.

Nur Indizien-Vorwurf gegen Lambsdorff

● Fortsetzung von Seite 1

mann vom Bundeskanzleramt teilte mit, in der gestrigen Sitzung des Bun*deskabinetts habe die Anklageschrift* keine Rolle gespielt, auch nicht außerhalb der Tagesordnung. Außerdem sei Graf Lambsdorff beim Stahlrat der EG in Brüssel gewesen und im Kabinett durch Staatssekretär Schlecht vertreten worden. Für ein Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Graf Lambsdorff, bei dem das weitere Verfahren erörtert und festgelegt werden soll, gebe es noch keinen Termin, sagte Ackermann.

In der Bundesregierung setzt sich aber schon jetzt, noch ehe es die Unterredung zwischen Kohl und Minister Lambsdorff gegeben hat, die Meinung durch, daß der Minister auf jeden Fall bis zur Entscheidung des Gerichts über die Zulässigkeit des Hauptverfahrens im Amt bleiben solle. Die Frage, die bisher unbeantwor*tet ist, und die in erster Linie* Bundeskanzler Kohl entscheiden muß, geht dahin, ob die Regierung insgesamt einen solchen „Schwebezustand" mit publizistischen Angriffen bis ins Frühjahr hinein durchhalten will.

Kohl hat Graf Lambsdorff, der eine der zentralen Figuren in der Koalition ist, politisch und menschlich den Rücken gestärkt, ihn in Schutz genommen. Andererseits aber ist dem Kanzler daran gelegen, daß die Bundesregierung insgesamt arbeitsfähig und „unbeschädigt" bleibt.

Die CSU ist offenkundig ebenfalls der Meinung, daß Graf Lambsdorff jetzt nicht zurücktreten solle. Es ist davon auszugehen, daß Kohl über dieses Thema auch mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß Dienstag abend in Bonn gesprochen hat. Die Begegnung der beiden Politiker unter vier Augen dauerte drei Stunden, Kohl war dazu in die Bonner Wohnung von Strauß gekommen. Beide lehnten unter Hinweis auf die vereinbarte Vertraulichkeit die Nennung von Einzelheiten ab. Strauß sprach von der Erörterung von „aktuellen Themen". Es sei aber „nicht über den Rücktritt von Graf Lambsdorff gesprochen worden". Weitere Auskünfte lehnte Strauß ab: Denn jedes Wort könne falsch ausgelegt werden, meinte er. Vor Weihnachten dürfte es keine Begegnung mehr zwischen Kohl und Strauß geben.

Unionsintern hat die Berichterstattung der WELT über den *Ablauf* der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, bei dem es sehr kritische Anmerkungen in Richtung CSU gegeben hat, für eine gewisse Aufregung gesorgt. Teilnehmer der Vorstandssitzung hatten der WELT über den Diskussionsbeitrag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth berichtet, der in diesem Zusammenhang erklärt habe, man müsse *die CSU davon abbringen*, jeden Tag denselben „Mist" zu erklären. Strauß hat deshalb Späth angerufen und ihm den Inhalt dieses Telefongesprächs anschließend in einem Fernschreiben bestätigt. Zugleich hat Strauß das Fernschreiben der WELT übermittelt mit der Bitte, es zu veröffentlichen. Darin heißt es, Späth habe ihm erklärt, daß er diese Äußerungen „weder wörtlich noch sinngemäß" gemacht habe. Späth selbst und die CDU haben gegenüber der WELT keine Richtigstellung des Berichts verlangt.

Druckerkampf spaltet die britischen Gewerkschaften

Auseinandersetzung über die neuen Arbeitsgesetze

FRITZ WIRTH, **London**

Der Arbeitskampf der britischen Drucker hat sich zu einer schweren Krise für die gesamte Gewerkschaftsbewegung ausgeweitet. Der Vorstand des Dachverbandes TUC der britischen Gewerkschaften ist über die weitere Strategie in diesem Arbeitskampf tief gespalten. Im Zentrum des Konflikts steht die Frage, ob die Gewerkschaften die neuen Arbeitsgesetze der Regierung Thatcher akzeptieren oder ob sie sich durch illegale Aktionen darüber hinwegsetzen sollen.

Der oberste Gewerkschaftschef in Großbritannien, Len Murray, hat jetzt eindeutig zu verstehen gegeben, daß er den TUC im Rahmen der bestehenden Gesetze operieren lassen möchte und sich damit klar von den bisherigen und geplanten Aktionen der Druckergewerkschaft NGA distanziert.

Seine Haltung hat unter den radikaleren britischen Einzelgewerkschaften scharfe Kritik ausgelöst, so daß inzwischen über Murrays Zukunft als TUC-Chef offen diskutiert wird. Von entscheidender Bedeutung für die Reputation und die künftige Rolle Murrays war eine Sitzung des 51köpfigen TUC-Vorstands, dessen Entscheidung über die weitere Position im Arbeitskampf der Drucker praktisch einem Vertrauensvotum für Murray gleichkam. Die Sitzung dauerte bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch an.

Illegale Streikposten belagerten den Betrieb

Ausgelöst wurde der Arbeitskampf der Drucker durch einen kleinen Druckbetrieb in Nordengland, der seit einigen Monaten Angestellte beschäftigt, die nicht der Gewerkschaft NGA angehören, und damit gegen das von den britischen Gewerkschaften militant verteidigte Prinzip des „closed shop" verstößt.

Die NGA belagerte daraufhin wochenlang den Betrieb mit illegalen Streikposten und wurde deshalb von einem Gericht mit Geldbußen in Höhe von insgesamt 675 000 Pfund, rund 2,7 Millionen Mark, belegt. Die Gewerkschaft weigerte sich zu zahlen und versuchte statt dessen, die Aktion mit einem 24stündigen Zeitungsstreik in Großbritannien zu verschärfen.

Die *britischen Zeitungsverleger* erwirkten bei Gericht eine einstweilige Verfügung, die diesen Streik für illegal erklärte. TUC-Chef Len Murray erreichte schließlich durch massiven Druck, daß die NGA den geplanten Streik in letzter Minute absagte.

Hat Murray seine Befugnisse überschritten?

Die NGA und mit ihr eine Reihe militanter und einflußreicher Gewerkschaften werfen Murray vor, mit seinem Widerstand gegen den Streik seine Befugnisse überschritten und vor allem gegen einen Kongreßbeschluß des TUC aus dem Jahre 1982 verstoßen zu haben. Auf diesem Kongreß war vereinbart worden, daß die britische Gewerkschaftsbewegung alle Einzelgewerkschaften unterstützt, die mit den neuen Gewerkschaftsgesetzen in Konflikt geraten. Murray dagegen ist der Meinung, daß der TUC mit seinen Hilfs- und Sympathiemaßnahmen für bedrängte Gewerkschaften nicht gegen bestehende Gesetze verstoßen dürfe.

Es steht in diesem Konflikt mehr als nur die Zukunft Murrays auf dem Spiel. Die britischen Gewerkschaften haben zu entscheiden, ob sie einen Konfrontationskurs mit der Regierung Thatcher fortsetzen oder ernsthaft jene Ära der Kooperation und des Dialogs mit der Regierung beginnen wollen, die auf dem letzten Jahreskongreß im September dieses Jahres in Blackpool vereinbart worden ist.

Glenn: Europäer können mehr Kosten tragen

DW/AP, **Hamburg**

Der US-Senator und Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten, John Glenn, hat in einem Interview der „Zeit" einen größeren Beitrag der Europäer zu den Lasten des Nordatlantischen Bündnisses gefordert. Glenn sagte, die Europäer „könnten beispielsweise einen größeren Teil der Kosten für unsere in Europa stationierten Truppen übernehmen oder einen Teil unserer dortigen Truppen durch eigene Soldaten ersetzen". Die USA hätten ihre Verteidigungsausgaben in einem „ungeheuren Maße" gesteigert, „und das tun wir ja nicht nur für uns selber". Auch hätten die USA eine noch gewichtigere Rolle bei der Sicherung des Persischen Golfs übernommen, was Europa mehr nütze als den Amerikanern. Die Bedrohung Europas gehe nicht nur von Entwicklungen in Europa aus; die USA versuchten mit Bedrohungen aus anderen Weltregionen fertig zu werden, „doch die meisten NATO-Partner beharren darauf, daß die Verantwortung der Allianz nur innerhalb der Grenzen des NATO-Bereichs gilt". Glenn weiter: „In dieser Situation leuchtet mir das überhaupt nicht ein." In den USA komme die Haltung einiger europäischer Nationen im Bündnis nicht gut an.

Keine Einigung über Arbeitszeit

rtr/dpa, **Frankfurt**

Nach den Tarifbezirken Hamburg, Schleswig-Holstein, Südwürttemberg-Hohenzollern und dem Bereich des Volkswagen-Werks sind gestern auch in der hessischen Metallindustrie die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag und über Arbeitszeitverkürzungen für die 310 000 Beschäftigten des Bezirks ergebnislos auf Mitte Januar vertagt worden. Gestern wurde ferner in den Bezirken Südbaden, Berlin, Niedersachsen und Bayern verhandelt.

Die IG Metall fordert die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sowie eine Begrenzung der Überstunden und einen Freizeitausgleich für Mehrarbeit. Die Arbeitgeber lehnen dies entschieden ab und bieten statt dessen eine flexible Verteilung der Arbeitszeit, mehr Teilzeitarbeit und eine Vorruhestandsregelung an.

An einem Strohhalm

hg – Es ist kaum mehr als ein Strohhalm, der dem Bundeskartellamt vom Kammergericht in Sachen Metro/Kaufhof angeboten wurde. Nachdem fast sicher schien, daß die amtliche Untersagung der Metro am Kaufhof vor den Richtern keinen Bestand haben würde, erhalten die Wettbewerbshüter nun noch eine letzte Chance. Sie müssen nur beweisen, daß die Metro tatsächlich marktbeherrschend ist, und zwar auf einem eigenständigen Markt für den Selbstbedienungsgroßhandel.

Nur? Die Richter tendieren einstweilen zu der Ansicht, daß es diesen eigenständigen Markt gar nicht gibt. In der Tat ist die Marktaufspaltung in Selbstbedienungs- und Zustellgroßhandel ziemlich kühn; sie war jedoch notwendig, um die marktbeherrschende Stellung der Metro zu beweisen. Die Kartellbeamten haben aber schon in ihrer Untersagungsverfügung alles zusammengetragen, was ihre These stützen konnte. Ob sie hier noch einmal nachlegen können?

Es bestehen berechtigte Zweifel, ob das Amt diesen Fall noch gewinnen kann. Aber nicht nur das: Gegen die Metro läuft eine weitere amtliche Verfügung, die es dem Konzern untersagt, von den Lieferanten „Eintrittsgelder" für die Aufnahme von Artikeln in das Metrosortiment zu fordern. Auch sie wird gegenstandslos, wenn sich herausstellen sollte, daß es den Markt, auf dem die Metro ihre Macht mißbraucht haben soll, gar nicht gibt.

Noch schwerer wiegt indes, daß ein ungehindertes Zusammengehen von Metro und Kaufhof als Aufforderung zu weiteren Fusionen verstanden werden könnte. Mithin hängt nicht nur das Kartellamt an einem Strohhalm, sondern die gesamte Fusionskontrolle im Handel.

Geldmenge

ed. – Mit der Fixierung des Geldmengenziels will der Zentralbankrat heute ein Signal setzen, das so verstanden werden soll: Bereitstellung von genügend Geld, so daß die Wirtschaft den Aufschwung schafft, aber auf keinen Fall von so viel Geld, daß im Aufschwung möglicherweise aufkeimende inflationäre Kräfte Unheil stiften können. Es wird vermutet, daß der Korridor für die Geldmengenausweitung nach oben etwas enger gezogen werden soll als für 1983. Das könnte auf eine gewisse Versteifungstendenz der Geldpolitik hindeuten, sofern sich die Geldumlaufgeschwindigkeit nicht beschleunigt. Es ist verständlich, daß sich die Bundesbank nicht wie bei früheren Konjunkturaufschwüngen nachsagen lassen will, sie sei nicht früh genug wachsam. Da die Wirksamkeit der Verkündung von Geldmengenzielen davon abhängt, daß sie eingehalten werden, auch wenn Sondereinflüsse stören, begeben sich die Währungshüter in einen Handlungszwang, der Kopfschmerzen bereiten kann.

Sparkurs wird belohnt

Von BODO RADKE, Den Haag

Nachdem Hollands Koalitionsregierung von Christlichen Demokraten und Liberal-Konservativen den achtwöchigen Machtkampf mit streikenden Staatsdienern und deren Gewerkschaften klar gewonnen hat, kann sie sich als Lohn für unbeirrtes Festhalten am eingeschlagenen Kurs immer kräftiger Unterstützung von kompetenter Seite erfreuen.

Unabhängig voneinander veröffentlichten drei niederländische Großbanken Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr, in denen übereinstimmend ein deutlicher Aufschwung vorausgesagt wird. Die Grundlagen dafür seien schon 1983 in Form einer Belebung der Exportgeschäfte, des Anstiegs der Ausnutzung von Produktionskapazitäten in der Industrie und Erhöhung der Rentabilität vieler Unternehmen gelegt worden.

Die drei Stellungnahmen stammen aus den Direktionsetagen der Rabo-, Nederlandsche Middenstands- und Amsterdam-Rotterdam-Bank. Sie appellierten an Regierungschef Ruud Lubbers und seine Minister, auch weiterhin im wirtschaftspolitischen Bereich den Akzent auf konsequente Entlastung der Betriebe von fiskalischem Druck zu legen. Wenn sich die optimistischen Prognosen für 1984 bewahrheiten, sollten die Lohn- und Einkommenssätze gesenkt werden, weil davon Impulse für eine weitere Gesundung des Wirtschaftslebens und damit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ausgehen würden.

Die aus einer früheren Fusion der niederländischen Raiffeisen- und Boerenleen-Banken hervorgegangene Rabo-Bank trat in ihrem Bericht der weitverbreiteten – und auch in der letzten Regierungserklärung verkündeten – Ansicht entgegen, daß Hollands Export zu einseitig auf Agrarprodukte sowie Lebens- und Genußmittel ausgerichtet sei. „Gerade dadurch entwickelt sich unsere Außenhandelsbilanz so erfreulich", meint die Rabo-Bank. „Lebensmittel werden immer gebraucht, während die internationale Nachfrage nach Investitionsgütern noch mäßig ist."

In der Tat ist die Ausfuhr holländischer Landwirtschaftsprodukte in den ersten acht Monaten dieses Jahres mengenmäßig um fünf Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum 1982 gestiegen. Am Vorjahres-Gesamtexport der Niederlande im Wert von 177 Milliarden Gulden (160 Milliarden Mark) waren die Landwirte mit 23 Prozent beteiligt. Ihrem Ausfuhrüberschuß stand nur ein Importbedarf an Grundstoffen von 25,9 Milliarden Gulden gegenüber, womit sich für diesen Sektor in der Außenhandelsbilanz ein Überschuß von 14,3 Milliarden Gulden ergab. Wie der Abteilungsleiter für Exportförderung im niederländischen Landwirtschaftsministerium, J. J. Pape, bei der Präsentation der im Januar stattfindenden internationalen Agrarausstellung in Amsterdam betonte, ist für den Außenhandel Hollands der Exportanteil der Bauern größer geworden als die Lieferung von Erdgas an ausländische Kunden.

Die Studie der Nederlandsche Middenstandsbank (NMB) über die voraussichtliche Wirtschaftsentwicklung weist unter anderem nach, daß die Benutzung der industriellen Produktionskapazität im Laufe der letzten Monate von 78 auf 81 Prozent gestiegen sei. Auch die Ertragslage vieler Unternehmen verbessere sich ständig, was zu einer verstärkten Investitionsneigung führe. Im übrigen habe der hohe Dollarkurs auch seine guten Seiten. Er verringere die Gefahr großer Kursschwankungen unter den westeuropäischen Währungen.

Am Haager Regierungssitz betrachtet man die Lagebeurteilungen der drei Großbanken als willkommene Schützenhilfe für die Richtigkeit der Koalitionspartner, an ihrem Programm festzuhalten. Mit um so größerer Gelassenheit kann man die jüngste Meinungsumfrage zur Kenntnis nehmen, nach der die beiden Regierungsparteien bei Parlamentswahlen zum jetzigen Zeitpunkt katastrophale Niederlagen erleiden würden. Die nächsten Wahlen sind aber erst für 1986 vorgesehen.

Es gibt nicht wenige Anzeichen, daß bis dahin in breiten Schichten des niederländischen Volkes das Verständnis für die Notwendigkeit des vom Mitte-Rechts-Kabinett eingeschlagenen rigorosen Sparkurses auch im Bereich der Sozialleistungen zugunsten stimulierender Maßnahmen für die Wirtschaft erheblich zunehmen wird. Oppositionsparteien und radikale Gewerkschaftsfunktionäre finden mit Schlagworten wie „Diese Regierung will die Reichen reicher und die Armen ärmer machen" immer weniger Resonanz in der Öffentlichkeit.

SEEVERKEHR / Konferenz zwischen Küstenländern und Verkehrsunternehmen

Die deutschen Häfen verlangen im Wettbewerb mehr Chancengleichheit

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Eine größere Chancengleichheit der deutschen Seehäfen im internationalen Wettbewerb zeichnet sich auch nach dem Treffen der zuständigen Minister und Senatoren der vier Küstenländer mit Vertretern der Verkehrswirtschaft, des Handels und der Industrie im Bundesverkehrsministerium nicht ab. Lediglich die Bundesbahn sagte mehr Flexibilität in der Tarifgestaltung im Seehafenhinterlandverkehr zu. Das Güterkraftverkehrsgewerbe und die Binnenschifffahrt lehnten die entsprechenden Vorschläge zunächst ab.

Bei dem Treffen im Verkehrsministerium ging es, wie Staatssekretär Alfred Bayer erläuterte, „nicht darum, den bestehenden Ordnungsrahmen in Frage zu stellen, sondern um das Bemühen, durch mehr Flexibilität in der Tarifgestaltung des Zu- und Ablaufverkehrs der deutschen Seehäfen deren Wettbewerbssituation insbesondere gegenüber den Rhein-Mündungshäfen zu verbessern". Die schwierige Lage der deutschen Seehäfen, die nach Angaben des Zentralverbands der Deutschen Seehafenbetriebe seit Jahren permanent an Boden verloren haben, hat ihre Ursachen auch in unterschiedlichen ordnungspolitischen Regelungen für den Hinterlandverkehr der Häfen im Rhein-Schelde-Mündungsgebiet einerseits und der deutschen Nordseehäfen andererseits.

Die deutschen Seehäfen fordern daher seit langem – neben einer Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EG, die jedoch nicht vorankommt – für Außenhandelsverkehre eine Anpassung des nationalen Ordnungsrahmens im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsgüterverkehr an den vergleichsweise liberaleren Ordnungsrahmen, der innerhalb der EG im grenzüberschreitenden Verkehr gilt. Im Grundsatz hält das Bundesverkehrsministerium diese Forderung für berechtigt. Allerdings geht sie nicht so weit wie zum Beispiel die Seehafenbetriebe, die eine ordnungspolitische Gleichstellung der Außenhandelsverkehre fordern, die über die Seehäfen, also über die „blaue Grenze" kommen, mit denen, die über die „grüne Grenze" in die Bundesrepublik gelangen.

Der Arbeitskreis Seehafenhinterlandverkehr hat in eineinhalbjähriger Arbeit einige Änderungen des nationalen Ordnungsrahmens vorgeschlagen. Bei der Besprechung im Bundesverkehrsministerium kam dabei Folgendes heraus:

● Eisenbahnverkehr: Das Bundesverkehrsministerium beabsichtigt, die „Seehafentarife" der Bundesbahn in Anpassung an das EG-Recht von der Einzeltarifgenehmigungspflicht freizustellen. Diese Ausdehnung der Rahmengenehmigung liegt auf der Linie des Bundesverkehrsministeriums „Mehr Handlungsspielraum für den Vorstand der DB". Die Bahn könnte mit dem Wegfall der durch das bisherige Tarifgenehmigungsverfahren eintretenden Verzögerung von zwei Monaten schneller am Markt agieren. Die Preispolitik und die Kostensituation bei der Bahn wären für die konkurrierende Binnenschiffahrt und für das Kraftfahrzeuggewerbe künftig weniger transparent. Bisher erhalten sie bei Tarifanträgen der Bahn die zugrunde liegenden Wettbewerbsberechnungen zur Stellungnahme.

● Straßengüterverkehr: Hier hatte das Bundesverkehrsministerium das Ziel verfolgt, eine freiwillige Anpassung der entsprechenden Tarife des Reichs-Kraftwagentarifs (RKT) an die EG-Margentarife zu erreichen. Im RKT beträgt die Marge plus/minus 8,5 Prozent, in der EG sind es 15 Prozent. Der Vertreter des Bundesverbandes des Deutschen Güterfernverkehrs hat diese Forderung auf der Sitzung abgelehnt. Die Repräsentanten der Küstenländer machten jedoch deutlich, daß sie, falls in den weiter vorgesehenen Gesprächen keine Einigung erzielt werden sollte, im Bundesrat eine entsprechende Initiative zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes ergreifen würden. Das Gewerbe fürchtet einen Druck auf die Preise.

● Binnenschiffahrt: Aus diesem Grunde haben auch die Vertreter der Binnenschiffahrt die vorgeschlagene Einführung von Sonderabmachungen abgelehnt.

EG-STAHL

Klöckner-Urteil rechtskräftig

Ha./J. G. Brüssel

Der Europäische Gerichtshof hat gestern die zweite Klage der Klöckner-Werke gegen eine Bußgeld-Entscheidung der EG abgewiesen. Damit ist die wegen Überschreitung der zulässigen Produktionsquoten für Walzerzeugnisse im zweiten Quartal 1981 verhängte Geldbuße von 23,9 Millionen Mark rechtskräftig geworden.

Da die Luxemburger Richter die Quoten bereits in einem früheren Urteil für rechtmäßig erklärt haben, hatte sich die Klägerin im vorliegenden Verfahren allein darauf berufen, sie habe aus einer Notlage gehandelt. Seit 1974 habe das Unternehmen hohe Verluste erlitten, die bei einem Rückgang der Produktion die Gefahr eines Konkurses heraufbeschworen hätte. Unter diesen Umständen habe Klöckner die ihm zugeteilten Quoten überschreiten müssen, um ein bedeutendes Rechtsgut, nämlich sein eigenes Fortbestehen, zu verteidigen. Diese Argumentation wurde vom Gerichtshof zurückgewiesen. Die Rechtsfigur des Notstands, so heißt es in der Urteilsbegründung, könne auf dem Gebiet des Produktionsquotensystems nicht anerkannt werden.

Gute Aussicht bestehe, so äußert Klöckner nach der Urteilsverkündung, daß die Bemühungen um eine Lösung des speziellen Quotenproblems der Hütte Bremen bis Anfang 1984 erfolgreich abgeschlossen werden können. Damit werde dem Unternehmen die Rückkehr in das Quotensystem nach Artikel 58 Montanvertrag ermöglicht, „wobei auch die Bußgeldfrage ihre Erledigung findet".

KONJUNKTUR

Wieder leicht an Schwung gewonnen

mk. Bonn

Die konjunkturbelebenden Kräfte haben nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums mit Herbstbeginn wieder an Schwung gewonnen. Zwar ist die Industrieproduktion saisonbereinigt im Oktober, verglichen mit dem Vormonat, nicht gestiegen. Der Zweimonatsvergleich September/Oktober gegenüber Juli/August weist einen Fertigungszuwachs für das produzierende Gewerbe von einem Prozent und für das verarbeitende Gewerbe von 1,5 Prozent auf.

In dem Zweimonatsvergleich zeigt sich, daß das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe das im Sommer verzeichnete hohe Niveau nicht wieder erreichen konnte (minus fünf Prozent). Dagegen stieg der Ausstoß im Grundstoff- und Produktionsgütersektor weiter um drei Prozent. Ein Plus von 1,5 Prozent melden auch die Hersteller von Investitionsgütern und Verbrauchsgütern. Dagegen sanken die Leistungen des Bauhauptgewerbes um ein Prozent.

Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres lag die Erzeugung des produzierenden Gewerbes im September um 3,5 Prozent höher. Dabei wiesen die Hersteller von Investitionsgütern mit 8,5 Prozent das höchste Plus auf. Lediglich im Bergbau und im Bauhauptgewerbe wurden noch Minus-Raten von 10,5 und 0,5 Prozent registriert.

Das Statistische Bundesamt hat im Oktober den Produktionsindex von der Basis 1976 auf 1980 umgestellt. Die Ergebnisse für das produzierende Gewerbe ändern sich dadurch nicht nennenswert.

AUF EIN WORT

„Es ist vernünftiger und auch menschlicher, für einen Sechzigjährigen, der nach erfülltem Arbeitsleben den Ruhestand herbeisehnt, die Rente zu zahlen, als für einen Zwanzigjährigen das Arbeitslosengeld."

Prof. Dr. Josef Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg
FOTO: AP

Baugewerbe: Lage deutlich schlechter

Rei. Bonn

Im November haben sich nach Angaben des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes (ZDB) in Bonn die Geschäftslage und die Zukunftserwartungen „allgemein verschlechtert". Vor allem im Norden sei eine „deutliche Abschwächung" zu bemerken. In allen Bausparten sei die Nachfrage gesunken, die Beschäftigtenzahlen erstmals zurückgegangen. Aus Konjunktur- wie Saisongründen sei die Mitarbeiterzahl gesenkt und die Kurzarbeiter heraufgesetzt worden. Die durchschnittliche Reichweite der Aufträge sei verhältnismäßig stark geschrumpft, nur der Wohnungsbau, so der ZDB, melde ausreichende Bestände. Bei den Baupreisen, die sich im November kaum verändert haben, werden aufgrund des sich verschärfenden Wettbewerbs in den kommenden Monaten Einbußen erwartet.

KARTELLSTREIT KAUFHOF / METRO

Kartellamt muß seine Marktabgrenzung beweisen

PETER WEERTZ, Berlin

Im Beschwerdeverfahren Metro/Kaufhof hat der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts noch nicht entschieden, sondern einen Auflagenbeschluß verkündet. Bis zum 21. Februar soll das Bundeskartellamt die offene Frage beantworten, ob die Cash+Carry-Großmärkte innerhalb des Großhandels eigene Märkte sind. Außerdem muß das Kartellamt prüfen, inwieweit selbständige Gewerbebetriebe und mittelständische Handelsbetriebe auf den Einkauf im Cash+Carry-Großhandel angewiesen sind.

Grundsätzlich geht der Kartellsenat davon aus, daß Zustellgroßhandel und Selbstbedienungsgroßhandel einen einzigen Markt bilden. Das Kartellamt hatte indes den Selbstbedienungsgroßhandel als eigenständigen Markt definiert, um der Metro Marktbeherrschung zu beweisen, die ja Voraussetzung für eine Untersagung des Zusammenschlusses ist. Am Markt für den gesamten Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln hat Metro nur einen Anteil von etwa fünf Prozent, während sie im Cash+Carry-Handel rund 40 Prozent hält.

Das Kartellamt hatte der Metro Vermögensverwaltungs KG darum untersagt, ihre Beteiligung an der Kaufhof AG von 24,9 auf 25 Prozent zu erhöhen. Gegen diese Entscheidung hatte die Metro beim Kammergericht Beschwerde eingelegt. Die beabsichtigte Erhöhung der Beteiligung an der Kaufhof AG verstärkt nach Ansicht des Kartellamtes die Einkaufsmacht der Metro vor allem bei Nahrungs- und Genußmitteln. Mit einem Jahresumsatz von sechs Milliarden Mark gehört die Metro zur Gruppe der sechs führenden deutschen Handelsunternehmen.

COMMERZBANK

Gute Kursaussichten am deutschen Aktienmarkt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das insgesamt günstige Gesamtbild der deutschen Volkswirtschaft bietet nach Einschätzung der Commerzbank die Chance, daß sich die Finanzierungskosten kaum schon 1984 erhöhen. Im Jahresdurchschnitt dürfte sich das Kapitalzinsniveau bei acht Prozent halten. Spielraum für eine zumindest zeitweilige Zinsrückbildung sieht die Bank in ihrer Broschüre „rund um die Börse" am ehesten im Laufzeitbericht von zwei bis sechs Jahren.

Interessantere Kurschancen zeichneten sich abermals am deutschen Aktienmarkt ab, betont die Commerzbank ebenso wie viele andere Institute. Triebfeder werde die anhaltende Verbesserung der Unternehmenserträge sein, die auf 15 Prozent und damit mindestens so hoch wie in diesem Jahr veranschlagt wird. Die daraus resultierende Ausschüttungsphantasie erscheint der Bank in vielen Bereichen fundiert, zumal da sie für 1985 ein Anhalten des positiven Gewinntrends erwartet.

Traditionell veröffentlicht die Commerzbank wieder ihre Schätzungen für die Produktionsentwicklung wichtiger Wirtschaftszweige im nächsten Jahr (1983 in Klammern): Rohstahl +3 (–1) Prozent, Chemie +4-5 (+5-6) Prozent, Maschinenbau +2-4 (–3-4) Prozent, Elektroind. +2-3 (+1-2) Prozent, Versorgung +3 (+2,5-3) Prozent, Autoindustrie (Pkw/Kombi Stückzahl) –4 (+2) Einzelhandel (nom) +2,5-3,5 (+2,5-3) Prozent, (real) +0,5-1 (+0-0,5) Prozent, Bauvolumen (real) +4-5 (+2) Prozent.

Für die Chemieindustrie hebt die Bank den günstigen Einfluß verbesserter Kapazitätsauslastung, der Rationalisierungserfolg und etwas sinkender Rohstoffpreise auf die Ertragsentwicklung besonders hervor.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

BAT überbietet Allianz

London (fu) – Der Kampf zwischen dem größten deutschen Versicherungskonzern Allianz Versicherungs-AG und dem britischen Tabak- und Einzelhandelskonzern BAT um die Übernahme des fünftgrößten britischen Versicherungsunternehmens Eagle Star Holdings geht weiter. Nachdem die Allianz auf die Aufforderung der britischen Kommission für Übernahmen und Zusammenschlüsse hin gestern in letzter Minute ihr bereits Anfang vergangener Woche angekündigtes Übernahmeangebot konkretisiert und den Übernahmepreis von zuletzt 650 auf 665 Pence je Eagle-Star-Aktie erhöht hat, gab BAT postwendend eine Verbesserung ihres Angebotes von 660 auf 675 Pence bekannt. Mit dem neuen BAT-Angebot wird Eagle Star auf rund 930 Millionen Pfund (3,65 Milliarden Mark) bewertet. In einer Stellungnahme hat die Allianz beklagt, daß ihr wegen der gesetzten Frist zur Bekanntgabe des neuen Angebots keine Zeit geblieben sei, ihre Revision der Eagle-Star-Gruppe zu vollenden. Der Kurs der Eagle-Star-Aktie ist in London um acht Punkte auf 711 gefallen, nachdem er am Dienstag um 22 gestiegen war.

Hypothekenzinsen steigen

Frankfurt (rtr) – Die seit einiger Zeit steigenden Zinsen am Kapitalmarkt haben auch die Hypothekenzinsen wieder anziehen lassen. Die Deutsche Pfandbriefanstalt, größte Hypothekenbank in der Bundesrepublik, gab am Mittwoch eine Anhebung ihrer Zinsen für Baugelder um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte bekannt, womit die Sätze jetzt bei allen Laufzeiten über neun Prozent liegen. Auch die meisten anderen Hypothekenbanken haben in den vergangenen Wochen ihre Konditionen um 0,2 bis 0,3 Punkte erhöht.

„Sabotage am Aufschwung"

Bonn (gil.) – Die durch Streikdrohungen verschärfte Debatte um Arbeitszeitverkürzungen kommt einer „Sabotage am Aufschwung" gleich. Das sagte Wolfgang Frickhöffer von der Arbeitsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft in Bonn anläßlich der Vorstellung des „Weißbuch Arbeitszeitverkürzung". Darin nehmen unter anderen der DGB-Vorsitzende Breit und liberale Wirtschaftswissenschaftler zu den Problemen verkürzter Arbeitszeit Stellung. Überwiegend äußern sie die Ansicht, daß 35-Stunden-Woche oder Vorruhestand keinen Beitrag zur Lösung des Arbeitslosenproblems darstellen, sondern die Beschäftigung eher gefährden.

Produktion gesunken

London (fu) – Die Industrieproduktion in Großbritannien ist vorläufigen amtlichen Statistiken zufolge im Oktober gegenüber dem Vormonat um 0,5 Prozent gefallen. Damit liegt sie jetzt zwar um 1,7 Prozent über dem Niveau vor einem Jahr. Aber vom Höchststand von 1979, also direkt vor dem Einsetzen der schweren Rezession, trennen sie immer noch rund sechs Prozent.

Kurzarbeit bei Ford

Köln (dpa/VWD) – In den Kölner Ford-Werken wird im Dezember an sechs und im Januar an fünf Tagen kurzgearbeitet werden, teilte das Autounternehmen mit. Betroffen werden etwa 3500 Mitarbeiter, sieben Prozent der Gesamtbelegschaft. Nach Mitteilung des Werkes soll die Herstellung der Modelle Granada und Capri der Nachfrage angepaßt werden.

Fehlschlag

Washington (Sbt.) – Nach einem Gesetz, das der Kongreß im vergangenen Jahr verabschiedet hat, dürfen sich zum erstenmal in der US-Geschichte amerikanische Banken an Exporthandelshäusern beteiligen. Dadurch soll, so heißt es in der Präambel, „die Ausfuhr durch die Einbeziehung mittlerer und kleiner Unternehmen gefördert werden". Als Vorbild dienten japanische Export Trading Corporations. Die Enttäuschung ist jedoch groß: Nach einer Umfrage des Conference Board in New York bei Amerikas größten Banken ist bisher nur ein Geldinstitut eine Beteiligung eingegangen. In den USA sind mehr als 14 000 Banken registriert.

Olivetti-Anleihe

Frankfurt (AFP) – Die Olivetti-International SA Luxemburg wird über ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank ihre erste D-Mark-Anleihe über 100 Millionen auflegen. Bei 8¼ Prozent Zins beträgt die Laufzeit acht Jahre und Ausgabekurs 99,5 Prozent.

EG-AGRARMARKT

Kiechle: Die Situation wird von Tag zu Tag kritischer

J. BRECH, Hamburg

Die kritische Lage auf den EG-Agrarmärkten verschärft sich von Tag zu Tag. So wie bisher könne einfach nicht weitergemacht werden, erklärte Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle anläßlich der Jahresversammlung des Waren-Vereins der Hamburger Börse in der Hansestadt. Auf dem Milchmarkt erreiche die Überproduktion inzwischen einen Wert von neun Milliarden Mark, bei Getreide betrage der Lagerbestand 9,5 Millionen Tonnen, bei Zucker 2,9 Millionen Tonnen und bei Rindfleisch 400 000 Tonen. Das Spiegelbild des aus den Fugen geratenen Agrarmarktes seien die gewaltigen Kosten, die in diesem Jahr auf rund 36 Milliarden Mark steigen werden.

Das politische Ziel, den Agrarmarkt mit den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinschaft in Einklang zu bringen, lasse sich angesichts der Überschüsse nur verwirklichen, wenn gleichzeitig auch Korrekturen am System vorgenommen würden, erklärte Kiechle. In der Milchmarktpolitik, der innerhalb der EG die größte Rolle zukomme, halte die Bundesregierung die von der Kommission vorgeschlagene Begrenzung des Produktionszuwachses für die einzige mögliche und effektive Lösung.

Einhalt müsse ferner, so Kiechle, den dramatisch steigenden Finanzierungskosten bei landwirtschaftlichen Südprodukten geboten werden, wobei die Produktionsbeihilfen für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse eine zentrale Rolle spielten. Auch hier habe die Kommission zum Teil wesentliche Änderungen vorgeschlagen. Dem Warenverein sagte Kiechle zu, in Brüssel für einen angemessenen Spielraum im Drittlandhandel einzutreten.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Herkunftsbezeichnung für Hühnereier

Rückbesinnung auf nationale Werte

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Reform der europäischen Agrarpolitik soll auch vor dem Hühnerhof nicht haltmachen. Bevor es gelingt, die Brüsseler „Vermarktungsnormen für Hühnereier" zu revidieren, wird allerdings noch manches Huhn im Suppentopf landen.

Gleich dreimal zu Wort meldete sich Ignaz Kiechle am Dienstag im EG-Ministerrat, um seinen Kollegen eine Auflockerung des geltenden Kennzeichnungsrechts für Eier-Kleinpackungen (bis zu 30 Stück) schmackhaft zu machen. Der Erfolg war begrenzt, aber nicht von der Hand zu weisen: Nur noch die Belgier haben jetzt etwas dagegen, wenn auf den Eierpackungen bald auch das Herkunftsland steht.

Seit den 60er Jahren, als die Eiermarktordnung entstand, darf den Verbrauchern in der EG nur das über ihr Frühstücksei mitgeteilt werden, was in den 32 Artikeln der Handelsnormen vorgeschrieben oder ausdrücklich zugelassen ist. Im europäischen Überschwang war damals festgelegt worden, das „Vaterland" der Eier zu verschweigen und somit chauvinistische Verbrauchsgewohnheiten schon im Ansatz zu unterdrücken. Inzwischen hat auch in diesem Bereich eine Rückbesinnung auf nationale Werte stattgefunden: Eier aus deutschen Landen, so heißt es im Bonner Ernährungsministerium, brauchten die holländische Konkurrenz nicht zu fürchten. Eine Herkunftsbezeichnung lasse beim Verbraucher sogar den Schluß zu, daß sie vielleicht frischer auf den Tisch gelangten als manche Ware, die von weither komme.

Auch in Brüssel ist allerdings nichts schwieriger als eine einmal bestehende Regelung wiederaufzuheben, zumal wenn es sich um einen so gestaltungsbedürftigen Bereich handelt wie den Eiermarkt. 57 Änderungsvorschläge für die Vermarktungsnormen liegen bereits auf dem Tisch des Ministerrats. Nur wenige Punkte haben Aussicht, in absehbarer Zeit entschieden zu werden.

So wagt Kiechles „Eier-Referent" keine Wette einzugehen, wann es gelingt, auf den Verkaufspackungen auch die Angabe eines Mindesthaltbarkeitsdatums zu gestatten, wie es die Deutschen wünschen. Die gegenwärtige „Wochennummer" sagt dem Laien nur wenig über den Frischegehalt. Sie soll jedoch zunächst einmal durch ein „Packdatum" ersetzt werden, für britische Hausfrauen durch ein empfohlenes Verkaufsdatum.

Wichtig für den Verbraucher wären auch Angaben über die Art der „Legehennenhaltung". Hier geht es um die Frage: „Käfig- oder Freilandhühner?" Rund 90 Prozent der EG-Eier kommen gegenwärtig aus Legebatterien. Gerade deshalb fällt es den Experten schwer, das Problem zur Entscheidungsreife zu bringen.

ARGENTINIEN / Verhandlungen mit dem IWF

Neues Umschuldungspaket

rtr, Buenos Aires

Argentinien will sich schnellstens um die Wiedereröffnung der bereits früher gewährten, später aber ausgesetzten Kredithilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) über 1,5 Milliarden Dollar bemühen. Wie aus Zentralbankkreisen verlautete, wird ein Vertreter der neuen Regierung noch in diesem Monat nach Washington fahren, um mit IWF-Vertretern darüber zu verhandeln. Gleichzeitig bat Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun den Lenkungsausschuß der ausländischen Gläubigerbanken um eine Fristverlängerung für die zunächst am 15. Dezember angesetzte Refinanzierung von neun Milliarden Dollar an 1983 fälligen öffentlichen Schulden.

Der IWF-Kredit, der bislang nur zu 650 Millionen Dollar ausgezahlt wurde, war noch im Januar von der früheren Militärregierung vereinbart worden. Später hatte der IWF die Kreditlinie ausgesetzt, weil das Land die in dem Kreditabkommen enthaltenen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Zielsetzungen für das zweite und dritte Quartal des Jahres nicht erreicht hatte.

Aus Zentralbankkreisen verlautete nun, die neue Regierung, die erst seit dieser Woche im Amt ist, werde wohl um eine Modifizierung der Ziele für das Jahr 1983 nachsuchen. Gleichzeitig werde sie Verhandlungen mit dem IWF über eine um drei Jahre längere Kreditlaufzeit wieder aufnehmen.

Wirtschaftsminister Grinspun war am Dienstag mit Vertretern des Banken-Lenkungsausschusses für Argentinien zusammengetroffen. Zum Ersuchen um eine Fristverlängerung für den Abschluß der anstehenden Refinanzierung öffentlicher Schulden erklärte er, die Banken hätten eine Antwort für heute zugesagt. Er nannte zwar keine Zahl zur geforderten zeitlichen Streckung, doch hieß es aus dem Ministerium, konkret würden 90 Tage angestrebt.

Die Verhandlungen über eine Refinanzierung der öffentlichen Schulden mit den Banken waren im September unterbrochen worden, nachdem ein Bezirksgericht die rechtliche Zulässigkeit eines ersten Umschuldungsabkommens der staatlichen Fluggesellschaft Aerolineas Argentinas, das als Mustervereinbarung gelten sollte, in Zweifel gezogen hatte.

Weiter erklärte Grinspun, er habe die Gläubigerbanken um eine Zusammenfassung der Schuldenzahlungen, die noch mit Fälligkeitsdaten der Jahre 1982 und 1983 ausstehen, mit den für 1984 notwendig werdenden Schuldenzahlungen zu einem großen Umschuldungspaket ersucht. Das Wirtschaftsministerium schätzte die noch ausstehenden Schuldendienste für die insgesamt 40 Milliarden Dollar Auslandsschulden auf momentan rund zwei Milliarden Dollar.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Möbel Melcer GmbH & Co; **Bergheim:** I. T. Elektrogeräte-Vertriebs-GmbH, Kerpen-Sindorf; Ernst J. Wurm, Kerpen; **Essen:** ASM Engeneering Ges. f. Industrieanlagenplanung; **Friedberg:** Dieter Langer, Kaufmann, Inh. d. Langer's Wohndekor; **Hamburg:** HKM Heizkraft Mineralölhandel GmbH; **Heilbronn:** Walter Walko, Vermietung u. Verpachtung; Karl Grauli Bauunternehmer, Gemmingen; Peter Schellinger, Gemmingen; **Lüdenscheid:** Volmerg & Co. GmbH i. L., Meinerzhagen; **Passau:** Helmut Loy, Schuhgeschäftsinhaber, Grafenau und Katharina Loy geb. Schiller, Inh. e. Schuhgeschäfts, Grafenau; **Wolfratshausen:** Marktreiter Hausbau GmbH, Waakirchen.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Wuppertal: G & P Werbeagentur GmbH.

Vergleich eröffnet: Augsburg: Eberhard Winter, Inh. d. Eberhard Winter, Transportunternehmen und Spedition, Derching.

INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER KOBLENZ / Forum zur Wachstumskrise

Von weniger Arbeit wird keiner reich

HANNA GIESKES, Koblenz

„Deutsche Unternehmer müssen besonders risikofreudig sein." Hanno Ludwig, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Koblenz, hält dies „angesichts der oftmals deutlich besseren Startbedingungen ausländischer Unternehmen" für zwingend notwendig, es sei allerdings viel verlangt in einer Volkswirtschaft, „die ihre Flexibilität zum Teil verloren hat", räumte Ludwig während eines Unternehmerforums in Koblenz ein. Thema: „Wachstumskrise – agieren statt reagieren."

Handeln, so Professor Manfred Timmermann von der Hochschule St. Gallen, sollte der Unternehmer nicht nur in seinem Betrieb, sondern auch auf der politischen Bühne: „Er darf sich nicht darauf verlassen, daß da jetzt in Bonn eine CDU-Regierung *sitzt* und *ansonsten* über die schlechten Rahmenbedingungen klagen", sondern er müsse selbst aktiv in den Parlamenten und Parteien arbeiten, mahnte der Wissenschaftler.

Für den unternehmerischen Alltag hatten die Wissenschaftler auf dem Podium indes kaum praktikable Konzepte parat. Dem Unternehmer, der nach Möglichkeiten zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit fragte – „das gehört zu den Dingen, die uns täglich bedrücken" – riet der Vorsitzende der Geschäftsleitung der Prognos AG, Heik Afheldt, aus der Vogelperspektive des Makro-Ökonomen, er möge sich erstens zehn Jahre gedulden und zweitens nach neuen Märkten suchen. Einig war man sich schließlich darin, daß flexiblere Arbeitszeiten einen Beitrag zur Entschärfung des Problems leisten könnten. Einigkeit bestand auch in der Beurteilung der 35-Stunden-Woche: „Von weniger Arbeit ist noch niemand reich geworden."

Die neuen Wachstumsmärkte, die Afheldt den Mittelständlern aufzuspüren empfahl, liegen nach Ansicht seines Kollegen Hans J. Barth vor allem in den Bereichen Freizeit, Wohnen, Unterhaltungselektronik sowie bei Produkten, die Energie sparen oder die Umwelt schonen. Ein Forumteilnehmer gab allerdings zu bedenken, „daß ein Wachstumsmarkt, einmal als solcher erkannt, keiner mehr ist". Ihm wurde vom Podium der Trost zuteil, „daß Wachstumsmärkte immer wieder neue Entwicklungen nach sich ziehen", wie es etwa in der Unterhaltungselektronik, der Nachrichtentechnik oder der elektronischen Datenverarbeitung sichtbar geworden sei.

Wie kommt der Mittelstand nun an das für Innovationen notwendige Risikokapital? Siegfried Cassier, Generalbevollmächtigter der Industriekreditbank, gab darauf die zunächst verblüffende Antwort, daß es ein ausreichendes Angebot an Fremd- und Risikokapital gebe: „Die Venture Capital Gesellschaften schießen ja wie die Pilze aus dem Boden." Was es aber nicht gebe, seien genügend Nachfrager, auf die das Angebot passe. Er meint damit, daß alle Mühe vergebens sei, „solange es nicht zu einer Erholung der Ertragssituation und der Selbstfinanzierungsmöglichkeiten in den Unternehmen kommt".

Staatliche Maßnahmen wie Forschungsförderung oder Existenzgründungsprogramme laufen laut Timmermann in die falsche Richtung: „Warum nicht *gleich die* Steuern senken, anstatt das Geld durch die Bürokratie umzuverteilen?" Dabei sei das bürokratische Risiko einer Innovation oft größer als das Marktrisiko, pflichtete ein Forumteilnehmer bei. Immerhin habe der Staat aber jetzt kein Geld mehr, konstatierte Cassier. Folglich stehe er mit dem Rücken zur Wand, „und da steht er gut".

FRANKREICH / Kritik am Wirtschaftsdirigismus

Unternehmer pessimistisch

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Heftige Kritik am Wirtschaftsdirigismus der *sozialistischen* Regierung übte der französische Unternehmerverband CNPF auf seiner Generalversammlung. Vor allem die entgegen früheren Versprechen um ein weiteres Jahr verlängerte behördliche Preisreglementierung wurde als gefährlicher Eingriff in *die* unternehmerische Freiheit verurteilt. Allerdings ging der CNPF nicht so weit, seinen Mitgliedern die Ablehnung neuer Antiinflationszusagen zu empfehlen, nachdem die Regierung für diesen Fall mit dem direkten Preisstopp gedroht hat.

Außerdem forderten die Unternehmer größere Freiheiten für ihre Tarifverhandlungen, deren Spielraum durch die behördliche Festsetzung der gesetzlich garantierten Mindestlöhne und die präjudizierende Indexierung der Gehälter im öffentlichen Dienst eingeengt werde, sowie eine größere Flexibilität bei der Freisetzung überschüssiger Arbeitskräfte. In dieser Beziehung hat die Regierung ihre starre Haltung in jüngster Zeit allerdings etwas gelockert.

Darüber hinaus will der CNPF im nächsten Jahr für den Abbau der Restriktionen im Devisenverkehr, bei den Investitionen und im Kreditwesen kämpfen. Als „Gegenleistung" versprechen die Unternehmer ihre „volle Verantwortlichkeit" im Export, in der Technologie und bei der Innovation. Dies würde allerdings nicht einfach sein, weil die finanzielle Lage der Unternehmen „katastrophal" ist, hieß es.

Der CNPF sieht die wirtschaftlichen Aussichten Frankreichs für 1984 sehr düster. Nach der diesjährigen Rezession könne bestenfalls mit einer Wachstumsrate von 0,8 bis 1,2 Prozent gerechnet werden. Um wieder auf einen grünen Zweig zu kommen, müßte eine Politik „des dritten Weges" zwischen der gescheiterten Konsumbelebung und der derzeitigen Austerity eingeschlagen werden.

Die Konjunkturentwicklung des nächsten Jahres wurde von immerhin 92 Prozent der Befragten pessimistisch eingeschätzt. Überwiegend wird mit einer starken Zunahme der Arbeitslosigkeit und mit einer neuen Abwertung des Franc gerechnet. Dieses Ergebnis der Umfrage steht allerdings im Widerspruch zu der günstigen Entwicklung der französischen Aktienkurse, die im bisherigen Verlauf dieses Jahres um fast 50 Prozent gestiegen sind.

VEW / Wieder „angemessene Dividende" angekündigt

Nachfrage nach Strom steigt

HANS BAUMANN, Essen

Der Energieabsatz der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, hatte bis Ende Oktober in allen Versorgungssparten steigende Tendenz. Die Verwaltung sieht darin ein Indiz für eine konjunkturelle Belebung der Wirtschaft.

Wie die Verwaltung in einem Aktionärsbrief schreibt, hat der Stromabsatz in der Berichtszeit gegenüber der *gleichen Zeit des Vorjahres um* 2,5 Prozent auf gut 21 Mrd. Kilowattstunden zugenommen. Das Industriestromgeschäft verbesserte sich sogar um 4,1 Prozent, was allerdings wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß ein Großkunde die eigene Stromerzeugung zugunsten des Strombezugs von VEW drosselte.

Das Gasgeschäft belebte sich um 3,3 Prozent. Die Fernwärme hatte einen leichten Absatzzuwachs. Zahlreiche neue Kunden wurden angeschlossen. Die Bauarbeiten an der ersten kommerziellen Kernenergieanlage der VEW im Emsland gehen zügig voran. Die Anschaffungskosten bis zur Inbetriebnahme 1988 werden mit 5 Mrd. DM veranschlagt, wovon bisher bereits 590 Mill. aufgewendet wurden. Da die Zuwachsraten beim Strom gesunken sind, hat die VEW bereits den Bau des Steinkohlenblocks Bergkamen B zurückgestellt. Aus dem gleichen Grund wird das Genehmigungsverfahren für ein Kernkraftwerk bei Hamm nicht mehr mit der gleichen Intensität betrieben wie bisher.

In den ersten 10 Monaten 1983 setzten die VEW mit rund 4,4 Mrd. DM 2,1 Prozent mehr um als in der Vergleichszeit 1982. In einem Ausblick auf das ganze Geschäftsjahr 1983 meint die Verwaltung, daß „eine unverändert angemessene Bedienung" des um 200 auf 800 Mill. DM erhöhten Aktienkapitals möglich sei. Für 1982 wurde eine Bardividende von 6 DM auf 50 DM nom. gezahlt.

Grundwertfonds profitiert vom Boom

cd. Frankfurt

Der Grundwertfonds der Degi Deutsche Gesellschaft für Immobilienfonds GmbH, hinter der die Dresdner Bank, die Hypobank und die Leonberger Bausparkasse stehen, profitierte im per 30. 9. abgelaufenen Geschäftsjahr vom Boom der offenen Immobilienfonds mit einem Nettoabsatz von 265 Mill. DM, mehr als das Doppelte des bisherigen Jahresbestergebnisses. Das Fondsvermögen erhöhte sich von 1,1 auf 1,3 Mrd. DM. Der Mittelzufluß wurde zügig in neun Objekten – darunter 160 Mill. DM in Hamburg im Kaufmannshaus (Große Bleichen) und im Swift-Haus (Jungfernstieg) – investiert, so daß der Liegenschaftsbestand von 803 auf 1086 Mill. DM stieg. Für die Anleger ergab sich im Berichtsjahr eine Wertsteigerung der Anteile um 7,6 Prozent (bei Wiederanlage der Ausschüttung) und von 108,3 Prozent für die letzten zehn Jahre. Ausgeschüttet werden am 2. Januar wieder 6,50 DM.

INTERPANE / Branchenproblemen ausgewichen

Mit Isolierglas gut verdient

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Interpane-Gruppe, Lauenförde, hat 1983 trotz erheblicher Probleme auf dem Isolierglas-Markt ihr bislang bestes Ergebnis erzielt. Nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters, Georg Hesselbach, erhöhte sich der Gruppenumsatz auf 91,8 (82,3) Mill. DM. Die gesamte Produktion wurde auf 1,06 (0,81) Mill. m² ausgeweitet. Die im Verhältnis zum Absatz geringere Umsatzsteigerung begründet Hesselbach mit dem erneuten Preisverfall bei konventionellem Isolierglas (rund 10 Prozent). Nach wie vor sei der Markt von hohen Überkapazitäten gekennzeichnet. Bei einer Produktion von rund 17 Mill. m² liege die Auslastung lediglich bei 60 Prozent.

Wenn Interpane dennoch die Ertragssituation deutlich verbessert habe, so sei dies vor allem auf die stärkere Hinwendung zu beschichtetem Basisglas (215 000 m²) und Wärmeschutzisolierglas (193 000 m²) zurückzuführen. In diesem Bereich gehöre die Gruppe mit insgesamt acht Werken in der Bundesrepublik, in Österreich *und der Schweiz zu den führenden* Herstellern. 1982 hatte Interpane erst knapp 200 000 m² beschichtetes Isolierglas hergestellt.

Vom Gesamtumsatz entfallen 50 (56) Mill. DM auf konventionelles Isolierglas, 24 (18) Mill. DM auf beschichtetes Wärmeschutz-Isolierglas und gut 8 Mill. DM auf beschichtetes Basisglas, das zur Weiterverarbeitung an Dritte geliefert wird. Der Maschinenbau (Hegla) steuerte 9,8 (8) Mill. DM zum Gruppenumsatz bei.

Einige Erwartungen knüpft Hesselbach an den Einstieg ins Engeneering-Geschäft, nachdem vor kurzem eine Glas-Beschichtungsanlage nach Frankreich verkauft wurde. Auch vor diesem Hintergrund beurteile man die Aussichten für 1984 zuversichtlich.

FINANZANZEIGEN

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
Aktiengesellschaft
Essen

Bekanntmachung

über die siebte Auslosung der 7% Anleihe von 1972
– Wertpapier-Kenn-Nr. 380 141/150 –

Die siebte Auslosung von 7% Teilschuldverschreibungen der Anleihe von 1972 hat gemäß § 3 der Anleihebedingungen am Mittwoch, dem 7. Dezember 1983, unter Aufsicht eines Notars stattgefunden.

Gezogen wurde die

Serie „C" – Wertpapier-Kenn-Nr. 380 143 –

umfassend die Nummern 002 001 – 003 000, 012 001 – 013 000 = 2.000/DM 5.000,–
034 001 – 041 000, 114 001 – 126 000 = 19.000/DM 1.000,–
216 001 – 219 000, 254 001 – 261 000 = 10.000/DM 100,–
= DM 30.000.000,–.

Die Einlösung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen erfolgt zum Nennwert ab 1. April 1984 kostenfrei gegen Einreichung der nach der Nummernfolge geordneten Stücke mit Zinsscheinen per 1. April 1985 uff. unter Beifügung eines Nummernverzeichnisses bei der Gesellschaftskasse und sämtlichen Niederlassungen der nachstehenden Banken:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Grunelius & Co.
Merck, Finck & Co.
National-Bank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG

Die bisher noch nicht eingereichten Teilschuldverschreibungen der *nachfolgenden Serien* werden ebenfalls bei obigen Zahlstellen eingelöst:

Serie G ausgelost per 1. April 1978
Serie K ausgelost per 1. April 1979
Serie B ausgelost per 1. April 1980
Serie H ausgelost per 1. April 1981
Serie D ausgelost per 1. April 1982
Serie J ausgelost per 1. April 1983

*Die Verzinsung endet in allen Fällen mit dem Fälligkeitstag. Der Gegen*wert etwa fehlender Zinsscheine wird gemäß § 5 der Anleihebedingungen vom Kapitalbetrag abgezogen.

Essen, im Dezember 1983 — Der Vorstand

Bogenerneuerung

Es werden gegen Einreichung der Erneuerungsscheine neue Zinsscheinbogen für unsere nachfolgenden Emissionen, und zwar

ab 2. 1. 1984
6% Pfandbriefe Ausgabe 43 – 264 042 –
mit Zinsscheinen per 1. Juli 1984 – 2. Januar 1994 und Erneuerungsschein
ab 1. 2. 1984
6% Pfandbriefe Ausgabe 44 – 264 043 –
mit Zinsscheinen per 1. August 1984 – 1. Februar 1994 und Erneuerungsschein
6% *Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 30 – 264 329 –*
mit Zinsscheinen per 1. August 1984 – 1. Februar 1994 und Erneuerungsschein
ab 1. 3. 1984
6% Pfandbriefe Ausgabe 45 – 264 044 –
mit Zinsscheinen per 1. September 1984 – 1. März 1994 und Erneuerungsschein
ab 1. 7. 1984
6% Pfandbriefe Ausgabe 46 – 264 045 –
mit Zinsscheinen per 2. Januar 1985 – 1. Juli 1994 und Erneuerungsschein
ab 1. 8. 1984
6% *Pfandbriefe Ausgabe X – 264 009 –*
mit Zinsscheinen per 1. Februar 1985 – 1. August 1994 und Erneuerungsschein
ab 1. 9. 1984
6% Pfandbriefe Ausgabe 47 – 264 046 –
mit Zinsscheinen per 1. März 1985 – 1. September 1994 und Erneuerungsschein
ab 1. 10. 1984
6% Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 31 – 264 330 –
mit Zinsscheinen per 1. April 1985 – 1. Oktober 1994 und Erneuerungsschein
ab 1. 11. 1984
5% Pfandbriefe Ausgabe XI – 264 010 –
mit Zinsscheinen per 2. Mai 1985 – 1. November 1994 und Erneuerungsschein

ausgegeben.
Die Bogenerneuerungen werden bei der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –, Hamburg, bei allen anderen Landesbanken und Girozentralen sowie bei den Sparkassen in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) vorgenommen.
Die Erneuerungsscheine bitten wir, nach der Nummernfolge geordnet, mit einem Nummernverzeichnis in dreifacher Ausfertigung einzureichen.
Hamburg, im Dezember 1983

HAMBURGISCHE LANDESBANK
– GIROZENTRALE –

STADT OSLO

8¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1980/90
– WKN 466 031/38 –

Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wurden am 7. Dezember 1983 unter notarieller Aufsicht die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 2 – WKN 466 032 –
Serie 5 – WKN 466 035 –

mit den Stücknummern

4001– 8000
16001–20000 zu je DM 1000,–
33201–34 400
36801–38000 zu je DM 5000,–

im Nennbetrag von DM 9525000,– und DM 9099000,– ausgelost.

Diese ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. März 1984 an gegen Einreichung der Mäntel und Zinsscheine *per 1. März 1985 uff.* zum Nennbetrag eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken sowie deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der in den Anleihebedingungen genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen.

Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet am 29. Februar 1984. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag abgezogen.

Die zum 1. März 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Oslo, im Dezember 1983

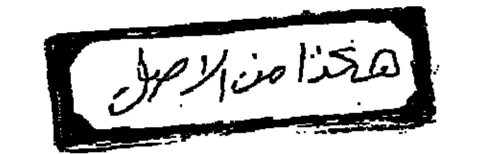
STADT OSLO

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100
3000 Hannover 1, Lange Laube 2

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1



Zwei unbekannte Größen

Zuversicht verbreitet der MAN-Vorstand, nach zwei herben Verlustjahren 1984/85 wieder schwarze Zahlen präsentieren zu können. Was sollte man auch sonst von ihm erwarten? Alles andere käme einem frühen Eingeständnis gleich, daß er selbst nicht an das jetzt präsentierte Sanierungskonzept für den angeschlagenen Nutzfahrzeug- und Maschinenbau-Konzern glaubt. Dies käme auch einem Dolchstoß gegen den neuen GHH-Chef Klaus Götte gleich. Denn sicherlich hätte das Sanierungskonzept unter Manfred Lennings nicht wesentlich anders ausgesehen, doch nur unter Götte bekam der alte MAN-Vorstand die Chance, selbst wieder auf einen erfolgreichen Weg zurückzufinden.

Wer Götte kennt, weiß, daß MAN-Chef Otto Voisard sein Wort spätestens in gut einem Jahr wird einlösen müssen. Schon für 1983/84 steht er unter dem erheblichen Druck, den Verlust „merklich" zu verringern – sechs Monate bleiben ihm dazu noch. Nun gut, zu mehr als Dreiviertel ist der nochmals anstehende Personalabbau um 4000 Mitarbeiter bereits erreicht. Hier weitere Kosten einzusparen ist nicht möglich, denn eine noch stärkere Reduzierung der Belegschaft hat Voisard ausdrücklich ausgeschlossen. Auch die Umstrukturierung der Gruppe wird nicht den entscheidenden Durchbruch bringen.

Somit steht und fällt letztendlich das Sanierungskonzept mit der weiteren Konjunkturentwicklung. Gerade von ihr aber wurde MAN in den Strudel gerissen. Vieles wird aber auch davon abhängen, ob es gelingt, durch den langen Machtkampf um den GHH-Chefsessel verlorengegangenes zurückzugewinnen. Zwei unbekannte Größen, die der MAN-Vorstand nicht beeinflussen kann, aber allein wird verantworten müssen. Eine schwere Aufgabe.

DANKWARD SEITZ

RAIFFEISEN / Hohes Umsatzplus bei Kartoffeln

Planziele klar übertroffen

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Ein deutlich verbessertes Betriebsergebnis und Umsätze, die über dem geplanten Zuwachs liegen, erwartet die Raiffeisen Haupt-Genossenschaft eG (RHG), Hannover, im Jahr 1983. Nach Angaben des Vorstands errechnet sich nach den ersten elf Monaten sowohl mengen- wie wertmäßig ein Umsatzplus von fast 5 Prozent. Bis Ende November hatte das Bezugsgeschäft um 1,4 Prozent auf 1,465 Mrd. DM und das Absatzgeschäft um 12,7 Prozent auf 638 Mill. DM zugenommen. Für das gesamte Jahr dürfte sich ein Umsatz von rund 2,3 (2,21) Mrd. DM ergeben.

Die günstigere Ertragsentwicklung resultiert nach Angaben von RHG-Vorstandschef Klaus F. Geiseler und Finanzvorstand Dieter tom Diek im wesentlichen aus Einsparungen auf der Kostenseite. So sei im Zinsbereich eine Entlastung um 4 Mill. DM zu verzeichnen; der negative Zinssaldo habe sich auf gut 8 Mill. DM verringert. An ihre Mitglieder wird die RHG wieder eine Dividende von 4 Prozent ausschütten.

Die einzelnen Sparten erzielten allerdings unterschiedliche Ergebnisse. Friedrich Henke, zuständig für das Warengeschäft der RHG, verweist auf den „extrem schwierigen" Absatz von Weizen aus der diesjährigen Ernte. Das gesamte Getreidegeschäft konnte jedoch um 10,6 Prozent auf 590 Mill. DM gesteigert werden.

Das gute Herbstgeschäft mit Kartoffeln ließ den Umsatz um rund 25 Prozent auf 94 Mill. DM ansteigen. Dagegen ergab sich bei Düngemitteln ein Minderumsatz von 15 Prozent auf 275 Mill. DM. Henke sieht die Ursache dafür in der Preisreduzierung der deutschen Stickstoffhersteller. Trotz der veränderten Preis- und Lieferbedingungen habe sich der Anteil der ausländischen Ware um 10 Prozent auf jetzt 45 Prozent erhöht.

Überdurchschnittliche Zuwachsraten wurden bei Pflanzenbehandlungsmitteln (plus 11 Prozent auf 113 Mill. DM) und Futtermitteln (plus 8,5 Prozent auf 480 Mill. DM) erzielt. Im Mineralölbereich ergab sich ein Zuwachs von 3 Prozent auf 373 Mill. DM. Noch immer nicht voll ausgelastet waren die Werkstätten, obwohl das Landmaschinengeschäft um 10 Prozent auf 196 Mill. DM ausgeweitet wurde.

Die RHG investierte 1983 rund 30 (18) Mill. DM; die Abschreibungen erreichten wieder 20 Mill. DM. Für 1984 sind Investitionen von 16 Mill. DM geplant.

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT / Die Umsatzrendite ist weiter geschrumpft

Weihnachtsgeschäft über Erwarten gut

HARALD POSNY, Viersen

Der anhaltende Trend zu größeren Verkaufsflächen beschleunigt zusätzlich den Strukturwandel im Lebensmittel-Einzelhandel. Der Vorstandssprecher der zu Europas größtem Lebensmittelhandelsfilialisten Tengelmann gehörenden Kaiser's Kaffee-Geschäft AG, Viersen, André Deselaers, sieht in dieser Entwicklung nur eine Umverteilung allenfalls stagnierender Umsätze auf größere Flächen. Der Discounter-Trend zu stärkerem Einstieg in den Frischebereich bringe zudem eine Angleichung ihrer Preise an das Niveau der traditionellen Supermarkt-Filialisten, die davon nachhaltig profitieren könnten.

Die auf diese Entwicklung ausgerichtete Umstrukturierung des Kaiser's-Filialnetzes ist längst nicht abgeschlossen. 1982/83 (30. 6.) wurden die Expansion im Supermarktbereich mit Verkaufsflächen um 1000 qm und der Ausbau der Kaiser's-Drugstore Discountkette (KD) fortgesetzt. Hier taten die Straffung des Warenangebots und „wettbewerbsorientierte Preisfindung" offensichtlich gut: Der KD-Umsatz liegt bei über 300 Mill. DM und weist nach roten Zahlen im Vorjahr jetzt eine „zufriedenstellende Umsatzrendite" aus.

Überdies verfügten sämtliche Vertriebslinien, die 7 (5) Heimwerker- und 8 (8) Verbrauchermärkte ebenso wie die 302 (280) Supermärkte mit durchschnittlich 533 (515) qm Fläche und die durch Schließung und Abgabe an verbundene Unternehmen auf 146 (176) abgeschmolzene Zahl von Selbstbedienungsläden unterhalb der 200-qm-Verkaufsfläche über ordentliche Betriebsergebnisse. Insgesamt fiel das Kaiser's-Betriebsergebnis unter die knapp 35 Mill. DM des Vorjahres. Das geht einmal auf das flächen- und preisbereinigte Umsatzminus von etwa 2,3 (1,5) Prozent zurück, aber auch auf die verschlechterte Ertragslage bei höheren Betriebskosten.

Trotzdem ist die Umsatzrendite vor Steuern von 1,24 (1,8) Prozent im Vergleich zum Wettbewerb noch beachtlich. Das Unternehmen ist weiterhin solide finanziert. Das Eigenkapital wird mit 83 (83) Mill. DM, die Sach- und Finanzanlagen werden mit 130 (119) Mill. DM ausgewiesen. Bei langfristigen Verbindlichkeiten von 53 (38) Mill. DM zeigt Kaiser's mit 94 (93) Mill. DM eine gute Liquidität.

In den ersten fünf Monaten des laufenden Geschäftsjahres wuchs der Umsatz mit 8,1 Prozent etwa in Höhe des Verkaufsflächenzugangs und einem, so Deselaers, „nicht ganz unbeachtlichen besseren Ergebnis". Das über Erwarten gute Weihnachtsgeschäft und gewisse Entspannungstendenzen im Konsumklima ließen eine Weiterführung dieses positiven Trends erhoffen.

Kaiser's Kaffee	1982	±%
Umsatz (Mill. DM)	2 651	+ 4,0
dav. Filialumsatz	2 346	+ 4,5
Verkaufsfläche m ²	54 777	+ 7,8
Beschäftigte²)	7 842	– 2,8
Personalaufwand	2 86	+ 3,2
Umsatz in		
Umsatz in	361 792	+ Q7,3
DM/Mitarbeiter³)	9 206	– 3,1
DM/Verkaufsfl.⁴S-	40	+ 7,1
achinvestitionen	30	+ 11,3
Abschreibungen	32,9	– 28,3
Gewinnabführung		

¹) einschl. MwSt; ²) umgerechnet auf Vollveschäftigte zum 30. 6. 83; ³) je vollbeschäftigte Vollkraft; ⁴) auf monatsdurchschnittl. Verkaufsfläche.

LBS HESSEN / Wartezeiten unverändert geblieben

Sehr reger Vertragsabschluß

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Struktur der Wohnungsbauförderung ist nach Auffassung der Landesbausparkasse (LBS) Hessen falsch. Der Bausparkassendezernent im Vorstand der Hessischen Landesbank, Walter Schäfer, kritisierte die extrem hohe Förderung des fremdfinanzierten Wohnungsbaus, besonders durch Bauherrenmodelle; die selbstgenutzten und mit hohem Eigenkapital finanzierten Eigentumsobjekte kämen dagegen zu kurz. Er forderte eine steuerliche Verbesserung für selbstgenutzte Eigenheime, eine Wiederverkürzung der Festlegungsfrist für begünstigte Bausparanlagen, eine Erhöhung der seit Jahren starren Einkommensgrenzen sowie eine Gleichstellung des Bausparens mit Beteiligungen an Produktivvermögen im Vermögensbildungsgesetz.

Für die LBS Hessen und ihre Kunden waren die ersten elf Monate dieses Jahres erfreulich. Die Wartezeiten konnten – und das gelang der Konkurrenz nicht immer – wie schon im Vorjahr etwas unter dem Bundesdurchschnitt konstant gehalten werden: 88 bis 90 Monate für Regelsparer und 48 bis 49 Monate für Soforteinzahler. Das Neugeschäft florierte erstmals seit zwei Jahren wieder. Die Zahl der neuen Verträge stieg um zehn Prozent auf 48 600, die Bausparsumme um 17,5 Prozent auf 1,1 Mrd. DM, allerdings nach einem scharfen Rückgang 1982. Mit einer Steigerung ihres Marktanteils um zwei Prozent auf 30 Prozent bei den Verträgen und 24 Prozent beim Volumen hat die LBS ihre führende Position in Hessen weiter ausgebaut, betonte Geschäftsführer Gerd Wiedemann. Im Neugeschäft lag die LBS deutlich über dem fünfprozentigen Bundesdurchschnitt. Um ihre Wartezeiten halten zu können, müßte die LBS ihr Neugeschäft 1984 um fünf bis sechs Prozent ausweiten.

Die Stabilität der Wartezeit verdankt das Institut nicht zuletzt der Zunahme des Spargeldeingangs um 10,3 Prozent auf 418 Mill. DM. Zugeteilt wurden mit 993 Mill. DM etwa ebensoviel wie bis Ende November '82. Bei der Verwendung der 1,3 Mrd. DM (+11,3 Prozent) ausgeliehenen Mittel standen Modernisierung und Energieeinsparung mit 45 Prozent an erster Stelle.

KARL O. HELM / Wechsel in der Führungsspitze und Erhöhung des Grundkapitals

Das Handelshaus ist gut bestellt

J. BRECH, Hamburg

Bei dem Hamburger Handelshaus Karl O. Helm, das als Spezialist für Industriechemikalien und Pharmarohstoffe zu den weltweit führenden Unternehmen dieser Art zählt, vollzieht sich zum Jahreswechsel eine Veränderung in der Führungsspitze. Hermann Schnabel, Vorstandsvorsitzender und Hauptaktionär, tritt mit 62 Jahren zurück, um, wie er betont, die Führung des Hauses rechtzeitig in jüngere Hände zu übergeben. Nachfolger wird sein Sohn Dieter Schnabel (37), der seit 15 Jahren dem Unternehmen angehört und ebenfalls am Kapital beteiligt ist. Hermann Schnabel will künftig Sonderaufgaben übernehmen, nicht aber in den Aufsichtsrat wechseln. Er wolle jeden Anschein vermeiden, das Haus „von hinten" zu regieren.

Veränderungen gibt es dennoch auch im Aufsichtsrat. Anstelle von Franz-Josef Meyer, Vorstandsmitglied der Chemischen Werke Hüls AG, ist Ernst Bötticher, Verwaltungsratsvorsitzender des Vaselinwerks Schümann, zum stellvertretenden AR-Vorsitzenden bestellt worden. Der AR-Vorsitz liegt unverändert bei Christoph Könneker von der Deutschen Bank.

Das Haus, das Hermann Schnabel zum Jahresbeginn 1984 seinem Sohn übergibt, ist wohl geordnet und seit Jahren im Aufwind. Gleichsam als Startkapital für den weiteren Ausbau unter Führung der nächsten Generation wird mit Wirkung zum 1. Januar 1984 das Grundkapital um 10 auf 30 Mill. DM erhöht. Die Mittel stammen zu etwa der Hälfte aus Rücklagen, den Rest bringt H. Schnabel bar ein.

Mit der Entwicklung des Hauses in diesem Jahr ist H. Schnabel angesichts der Probleme im internationalen Handel zufrieden. Die AG wird den Umsatz um 7 Prozent auf 1,57 Mrd. DM, der Konzern um 12 Prozent auf 1,95 Mrd. DM steigern. Etwa 69 Prozent steuert der Chemiehandel bei, gut 16 Prozent der Handel mit Düngemitteln, knapp 11 Prozent das Pharmageschäft und 4,3 Prozent der Stahlhandel.

Nicht konsolidiert sind die Auslandsniederlassungen, die den Umsatz bei guten Gewinnen um 10 Prozent ausweiteten. Den Gesamtumsatz der Gruppe einschließlich Innen- und Vertretungsumsätzen gibt Schnabel mit 4,6 (4,0) Mrd. DM an. Das Netz der Niederlassungen ist in diesem Jahr um ein Büro in Taiwan erweitert worden, 1984 sollen Hongkong, Algier und Istanbul folgen.

Als „tadellos" charakterisiert Schnabel schließlich das Ergebnis für 1983. Die AG werde unter Inanspruchnahme aller steuerlichen Möglichkeiten der Risikovorsorge einen leicht verbesserten Jahresgewinn (1982: 4 Mill. DM) ausweisen. Auch 1984 soll das hohe Ertragsniveau erhalten bleiben. Die vorhandenen Auftragsbestände ließen im ersten Halbjahr auf eine weitere Geschäftsausweitung schließen, erklärt Schnabel. Eine Prognose für das ganze Jahr 1984 sei allerdings verfrüht.

SCHIESSER / Vertrieb bleibt beim Fachhandel

Preiskämpfe am Wäschemarkt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Den heftigen Wettbewerb auf dem seit Jahren stagnierenden Wäschemarkt bekommt nunmehr auch die Schiesser AG, Radolfzell, stärker zu spüren. Nachdem das Unternehmen bis 1981 mit kräftigen Wachstumsraten aufwarten konnte, mußte in 1982 erstmals mit einem Umsatzrückgang um gut 1 Prozent auf 429 Mill. DM etwas zurückgesteckt werden.

Auch für das Jahr 1983 werde mit einer Umsatzabnahme um rund 5 Mill. DM (oder 1 Prozent) gerechnet, wie Bert Kaufmann, Vorstandsvorsitzender der Schiesser AG in Stuttgart, ausführte. Gleichwohl sei aber ein wiederum positiver Abschluß zu erwarten, man werde auch eine Dividende zahlen. Für 1982 war eine von 16 auf 15 Prozent gekürzte Dividende (im Vorjahr gab es außerdem noch 4 Prozent Bonus) auf das indirekt in schweizerischem Besitz befindliche Aktienkapital von 48 Mill. DM ausgeschüttet worden.

Verursacht wurde der Umsatzrückgang dieses Jahres u. a. durch einen schlechteren Geschäftsgang im Export, dessen Anteil am Umsatz 1982 bei 11 Prozent lag. Die Preiskämpfe haben bei Schiesser zu einer Neuorientierung der Strategie geführt. So bemühte man sich um eine Verkleinerung der Zwischenläger. Im „Sokkelbereich" des Produktprogramms soll der qualitative Standard angehoben werden.

Keinesfalls will Schiesser, der fachhandelsorientiert ist, aber in andere Vertriebskanäle ausweichen. Kaufmann ist im übrigen der Meinung, „den Grundstock der Beschäftigung in der Bundesrepublik halten zu sollen". In den acht Schiesser-Werken im Inland sind rund 3800 Mitarbeiter beschäftigt. Hinzu kommen 1200 Beschäftigte bei den ausländischen Tochtergesellschaften. Fertigungsstätten befinden sich in Griechenland, Österreich, Irland und in der Schweiz.

Daimler und Mercedes gesucht

Die Mehrzahl der Aktien gab jedoch weiter nach

DW. – Das Aktiengeschäft verlief weiter schleppend. Negativ wurde die Stimmung beeinflußt durch den weiter steigenden Dollar und durch die sinkenden Rentenkurse. Unbeeindruckt blieb der Handel in Daimler- und Mercedes-Aktien, deren Kurse erneut kräftig heraufgesetzt wurden. Nachfrage bestand auch für einige Maschinenbaupapiere. Eindruck hat insbesondere die Zusage des GHH-Vorstandes gemacht, im laufenden Geschäftsjahr keinen Dividendenausfall zu planen.

Die Schwäche am Rentenmarkt zehrt zunehmend an den Kursen der Bankaktien, die bis zu 3 DM zurückgenommen wurden. Aussagen prominenter deutscher Unternehmer, in denen von der Bananenrepublik Deutschland die Rede ist, schaffen im Ausland neue Unruhe, nachdem gerade Gras über die Affäre der SMH-Bank zu wachsen begonnen hat. Die spekulativen Käufe bei den IG Liquidationsscheinen sind wieder abgeebbt.

Düsseldorf: Dyckerhoff St. erhöhten um 6 DM, Hein. Lehmann um 10 DM und Leffers um 5 DM. Alexander gaben um 2,40 DM nach. Balcke Dürr verminderten um 4 DM und Hochtief um 10 DM. Keramag verloren 3 DM und Neckermann 4 DM. Ebenfalls 4 DM niedriger schlossen Pegulan St. Bei den Versicherungen gaben Aachen Münchner um 6 DM und Aachener Rück um 25 DM nach.

Frankfurt: Von Versicherungen veränderten sich Deutsche Conti-Rückinhaber um 70 DM auf 1800 DM, Aachen-Münchener Beteiligung wurden um 25 DM auf 951 DM zurückgenommen. Von Nebenwerten verbesserten sich Hutschenreuther Porzellan um 7,50 DM auf 2,60 DM. Rieheck 210 DM minus 40 DM. Buderus konnten sich um 15 DM auf 445 DM befestigen, während Rhein-Metall abgeschwächt mit 292 DM minus 18 DM lagen.

Hamburg: HEW waren bei 97,50 DM und NWK-Vorz. bei 176,50 DM knapp gehalten. Phoenix Gummi setzten unverändert zu 151 DM ein und lagen später bei 150 DM. Doag Warenhandel schwächten sich um 8 DM auf 260 DM ab. Andererseits mußten Maihak mit 165 DM (plus 3 DM) sowie Triton mit 134,50 DM (plus 1,50 DM) bezahlt werden.

München: Agrob Vz. verminderten um 0,50 DM auf 300 DM und Ekatit Ried. um 2,60 DM auf 65,20 DM. Flachglas gaben um 1 DM auf 264 DM nach. Dywidag stockten um 0,10 DM auf 170,10 DM und Hutschenreuther um 6 DM auf 259 DM auf. Reichelbräu verbesserten sich um 7 DM auf 365 DM.

Berlin: Herlitz Vorzüge konnten 3 DM zulegen. Rheinmetall schwächten sich um 12 DM und Spinne Zehlendorf um 10 DM ab. Bergmann gaben um 4 DM, DUB-Schultheiss und Schering um je 3 DM, DeTeWe, Herlitz Stämme, Kempinski und Orenstein um je 2 DM nach.

Nachbörse: abwartend

WELT-Aktienindex vom 14. 12.: 148,8 (148,4); WELT-Umsatzindex vom 14. 12.: 1689 (1666)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	14. 12.	13. 12.		14. 12.	13. 12.		14. 12.	13. 12.		14. 12.	13. 12.
H AachM Beteil. 9	960B	980	Hn Brach. Jute *0	76G	76G	M En. Ostb. 5	296	296	H Holsten-Br. 6	294	295
H Aach. M. Vers. 6+1	3708	–	H Breitenb.-C. *28	508G	508	H Elbkraft 8	40,6	41,5	F Holzmann 10	422bG	421
D Aach. Rück. 9+7,5	1200T	1225	H Br. Straßb. *0	800TG	795TG	B Engelhardt 7	252B	252B	D Horten 0	185,5	185
D Asseag *4	190T	190T	H Br. Vulkan 0	33bG	33,5	D Enka 2,67	164,5	164	B Hw. Kayser *12	265T	270bB
M Ack-Gögg 0	119,8	120,6	H Br. Wollk. 4,5 + 1,5	123,5	122,5	M Erlus 18	451G	451bG	D Hussel 7	265,5	269
H Adca 0	118	116,1	F BBC 6	219,5	218,5	M Erste Kulmb. 8	900B	925B	D Hutz Hag. 0	118,9	110
D Adler 9	291G	291G	S BSU Textil %28	1300G	1300G	S esbl *0	17,5bB	17,5bG	M Hutschenr. 9	259	253bG
F Adt AG 4	142	145bG	D Buckau-W. 0	116bB	116bG	S Essl. Masch. *10	525G	525G	H Hypo Hbg. 10+2,5	420	422
F AEG-Telef. 0	76,8	77,2	D Buderus *12	435	430	M Esterer **10	540G	540G			
D AEG-Kabel 7,5	237G	232	M Bgl. Br. Ing. *11+1	730bG	730G	D Farb. Liqu. RM 0	10,5	11	D IKB 7	180	182
S Aesculap 6	336	336	S Bgl. Brh. Rav. *0	375bG	375bB	F Flachglas 8	260bG	261	S IWKA 0	156G	157
F AGAB 5	133	134G	S Calw D. **18	680	686G	D Ford *0	1150T	1150T	M Isar-Amper 6	300bG	300bG
D Agrippina *7	590B	590B	F Cassella *7	471bG	468bG	B Forst Ebn. *4	1750	1750G	D Isenbeck *9,5	295G	295G
M Agrob *0	320bG	325G	F Ceag 0	113bG	113,2	M Fr. Obld.W. 5	309bG	311G			

Optionshandel

Frankfurt: 14. 12.: 606 Optionen, 31 450 (29 475) Aktien, davon 158 Verkaufsoptionen = 3 800 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-80/2, 4-85/5, 4-90/2,90, 7-85/7,80, 7-90/6, Siemens 1-370/5,10, 4-360/32, 7-400/18, 7-440/10,50, Veba 4-180/4,50, 4-190/3,20, 7-160/21,25, 7-190/6, BASF 1-170/2,25, 4-160/13, 4-180/3,50, 7-170/14,40, 7-190/6,20, Bayer 1-170/3, 4-160/16,70, 4-180/5, 7-170/15,40, 7-190/6, Hoechst 4-170/14, 7-180/14,10, 7-190/9,40, 7-200/5, BMW 4-450/14,50, 7-460/30, VW 180/28, 1-190/16, 1-200/7, 1-210/3, 4-200/20,60, 4-210/14, 4-220/10,40, 4-230/8,30, 4-240/6, 4-250/5,50, 4-280/4,40, 7-200/29, 7-210/22, 7-230/14, 7-240/12, 7-250/7, 7-280/5,40, Conti Gummi 4-110/18,50, 4-120/10, 7-120/15,10, Commerzbank 1-170/2,80, 4-170/10,50, 4-180/5,50, 4-190/5, 7-170/15,80, 7-190/8,50, 7-200/6,50, 7-210/4, Deutsche Bank 1-310/5, 1-320/4, 1-330/1, 4-310/21, 4-320/19, 4-330/15,60, 4-340/7,60, 4-370/4,40, 7-350/15, Dresdner Bank 1-170/3, 4-170/11,70, 4-180/7, 7-170/16,40, 7-190/10, Hoesch 1-90/5,50, 1-95/2,40, 4-90/10,40, 4-95/8, 4-100/5, 7-95/11, 7-100/8,40, 7-110/5,40, Mannesmann 1-130/4,40, 4-120/20, 4-130/11, 4-140/6,50, 4-150/2,20, 7-140/10, 7-150/6,60, Thyssen 7-80/9,50, 7-85/7,50, Bayr. Hypo 4-290/10, Bekula 1-95/5, Daimler 4-690/19,40, Babcock St. 4-180/15, Degussa 1-360/11, 4-370/27,80, GHH St. 4-140/18,60, Vz. 7-150/5,60, Karstadt 4-300/7,30, Kaufhof 4-280/9,95, KHD 4-260/13,40, 7-260/30,50, Klöckner 1-40/1, 4-40/2,85, 7-40/4,85, MAN 7-140/12,50, RWE Vz. 4-180/4, Chrysler 4-70/11,60, 4-75/6,90, 4-80/4,50, Sperry Rand 1-90/35, Philips 7-35/8,50, Royal Dutch 7-130/7,25, Norsk Hydro 4-180/9, 7-190/10,40. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-75/1,10, 4-80/3,90, Siemens 1-360/1,40, 1-370/2,50, 1-380/8,90, Veba 4-170/3,50, 7-160/2,40, 7-170/4, BASF 4-160/2, 7-160/2,40, 7-170/7, Bayer 4-170/3,50, 7-150/5, Hoechst 4,170/3, BMW 4-420/9,60, VW 1-200/3,40, 1-210/7, 4-200/5, 4-210/9, 7-220/16, Conti Gummi 4-120/4, 7-120/5,60, Lufthansa 7-170/7,60, Commerzbank 1-170/8,60, Deutsche Bank 4-320/10,50, Dresdner Bank 1-170/7,60, 4-170/10, 7-170/10,50, Hoesch 4-90/3,60, 4-100/7, 7-90/4,10, Mannesmann 4-130/3,60, 7-130/5, Thyssen 4-80/5,80, Daimler 7-630/16, Babcock Vz. 4-180/12,80, GHH St. 4-410/6,50, Kali + Salz 1-210/9, Karstadt 7-280/9,50, Klöckner 1-40/3, 1-45/8,50, 7-40/6, Mercedes 4-5870/16,60, 7-580/21, Metallgesellschaft 1-200/2,30, Schering 4-380/20,80, Varta 1-170/3, Chrysler 1-75/1,85, 4-75/4,60, 7-75/5,50, IBM 4-320/6,00, Philips 7-40/4,40. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 14. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10¼–10½	6⅜–6½	4⅜–4⅝
3 Monate	10¼–10½	6⅜–6⅝	4½–4¾
6 Monate	10½–10¾	6⅝–6⅞	4¼–4¾
12 Monate	10¾–11	6⅝–6⅞	4½–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 14. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1455,00	1772,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1200,00	1401,70
5 US-Dollar (Liberty)	466,00	584,22
1 £ Sovereign alt	251,00	308,94
1 £ Sovereign Elizabeth II	245,00	302,10
20 belgische Franken	194,00	248,52
10 Rubel Tscherwonez	260,00	323,76
2 südafrikanische Rand	245,00	300,96
Krüger Rand, neu	1099,00	1283,90
Maple Leaf	1099,00	1293,90
Platin Noble Man	1124,00	1321,26
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	266,00	261,06
20 schweiz. Franken „Vreneli"	209,00	266,76
20 franz. Franken „Napoléon"	206,00	261,06
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1015,00	1220,94
20 österr. Kronen (Neuprägung)	202,00	258,06
10 österr. Kronen (Neuprägung)	107,00	139,08
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	469,00	574,56
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	110,00	148,20

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

14. 12. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurs⁴)	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York³)	2,7645	2,7725	2,7412	2,72	2,81
London¹)	3,912	3,926	3,888	3,85	4,00
Dublin¹)	3,104	3,118	3,066	3,03	3,18
Montreal³)	2,2090	2,2170	2,1935	2,16	2,25
Amsterd.	88,980	89,200	89,09	87,75	89,75
Zürich	124,890	125,090	124,99	123,75	126,50
Brüssel	4,909	4,929	4,863	4,75	4,97
Paris	32,650	32,810	32,155	32,00	33,75
Kopenh.	27,515	27,685	27,28	26,50	28,50
Oslo	35,480	35,600	34,95	35,00	36,75
Stockh.**)	34,045	34,205	33,67	33,90	34,75
Mailand²) **)	1,647	1,657	1,609	1,61	1,71
Wien	14,183	14,203	14,183	14,00	14,32
Madrid**)	1,730	1,740	1,671	1,66	1,78
Lissabon**)	2,090	2,110	2,005	1,80	2,40
Tokio	1,1735	1,1765	–	1,13	1,19
Helsinki	46,950	47,150	45,99	46,00	47,75
Buen. Air.	–	–	–	–	18,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,762	2,816	–	2,18	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4685	2,4925	–	2,43	2,56
Johannesbg.*)	2,2615	2,2805	–	2,11	2,36

Alles in Hundert: ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Sehr positiv für den US-Dollar wirkte sich die hohe Zunahme der Einzelhandelsumsätze für November aus. Im Tagesverlauf verbuchte der Dollar am 14. 12. nach niedrigsten Kursen um *2,7630 am Nachmittag* zeitweise einen Gewinn von 1,5 Pf, als 2,7770 gestreift wurde. Durch Intervention der Bundesbank, die auch zur amtlichen Notiz von 2,7685 wieder einen Betrag von 47,6 Mill. Dollar verkaufte, und durch die Meldung, daß es heute zu einem Treffen von FED-Chef Volcker und dem Finanzminister *Reagan* kommt, kam es zu Gewinnmitnahmen die den Kurs auf 2,7650 drückten. Weiter schwach notierte das englische Pfund mit 3,919. Schweizer Franken und Yen kamen höher zur Notiz, wobei der Yen mit einem Tagesgewinn von 4,7 Promille einen neuen Hoechststand mit 1,1750 erreichte. *Dollar in:* Amsterdam 3,1110; Brüssel 55,96; Paris 8,4750; Mailand 1676,75; Wien 1950,90; Zürich 2,2150. Pfund/Dollar 1,1456.

Ostmarkkurs am 14. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Deports wurden am 14. Dezember zu etwas höheren Preisen gehandelt nachdem eine zögernde Befestigung der Dollar-Zinssätze zu beobachten war.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,98/0,88	2,77/2,67	5,67/5,47
Pfund/Dollar	0,14/0,16	0,33/0,35	0,83/0,87
Pfund/DM	1,60/0,20	3,60/2,20	6,80/5,40
FF/DM	25/ 9	65/ 49	132/116

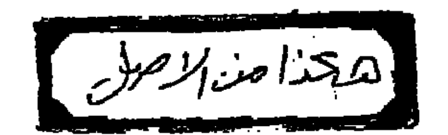
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 14. 12.: Tagesgeld 5,45–5,5 Prozent; Monatsgeld 6,45–6,6 Prozent; Dreimonatsgeld 6,55–6,5 Prozent.

Privatdiskontsätze am 14. 12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 14. 12.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,[illegible] (7,69) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,94, 2 Jahre 7,33. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,80, Rendite 8,05.



Abgaben bei den Renten

Die weltweite und von den USA ausgehende Zinsunsicherheit bestimmte erneut die Tendenz am Rentenmarkt, wo die Kurse öffentlicher Anleihen bis zu einem halben Punkt zurückgenommen wurden. Das Material soll überwiegend aus dem Bankenbereich stammen. Die meisten Kreditinstitute haben sich aber offenbar mit der Notwendigkeit abgefunden, auf ihre Rentenportefeuilles in diesem Jahr mehr oder weniger kräftig abschreiben zu müssen. Bei den Pfandbriefen blieben die Renditen im Handel unter Banken der fünfjährigen Papiere mit 8,55 Prozent und der 10jährigen mit 8,60 bis 8,65 Prozent dicht beieinander. DM-Auslandsanleihen weiter nachgebend.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		14. 12.	13. 12.
4 Abl. 57*	4/84	100,35G	100,35G
7½ Bdbahn 72	2/84	100	100,05
8 dgl. 72	9/84	100,8	100,9
8¼ dgl. 76	9/84	101,05	101,1
6 dgl. 78 II/I	11/84	99,3G	99,3

Bankschuldverschreib.

	14. 12.	13. 12.
F 6 Allg. Hypo Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	98,5G	98,5G
F 7½ Bakola Pf 104	99,55G	99,55G
9 dgl. Pf 106	101,6G	101,6G
10 dgl. Pf 108	106,4G	106,4G
7 dgl. KS 132	94,5G	94,5G
8 dgl. KS 155	97,4G	97,4G
9 dgl. KS 169	101,65G	101,65G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Uneinheitlich in engen Grenzen notierte am Dienstag Gold an der New Yorker Comex. Während Silber durchweg höher bewertet wurde, kam es bei Kupfer in allen Sichten zu großen Abschlägen. Durchweg fester schlossen Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	13. 12.	12. 12.
Dez.	337,00	339,75
März	349,00	351,75
Mai	348,00	351,25

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	13. 12.	12. 12.
St. Lawrence 1 CW	243,30	243,80
Amber Durum	259,85	258,85

Kakao New York ($/t)	13. 12.	12. 12.
Dez.	2410	2397
März	2410	2390
Terminkontr. Mai	2400	2381
Umsatz	5188	4275

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	13. 12.	12. 12.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Kautschuk London (p/kg)	13. 12.	12. 12.
Nr. 1 RSS loco	88,50-88,50	85,50-86,50
Jan.	87,00-88,00	86,20-86,30
Febr.	87,00-87,50	86,00-86,10
Jan./März	86,80-87,00	85,90-86,00
Tendenz: stetig		

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	14. 12.	13. 12.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	395,15-397,51	398,45-398,81
Blei in Kabeln	117,00-118,00	118,00-119,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	430,50-433,50	430,50-433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	14. 12.	13. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	368-378	368-378
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	414-415	415
MS 63	412-417	413-418

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	14. 12.	13. 12.
10.30	390,00	389,75
15.00	389,00	389,20
Zürich mittags	387,50-388,00	389,90-390,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	106 000	105 400
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	660,45	657,55
3 Monate	675,30	672,25
6 Monate	691,85	688,70
12 Monate	724,85	721,85
Platin (£-Feinunze) London	13. 12.	12. 12.
fr. Markt	278,35	280,40
Palladium (£-Feinunze) London	–	–
f. Händlerpr.	116,30	117,30

Londoner Metallbörse

	14. 12.	13. 12.
Blei (£/t) Kasse	278,50-279,00	281,50-282,00
3 Monate	288,50-289,50	291,50-292,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	994,00-994,50	994,50-995,50
3 Monate	1021,0-1021,5	1021,0-1021,5
abends Kasse	–	–
3 Monate	–	1025,0-1025,5
(Kupfer-Standard) Kasse	997,00-978,00	982,00-984,00
3 Monate	1003,5-1004,5	1007,0-1009,0
Zink (£/t) Kasse	591,50-592,50	596,00-597,00
3 Monate	607,50-608,00	610,50-611,00
Zinn (£/t) Kasse	8722-8723	8730-8735
3 Monate	8885-8886	8881-8883
Quecksilber ($/Fl.)	–	310-325
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	73-74

New Yorker Metallbörse

Die deutsche kommunale Selbstverwaltung trauert um Herrn

Dr. Josef Göb

Geschäftsführendes Präsidialmitglied a. D. des Deutschen Gemeindetages
Inhaber des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

der am 10. Dezember 1983, kurz vor Vollendung seines 92. Lebensjahres, verstorben ist.

Dr. Josef Göb hatte maßgeblichen Anteil am Aufbau der Demokratie in den Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland. Unmittelbar nach Kriegsende bis zu seinem Ausscheiden aus der aktiven Berufsarbeit 1959 prägte er entscheidend die Arbeit des Deutschen Gemeindetages, eines unserer Vorgängerverbände, und seines nordrhein-westfälischen Landesverbandes. Seine herausragenden fachlichen Qualifikationen und seine große Überzeugungskraft gaben der Arbeit in den Städten und Gemeinden zum Wohl der Mitbürger vielfältige, nachhaltig wirksame Impulse.

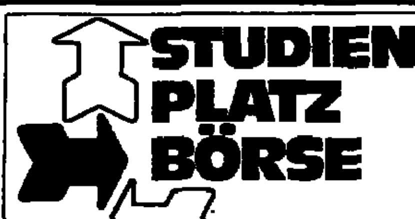
Mit großer Dankbarkeit nehmen wir Abschied von Dr. Göb. Wir werden seiner stets ehrend gedenken.

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Theo Magin, MdB
Präsident

Dr. Peter Michael Mombaur
Geschäftsführendes Präsidialmitglied

4000 Düsseldorf, Kaiserswerther Str. 199/201



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 00 55, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1984

Betriebswirtschaft

1. Semester

von		nach
1	Bamberg	Aachen
2	Bamberg	Köln
3	Bamberg	Münster
4	TU Berlin	Hamburg
5	FW Berlin	Bayreuth
6	FW Berlin	Hamburg
7	FW Berlin	Köln
6	FW Berlin	Uni Kiel
9	FW Berlin	Münster
10	FW Berlin	Uni München
11	Bayreuth	Mannheim
12	Bayreuth	Regensburg
13	Erlangen	Uni München
14	Hamburg	Köln
15	Mannheim	Stuttgart
16	Passau	Uni München
17	Paderborn	Erlangen
18	Paderborn	Hamburg
19	Paderborn	Uni Kiel
20	Paderborn.	Mannheim
21	Paderborn	Uni München
22	Regensburg	Frankfurt
23	Siegen	Dortmund
24	Siegen	Hamburg
25	Siegen	Münster
26	Siegen	Osnabrück
27	Siegen	Stuttgart
28	Würzburg	Stuttgart
29	Würzburg	Tübingen

Betriebswirtschaft

3. Semester

von	nach
Frankfurt	München

Betriebswirtschaft

4. Semester

von	nach
Hamburg	Köln

Betriebswirtschaft

5. Semester

von	nach
Aachen	Frankfurt
Regensburg	München

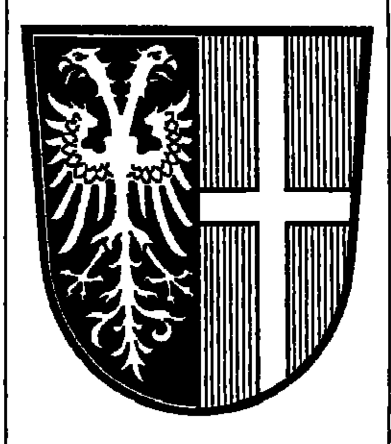
Humanmedizin

4. vorklinisches Semester

von		nach
1	FU Berlin	Bonn
2	FU Berlin	Freiburg
3	FU Berlin	Göttingen
4	FU Berlin	Hannover
5	FU Berlin	Lübeck
6	FU Berlin	Marburg
7	FU Berlin	Münster
8	FU Berlin	TU München
9	FU Berlin	Uni München
10	FU Berlin	Würzburg
11	Düsseldorf	Aachen
12	Düsseldorf	Köln
13	Erlangen	Heidelberg
14	Gießen	Freiburg
15	Gießen	Heidelberg
16	Gießen	Uni München
17	Gießen	Ulm
18	Heidelberg	TU München
19	Heidelberg	Uni München
20	Marburg	Aachen
21	Marburg	Freiburg
22	Marburg	Mainz
23	Marburg	Würzburg
24	Münster	Freiburg
25	Münster	Heidelberg
26	Münster	Uni München
27	Mainz	Freiburg
28	Mainz	Heidelberg
29	Mainz	Münster
30	Ulm	TU München
31	Ulm	Uni München
32	Würzburg	Erlangen
33	Würzburg	Freiburg
34	Würzburg	Tübingen

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1983/84

Neuss



KHS. – Ein Kölner, der in dieser Stadt arbeitet, sagte unlängst: „Neuss, das ist rheinische Lebensart – minus Unzuverlässigkeit." Für jeden, der die Neusser kennt, bedarf der Hinweis keiner weiteren Erklärung. Die Neusser feiern Jahr für Jahr das schönste und wohl auch das größte Schützenfest am Niederrhein. Sie bauten nach Kriegsende zuverlässig und mit Augenmaß ihre Stadt zu einem Gemeinwesen mit gesunden Strukturen aus.

Die relativ breitgefächerte mittelständische Wirtschaft erweist sich – bei allen Anpassungsproblemen, die auch hier zutage treten – als weniger krisenanfällig. Soziale Einrichtungen, wie etwa der Kinder-Bauernhof, die Modelleinrichtung zur Früherkennung und Frühbehandlung von Gesundheitsschäden bei Neugeborenen, die vielen Wohn- und Pflegeplätze für ältere Menschen, gelten auch außerhalb der Stadtgrenzen als beispielhaft.

Bei der Stadtplanung hielt man sich an solide Vorgaben, so daß das traditionelle Stadtbild weitgehend erhalten blieb. Ergebnis ist heute eine Stadt mit gediegener Wohn- und hoher Freizeitqualität.

In dieser Stadt gibt es gute Einkaufsmöglichkeiten, die auch Einwohnern der benachbarten Gemeinden zugute kommen. In Neuss gedeiht ein reges Vereinsleben, gesunder Bürgersinn; in Neuss geschieht vieles gegen die Vereinsamung des Einzelnen im anonymen Massenstaat.

Neuss war schon in römischer Zeit ein wichtiger Handels- und Garnisonsplatz, es unterstand fast 1200 Jahre den Kölner Erzbischöfen. Dieser Kölner Kulturkreis hat die Neusser nachhaltig geprägt. In Neuss legt man wie in kaum einer anderen Stadt Wert auf die eigene Geschichte. Die Neusser lieben und pflegen ihren traditionellen Markt, ihr Zeughaus, ihre alten Bürgerhäuser, ihr Quirinus-Münster.

Es ist kein Zufall, daß sie ausgerechnet den ehemaligen römischen Tribun Quirinus, der zum christlichen Glauben übergetreten war und den Märtyrertod auf sich genommen hatte, zu ihrem Stadtheiligen erhoben haben. Bei der Suche nach den Spuren ihrer historischen Ursprünge hat das römische Element für die Neusser traditionsgemäß eine besonder Qualität. Die römische Vergangenheit wird auch im nächsten Jahr im Rahmen der vorgesehenen Festveranstaltungen zur 2000-Jahr-Feier der Stadt ein deutlicher Schwerpunkt sein.

Bei allem Wachstum überschaubar

Interview mit Oberbürgermeister Wilhelm Thywissen / Auf Superprojekte verzichtet

Neuss, die mittelständisch orientierte Stadt am Niederrhein, verfügt nach den Worten ihres Oberbürgermeisters Hermann Wilhelm Thywissen (66) über eine gesunde Wirtschaftsstruktur, die durch eine hohe Standortqualität begünstigt wird. Ebenso solide sei die Stadtplanung seit Kriegsende angelegt; ehrgeizige Superprojekte habe es auch in den Boomjahren nicht gegeben. So blieben die traditonellen Strukturen auch in den Vororten erhalten. Nicht nur wegen der hohen Wohnqualität fühlten sich die Neusser wohl in ihrer Stadt. Die Fragen für die WELT stellte Karl-Heinz Stefan.

WELT: Was ist typisch für Neuss?

Thywissen: Die Stadt ist eine typisch rheinische Stadt, aber ohne den Ehrgeiz, darin mit anderen Städten konkurrieren zu wollen; eine recht bürgernahe Stadt mit einer breitgefächerten mittelständisch orientierten Wirtschaft.

WELT: Wie beurteilen Sie die Wirtschaftsstruktur?

Thywissen: Sie ist gesund, begünstigt durch die geographische Lage und die damit verbundene Standortqualität. Neuss gehört zum Kern der Rheinschiene, ist verkehrstechnisch hervorragend mit dem Autobahnnetz verbunden. Sicherlich ist auch die Nähe des Flughafens Düsseldorf ein positiver Faktor.

WELT: Und der Neusser Hafen?

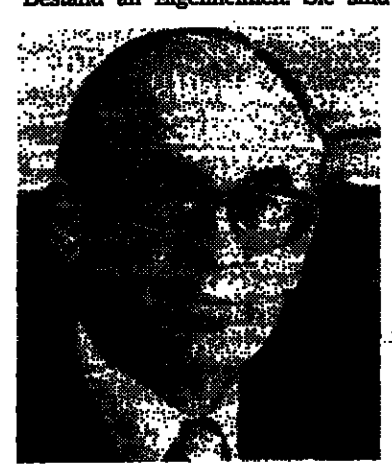
Thywissen: Neuss hat in der Tat einen großen öffentlichen Binnenhafen, einen Industrie- und Handelshafen. Diese Mischung gibt ihm eine stabile Struktur, weil Verlade- und Lageranlagen nicht nur vom Hafen, sondern auch von privaten Anliegern finanziert und unterhalten werden. So kommt dieser Hafen zu einer wesentlich wirtschaftlicheren Auslastung seiner Anlagen als mancher andere.

WELT: Wie könnte man die Wirtschaftsstruktur der Stadt beschreiben?

Thywissen: Folgendes halte ich für erwähnenswert: Die Neusser Wirtschaft ist breitgefächert, auf viele Branchen aufgeteilt. Wir hatten in Neuss einen sehr hohen Anteil an industriellen Arbeitsplätzen. Durch Automation und Rationalisierung ergab sich eine Verringerung dieser Arbeitsplätze. Dies zwingt uns heute dazu, die Schaffung von Arbeitsplätzen im sogenannten tertiären Bereich, also in den Bereichen Handel und Dienstleistungen, zu fördern.

WELT: Bevor sich die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung verlangsamte, hatte auch Neuss eine stürmische Wachstumsphase erlebt mit Boomjahren in der Bauwirtschaft. Wie sind Ihre Stadtplaner hiermit fertig geworden?

Thywissen: Unserer Stadtplanung ist es zu danken, daß Neuss bei allem Wachstum überschaubar blieb. Wir haben hier keine flächendeckenden Stadtteile, die man anderenorts beklagen muß. Die Abgrenzung der Stadtteile gegeneinander ist bei uns das Ergebnis einer konsequenten Stadtplanung, bei der die traditionelle Struktur der Vororte erhalten blieb und die bewußt auf ehrgeizige Superprojekte verzichtete. Die einzelnen Stadtteile haben zumeist einen hohen Bestand an Eigenheimen. Sie sind



Oberbürgermeister Hermann Wilhelm Thywissen (66). Seit 1982 ist der Christdemokrat im Amt.

mit allen wesentlichen Einrichtungen einer Infrastruktur für den täglichen Bedarf ausgestattet und haben ein breit gefächertes Angebot an Kindergärten, Schulen, Sportanlagen, Krankenhäusern, Altenwohnungen und guten Einkaufsmöglichkeiten für die Bevölkerung. In allen Stadtteilen gibt es ein reges Vereinsleben und ein eigenes Schützenfest.

WELT: Beteiligt sich auch der OB hieran?

Thywissen: Schon seit vielen Jahren. Bereits seit 1949 bin ich hier Präsident der Bürgergesellschaft, die heute über 700 Mitglieder zählt. Durch die Bürgergesellschaft kam ich sehr früh mit dem Komitee des Neusser Bürger-Schützen-Vereins zusammen. Ich wurde 1952 ins Schützenkomitee aufgenommen. Seit 1961 bin ich Präsident des Neusser Bürger-Schützen-Vereins; 1954/55 war ich Schützenkönig.

WELT: Was verspricht man sich von den vielen Aktivitäten des Neusser Bürger?

Thywissen: Wir halten dies für das beste Mittel gegen die wachsende Beziehungslosigkeit des Menschen und seine Gefährdungen in der anonymen industriellen Massengesellschaft, die uns vor allem in den Großstädten bedrohen. Nicht ohne Grund beklagen heute die Verantwortlichen der ganz großen Städte unseres Landes immer wieder die schnell schwindende Identifizierung der Bürger mit ihren Gemeinden.

WELT: Gibt es eigentlich den typischen Neusser?

Thywissen: Der Neusser hat sicherlich einiges mehr aufzuweisen als die oft zitierte rheinische Frohnatur. Denken Sie daran, und hier erging es uns ähnlich wie unseren Nachbarstädten, daß 2000 Jahre Neusser Geschichte ihre Spuren hinterließen. Es gab viele Volksstämme, die hier durchzogen oder siedelten, Germanen, Römer, Franzosen, Spanier, Niederländer und andere. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen Ostpreußen und Schlesier, Pommern und Sudetendeutsche. Alle empfinden sich heute als Neusser Bürger.

WELT: Welche erwähnenswerte Eigenschaft fällt Ihnen im Blick auf Ihre Mitbürger besonders auf?

Thywissen: Erwähnenswert ist sicherlich der gesunde Bürgersinn der Menschen, die hier leben, ihre hohe Bereitschaft, sich gesellschaftspolitisch, karitativ und sozial zu engagieren. Dieses starke Engagement der Bürger hat es uns ermöglicht, eine große Zahl öffentlicher Aufgaben in freier Trägerschaft zu belassen. So werden nahezu alle Kindergärten, Jugendheime, Altenwohnungen und Pflegeheime, die großen Krankenhäuser und viele andere Institutionen von freien Trägern betreut. Dies hat nicht nur wirtschaftliche Bedeutung. Es ist eine Entscheidung für die Freiheit, für unseren demokratischen Rechtsstaat, die Bundesrepublik.

AUF EINEN BLICK

Stadtgebiet	9 948 ha
Städt. Grundbesitz	2 523 ha
Einwohner	146 386
davon Ausländer	18 897
Kommunalwahl 1979 (in Prozent)	
CDU	56,69 – 34 Sitze
SPD	36,20 – 21 Sitze
FDP	6,32 – 4 Sitze

Oberbürgermeister: Hermann Wilhelm Thywissen (CDU), 1. Bürgermeister: Hermann-Josef Dusend (CDU), 2. Bürgermeister: Hermann Bolten (SPD), Stadtdirektor: Franz Josef Schmitt, Erster Beigeordneter: Bruno Kramel.

Vermögenshaush.:	125,53 Mill. DM
Gewerbesteuerhebesatz:	385
Grundsteuerhebesatz:	A 150 / B 305
Partnerstadt:	Châlons-sur-Marne

Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitt 1982) 7,9 Prozent

Industrie (1982)	
Betriebe	92
Beschäftigte	20 614
Gesamtumsatz	4,47 Mrd. DM
Exportumsatz	930 Mill. DM
Einzelhandel (1979)	
Betriebe	877
Beschäftigte	7 736
Geschäftsfläche	419 000 m2
Umsatz (1978)	1,48 Mrd. DM
Großhandel (1979)	
Betriebe	349
Beschäftigte	4 175
Umsatz (1978)	2,79 Mrd. DM

Energieversorgung (1982)	
Elektrizität (Stromabgabe)	185 Mill. kWh
Gasabgabe	197 Mill. m^3
Wasserabgabe	8,6 Mill. m^3
Verkehrsbetriebe (1982)	
Omnibusverkehr	
Anzahl der Linien	11
Länge der Linien	150,9 km
Beförderungsfälle insgesamt	20,1 Mill.
Hafenfläche	350,0 ha
Gesamte Uferlänge	83,5 ha
Schiffsgüterumschlag	4,3 Mill. t

Fremdenverkehr (1982)	
Fremdenbetten	1 152
Übernachtungen	90 036
davon Ausländer	24 041
Gaststättengewerbe (Arbeitsstätten)	316

Autobahnen
A 46 Aachen – Neuss – Düsseldorf – Wuppertal
A 52 Niederlande – Mönchengladbach – Düsseldorf – Essen
A 57 Ludwigshafen – Köln – Neuss – Amsterdam

Großflughafen Düsseldorf-Lohausen, 20 Minuten von Neuss entfernt.

Die Vielfalt garantiert Stabilität

Die Wirtschaft der Stadt Neuss zeichnet sich durch eine bunte Vielfalt mittelständischer Unternehmen und leistungsfähiger Großbetriebe aus, die in ihrer Gesamtheit zu einer gesunden Wirtschaftsstruktur geführt haben.

Die wichtigste wirtschaftliche Existenzgrundlage der Stadt Neuss ist das verarbeitende Gewerbe. Mehr als 52 Prozent aller Arbeitnehmer finden dort Beschäftigung. Die Industrie einschließlich produzierendes Handwerk erzielte 1982 fast 4,5 Milliarden Mark Umsatz, wovon fast ein Viertel exportiert wurde.

Charakteristisch für die Neusser Industrie ist ihre Branchenvielfalt. Umsatzmäßig steht die Nahrungs- und Genußmittelindustrie an erster Stelle. So widmen sich mehrere altbekannte Unternehmen der Sauerkrautproduktion oder der Herstellung von Spirituosen. Stark verbreitet ist auch die Genußmittelproduktion, wie die Fertigung von Kaubonbons, gerösteten Nüssen, Essenzen und Aromen.

Von alters her haben die Speiseölmühlen in der Stadt Neuss überregionale Bedeutung. Ebenso leistungsfähig sind die Getreidemühlen, in denen Weizen-, Roggen- und Paniermehl hergestellt werden. Die eiweiß- und fetthaltigen Rückstände aus der Mühlenverarbeitung werden in modernen Fertigungsstätten der Mischfutterindustrie zu Tierfutter verarbeitet.

Die Eisen- und Metallverarbeitung bildet einen weiteren Schwerpunkt der industriellen Fertigung. Von besonderer Bedeutung ist vor allem die Herstellung von Kraftstoffvergasern und -pumpen. In einem anderen Unternehmen werden Ackerschlepper und Dieselmotoren gefertigt. Hervorzuheben ist der Maschinenbau, der Maschinen für die Mühlenindustrie, die Papierverarbeitung, Abfüll- und Verschweißmaschinen, Abkantpressen, Gleisschottermaschinen und Teleskopbagger produziert. Andere Betriebe widmen sich der Herstellung von Wärmetauschern, Aufzügen und Förderanlagen, fertigen Spiralbohrer Drehfutter, Muttern und Schrauben. Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich auch die Elektroindustrie, Feinmechanik und Optik, vor allem die Meß- und Regeltechnik stark entwickelt.

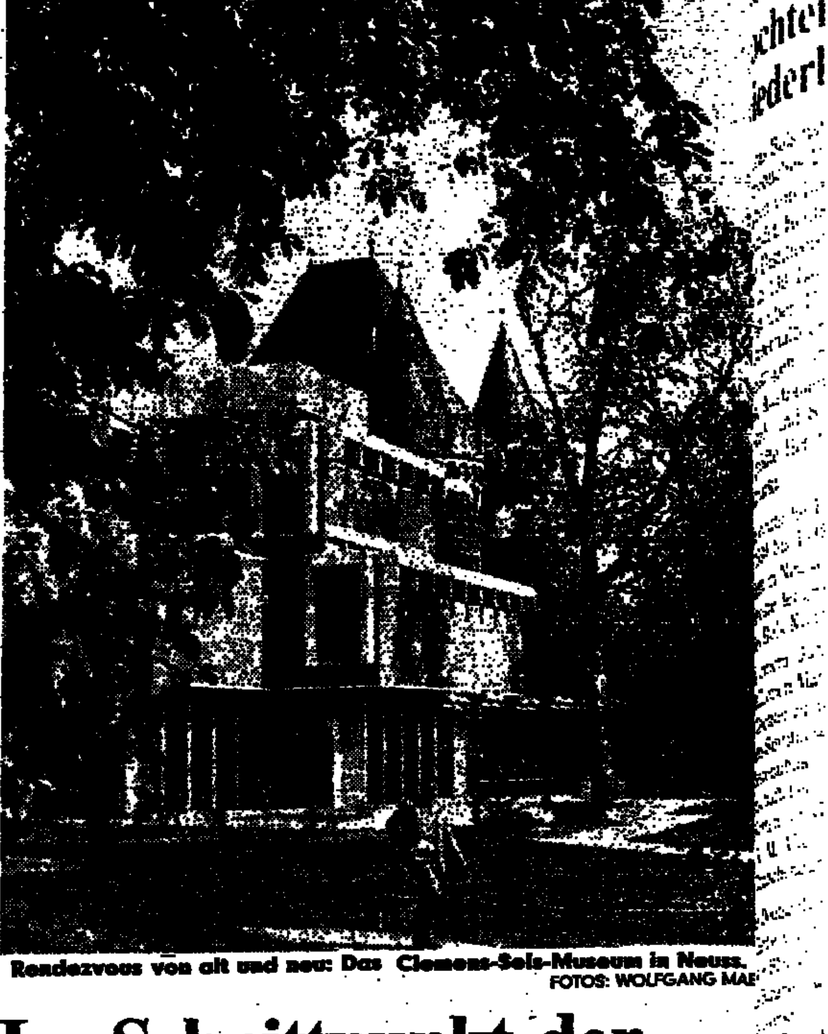
Die Chemie repräsentiert sich in der Stadt Neuss insbesondere durch mehrere Hauptverwaltungen internationaler Gesellschaften, die sich dem Vertrieb technischer Papiere und Lacke sowie pharmazeutischer Präparate widmen.

Diese industrielle Vielfalt findet eine sinnvolle Ergänzung durch zahlreiche leistungsfähige Betriebe des Groß- und Einzelhandels mit 1226 Arbeitsstätten und rund 12 000 Beschäftigten.

Auch die Betriebe des Neusser Einzelhandels konnten in den vergangenen Jahren eine beachtliche Leistungssteigerung erzielen. Ein Vergleich mit 1968 zeigt, daß in diesem Zeitraum die Zahl der Beschäftigten um 44 Prozent und der Umsatz je Arbeitsstätte um 280 Prozent auf 1,7 Millionen Mark stiegen. Damit liegt der Einzelhandelsumsatz je Arbeitsstätte um 85 Prozent über dem Landesdurchschnitt.

FRIEDHELM W. BÜCHEL

Der Autor ist stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Mittlerer Niederrhein



Rendezvous von alt und neu: Das Clemens-Sels-Museum in Neuss.
FOTOS: WOLFGANG MA[...]

Im Schnittpunkt der „Ost-West-Achse"

Attraktivität der Stadt als Wirtschaftsstandort

Innerhalb des Industrie- und Handelskammerbezirks Mittlerer Niederrhein im Städtedreieck Krefeld – Mönchengladbach – Neuss fällt der Stadt Neuss – gemessen an der Wirtschaftskraft – ein besonderes Gewicht zu. Wenngleich die Stadt an der Gesamtfläche des Kammerbezirks nur einen Anteil von 6,9 Prozent hat, so leben dort doch immerhin fast 13 Prozent der Gesamtbevölkerung der Region. Mit einer Bevölkerungsdichte von 1483 Einwohnern pro Quadratkilometer steht Neuss den Städten Krefeld und Mönchengladbach kaum etwas nach.

Von den 148 000 Einwohnern der Stadt waren im vergangenen Jahr mehr als ein Drittel, nämlich 54 026, sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Damit entfallen auf die relativ kleine Stadtfläche 15 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Kammerbezirk. Während im Zeitraum von 1976 bis 1982 im Wirtschaftsraum Mittlerer Niederrhein insgesamt die Zahl der Beschäftigten zurückging, stieg sie in der Stadt Neuss um 6,4 Prozent.

Nach der letzten statistischen Berechnung liegt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner – das ist die in Geldwerten ausgedrückte Summe aller erarbeiteten Güter und Dienstleistungen – in der Stadt Neuss bei 103 Prozent und damit über dem Landesdurchschnitt (100 Prozent). Diese Leistung wird nur von der Stadt Krefeld übertroffen, während alle anderen Städte und Kreise des Raumes den Landesdurchschnitt nicht erreichen.

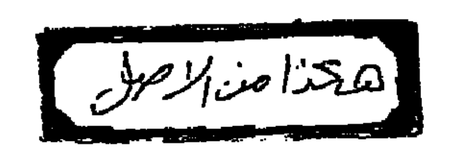
Großen Anteil an diesem überdurchschnittlichen Ergebnis hat das verarbeitende Gewerbe in der Stadt Neuss. Mit 4,46 Milliarden Mark Industrieumsatz im Jahre 1982 wurde sogar der industrielle Gesamtumsatz in der Stadt Mönchengladbach leic[...] übertroffen. Vom Gesamtumsatz d[...] verarbeitenden Gewerbes im Kar[...]merbezirk entfällt auf Neuss ein Ar[...]teil von mehr als 16 Prozent. Der Pr[...] Kopf-Umsatz von 216 794 Mark lie[...] erheblich höher als in den Städte[...] Krefeld oder Mönchengladbach ur[...] auch weit über dem Landesdurc[...]schnitt.

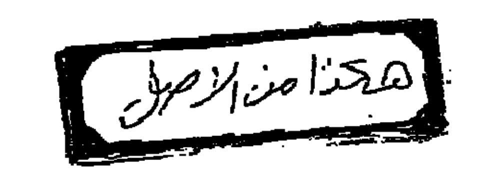
Diese industrielle Wirtschaftskra[...] von Neuss wurde maßgeblich d[...] durch beeinflußt, daß im letzt[...] Jahrzehnt nicht – wie im übrig[...] Kammerbezirk oder im Land Nor[...]rhein-Westfalen – ein Prozeß der E[...]industrialisierung stattgefunden h[...] Vielmehr hat die Stadt in den Nac[...]kriegsjahren eine geschickte Ansie[...]lungspolitik betrieben, wobei sie [...]lerdings durch den „Überschwapp[...]fekt" von Düsseldorf ebenso begü[...]stigt war wie durch die erheblich[...] Grundstücksreserven an Industr[...] und Gewerbeflächen sowie ein hi[...]reichendes Angebot an Arbeitskr[...]ten, die sich aus der ständig anwac[...]senden Einwohnerzahl rekrutierte[...] In den vergangenen 30 Jahren h[...] sich die Einwohnerzahl nahezu v[...]doppelt.

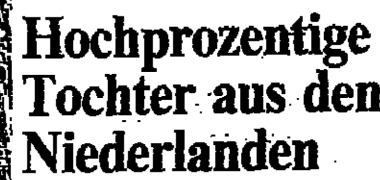
Die Attraktivität der Stadt als Wi[...]schaftsstandort für Industrie u[...] Handel wird natürlich durch die ze[...]trale Lage im Schnittpunkt der E[...]wicklungsachsen „Rheinschien[...] und „Ost-West-Achse" maßgebli[...] beeinflußt, ebenso aber auch dur[...] die verkehrsmäßig gute Anbindu[...] an Autobahnen, die im Ausbau b[...]findlichen S-Bahn-Verbindunge[...] den Neusser Rheinhafen sowie den [...] der Nähe liegenden Großflughaf[...] Düsseldorf.

WESSEL DE WELDIGE-CREME[...]

Der Autor ist Hauptgeschäftsführer d[...] IHK Mittlerer Niederrhein







Hochprozentige Tochter aus den Niederlanden

Lucas Bols hatte 1575 sein kleinbetriebliches Unternehmen zur Destillation von Likören in Amsterdam gegründet. Heute ist die N. V. Koninklijke Distilleerderijen Erven Lucas Bols in 130 Ländern vertreten und verfügt über 17 Tochtergesellschaften außerhalb der Niederlande, Niederlassungen in Europa, Afrika, Asien, Australien, Neuseeland sowie in Nord- und Südamerika; Bols ist der größte Hersteller auf dem Weltlikörmarkt.

Die deutsche Lucas Bols GmbH – von 1890 bis 1948 in Emmerich und seitdem in Neuss tätig – ist die älteste sowie eine der größten Auslandstöchter des Bols-Konzerns.

Bei einem Jahresumsatz von rd. 140 Millionen Mark zählt die Neusser Bols-Tochter zu den umsatzstärksten Marken-Spirituosen-Firmen in der Bundesrepublik Deutschland. Bols erwirtschaftet eine Rendite, die, nach den Worten von Geschäftsführer Robert A. M. Vlasman, deutlich über dem Branchendurchschnitt liegt.

Bols Deutschland produziert heute eine Reihe von hochwertigen Likören, wie Blue Curacao, Apricot und Grüne Banane sowie klare Schnäpse, beispielsweise Gin und Wodka. Das wichtigste Produkt der deutschen Produktion ist „Bols Alter Weinbrand V.S.O.P.". „Als Herzstück unserer Neusser Anlagen" nennt der Geschäftsführer neben dem 2,5 Millionen Liter fassenden Weinbrandlager die Weinbrennerei, die mehr als neun periodisch arbeitende Anlagen besitzt, in denen im Drei-Schichten-Betrieb gearbeitet wird. „Für den Weinbrand von Bols verwenden wir nahezu ausnahmslos französische Branntweine. Wir legen Wert darauf, daß die Weindestillate in Fässern aus Limousin-Eichenholz lagern, mindestens 12 Monate."

„Als Neusser Unternehmen" empfinde sich, so Vlasman, die deutsche Bols-Tochter. Bols unterstützt den Umweltschutz, fördert das Kulturleben dieser Stadt. Erst im vergangenen Monat wurde in Neuss in der Stadthalle die vom Kulturamt und der Firma Bols finanzierte Ausstellung eines besonderen Malers gezeigt: Otmar Alt, „der Mann aus dem Rote-Grütze-Land". KHS.

Japanischer Außenseiter hat sich etabliert

Nissan in Neuss / Riesenersatzteillager sichert Service

Seit die Nissan Motor Co. Ltd. aus dem japanischen Yokohama 1972 in Deutschland Fuß faßte, ist aus dem als Außenseiter gestarteten drittgrößten Autohersteller der Welt und zweitgrößten in Japan auch auf dem deutschen Markt eine etablierte Automarke geworden. Nach der Zusammenfassung der vier ursprünglichen Vertriebsgesellschaften zur Nissan Motor Deutschland GmbH (1978), die alle Importaktivitäten von Neuss aus steuert, hat sich das 1911 als Kwaishinsha Car Works gegründete und 1933 in Nissan Motor Co. umbenannte Unternehmen auf den elften Platz aller in der Bundesrepublik anbietenden Autohersteller und auf den 5. Rang der importierten Marken vorgeschoben.

Unter allen Anbietern hat Nissan einen Marktanteil von 1,9 und unter den Ausländern – als drittgrößter Japaner – einen Marktanteil von sieben Prozent. Seit Anfang dieses Jahres wurden weit über 40 000 Pkw, dazu noch reichlich 2000 Transporter neu zugelassen. Im letzten Jahr setzte Nissan Deutschland (einschl. Ersatzteile) rund 515 Millionen Mark um. Von Neuss aus stehen über 250 Mitarbeiter mit bundesweit rund 700 Vertragshändlern in Kontakt. Das Ersatzteillager in Neuss, in dem auf 14 000 m^2 Fläche etwa 40 000 verschiedene Teile-Positionen (Gesamtwert 100 Mill. DM) verwaltet werden, untersteht übrigens direkt der Zentrale in Japan. Dort sind von der Warenannahme bis zum Warenausgang alle Abläufe vollcomputerisiert. Sie zählt zu den modernsten Lagersystemen der Welt. Die Teileversorgung garantiert nach den Worten der Geschäftsleitung einen hohen Servicegrad von 97 Prozent.

Würde man sämtliche Ersatzteile aus dem Neusser Lager zusammenfügen, würde man 5000 Nissan-Pkw montieren können, haben findige Experten mit Sinn für griffige Statistik ausgerechnet. Nähme man noch die Bestände der drei Depots in Achern, Essen und Augsburg hinzu, würde sich die Zahl auf 6500 erhöhen. Insgesamt beschäftigt die Nissan-Organisation etwa 4000 Menschen.

HARALD POSNY

Der Abfall als Glücksfall

Pilotprojekt: Rückgewinnung von Rohstoffen

Müll ist eine saubere Sache – ein Widerspruch in sich? In Neuss nein – zumindest seit dem 2. Oktober 1981. Denn seit jenem Tag ist – nach mehreren Probeläufen auf der Abfalldeponie der Stadt – die erste Rohstoffrückgewinnungsanlage in der Bundesrepublik in Betrieb, die in großtechnischem Maßstab verwertbare Rohstoffe aus Siedlungsabfällen aussortiert. „Ein Neusser Modell" sagen die Stadtväter stolz.

Zusammen mit den in die Entsorgung einbezogenen Städten Kaarst und Korschenbroich müssen die Haushaltsabfälle von mehr als 200 000 Einwohnern – das entspricht einer Müllmenge von 70 000 Tonnen oder 90 000 Kubikmetern – pro Jahr beseitigt werden.

1975 übertrug Neuss alle Aufgaben, die mit dem Betrieb der Abfalldeponie in Zusammenhang stehen, der Firma M. Trienekens, die sich auf der Deponie im Ortsteil Grefrath auch um die mehr als 200 000 Kubikmeter hausmüllähnlichen Abfälle der Industrie, des Handels und der Gewerbebetriebe kümmert.

Entscheidend aber ist die Rohstoff-Rückgewinnungsanlage. Die Investitionskosten hätten im Normalfall bei rund 20 Millionen Mark gelegen; die tatsächlichen Herstellungskosten waren bei diesem Pilotprojekt aber deutlich unter dieser Summe, was sich daraus erklärt, daß alle beteiligten Firmen und Maschinenlieferanten Sonderkonditionen für diesen ersten Großversuch in der täglichen Praxis anboten.

In der Anlage sind maximal 20 Personen beschäftigt, einschließlich der Lastkraftwagenfahrer, die die aussortierten Materialien zu den weiterverarbeitenden Firmen bringen. Es entstehen Gesamtkosten für die Müllverwertung von 45 bis 60 Mark pro Tonne – also deutlich unter den Kosten gleich großer Müllverbrennungsanlagen, für die Investitionskosten von 80 bis 100 Millionen Mark und Betriebskosten von 80 bis 100 Mark pro Tonne angesetzt werden müssen.

LILO BERGEL

Firmengründung nach Napoleons Niederlage

Nachdem Napoleons Grande Armée geschlagen aus Rußland zurückgekehrt war, wurde die Aachener Kaufmannsfamilie Thywissen mit ihren ersten Tropfen Öl gesalbt; denn die Thywissens waren als Käufer mit von der Partie, als die Stadt Neuss anno 1813 ihre Ölmühlen versteigern mußte, um ihre Kontributionen zum Wiederauffüllen der Kriegskasse des Franzosenkaisers zu leisten.

Die Thywissens sind in Neuss geblieben, und Neuss blieb bis heute ein bedeutender Mühlenstandort für die Verarbeitung von Ölsaaten aus aller Welt zu Ölen und Fetten für Ernährung und technische Zwecke. Aus dieser langen Historie existiert mit nun schon in der Firma arbeitender 5. Generation die 1839 gegründete C. Thywissen Ölfabrik KG als nicht alltägliches Beispiel der Überlebenskraft von Familienunternehmen.

Symbolträchtig stand schon am Anfang der Unternehmensgeschichte das Nutzen eines Neusser Standortvorteils. Die Verarbeitung von Raps zu Speise- und Lichtöl wie zur Seifenherstellung stützte sich nicht nur auf den Rohstoff von den niederrheinischen Rapsfeldern. Per Binnenschiff wurde Raps auch damals schon nach Neuss importiert. Städtischer Hafenausbau und günstige Einbindung in das Eisenbahnnetz blieben dann auch über weit mehr als ein Jahrhundert hinweg die lebensnotwendige Voraussetzung des Aufschwungs in der Neusser Ölmühlenwirtschaft.

Offensichtlich hat auch C. Thywissen, wenngleich zum aktuellen Geschäftsvolumen „aus Konkurrenzgründen" eisern schweigsam, von diesem Aufschwung profitiert. Die Ölsaaten-Durchsatzkapazität, schon vor Weltkrieg I mit Umzug des Betriebes an den Hafen auf 50 000 Jahrestonnen verdreifacht, dürfte heute mehr als dreimal so hoch liegen. Die Beschäftigtenzahl von rund 100 Leuten (nebst Malzfabrik Kalscheuren bei Köln) läßt die Beschränkung der Familieneigentümer von 5,5 Millionen Mark Kommanditkapital auf eine Mittelständler-Rolle im angestammten Gewerbe erkennen. Die Überlebenskraft resultierte dabei nicht zuletzt aus Produktspezialisierung: Speiseöle und rohe Pflanzenöle für die weiterverarbeitende Industrie bestimmen heute das Geschäft.

J. G.

Kostengünstiges Angebot für den Gütertransport

Hafen mit Anschluß an den Seeverkehr

Als Verkehrsknotenpunkt verbindet der öffentliche Binnenhafen der Stadt Neuss das linksrheinische Hinterland mit dem deutschen und internationalen Wasserstraßennetz. Die Nähe der Nordseehäfen stellt zudem einen wirtschaftsfördernden Anschluß an den internationalen Seeverkehrsmarkt dar.

In den letzten Jahren hat der sich stark entwickelnde Rhein-See-Verkehr zusätzliche wichtige direkte Verkehrsverbindungen zu den Ländern des Nordseeraumes und des Mittelmeerraumes ab dem Hafen Neuss für die verladende Wirtschaft geschaffen.

Der Hafen ist eine Verkehrsdrehscheibe mit Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz, die dem Verfrachter ständig die Möglichkeit eröffnet, den jeweils günstigsten Transportweg – Eisenbahn, Wasserstraße oder Straße – zu nutzen.

Die Aufgabe der Hafenverwaltung besteht sowohl darin, der verladenden Wirtschaft ein kostengünstiges Dienstleistungsangebot für den Transport von Gütern über den Hafen, eventuell mit Zwischenlagerung in Zusammenarbeit mit den Binnenhafenspeditionen, zu unterbreiten, als auch in der Bereitstellung von Industrieansiedlungsgelände, das an die Verkehrsträger – Wasserstraße, Eisenbahn und Straße – gut angeschlossen ist.

Mit einem Wasser-Güterumschlag von knapp 4,3 Millionen Tonnen im Jahr 1982 zählt der Hafen Neuss zu den bedeutenden öffentlichen Niederrheinhäfen. Das Güteraufkommen ist relativ günstig verteilt. Dabei ist die Ölmühlen- und Kraftfutterproduktion ein bestimmender Faktor des Neusser Hafengeschehens.

Eine wichtige Funktion hat bei diesem Verkehr der Eisenbahnbetrieb des Hafens als Verbindungsglied zwischen dem Hafen und der Deutschen Bundesbahn zu erfüllen. Die Beförderungsmenge von rund 1,8 Millionen Tonnen im Jahre 1982 wurden mit modernen funkgesteuerten Rangierlokomotiven bewältigt.

LUDWIG VON HARTZ

Gewinne für die Forschung

Spezialisten für Rohrbündel-Wärmetauscher

Im Jahre 1951 hatte er die Leitung des vom Vater Josef van Opbergen 1904 gegründeten Betriebes zur Herstellung von Eisenbassins, Transmissions- und Rohranlagen übernommen. Seitdem spezialisierte der Maschinenbau-Diplomingenieur Gert van Opbergen (55) den in Neuss-Holzheim ansässigen Familienbetrieb, die Josef van Opbergen GmbH & Co KG.

Auf die Herstellung von Rohrbündel-Wärmetauschern für Erdölraffinerien, die Petrochemie, Chemiewerke und die Energiewirtschaft konzentrierte sich nunmehr die Fertigung. Heute gilt der Betrieb als eines der bedeutendsten Unternehmen auf diesem Gebiet.

Es gelang, die Pro-Kopf-Leistung seit Mitte der 50er Jahre um das Fünffache zu steigern. Die im Vorjahr erwirtschaftete Rendite bezeichnet Gert van Opbergen als zufriedenstellend. Der Löwenanteil der im jeweiligen Geschäftsjahr erzielten Gewinne „geht bei und in die Forschung". Mit zehn Prozent werden die Mitarbeiter am Gewinn beteiligt.

In Holzheim stellte man sich frühzeitig den Herausforderungen der Computertechnologie; 1963 wurden Rechenprogramme, die van Opbergen sebst entwickelt hatte, für die mechanische Auslegung übernommen, 1975 liefen intensive Arbeiten zur Erforschung der Einsatzmöglichkeiten des Umkehrosmose-Verfahrens an.

Vier Jahre später wurde die erste Projektstufe einer submarinen Umkehrosmose-Meerwasserentsalzungsanlage (SU-MEA 1) zur Erzeugung von Trinkwasser aus Meerwasser fertiggestellt und auf 600 Meter Meerestiefe in der Nähe von Almeria abgesenkt; weitergehende erfolgversprechende Forschungen dauern an.

Im Jahre 1980 richtete van Opbergen in seinem Unternehmen eine Umkehrosmose-Abteilung ein; Schwerpunkte der Entwicklungsarbeiten sind Sonderanwendungen für die konventionelle Umkehrosmose sowie Einsatzmöglichkeiten für neuentwickelte temperatur- und chemikalienresistente Membranen. KHS

Sammelbecken für die Ölwirtschaft

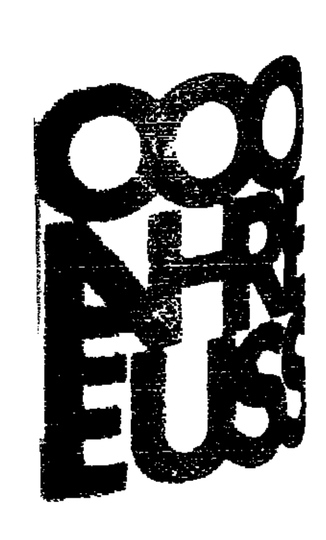
Die Walter Rau Neusser Öl und Fett AG ist das größte Unternehmen seiner Art in der Stadt. Seit 1929 gehört das Unternehmen (rund 340 Beschäftigte, knapp 250 Millionen Mark Jahresumsatz) zur Rau-Gruppe. Deren Gründer Walter Rau, der 1903 am heutigen Stammhaussitz Hilter, Teutoburger Wald als Margarinefabrikant begann, sicherte sich 1929 eine eigene Rohstoffbasis durch Erwerb der damals schon ehrwürdigen Neusser Ölmühle Simons, deren Eigentümerfamilie finanzschwach geworden war.

Das Schwergewicht der Produktion liegt in der Raffination von Rohölen und Fetten vorwiegend pflanzlichen Ursprungs aus aller Welt (darunter auch Sojaöl von den Neusser Nachbarn Sels und Thywissen) zu Speiseölen und Speisefetten, also in der Fettveredelung.

In der gesamten Rau-Gruppe (1 450 Beschäftigte mit 580 Millionen Mark Jahresumsatz), die in der deutschen Margarineindustrie mit einem Marktanteil von 16 Prozent weit hinter Unilever als einziger konzernfreier Produzent von Rang noch existiert, ist dem Neusser Unternehmen eine weitere Funktion zugewachsen. Sie ist, wie auch das um ein Fünftel über das Aktienkapital von fünf Millionen Mark hinausschießende Beteiligungskonto signalisiert, zum Sammelbecken für alle Aktivitäten der Rau-Gruppe in der Öl- und Fettwirtschaft geworden.

Dazu gehört nicht nur die 25prozentige Rau-Beteiligung an der Ölmühle Hamburg AG, einer der größten Sojabohnen-Mühlen des Kontinents. Hinzugekommen ist in den letzten Jahren als 30-Prozent-Beteiligung ein bedeutendes überseeisches Auslandsengagement: Zusammen mit der in Südostasien auf Raus Arbeitsgebieten bedeutenden Lam-Soon-Gruppe und einem weiteren malaysischen Partner steht nun bei Kuala Lumpur der 30 Millionen Mark teure Bau einer Spezialfett-Fabrik vor der Vollendung, die Kakaobutter-Ersatzfette vor allem auf Palmölbasis für die Back- und Süßwarenindustrie produzieren soll.

JOACHIM GEHLHOFF



Auf den Spuren der alten Zeit

Im kommenden Jahr begeht die Stadt Neuss die 2000-Jahr-Feier ihrer Gründung; im gleichen Jahr wie Trier, aber vier Jahre vor Xanten, Bonn und Köln. Die Römer hatten 16 v. Chr. hier, in strategisch günstiger Lage, ihr Legionslager Novaesium errichtet; als vorgeschobenen Beobachtungsposten zur Abwehr der Germanen, der im römischen Rheinland herausragende Bedeutung gewann. Keramikfunde belegen das historische Gründungsjahr.

Auch das offizielle Veranstaltungsprogramm zur 2000-Jahr-Feier betont den römischen Ursprung von Neuss. Die meisten Vorträge, Autorenlesungen und Veranstaltungen werden sich mit der römischen Vergangenheit befassen. Dabei lassen Ausgrabungsfunde auch darauf schließen, daß der Neusser Raum schon während der jüngeren Steinzeit (zwischen 3000 und 1800 v. Chr.) besiedelt war. Und nach den Römern prägten Franken, Hessen, Franzosen, Preußen und viele andere das Geschehen in der Stadt.

Wer allerdings heute als Autofahrer aus Köln kommend auf das Neusser Obertor zufährt, sollte wissen, daß er sich auf historischem Boden befindet, nämlich auf einer Straße, die vor 2000 Jahren gebaut worden war. Hier machte man im 17. Jahrhundert im Neusser Raum viel beachtete Gräberfunde, die der römischen Vergangenheit zugeordnet wurden.

Nicht erst seit diesen Funden legt man in Neuss Wert auf die eigene Geschichte. Aber vor allem die Erinnerung an die römische Vergangenheit blieb für Jahrhunderte wach. So ließ schon Johann Schütz, von 1596 bis 1630 Bürgermeister der Stadt, auf einer von ihm gestifteten und mit dem Wappen der Stadt Neuss versehenen Monstranz für sich die Bezeichnung „Senator" eingravieren.

Die Romantik förderte die Hinwendung zum historischen Erbe, die Suche nach Spuren insbesondere der römischen Vergangenheit. Die Suche wurde seit Beginn des 19. Jahrhunderts auf wissenschaftlicher Grundlage systematisiert. Prisacks populär gehaltenes Buch über „Das Neusser Leben und Treiben auf dem großen Gebiete der Weltgeschichte und im stillen Gehege christlicher Sitte, Bildung und Kunst" erschien 1837 – als Anstoß für die Neusser, nicht nachzulassen, sich der eigenen historischen Vergangenheit bewußt zu sein; 1840 folgte Löhrers „Geschichte der Stadt Neuss von ihrer Gründung an bis jetzt, nach gedruckten und handschriftlichen Quellen verfaßt".

Gleichzeitig koordinierte der Neusser Kreisphysikus Hermann Jäger anfängliche Bestrebungen, die bisher gemachten Funde durch planmäßige Grabungen zu ergänzen, um so zu einer wissenschaftlich fundierten Übersicht über die römische Vergangenheit zu gelangen, die Kosten wurden aus freiwilligen Spenden der Bürger gedeckt.

Während, so heißt es 1844 in den „Jahrbüchern des Vereins von Altertumsfreunden im Rheinland", damals Reste der Römerzeit in Cöln, mit der dort hergebrachten Gleichgültigkeit unbeachtet blieben, hätten sich die „in der kleinen Stadt am Niederrhein" (Neuss) zutage getretenen Dokumente römischer Vergangenheit „aufmerksamer Beachtung" erfreut; 1845 kam es zur Gründung eines Neusser Städtischen Museums.

Nach dem Tode Jägers fehlte zunächst der große Anreger und Koordinator. Erst dank der Anstöße durch Landrat von Heinsberg gelang es, wieder ein breiteres Interesse an der weiteren systematischen Erforschung der heimatlichen Vergangenheit – im Rahmen eines reorganisierten Neusser Vereins für Altertumskunde und Geschichte – neu zu gewinnen. Dr. Clemens Sels, der bereits eine private Sammlung, darunter alte Münzen, Waffen, Keramiken und Skulpturen zusammengetragen hatte, wurde zum geistigen und materiellen Förderer der neuen stadtgeschichtlichen Aktivitäten.

Könens (1880–1900) ausgegrabene Legionsfestung Novaesium erwies sich (neben Lambaesis in der Provinz Numidien) als das einzige vollständig ausgegrabene römische Legionslager aus jener Zeit. „Bis heute bilden", so die örtliche Heimatchronik, „die damals gewonnenen Erkenntnisse einen unverrückbaren – weit über Neuss hinausreichenden – Meilenstein in der Geschichte der römischen Siedlungs- und Eroberungspolitik."

Großherzige Spenden retteten den Museumsbestand und den Neuaufbau in mageren Jahren. Bis zum Ersten Weltkrieg und danach war dieses Museum bei allen Schichten der Neusser Bevölkerung äußerst beliebt. In den 20er Jahren wurde die Inventarisation der dortigen römischen Sammlungsstücke vorangetrieben, was mit einer fotografischen Dokumentation verbunden war.

Die Fotos vermitteln heute eine beeindruckende Übersicht der bedeutenden früheren Museumsbestände, die im Verlauf des Zweiten Weltkrieges erheblich dezimiert worden sind.

„Das Neusser Museum" sei, so berichtete 1927 der Düsseldorfer Stadtanzeiger, „der größten Beachtung wert, berge es doch römische Funde, wie sie diesseits der Alpen in keinem Museum zu finden sind." 1950 wurde das Museum als Clemens-Sels-Museum wiedereröffnet. Seitdem füllen neuere Funde aus Grabungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft frühere Lücken.

So konnte 1975 bei der Eröffnung des Museumsneubaus der Öffentlichkeit eine neu etablierte „Römische Abteilung" präsentiert werden, deren Bestände laufend ergänzt werden und die sich im Jahre 2000 der Neusser Geschichte besonderer Aktualität erfreuen wird.

KARL-HEINZ STEFAN

Tanzwochen wurden zum großen Erfolg

„Ausverkauft" war schon Wochen vorher auf den Ballerinaplakaten zu lesen: Resonanz auf die „Internationalen Tanzwochen Neuss". Der Stadt am Rhein war es mit dieser Tanzreihe in der Stadthalle gelungen, nicht nur das heimische Publikum anzusprechen, sondern auch interessierte Bürger aus ganz Nordrhein-Westfalen nach Neuss zu holen.

Für die Tanzwochen, deren Repertoire von klassischem und modernem Ballett bis hin zu Folkloredarbietungen reicht, konnten Ballettkompanien von Weltrang gewonnen werden. Den Auftakt zu den insgesamt sieben Ballettabenden machte im August das Ballett der Deutschen Oper Berlin unter der Leitung von Gert Reinholm.

Die eigenwillige Choreographie von Roland Petit, der Anfang November mit seiner Truppe „Ballet National de Marseille" einen Debussy-Abend gestaltete, gehörte zu den Höhepunkten der Tanzreihe. Doch auch mit dem Basler Ballett und ihrem Leiter Heinz Spoerli und mit dem „Théâtre Chorégraphique de Rennes" hatte die Stadt Neuss den Geschmack des Publikums getroffen.

Polens berühmtes nationales Folklore-, Tanz- und Gesangsensemble „Mazowsze" gastierte Anfang diesen Monats in der Stadthalle. 130 Mitwirkende in 1300 Originaltrachten begeisterten mit einem Wirbel von Farben und Temperament.

Den Abschluß der „Internationalen Tanzwochen Neuss" bildete das Nederlands Dans Theater „Junior". Das holländische Nachwuchs-Tanz-Ensemble, das aus knapp einem Dutzend Tänzern besteht, tanzte zu Kompositionen von Pergolesi, Debussy und Mendelssohn-Bartholdy. P.D.N.

Rennen auf kleinem Kurs

Pläne für die Zukunft liegen in den Schubladen

KLAUS GÜNTZSCHE, Neuss

Galopprennen in Neuss ist ein Sache mit Tradition: Schon am 30. August 1875 ging es auf der „städtischen Wiese" los, dort, wo heute noch immer die Rennen stattfinden. Viel los war damals in Neuss noch nicht. Schon aber in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts lag Neuss an der Spitze der 13 damaligen westdeutschen Bahnen.

Das ist heute ein wenig anders geworden. Im Konzert der großen deutschen Galopprennen-Veranstalter spielt Neuss keine allererste Geige. Das hindert die Neusser nicht daran, in ihrem Rahmen auch weiterhin zu den Großveranstaltern zu zählen, spektakuläre Rennen der höchsten Kategorien finden auf dem kleinen Kurs allerdings nicht statt.

Ein paar aktuelle Zahlen: an 21 Rennveranstaltungen wurden 1982 12 752 963 Mark an den Schaltern des Elektronentotos umgesetzt. Zum Vergleich: der Umsatz in Köln betrug 21 Millionen, in Düsseldorf erreichte man 19 Millionen und auf Deutschlands Nobelrennbahn in Iffezheim bei Baden-Baden flossen 28 Millionen Mark durch die Kassen.

Steuervorteile gekürzt

Wenn es überhaupt Zukunftssorgen für die Neusser Rennbahn gibt, dann ist die Ursache in erster Linie bei einer Maßnahme der Landesregierung in Düsseldorf zu sehen. Jahrelang gewährte steuerliche Vorteile wurden radikal gekürzt, eine für alle Rennveranstalter existenzbedrohende Veränderung. Es handelte sich um die drastische Kürzung der bisherigen Rückzahlungsquote aus der Rennwett- und Lotteriesteuer.

Pläne für eine neue Zukunft liegen schon jahrelang in den Neusser Schubladen. Neuss war eigentlich aufgrund seiner günstigen Lage innerhalb der Stadt und der Übersichtlichkeit des Kurses dazu ausersehen, die erste Allwetterbahn für Abendrennen unter Flutlicht im deutschen Turf zu werden. Aber man war vorsichtig, ließ Dortmund-Wambel mit der Allwetterbahn den Vortritt und betrachtet gelassen die vielen Probleme, die dort inzwischen aufgetreten sind.

„Preis der Perlenkette"

Der Neusser Rennvereinvorstand beschränkt seine Aktivitäten nicht allein auf das Verwalten. Vorstandsmitglied Dr. Wilhelm-Josef Heyers, immerhin 55 Jahre alt, steigt gelegentlich selbst in den Rennsattel. Er beschränkt das Hobby allerdings auf Ritten mit familieneigenen Pferden. Aber auch dabei mußte sich der Leitende Ministerialrat beim Landesrechnungshof von Nordrhein-Westfalen allerhand Flachs der Wetter gefallen lassen. Weil das „Hinterteil" des hohen Beamten bei fast jedem Galoppsprung den Sattel „auswischte", beschimpften ihn aufgebrachte, enttäuschte Wetter: „Du kannst ja nicht einmal mit einem Esel auf den Drachenfels reiten." Heyers war die Anpflaumerei leid. Er beantragte, sein Pferd „ohne Wetten" laufen zu lassen: „Ich lasse mich doch nicht von einem 2,50-Mark-Wetter beschimpfen." Prompt gewann Heyers das Rennen im Sattel seines Pferdes Friedemann, wehrte aber Glückwünsche ab: „Das habe ich wohl in erster Linie dem Pferd zu verdanken."

Zu den Attraktionen im Neusser Programm zählt seit über 20 Jahren der Amazonenwettbewerb um den Preis der Perlenkette. Die besten Amateurreiterinnen kämpfen dann um den begehrtesten Ehrenpreis der Damenwelt des Turfs.

Wo ein Beruf noch Zukunft haben kann

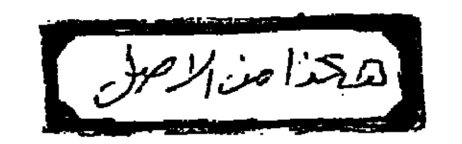
Als einziger Kompositversicherer in Neuss hat die Rheinland Versicherungs-AG, deren Beitragseinnahme sich 1982 auf rund 202 Millionen Mark belief, hier seit 1880 ihren Hauptsitz. Bekannt ist die Rheinland hauptsächlich durch ihre preisgünstige Autoversicherung, deren Beitragshöhe, laut ADAC-Untersuchung, deutlich unter dem Branchendurchschnitt liegt. Heute arbeitet für die Rheinland-Versicherungsgruppe, zu der auch die Bonner Lebensversicherung AG, die Ontos-Restschuld-Lebensversicherungs-AG und die Rheinland Rückversicherung AG gehören, über 5000 haupt- und nebenberufliche Mitarbeiter. Davon sind 457 Angestellte in Neuss.

Berufsausbildung wird bei der Rheinland groß geschrieben. So sind zur Zeit in Neuss 46 Auszubildende angestellt, damit ist jeder zehnte Angestellte in Neuss ein Auszubildender.

Die Ausbildung zum Versicherungskaufmann geschieht hier in den Fachbereichen Sach-, Kraftfahrt-, Haftpflicht-, Unfall- und Transportversicherung und in den übrigen Abteilungen, wie zum Beispiel Finanz- und Inkassobuchhaltung, Datenverarbeitung, Vertrieb, Werbung und für den Außendienstbereich in der Filialdirektion West in Neuss.

Durch die Bonner Lebensversicherung ist die Rheinland in der Lage, ihren Auszubildenden auch Grundkenntnisse in der Lebensversicherung zu vermitteln.

Daß der Versicherungskaufmann bei dieser Versicherungsgruppe ein Beruf mit Zukunft ist, zeigt auch, daß bisher alle Mitarbeiter vom Ausbildungs- in das Angestelltenverhältnis übernommen werden konnten. R. M.



Ja- oder Nein-Sager?

P. Jo. – „Es gibt keine pessimistische Kunst. Die Kunst bejaht. Hiob bejaht." Diesen Satz aus dem „Willen zur Macht" hat Otto Dix in seiner Nietzsche-Ausgabe zustimmend angestrichen. Das ist nur eines von vielen Beispielen, die zeigen, wie intensiv sich der Maler mit dem Philosophen beschäftigt hat. Aber die Dix-Exegeten, die ihn als Sozialkritiker, als vom Haß auf den Kapitalismus geprägten Arbeitersohn und natürlich auch als wackeren Klassenkämpfer darzustellen lieben, mögen das nicht wahrhaben.

Als der Fackelträger-Verlag 1959 eine Dix-Monographie vorbereitete (die erste übrigens nach Kriegsende in West und Ost), da ließ er den Autor Otto Conzelmann wissen: „Grundsätzlich lehnen wir die Gedankenwelt Nietzsches ab und möchten auf keinen Fall das Schaffen von Dix auch nur in Teilen gedeutet durch das Werk dieses Philosophen sehen." Und weiter berichtet Conzelmann: „Sogar die Tatsache, daß Dix 1915 ‚mit Bibel und Nietzsche-Band' ins Feld gezogen war, mußte aus meinem Text entfernt werden."

Das alles ist in dem jüngsten Buch von Otto Conzelmann, „Der andere Dix" (Klett-Cotta, Stuttgart, 276 S., 359 Abb., 128 Mark), nachzulesen. Es ist eine sehr ernste Philippika gegen die gängigen Dix-Interpretationen, die das Werk von der Ebene der Kunst auf die Plattform der Agitation herabziehen. Conzelmann weist nach, daß Dix keineswegs die Welt verändern wollte. Das Politische berührte ihn nicht. Ihn faszinierten die Erotik, das Groteske und – mit Nietzsche – „daß die Erkenntnis auch der häßlichsten Wirklichkeit schön ist". Und so malte er. Ohne alle Tendenz. Als unbeteiligter Zeuge.

„Dix ist seiner ganzen Veranlagung nach nicht der Mann, Tendenz zu haben, das heißt Pathos in die Dinge zu legen. Dazu steht er allem zu wurschtig gegenüber; weder glaubt er, daß die Menschen gut sind, noch, daß sie gut werden möchten." Das schrieb Paul Westheim bereits 1931. Aber das wurde und wird negiert. Denn es widerspricht dem Trugbild von Dix als sozialistischem Propagandisten und Nein-Sager. Was macht es da schon, daß Dix den Künstler – und damit sich selbst – so definierte: „Einer, der den Mut hat, ja zu sagen."

Drama im Verborgenen: Millionen Bücher vom chemischen Zerfall bedroht

Warten auf den Megadoc

Unsere entscheidende Aufgabe ist nicht das Aufheben, sondern das Wegwerfen von Papier." So hörte man es kürzlich auf dem 56. Deutschen Archivtag in Saarbrücken. In Zahlen: Nur zwei Prozent des bei den Archiven eingehenden Papiers werden aufbewahrt, der Rest wandert in den Papierkorb. Eingedenk des Grundsatzes, daß „der schöpferischen Gedanken nicht so viele sind", der Vorrat an Ideen also nicht beliebig vermehrbar ist, beschäftigen sich Archivare also hauptsächlich mit dem Ausfiltern.

„Schriften, die vom Leben des Geistes nicht genügend durchtränkt sind, zerfallen ohne unser eigentliches Zutun." So etwas gibt es leider nur im Archiv der „Stadt hinter dem Strom", das uns Hermann Kasack in seinem Roman aus den 40er Jahren beschrieben hat. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Papierne Schriftstücke, ob Akten oder Bücher, aus den letzten 150 Jahren zerfallen zusehends, und zwar leider ohne Ansehen des geistigen Gehalts.

Allein in der Washingtoner Library of Congress, mit 20 Millionen Bänden die größte Bibliothek der Welt, ist ein Großteil des Bestandes akut gefährdet. Mehr als drei Millionen Bücher (das entspricht dem Volumen der Universitätsbibliotheken von Bonn und Freiburg zusammengenommen) befinden sich dort im fortgeschrittenen Stadium des Verfalls. Wer sie anfaßt, hat – im schlimmsten Fall – nur noch bröselige Flocken zwischen den Fingern. Geist zerfällt zu Staub.

Die zu Beginn des 19. Jahrhunderts einsetzende Umstellung der Papiergewinnung (Holz anstatt Lumpen) markierte den Anfang vom Ende (der Bücher). Damals ahnte niemand, was für eine Laus man sich in den Pelz gesetzt hatte: Der Gilb, in Gestalt des Alauns (einem Salz der Schwefelsäure), entpuppte sich als ausgesprochener Papierkiller. Das Salz zersetzte sich nämlich im Laufe der Zeit und gab Schwefelsäure frei – und die ist ausdauernd gefräßig.

Heute ist das Problem voll erkannt. Aber wie kann man es in den Griff bekommen? Die Antwort lautet: Auf zweierlei Weise, entweder auf technischem oder auf natürlichem Wege. Auf „natürlichem" Wege immer dann, wenn sich das Problem gewissermaßen von selbst löst, was häufig genug reichlich unnatürlich ist. Dafür zwei Beispiele:

● Die Peking-Bibliothek verfügt mit 11 Millionen Bänden über die drittgrößte Bücherei der Welt. Im Katalog sind aber nur rund 3,5 Millionen aufgelistet (viele davon sogar in Doppelnennung). Die restlichen Exemplare sind also aus dem Verkehr gezogen (bzw. verstopfen die Giftschränke), sind gewissermaßen dem natürlichen Verfall freigegeben.

● Auf seiner Jahresversammlung im Oktober beklagte der Verband der Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen die rigorosen Kürzungen der Ankaufsmittel. Die Maßnahmen des Rotstifts hätten zur Folge, daß rund 4 Prozent der Bibliotheksbestände, die jährlich durch Verschleiß unbrauchbar würden, nicht mehr ersetzt werden könnten (1983 allein in den Großstadtbibliotheken von NRW 500 000 Bände). Das bedeutet – rein rechnerisch –, daß es in 25 Jahren an Rhein und Ruhr nichts mehr zu lesen geben wird. Es sei denn, wir kaufen uns die immer teurer werdenden Bücher selber, oder – nicht weniger erschreckend – wir sind inzwischen, angesichts der neuen Medien, zum „Videoten" (Branchenjargon) denaturiert.

Bis es so weit kommt, gibt es aber noch die Möglichkeit, dem Kulturverfall auf technischem Wege beizukommen. Zum Beispiel durch Neuauflagen der von der chemischen Agonie bedrohten Bücher. Aber erstens ist die Aura des Originals durch ein auch noch so raffiniertes Replikat nicht zu ersetzen, und zweitens bestehen die Seiten der Neuedition wieder aus Papier. Papiernen Produkten von heute sagt man nur noch eine Lebensdauer von 20 bis 40 Jahren voraus.

Man kann natürlich auch wichtige Archivalien Blatt für Blatt unter eine Plastikfolie legen und verschweißen. Aber das Verfahren ist zeitaufwendig, kostspielig, und eine Haltbarkeitsgarantie kann niemand geben. Probater erscheint die Methode, mit chemischen Mitteln gleichsam zurückzuschlagen. Man trennt die Blätter aus den Büchern und taucht sie einzeln in eine kalziumhaltige Lösung, um sie gegen den Papierkillervirus immun zu machen. Oder man macht es wie in Darmstadt, wo an der Technischen Hochschule soeben ein mehrjähriges und in Europa einmaliges Forschungsvorhaben – von der VW-Stiftung finanziert – zu Ende gegangen ist, bei dem Blatt für Blatt in eine Natronlauge gegeben wurde, um das Papier „weich" zu bekommen. Freilich mit dem Effekt, daß es schrumpfte (bis zu 30 Prozent), so daß sich dieses Verfahren bei der Behandlung ästhetisch wertvoller Bücher ausschließen dürfte. Aber die Impfaktion an sich ist inzwischen so weit ausgereift, daß sie in jeder Restaurationswerkstatt anwendbar ist.

Noch rationeller erscheint ein der Weltraumtechnik entlehntes Verfahren. Eine von der Nasa für Satellitentests benutzte Unterdruckkammer vermag gleich 5000 Bücher auf einmal aufzunehmen und chemisch zu reinigen. Kosten pro Buch: rund 10 Mark, erheblich billiger also als die seit Jahren vielerorts geübte Praxis, Bücher und Dokumente auf Mikrofilmen abzulichten. Es kommt hinzu, daß die Mikroverfilmung ein zwar platzschaffendes, aber äußerst zeitraubendes Verfahren ist. Allein für die 3 Millionen Buch-Patienten der Washingtoner Kongreßbibliothek müßte man eine Zeit von 300 Jahren veranschlagen. Zudem ist nicht gewährleistet, daß die Filme von heute in die Wiedergabegeräte von morgen passend eingelegt werden können.

Aber noch ein Ausweg bleibt übrig: Jawohl, es ist der Computer! Das Gerät trägt den magischen Namen „Megadoc". Entwickelt wurde es von der Firma Philips. Megadoc ist ein elektronisches Archiv, in dem mühelos und massenhaft Schriftgut gespeichert werden kann. Ein Laser tastet die Dokumente, ob hand- oder maschinengeschrieben, in Sekundenschnelle ab und überträgt sie auf die sogenannte DOR-Platte (Digital Optical Recording). 25 000 faksimilierte DIN-A4-Seiten lassen sich so auf einer einzigen Videoplatte speichern, im Falle einer computerlesbaren Schrift sogar 500 000 Seiten. Die Haltbarkeit der DOR-Platte ist mit zehn Jahren freilich als gering einzuschätzen (Mikrofilme dagegen halten 150 Jahre). Die Entwicklung der neuen Speichersysteme steht aber erst am Anfang.

Vorerst werden die Bibliothekare und Archivare noch eine ganze Weile ihren Kampf gegen Gilb und Schrumpf kämpfen. Und sie werden noch eine ganze Weile ihre Pflicht als Vergnügen ausgeben, nämlich das Papier mit der Hand umzudrehen, anstatt per Knopfdruck zu „blättern".

Und sie werden auch weiterhin altmodische Nachschlagewerke verfassen, von denen wir zum Schluß ein ganz besonders bewunderungswürdiges nennen wollen. Sein dritter, abschließender Band ist soeben im Harald Boldt Verlag, Boppard, erschienen. Es handelt sich um das „Verzeichnis der schriftlichen Nachlässe in deutschen Archiven und Bibliotheken" (2266 Seiten, 560 Mark). Das Bundesarchiv in Koblenz hat, in Zusammenarbeit mit der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz in Berlin und unter Federführung von Tilo Brandis, Ludwig Denecke und Wolfgang A. Mommsen, alle nur erdenkliche Mühe walten lassen, um mit ihm ein unvergleichliches Auskunftsinstrument in Gestalt eines Findbuches vorzulegen.



Manfred Vollmer: Im Magazin

Wie nützlich ein derartiger Thesaurus ist, erhellt allein die Tatsache, daß die angeschriebenen Institute sich häufig erst während der Datenerhebung ihres Besitzes bewußt geworden sind. Es ist keine Schande, zuzugestehen, daß man nicht gewußt hat, auf welchem Schatz man ahnungslos saß. Es ist vielmehr ein Verdienst, namhaft gemacht zu haben, was es an Schätzen fortan zu entbergen gilt. Oder anders gesagt: Wenn man in den Bänden aus Boppard blättert, raschelt es erheblich. Ob es sich dabei um den Nachlaß von Joachim Ringelnatz handelt, den von Hermann Göring, den des Grafen von Zeppelin oder denen von Tausenden anderer.

Und so nützlich ein derartiges Nachschlagewerk ist, vor der Gefahr, daß das, was es anzeigt, eines Tages nicht mehr existiert, weil es nämlich zu Papierstaub zerfallen ist, sei noch einmal nachdrücklich gewarnt.

Nebenbei: Gefahr besteht auch für den Artikel 5 des Grundgesetzes. Danach hat jeder das Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Wenn die Quellen aber austrocknen, egal ob durch Papiertod oder durch Stopp von Neuanschaffungen, dann nutzt einem auch die schönste Rechthaberei nichts mehr. „Ohne öffentliche Bibliotheken", so lautet der Hilfeschrei aus Nordrhein-Westfalen, „steht das Grundrecht der Informationsfreiheit nur auf dem Papier". Dies aber auch nur so lange, wie das Papier, auf dem es gedruckt steht, nicht zerfallen ist. Es könnte der Tag kommen, an dem man den Artikel 5 nur noch vom Hörensagen her kennt.

WOLFGANG MINATY

JOURNAL

Bundesrepublik wird zur „Kunstlandschaft"

dpa, Köln

Im kommenden Sommer soll die gesamte Bundesrepublik zu einer einzigen großen Kunstlandschaft zusammenwachsen: In 46 Städten wollen die örtlichen Kunstvereine vom Juni bis zum August die Arbeiten von rund 400 meist jüngeren Künstlern aus verschiedenen Regionen der Bundesrepublik vorstellen. So wurden zehn „Kunstregionen" gebildet, die jeweils in den Ausstellungsräumen anderer Kunstvereine präsentiert werden sollen. Die erwarteten Kosten von etwa 1,5 Millionen Mark tragen zu gleichen Teilen das Bundesinnenministerium, die Bundesländer und die Kassen der beteiligten Kommunen und Vereine. Ein elfbändiger Katalog wird sämtliche Ausstellungen dokumentieren.

Polens Kirche zeigte „Christliche Kultur"

JGG. Warschau

Polens Kirche trat letzthin mit einer „Woche christlicher Kultur" an die Öffentlichkeit. Neben „literarischen Begegnungen", an denen 44 Schriftsteller mit Rang und Namen teilnahmen, darunter die im Westen bekannten Marek Nowakowski, A. Braun und Wiktor Woroszylski, fanden allein in Warschaus Kirchen, Klöstern und Seminaren 13 Theateraufführungen statt. Unter der Schauspieler-Prominenz befand sich die der KOR-Gruppe nahestehende Halina Mikolajsk und TV-Star A. Lapicki. Außerdem wurden sieben Kunstausstellungen gezeigt, darunter der Anteil Polens am „Festival christlicher Kultur" in Digne (Frankreich), der in Polen offiziell bisher nicht gezeigt werden durfte. Auch an den zahlreichen Konzerten nahmen viele bekannte Musiker teil. Zum Abschluß der „Woche christlicher Kultur", empfing der Primas von Polen, Kardinal Glemp, die Prominenz polnischer Künstler.

Unbekannte Sonate von Beethoven aufgefunden

AP, Arezzo

Der italienische Pianist Carlo Alberti Neri hat in einer Privatbibliothek der mittelitalienischen Stadt Arezzo ein bisher unbekanntes Werk aus der frühen Schaffensperiode Ludwig van Beethovens entdeckt. Es handelt sich um eine Sonate für Flöte und Klavier. Neri will die Komposition bald zur Aufführung bringen.

Spendenaufruf für das Welfenevangeliar

DW. Hannover

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht hat zu Spenden für die Finanzierung des in London erworbenen Evangeliars Heinrichs des Löwen aufgerufen. Das Land Niedersachsen, der Freistaat Bayern, die Bundesregierung und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz hätten zusammen über 25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Außerdem seien schon heute Spenden von über 2 Millionen Mark eingegangen. Nach Schätzung Albrechts klaffte aber noch eine Finanzierungslücke von etwa 7 Millionen Mark. Spenden, die steuerlich abgesetzt werden können, werden erbeten an die Niedersächsische Landeshauptkasse Hannover, Konto-Nr. 35 927 bei der Norddeutschen Landesbank (BLZ 250 500 00) unter dem Stichwort „Evangeliar".

Hitchcock-Film über Nazi-Greuel entdeckt

dpa, London

Der wohl härteste Film Alfred Hitchcocks ist ein nie gezeigter Dokumentarstreifen über nationalsozialistische Greueltaten in deutschen Konzentrationslagern. Der 1945 von dem Regisseur zusammengestellte Streifen ist jetzt im Archiv des Britischen Kriegsmuseums in London wiederentdeckt worden. Die Aufnahmen von Leichenbergen und abgemagerten Überlebenden wurden vom britischen Militär nach der Befreiung von KZ-Opfern in Bergen-Belsen und Buchenwald gemacht. Hitchcock stellte die Filme später für das Informationsministerium in London zusammen, um die „Terrormethoden der Deutschen" zu dokumentieren. Der Film sollte vor allem den Deutschen selbst – aber auch im Ausland – vorgeführt werden. Doch im Rahmen der Aussöhnung sah die britische Regierung später von dem Vorhaben ab.

Max-Beckmann-Preis für Willem de Kooning

dpa, Frankfurt

Der Maler Willem de Kooning erhält den mit 50 000 Mark dotierten Max-Beckmann-Preis der Stadt Frankfurt für das Jahr 1984. Die Auszeichnung soll am 12. Februar, zum 100. Geburtstag des deutschen Expressionisten, verliehen werden. Zur Begründung seiner einstimmigen Entscheidung erklärte das Kuratorium, Beckmann und de Kooning verbinde eine ständige Beschäftigung mit dem Bild des Menschen: „In diesem Sinne erscheint es besonders naheliegend, die Fortentwicklung der figurativen Malerei zu würdigen, wie sie im Werk Willem de Koonings in so hervorragender Weise zum Ausdruck kommt."

Ungebrochene Tradition: Channukkah-Leuchter von Israel Dahan und Gad Einhorn, aus der Tel Aviver Ausstellung FOTO: DIE WELT

Tel Aviv: Moderne Leuchter für Channukkah

Wunder des Ölkännchens

Das jüdische Channukkah-Fest ist ein Fest des Lichts. Seit sich im Jahre 169 v. Chr. die Makkabäer im Aufstand gegen den Seleukiden-König Antiochus Epiphanes ihre religiöse Freiheit und ihre staatliche Unabhängigkeit wiederverschafften, wird in jedem jüdischen Haus – orthodox oder liberal – alljährlich in Erinnerung an dieses Ereignis der Channukkah-Leuchter gezündet. Das Fest erinnert an die Neueinweihung des Altars im geläuterten Tempel. Die Dauer des Festes (8 Tage) und die Tradition des Lichteranzündens sind in der Überlieferung begründet, die vom „Wunder des Ölkännchens" berichtet. Das geweihte Öl, das eigentlich nur für einen Tag reichte, brannte im Tempel-Leuchter acht Tage lang, bis neues, für den Tempeldienst geeignetes Öl bereitet war.

Der Channukka-Leuchter besteht aus acht gleichmäßig angeordneten Kerzen oder Ölbehältern. Dazu kommt ein separates, von den acht deutlich abgesetztes neuntes Licht, mit dem die anderen Flammen angezündet werden. Im Unterschied zu den anderen Kultobjekten des Judentums (wie z. B. dem Sabbath-Leuchter) dient der Channukkah-Leuchter auch zum Schmuck und kann das ganze Jahr hindurch als Zierobjekt benutzt werden. Daraus erklärt sich die schier unbegrenzte Variabilität der künstlerischen Gestaltung der Leuchter.

Früher waren ihre Pracht ein Kennzeichen des Wohlstandes und ihre Motive Ausdruck der Persönlichkeit und Gesinnung ihres Besitzers. Während die orientalischen Juden, die unter dem Islam weder handwerklichen noch kultischen Einschränkungen unterlagen, jüdische Symbole benutzten, finden sich bei den Juden aus der europäischen Diaspora oft Motive ihrer Umwelt. Denn weil Juden nicht den Handwerksgilden der Gold- und Silberschmieden beitreten durften, mußte sie ihre Kultobjekte bei den Christen in Auftrag geben.

Seit Gründung des Staates Israel sind neue Generationen herangewachsen, sind neue Kunstrichtungen entstanden. Das spiegelt sich auch in den Kultobjekten. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hat die israelische Kunstakademie „Bezalel" in Jerusalem, deren Lehrer und Schüler jetzt aus Anlaß des Channukkah-Festes im Tel Aviver Kunsthaus „Beit Ariela" preisgekrönte Channukkioth ausstellen, darunter ist das Gemeinschaftswerk von Israel Dahan, dem Leiter der Kunstschmiedeabteilung von „Bezalel", und Gad Einhorn, einem Architekten und Lehrer der Goldschmiedeabteilung. Es verdeutlicht die Wende vom klassischen „Prunk" zum modernen „Minimalismus", von der Starre zur Beweglichkeit, bei der auch das Element des „Spiels" als Neuerung hinzukommt. Grenzen setzt der Formfindung nicht das Material, sondern allein die kultische Vorschrift der acht festen und des einen beweglichen Lichts.

ILANA BRÜNELL

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Merkur"

Der herumgehetzte Hase

Gibt es eine Altersgrenze für Schriftsteller? Hans Schwab-Felisch, der Herausgeber der achtmal im Jahr erscheinenden Zeitschrift „Merkur" (Verlag Klett-Cotta), hält sich offensichtlich an eine für Schriftleiter. In Nr. 8 vom Dezember erklärt der im November 65 Jahre alt Gewordene, daß er sein Amt, „wie vereinbart", niederlege. Nachfolger wird der 51jährige Karl Heinz Bohrer, bis vor kurzem Kulturkorrespondent der FAZ in London, nun Professor der Literaturwissenschaft an der Experimentier-Universität Bielefeld.

Als Schwab-Felisch vor genau fünf Jahren ans Steuer des ziemlich abgetakelten einstigen Flaggschiffs der deutschen Kulturzeitschriften trat, war das nach dem von einer Unverbindlichkeit zur anderen hüpfenden Hans Paeschke eine Wohltat. Der stets mit etwas mürrischem Bulldoggen-Gesicht daherkommende Schwab-Felisch hatte die brutale Ehrlichkeit eines Linken von anno dunnemal; die so elastisch modische Linke von heute liegt ihm gar nicht.

So sympathisch das ist – es hat nicht dazu ausgereicht, daß der „Merkur" unter Schwab-Felisch wieder die Spannweite aus den Zeiten von Joachim Moras zurückgewann, wo das gesamte geistige Spektrum in dieser Zeitschrift entfaltet wurde. Das Auftreten von Sedlmayr und Lübbe (mit harmloseren Texten notabene) im Jahrgang 1983 hat doch eher Alibi-Charakter. Eines muß man jedoch Schwab-Felisch lassen: unter seiner Kapitänschaft wurden die großen Probleme unserer Zeit wieder spürbar im „Merkur", wenn auch oft nur durch „Spiel über die Bande".

In der Abschiedsnummer hat Schwab-Felisch das Pech, von Big Böll in einem etwas kumpelhaften offenen Brief gefeiert zu werden. Neben des Nobelpreisträgers gesammeltem Nicht-Schweigen über seine Uralt-Erbfeinde findet man dort die Charakteristik der Bundesrepublik als „Swin-Egelland". Das zu Humor aufgelegte Bundes-Gewissen in Menschengestalt („Köln ist wirklich eine deutsche Stadt") stilisiert sich zum herumhetzenden Hasen, der überall auf den gleichen Swinegel stößt. Das zeugt nicht für einen realistischen Blick; weder auf sich selbst noch auf die Bundesrepublik. Böll verwechselt sich offensichtlich mit dem Grafen Lambsdorff.

In Schwab-Felischs Abschiedsbotschaft mit dem Understatement-Titel „P. S." wird eine etwas realistischere, weil differenziertere Sicht der Lage spürbar. Er ist sich zu gut, um einen Mitleidsaffekt für Intellektuelle als angeblich gehetzte Hasen provozieren zu wollen. Er sieht jedoch, was für Hase und Igel gleich gefährlich ist: „... die erschreckend und auf erschreckende Weise sich verbreiternde Kluft zwischen Anspruch und Verwirklichung, die das Unbehagen an den politischen Realitäten und denen überall auf der Welt anwachsen läßt, die für sie verantwortlich sind". Man verlerne dabei „die Grundtugend aller Politik, tragfähige Kompromisse einzugehen".

Doch dann wird's kompliziert. Schwab-Felisch sieht uns in der „dritten industriellen Revolution" (derjenigen der Elektronik) stehen, glaubt aber immer noch die Politik auf den Gegensatz von „Legalität und Legitimität, repräsentativer Demokratie und Basisdemokratie" zurückführen zu können. Er meinte sich der Basisdemokratie nahe, schätzt aber die Politik nicht, deren „Selbstsicherheit immer wieder millionenfach von Wählern bestätigt wird".

Man ist gespannt, wie Nachfolger Bohrer mit diesen Aporien fertig wird. Er gilt als Feuerteufelchen, dem vor allem eins gegen den Strich geht: das zu sagen, was man von ihm erwartet.

ANTON MADLER

KULTURNOTIZEN

Die Erich-Heckel-Retrospektive des Essener Museums Folkwang ist jetzt im Haus der Kunst in München zu sehen (bis 12. 2.).

Der Bildhauer Ulrich Rückriem erhält den mit 15 000 Mark dotierten Edwin-Scharff-Preis.

Der Will-Grohmann-Kunstpreis der Berliner Akademie der Künste ist dem Konzept-Künstler George Brecht verliehen worden.

Der Rektor der Universität Essen, Professor Horst Gentsch, ist nach der Plagiatskritik an seinem Antrittsvortrag (vgl. WELT v. 6. 12.) jetzt zurückgetreten.

Gerhard Polt erhält den vom Berliner Club der Filmjournalisten gestifteten Ernst-Lubitsch-Preis.

Volker Schlöndorff ist Juryvorsitzender beim 8. Filmfestival von Montreal (16. bis 27. 8. 1984).

Sowjetische Schriftsteller zur Nachrüstung

Die Worte der Kindheit

Auch die Schriftsteller dürfen nicht abseits stehen, wenn das Sowjetvolk „einmütig und mit heißem Herzen" die Äußerungen seines führenden Staatsmannes unterstützt und bejubelt. Die von der Moskauer Propaganda mit Vorliebe verwendete Formel bezieht sich diesmal auf den Abbruch der Genfer Verhandlungen und die „Gegenmaßnahmen" zur Nachrüstung der NATO, also auf weitere sowjetische Aufrüstung. Seit Juri Andropow sie Ende November offiziell verkündet hat, quillt begeisterte Zustimmung aus allen Medien.

Dieser überschwenglichen Parteinahme für die eigenen Waffen haben sich aber jetzt zwei sowjetische Autoren, die auch in ihren Werken wenig „Parteilichkeit" walten lassen, durch eigenständige Friedensappelle entzogen. Der Kirgise Tschingis Aitmatow, von der „Iswestija" zur Stellungnahme aufgefordert, wendet sich allgemein gegen „Konfrontation" und „Militarismus" in der Welt. Mahnend schreibt er: „Die politischen Systeme mögen verschieden sein, aber das Leben ist miteinander verbunden. Und niemand, ich wiederhole: niemand darf dem anderen den Tod bringen." Aitmatow beklagt auch das „allseitige" Wettrüsten und spricht sich für die Rückkehr an den Verhandlungstisch aus.

Der im sibirischen Irkutsk lebende Schriftsteller Valentin Rasputin veröffentlicht seine Betrachtungen über Nachrüstung und „Gegenmaßnahmen" in der vorwiegend für Ausländer bestimmten, aber auch auf Russisch erscheinenden Wochenzeitung „Moscow News". Von einem mehrwöchigen Aufenthalt 1982 in der Bundesrepublik ausgehend, nimmt er die damaligen Ausschreitungen gegen Präsident Reagan zum Anlaß, um über das „Psychogramm von Politikern" nachzudenken. Von Reagan ist da nicht mehr die Rede. Rasputin äußert vielmehr Gedanken, die ganz aus der sowjetischen Wirklichkeit erwachsen, und er bezieht sich offensichtlich auf sowjetische Führer, wenn er fragt: „Ist es vielleicht schon ein Anachronismus, in einem Politiker den Menschen zu suchen? Oder fragt er sich vielleicht doch manchmal, mit sich allein gelassen, ob er das Rechte tut oder das Falsche – als ein gewöhnlicher Sterblicher, der auf das vorfabrizierte politische Vokabular verzichtet und nur auf die Worte seiner Kindheit hört?"

Nüchtern verweist Rasputin darauf, daß die Kriege des Jahrhunderts von keinem Schriftsteller verhindert werden konnten. Selbst einem neuen Tolstoi oder Goethe würde es nicht gelingen, mehr als einen flüchtigen Eindruck auf einen Mann zu machen, der mit Macht ausgestattet und von politischen Vorurteilen umgeben ist. „Einige Leute" seien deshalb überzeugt, daß es nicht die Welt zu verändern gelte, sondern den Menschen; von diesem hänge es ab, ob sich die Welt zum Besseren wende.

„Nur eine allgemein günstige moralische und geistige Atmosphäre", schreibt Rasputin, „kann die Bedingungen schaffen, durch die Pharisäertum und Heuchelei ausgeschlossen werden." Nicht der „zufällige gute Wille von oben, sondern die übermächtige, vom Recht geleitete Kraft von unten" erbringe das nötige Resultat und schaffe die verbindliche (moralische) Tonlage in einer Gesellschaft. Den Schriftstellern bleibe kein anderer Ausweg, als „die Menschheit zu Kolonnen der Menschlichkeit zusammenzuschließen, die den Kräften der Zwietracht des politischen Starrsinns und der militärischen Übermacht widerstehen können".

Tschingis Aitmatow, Jahrgang 1928, und der neun Jahre jüngere „Dorfautor" Valentin Rasputin gehören zu den beliebtesten Gegenwartsautoren in der Sowjetunion.

FRIED H. NEUMANN



Gegen „Pharisäertum und Heuchelei": Der sowjetische Schriftsteller Valentin Rasputin FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

„Space processing" – neues Zauberwort in den Vorstandsetagen

Von DIETER THIERBACH

Die Nasa wollte es geheimhalten, aber die schlechte Nachricht wurde wenig später doch bekannt. Bei der Landung am vergangenen Donnerstag war die Raumfähre „Columbia" mit dem europäischen „Spacelab" im Bauch in ungewöhnlicher Gefahr: Sie landete mit einem schwelenden Feuer an Bord, das – nach Aussagen der Techniker – vermutlich zweieinhalb Minuten vor der Landung auf dem ausgetrockneten Salzsee plötzlich ausgebrochen war. Bei den Fernsehübertragungen hatte man denn auch Rauch und gelben Feuerschein am Leitwerk ausgemacht, zunächst aber anders gedeutet.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde das Feuer durch austretendes Hydrazin in zwei der drei für Start und Landung lebenswichtigen Hilfstriebwerke verursacht. Die Stickstoff-Wasserstoff-Verbindung könnte sich beim Eintritt in die Erdatmosphäre durch Sauerstoffkontakt entzündet haben. Die Flammen fraßen sich durch einige Kabelstränge. Als das Hydrazin verbraucht war, erlosch das Feuer von selbst.

Der am 28. Januar geplante Start der Raumfähre „Challenger" soll erst freigegeben werden, wenn aufgeklärt ist, wie es zu dieser Panne hat kommen können.

Trotz dieser und anderer unvorhergesehener Vorfälle ist die Spacelab-Euphorie ungebrochen. Man kann fragen, wen man will; wenn es gilt, Zweifel an einem verträglichen Verhältnis von Kosten und Nutzen vorzubringen, stößt man allerorten auf Granit. Die am Unternehmen beteiligten Uni-Wissenschaftler sind begeistert. Das ist verständlich, denn Grundlagenforschung ist ihr Beruf. Doch auch bei der Industrie, die schon einen Schritt weiter ist und mehr in Richtung Kommerzialisierung denkt, herrscht eitel Freude.

Erfolgszwang für Europäer

Eine endgültige Beurteilung dieses von vielen als „Meilenstein" apostrophierten Unternehmens hängt indes einzig und allein von der Auswertung der mitgebrachten Daten ab. Doch das wird nicht nur Monate, sondern Jahre dauern.

Alle Beteiligten hatten unter einem fast erdrückenden Erfolgszwang gestanden. Für die Europäer ging es um die Früchte einer zehnjährigen, äußerst kostspieligen Entwicklungsarbeit. Nahezu eine Milliarde Dollar wurde investiert. Die Bundesrepublik Deutschland übernahm mit 54,94 Prozent den Löwenanteil. Es folgten Italien, Frankreich und Großbritannien weit abgeschlagen mit ihren 15,57; 10,29 und 6,51 Prozent.

Heinz Sprenger, zuständiger Hauptgruppenleiter bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN), sieht es von industrieller Seite als gerechtfertigt an, „solche Experimente im All zu machen". Der Leiter des Projektes 1 ES 303 ist zwar enttäuscht darüber, daß der von ihm betreute Versuch zur Stützhauttechnologie nicht durchgeführt werden konnte, weil gegen Ende des Unternehmens die Zeit einfach nicht mehr reichte. Für den Werkstoffspezialisten ist aber – zumindest auf dem Papier – eine Beteiligung an späteren Raumstationen schon heute keine Utopie mehr: „Wir werden in jedem Fall weiterhin am Ball bleiben." Das „space-processing" hat sich in den Vorstandsetagen zahlreicher Unternehmen zum heimlichen Star gemausert; eigene Abteilungen betreiben „brain-storming" auf vollen Touren und beschäftigen sich mit extraterristrischen Technologien.

„Wir wollen zunächst erkunden, ob für eine spätere Produktion im Weltraum die theoretisch vorhergesagten Grundlagen auch richtig sind", meint der Physiker. Die experimentelle Bestätigung von Denkmodellen ist gefragt. Was aber noch gar nicht abgeschätzt werden kann, ist die Wirtschaftlichkeit. Rechnet sich die ganze Sache überhaupt? „Von den Milliardengeschäften, von denen da geredet wird, sind wir noch weit weg. Es gibt noch keinen Anhaltspunkt, der es rechtfertigt, solche Aussagen zu machen."

Vorsprung der UdSSR

Bekanntlich lassen sich im idealen Zustand der Schwerelosigkeit Kristalle von hoher Reinheit züchten und Speziallegierungen zusammenschmelzen. Heinz Sprenger hofft auf Aussagen, ob bei ganz normalen, erdgebundenen Technologien, wie z. B. im Gießereiwesen Verbesserungen von Prozessen möglich sind: „Denn ein Parameter, die Schwerkraft, die in Erdversuchen immer vorhanden ist, wird ausgeschaltet. Damit verbundene Phänomene wie Konvektion, Auftrieb oder Sedimentation fallen fort. Es gelingt dann, andere Parameter, die ebenfalls die Qualität eines Werkstoffes beeinflussen, bislang aber von der Schwerkraft überdeckt wurden, gezielt in den Griff zu bekommen."

Allzuoft wird vergessen, daß die UdSSR seit zwölf Jahren ein Raumlabor besitzt und Experimente, die jetzt im Spacelab so eifrig beklatscht wurden, dort schon längst als „bekannt" abgehakt hat. Es gilt, nicht zu früh hastige Entscheidungen zu treffen, nur um dieser schicken Technologie weiterhin frönen zu können. Die große Gefahr besteht darin, daß andere wichtige Forschungsbereiche vernachlässigt werden, um schließlich in einer Ecke zu landen, aus der sie so schnell nicht wieder das Licht der Forschungswelt erblicken.

Doch kaum ist Spacelab zur Erde zurückgekehrt, hat sich Westeuropa mit Siebenmeilenstiefeln auf die Suche nach dem eigenen Raumfahrtprogramm von morgen begeben. Bei der Esa (European Space Agency) wird kräftig ins Horn gestoßen: Man prüft, ob der Bau eines eigenen „Weltraumtaxis" (als Gegenstück zur amerikanischen Raumfähre), einer Orbitalstation, oder gar einer „Metallfabrik" auf einer erdnahen Umlaufbahn sinnvoll ist.

Wieder Deutsche im All

Wie aus dem Bundesforschungsministerium zu vernehmen ist, fährt der deutsche Weltraumzug im Juni 1985 wieder ab. Vom Bahnhof des Kennedy-Space-Center könnten zwei der abermals sechs in einem Weltraumlabor mitfliegenden Astronauten Deutsche sein. Reinhard Forrer und Ernst Messerschmid bereiten sich ebenso wie Ulf Merbold und der Niederländer Wubbo Ockels vom März nächsten Jahres intensiv auf diesen Flug vor. Es sind wissenschftliche Versuche vorgesehen, die ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt wurden. Fest steht jetzt schon eins: Das Werkstofflabor hat sich bewährt und soll komplett übernommen werden.

Terroristen verlangen Lösegeld für Christus-Tunika

H. WEISSENBERGER, Paris

Die katholische Kirche Frankreichs bangt um ihre kostbarste Reliquie – eine rostrote, aus Wolle gewebte Tunika, die angeblich Christus bei seiner Kreuzigung trug und um die Soldaten am Fuße des Kreuzes würfelten. Der Mantel wurde in der Nacht zum Dienstag aus einer Basilika bei Paris gestohlen, und es wird befürchtet, daß er zu Staub zerfällt, wenn er an die Luft kommt. Als Diebe meldeten sich telefonisch bei der linken Tageszeitung „Libération" in Paris Angehörige der linksextremistischen Terrororganisation „Action directe". Sie fordern als „Lösegeld" für den Mantel die Freilassung von drei inhaftierten „Action directe"-Mitgliedern und eine Spende der katholischen Kirche an die polnische Gewerkschaft „Solidarnosc" in Höhe von 300 000 Franc (100 000 Mark).

Der Mantel wurde seit dem Jahre 800 in der Basilika von Argenteuil aufbewahrt. Die byzantinische Kaiserin Irene hatte ihn Karl dem Großen geschenkt. Der gab ihn seiner Tochter Theodrade, Äbtissin des Klosters von Argenteuil.

Der Raub aus einem vergitterten Tabernakel der Basilika wurde erst am Dienstagvormittag entdeckt. Bei einer wissenschaftlichen Untersuchung des Mantels im Jahre 1982 war festgestellt worden, daß er nach einer Methode gewebt war, die zur Zeit von Jesus Christus in Palästina üblich war. Die Forscher fanden überdies in dem Gewebe Pollen von Pflanzen, die aus Palästina stammten.

Der Mantel kam ein erstes Mal abhanden, als die Normannen bei ihrem Raubzug von der Kanalküste nach Süden 882 auch das Kloster in Argenteuil überfielen. Das kostbare Tuch tauchte erst 1158 unter heute nicht mehr bekannten Umständen wieder auf. Die Tunika wird alle 50 Jahre öffentlich gezeigt. Anfang nächsten Jahres sollte es wieder soweit sein. (SAD)

Steinerner Zeuge aus biblischen Zeiten

Archäologen fanden einen im Buche Josua erwähnten Altar

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Ein Altar aus dem frühbiblischen Zeitalter ist in der heutigen Westbank, unweit von Nablus, entdeckt worden und hat die akademische Welt in Aufregung versetzt. Das besondere daran ist, daß die Erzählungen der Bibel bis zum Beginn des ersten Jahrhunderts v. Chr. bisher nur durch die Überlieferung, aber nicht durch archäologische Überreste zu beweisen sind. Zur Überlieferung zählen u. a. die hebräischen Ortsnamen, die sich – mit leichten Lautverschiebungen – im arabischen Sprachgebrauch bis zum heutigen Tag erhalten haben.

Doch an der Stätte des antiken Jericho etwa, dessen Stadtmauern nach Kapitel 6 im Buch Josua vor den israelitschen Belagerern einstürzten, haben die Forscher bisher nichts gefunden, was die biblische Schilderung unterstützt. Der Josua-Altar ist der erste archäologische Fund, der mit dem biblischen Text im Einklang steht, obwohl auch dies noch kein endgültiger Beweis ist.

Es handelt sich um den Anfang der israelitischen Landnahme, ungefähr 1200 Jahre v. Chr. unter dem Heerführer Josua, Sohn des Nun. Josua war der Nachfolger von Moses, der die Israeliten aus der ägyptischen Knechtschaft in die Freiheit führte.

Im Buche Josua, Kapitel 8, wird die Eroberung der Stadt Ai, ebenfalls in der heutigen Westbank, nördlich von Jerusalem, beschrieben. Zum Dank für Gottes Hilfe „baute dann Josua einen Altar für den Herrn auf dem Berge Ebal", wie es im 30. Vers heißt. Diesen Altar fand der 46jährige Archäologe von der Haifaer Universität, Professor Adam Sartal, schon vor dreieinhalb Jahren, als er die Gegend durchkämmte.

Sartal: „Daß wir auf dem Berg Ebal standen, war uns schon damals klar. Der Berg wird im arabischen Sprachgebrauch Ibel genannt. Doch daß es sich um den Altar Josuas handeln könne, kam mir und meinen Mitarbeitern erst dieses Jahr in den Sinn, nachdem wir unsere Funde untersucht hatten."

Der Altar liegt im Inneren einer drei Meter hohen steinernen Struktur mit fast anderthalb Meter dicken Wänden. Der Altar selbst ist eine sechs Meter lange und fünf Meter breite steinerne Verbrennungsmulde.

Sartal weiter: „Unter der Erde und den Steinen, die sich im Laufe der Jahrtausende in der Mulde angesammelt haben, fanden wir eine große Menge Asche, und eine Analyse ergab, daß sie von Knochen von Ziegen und Schafen stammt. Das sind klassische Tiere für Brandopfer, d. h. solche Opfer, die nicht von den Priestern verzehrt werden dürfen, sondern gänzlich den Flammen zu überlassen sind. Auch daß das Alter stimmt, geht eindeutig aus den Tonscherben hervor, die wir dort gefunden haben."

Allerdings sei auch dies noch kein endgültiger Beweis, weitere chemische Untersuchungen laufen derzeit. „Unsere große Sehnsucht", sagt Professor Sartal, „ist eine Inschrift. In dem biblischen Text steht, Josua habe auf den Altar das ‚mosaische Gesetz geschrieben' (Vers 32). Doch da laut Vers 31, ‚kein Eisen die Steine berühren durfte', wurde diese Inschrift nicht in den Stein gehauen, sondern vermutlich auf Kalk geritzt. Dies würde natürlich keine drei Jahrtausende überdauern." (SAD)



Protest vor Rembrandts „Nachtwache": Hollands Künstler wollen notfalls auch über Weihnachten im Museum bleiben FOTO: AP

Fröhliche Weihnacht vor der „Nachtwache"

Protest gegen Sparmaßnahmen: Hollands Künstler besetzen Museen

ELFRUN JACOB, Amsterdam

Schauplatz: Rijksmuseum Amsterdam. Vor Rembrandts berühmter „Nachtwache" schieben zur Zeit ein paar Dutzend Künstler auch am Tag Wache. Sie halten den Nachtwachesaal und angrenzende Säle besetzt – aus Protest gegen das rigorose Sparprogramm des Kabinetts. „Wir bleiben auch über Weihnachten, solange bis wir die Minister in die Knie gezwungen haben", sagt Bildhauer Wim Tag, einer der Führer des vom Künstlerverband unterstützten Protests.

„Wir sind bildende Künstler, wir haben das Rijksmuseum besetzt. Ohne unsere Aktion wird Holland zur kulturellen Wüste ..." Mit Flugzetteln werben die Nachfahren Rembrandts auch um Verständnis beim Publikum. In Deutsch, Englisch, Französisch, denn die Schar der Besucher, die das Rijksmuseum verschlossen finden, kommt wie immer aus aller Welt. Aber auch das Van-Gogh-Museum in Amsterdam, das Mauritshuis in Haag und andere berühmte Museen halten die Pforte dicht, bisher allerdings nur aus Angst vor Besetzungen.

Im „Stedelijk" Amsterdam (moderne Kunst) dagegen, wo Künstler den neuen Flügel okkupiert haben, sind Besucher willkommen. Sie dürfen Bier und Torten mitbringen. Kofferradios spielen, eine Garküche liefert Labendes. Die künstlerische Produktion der Besetzer beschränkt sich auf das Malen von Transparenten („Kunst wirkt entwaffnend" – „Stopp dem Banausentum des Kabinetts"). Im „Rijksmuseum" werden immerhin die uniformierten Museumswächter porträtiert – abstrakt oder gegenständlich. Eine Ausstellung mit solchen Besetzerwerken wird heute schon vorbereitet.

Die Aktion richtet sich gegen die Pläne von Kulturminister Brinkman und den Staatssekretär für Soziales, de Graaff, die vom neuen Jahr an 2500 Künstler von einem Programm ausschließen will, das auch erfolglosen Musensöhnen ein Staatsgehalt garantiert. 1000 Künstler allerdings sollen weiter bezahlt werden.

Die Einsparung würde dem Haushalt '84 und folgenden eine Entlastung um 100 Millionen Mark bringen – drei Viertel von dem, was der Staat bis jetzt gezahlt hat. Die Besetzer fordern nun, daß alles beim alten bleibt: „Der Künstler hat eine Aufgabe in der Gesellschaft. Das Einkommen eines Künstlers darf nicht an den zufälligen Geldstrom zufälligerweise reicher Leute gekoppelt werden, die zufällig ein Kunstwerk ankaufen. Nein, wir wollen bewußt von der Gemeinschaft leben", sagen die Sprecher der Aktion.

Das Programm für bildende Künstler, von dem auch einige Deutsche partizipieren, ist wohl einzigartig in der Welt. Es garantiert dem Künstler vom 25. Lebensjahr an ein Gehalt, wie es „Jan Modaal" (der holländische Otto Normalverbraucher) verdient. Einem Künstler mit Ehefrau und zwei Kindern stehen danach rund 34 000 Mark pro Jahr zu.

Minister Brinkmann und Staatssekretär de Graaf wollen nun zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Erstens die Einsparung von 100 Millionen. Zweitens soll der Staat auch der kostspieligen Pflicht enthoben werden, für den stetigen Zufluß von Kunst immer neue Magazine zu bauen, Restauratoren und Verwalter einzustellen und ein Ausleihsystem betreiben zu müssen, das die Kunstwerke durch Botschaften, Regierungsräume und Amtsstuben rotieren läßt.

Überlebender getauft

dpa, Madrid

Der 29jährige Franzose Patric Neger, der zusammen mit seiner Frau und seinen beiden Kindern den Absturz des kolumbianischen Flugzeugs bei Madrid am 27. November überlebte, hat sich gestern zusammen mit seiner dreijährigen Tochter Kathy taufen lassen. Seine wunderbare Rettung, so sagte er, habe ihn dazu gebracht, den katholischen Glauben anzunehmen.

Geisterbahn in Flammen

AP, Wien

Die berühmte Geisterbahn im Wiener Prater ist abgebrannt. Das Feuer, dessen Ursache noch unbekannt ist, war erst bemerkt worden, als die Flammen schon aus dem Gebäude herausschlugen.

Zehn Tote im Badehaus

dpa, Seoul

Bei einem Feuer in einem dreistökkigen öffentlichen Badehaus in einem Vorort der südkoreanischen Hauptstadt Seoul sind gestern zehn Frauen ums Leben gekommen. Einem Angestellten soll ein Paraffinofen beim Wiederauffüllen aus der Hand geglitten sein.

Hinrichtung in den USA

AP, Angola

Im US-Bundesstaat Louisiana ist am frühen Mittwochmorgen zum ersten Mal seit 22 Jahren wieder ein Todesurteil vollstreckt worden: Im Landesgefängnis von Angola starb der wegen Raubmordes zum Tode verurteilte 31jährige Robert Wayne Williams auf dem elektrischen Stuhl.

Alkohol erst mit 21?

dpa, Washington

US-Bürger sollen künftig erst nach dem 21. Geburtstag Alkohol trinken dürfen. Das hat eine von Präsident Reagan eingesetzte Kommission empfohlen, um die Zahl der alkoholbedingten Verkehrsunfälle zu senken.

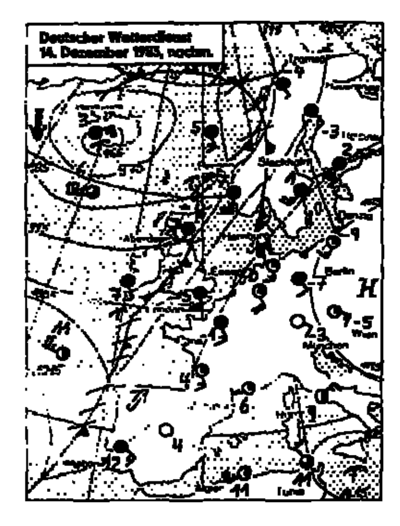
Blutbad in Pariser Bar

dpa, Paris

Unbekannte haben gestern in Paris bei einem Feuerüberfall auf ein Lokal vier Gäste verletzt. Zwei Männer hatten mit einem Wagen vor der Bar gehalten. Der maskierte Beifahrer stieg aus und eröffnete mit einem Repetiergewehr das Feuer auf die zwölf Gäste. Die Polizei sieht einen Zusammenhang mit einer Erpressungsaffäre.

WETTER: Überwiegend trocken

Wetterlage: Das wetterbestimmende Hoch über Osteuropa schwächt sich allmählich ab, so daß von Westen her die Ausläufer eines Tiefs bei Island auf Deutschland übergreifen können.



Vorhersage für Donnerstag:

Westhälfte Deutschlands: Zunächst heiter, nachmittags von Westen aufkommende Bewölkung und in der Nacht zum Freitag gelegentlich etwas Regen, dabei Gefahr von Straßenglätte. Tagestemperaturen bei plus 2 Grad, in höheren Lagen minus 1.

Osthälfte Deutschlands: Teils neblig-trüb, teils heiter und trocken. Am Alpenrand Föhn. Tagestemperaturen 0 bis minus 4 Grad. Tiefstwerte der Nacht bei minus 5 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Wolkig mit Aufheiterungen und weitgehend niederschlagsfrei.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	–7°	Kairo	21°
Bonn	–1°	Kopenh.	1°
Dresden	–3°	Las Palmas	20°
Essen	0°	London	5°
Frankfurt	–3°	Madrid	4°
Hamburg	–2°	Mailand	1°
List/Sylt	–1°	Mallorca	15°
München	–3°	Moskau	–13°
Stuttgart	–1°	Nizza	11°
Algier	11°	Oslo	6°
Amsterdam	–1°	Paris	–1°
Athen	10°	Prag	–5°
Barcelona	8°	Rom	9°
Brüssel	0°	Stockholm	1°
Budapest	–4°	Tel Aviv	17°
Bukarest	–3°	Tunis	11°
Helsinki	2°	Wien	–5°
Istanbul	7°	Zürich	0°

Sonnenaufgang am Freitag*: 8.21 Uhr, Untergang: 16.14 Uhr, **Mondaufgang:** 14.17 Uhr, Untergang 3.44 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Vor dem Infarkt schafft ein Laserstrahl freie Bahn

GITTA BAUER, New York

Vielleicht schon sehr bald kann mit der Lasertechnik auch Patienten geholfen werden, die an einer Verengung der lebenswichtigen Koronar-Arterien leiden. Bei dieser neuen Methode, Angina-pectoris-Kranke zu behandeln, wird ein Katheter von der Leistenarterie aus durch die Aorta zu dem verstopften Herzkranzgefäß geführt, wo der Laserstrahl zielgerecht auf die Blockierung gerichtet wird. „Das Fett schmilzt wie Butter", sagt der Kardiologe Garrett Lee vom Western Heart Institut in San Francisco, der die Methode im Tierversuch entwickelt und getestet hat. Das Laserscope soll in etwa einem halben Jahr für die Erprobung an Menschen bereit sein.

Der Laserstrahl vermag unter Umständen da einzusetzen, wo die von dem deutschen Kardiologen Andreas Gruentzig entwickelte Methode der Angioplastie nicht anwendbar ist. Gruentzig, der aus Leipzig stammt und jetzt an der Emory-Universität in Atlanta lehrt, führt mit dem Katheter einen kleinen aufblasbaren Ballon bis zum Engpaß im Gefäß. Durch Aufblasen des Ballons wird der Weg freigemacht.

Die von Gruentzig entwickelte Methode der Angioplastie wird in den USA heute jährlich bei 12 000 Patienten angewandt und erspart die Operation am offenen Herzen. Allerdings muß die Krankheit, nicht unbedingt der Patient, „jung" sein, wie Gruentzig sagt. Er sollte keine alte, verhärtete Arteriosklerose haben. Die „Plaques", wie die Ablagerungen in den USA genannt werden, sind dann nicht mehr elastisch genug. Hier aber könnte dann die Lasermethode von Lee weiterhelfen.

Eine weitere Therapie, die vom Herzinfarkt bedrohte Menschen ohne Eingriff am offenen Herzen retten kann, ist ebenfalls von einem Deutschen in den USA entwickelt worden. Am New Yorker Mount-Sinai-Krankenhaus lehrt Professor Klaus-Peter Rentrop die Auflösung von Blutpfropfen durch eine Streptokinase-Injektion, die ebenfalls mit einem Katheter unmittelbar an die Verstopfung herangebracht wird.

Vor dem Hintergrund einer neuen, in zehnjähriger Arbeit zusammengetragenen Studie des „National Heart-, Lung- and Blood-Institutes" in Bethesda bei Washington über die Wirkungen von Bypass-Operationen gewinnen die nicht-chirurgischen Methoden noch mehr an Bedeutung. Bypass-Operationen sind in den USA seit fünfzehn Jahren geläufig. Dabei wird ein Stück Beinvene als Umleitung für Engpässe in den Herzkranzgefäßen eingepflanzt. Dieser in Amerika häufigste Eingriff am Herzen – im letzten Jahr wurden 170 000 Patienten operiert – wurde damals als eine der großen Innovationen der Medizin gefeiert. Daraus ist mittlerweile eine Industrie mit einem Umsatz von drei Milliarden Dollar geworden.

Dennoch mehren sich die Stimmen, daß ein Bypass-Eingriff nur die Symptome beseitigt, die für den Angina-pectoris-Kranken allerdings schlimm genug sind mit ihrem dumpfen, sich bis in die Fingerspitzen ziehenden Schmerz. Die Ursache, die sklerotische Verengung der Arterien, eliminiert sie nicht. Die Studie, die sich die amerikanische Regierung 24 Millionen Dollar kosten ließ, bestätigt die Vermutung. Auch die als widerstandsfähiger betrachtete Beinvene kann sich durch fettartige Ablagerungen verengen, andere Arterien, die Halsschlagadern zum Beispiel, können sich verstopfen und einen Schlaganfall, oder, wie die Neurologen sagen, den Hirninfarkt auslösen.

Die lebensverlängernde Wirkung eines Bypass wird in der Studie nicht bestritten. Von 780 Angina-pectoris-Patienten unter 65 Jahren, die zum Teil operiert, zum Teil konservativ mit Nitroglyzerindosen, Beta-Blokkern und Kalzium-Antagonisten behandelt worden waren, lebten nach sechs Jahren noch 93 Prozent der Operierten. Aber auch die medikamentös Behandelten überlebten zu 90 Prozent.

Die Lebensqualität für die Bypass-Operierten ist jedoch offensichtlich höher, wie der Kardiologe William Rogers von der Universität Alabama, einer der Verfasser der Untersuchung, berichtet. Sie leiden weniger an Brustschmerzen und zeigen größere Leistungsfähigkeit. Nur: Die eigentliche Krankheit, die Sklerose, bleibt. Sie kann durch Nikotinverzicht, Diät und Sport zwar gebessert werden, aber bei zehn Prozent aller Operierten ist schon sechs Monate nach dem Eingriff die neu eingesetzte Beinvene wieder blockiert. Eine zweite Operation wird von Chirurgen wegen der Schwierigkeiten durch Narbenbildung nur ungern vorgenommen. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Weinberger: USA bauen drei SS-20-Basen im Osten des Landes." Überschrift einer Meldung der französischen Presseagentur AFP.









